

Werner-Grübmeier-Archiv



# **Band 16**

**1992 - 1995**

---

**Alltag  
des Politikers  
und  
stellvertretenden  
Landrates  
Werner  
Grübmeier**

<b>Angaben: Archiv „Werner Grübmeier“ – von Renate Funke für die Stadt Braunlage / St. Andreasberg</b>		
<b>Nr.</b>	<b>Betritt / Titel</b>	<b>Art des Materials</b>
<b>16</b>	<b>Band 16: 1992 - 1994 Alltag des Politikers und stellvertr. Landrates Werner Grübmeier</b>	Klemmappe / Zeitungsartikel / Fotos

07.01.1992: Wehrbereichsverwaltung II – Berufung zum Beisitzer in der Musterungskammer / Wehrbereichsverwaltung II

16.01.1992: Planung Schützenstraße im Visier – Kommentar: Alles offen / Bahn: Minderheits-Bürgermeister

01.02.1992: St. Andreasberger Stadthaushalt ist Beispiel für öffentliche Armut – Alle waren dafür, aber keiner stimmte zu – Rat war von Unsicherheiten geprägt – Kommentar: Politische Eiszeit? – Klima muss besser werden

03.02.1992: Kommentar: Mund gespitzt – Kurtaxe bleibt bis auf weiteres unverändert

04.02.1992: Beobachtungen am Rande der Andreasberger Ratssitzung – Die Gegenspieler schenken sich nichts

12.02.1992: Niedersächsisches Innenministerium – Einsatz einer Combo des Polizeimusikkorps Niedersachsen am 14.03.1992

06.03.1992: Burgberg-Gymnasium an Grübmeier – Vollmacht, für den Schulverein umfassend tätig zu werden

17.03.1992: Winterball von Rot-Gold – Großartige Jugendformation überraschte

25.03.1992: Oberharzer Schützenbund feierte sein 70jähriges Bestehen in St. Andreasberg – Geldmangel brachte den Oberharzer Bund zusammen – Das Schützenwesen hat eine über 400jährige Geschichte

27.03.1992: Kreisverband Oberharzer Schützenbund – Präsident – Dank für Besuch anlässlich des 70. Jubiläums – große Ehre

31.05.1992: Handschriftlicher Geburtstagsgruß Hermann Kerl

- 01.06.1992: Der Rektor der TUC – Geburtstagswünsche – Dank für Verdienste für Universität
- 13.06.1992: Sanierung des Rathaus-Hintergebäudes im Bauausschuss diskutiert – Durchgang zur Schulstraße entsteht nicht
- 25.06.1992: Rat vertagte Verabschiedung seiner Geschäftsordnung – Alte Schulzuweisungen erneuert – Glosse: Rauchzeichen
- 31.07.1992: Samtgemeinde Oberharz – Der Bürgermeister – 20-Jahr-Feier Samtgemeinde Oberharz – Bitte um Grußwort / Programm
- 11./12.07.1992: Deutsches Landblatt – Werner Grübmeier zum St. Andreasberger Tourismuskonzept / Gute Adresse im Harzer Wanderdreieck – Die „Wiege“ der Harzer Rollerzucht – 3 Seiten
- 02.08.1992: Schreiben Grübmeier an Kultusminister Wernstedt wegen „Volle Halbtagsschule“, Integration von Sonderschulkindern, Anbindung der Klassen 5 und 6 an die Grundschule
- 11.08.1992: Mehrheit beschloss Geschäftsordnung alleine – Proteste gegen „Diktat“ der CDU-Gemeinschaftsfraktion mit Auszug
- 17.08.1992: Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht – Ladung zu Termin als ehrenamtlicher Richter / Lüneburg
- 10.09.1992: Kommentar „Unterbinden“ – Thema Volker Thale und „Nur“ in der Sache einig
- 24.09.1992: Die „Volle Halbtagsschule“ ist am Anfang und am Ende gekappt – Schulversuch auf dem Weg zur Regelschule
- 25.09.1992: Sächsische Ztg-Einzig erhaltene „Fahrkunst“ in Europa-Grube Samson St. Andreasberg-Bergbau-Museum mit Weltgeltung
- 28.09.1992: „Glückliche Situation“ für Bergwerksmuseum – Städtebauförderungsgesetz
- 30.09.1992: Steuererhöhung nur mit „breiter Mehrheit“ – Kommentar: Nagelprobe

- 01.10.1992: Brief an Grogorenz aus Berlin – Journalistische Ausbeute nach Urlaub in der Bergstadt
- 03.10.1992: Grübmeier – Rede anlässlich der Feierstunde der Kreistage Goslar und Wernigerode - 3 Seiten – Seesener Beobachter
- 05.10.1992: Tag der Deutschen Einheit – W. Grübmeier: „Die neuen Mauern müssen von den Menschen selbst eingerissen werden!“
- 16.11.1992: St. Andreasberger Ratsvertreter im Wirtschafts- und Finanzausschuss uneinig – Kommentar: Die eigene Entscheidung
- 25.11.1992: Im Gaipel war kein Schatz zu finden – Jugend- und Kulturausschuss zu Fortgang der Sanierungsarbeiten
- 26.11.1992: Dr. Wietusch legt Koordination der Musikschularbeit offiziell nieder
- 27.11.1992: St. Andreasberger „Musikherbst“ in Windstößen des Kulturausschusses
- 28.11.1992: Werner Grübmeier zu Gebührenerhöhungen – Höhere Einnahmen schon im Etatentwurf
- 14.12.1992: LK Goslar an Grübmeier wegen 26 jähriger Mitgliedschaft im Kreistag des LD Goslar – Dank und Anerkennung
- 19.12.1992: Ein Sturm der Entrüstung fegte über die Ratstische – Würde der Rest von Gemeinsamkeit zerstört?  
Kommentar: Kommunalpolitischer Salto – Lilly Kasteinecke
- 20.12.1992: Werner Grübmeier an Stadtdirektor Grogorenz – inhaltliche Abrechnung, sein Verhalten hinterrücks – PDF-Scan
- 22.12.1992: Reichsbund schloss Aktivitäten dieses Jahres mit Vorweihnachtsfeier ab
- 30.12.1992: Rückschau auf ein nicht rundum erfreuliches Jahr 1992 in St. Andreasberg – Mit ehrenamtlichem Engagement viel geleistet

## **Jahr 1993:**

- 13.01.1993: Niedersächsisches Kultusministerium beruft W. Grübmeier als Mitglied des Landesschulbeirates – 2 Seiten
- 18.02.1993: OKD Dr. A. Saipa kam zu Antrittsbesuch nach St. Andreasberg
- 16.03.1993: Die Highlights des Rot-Gold-Winterballes setzten die Gastgeber selbst – Die Jugendformationen begeisterten
- 20.03.1993: Stellungnahme des Kreises zum „Andreasheim“ vor dem Bauausschuss – Für Waldhotel wachsen die Chancen
- 26.03.1993: Sparkassenmedaille in Silber für Werner Grübmeier – Der Geehrte war der Überraschte -  
Kommentar: Roter Faden - ...verfolgte allzeit in der Fraktion ihre eigene Politik – Nähe zu Volker Thale
- 26.03.1993: Koblitz: „Einem Parteiausschlussverfahren zuvorgekommen“ – ABL wurde zweitstärkste Fraktion im Rat  
Kommentar: Wählerwille
- 02.05.1993: Herbert Schlieff hat „Probezeit bestanden“ – Reichsbund blickte auf bewegtes Jahr zurück
- 02.05.1993: Polizeimusikkorps im Kurhaus
- 07.05.1993: „Allboden“ will Mitte 1994 mit Bau des Waldhotels Andreasheim beginnen
- 08.05.1993: Haus- und Grundbesitzerverein kann monatliche Beratung fortsetzen – Die große Wachablösung fand nicht statt
- 10.05.1993: Netzwerk „Regionale Bildungszentren“ in Niedersachsen (RUZ) – Bezirksregierung Braunschweig – Entwurf/Konzept
- 11.05.1993: Bezirkskonservator signalisierte für Brauhausumbau Kompromissbereitschaft – „Synthese zwischen alt und neu“

- 13.05.1993: Gabriela Koblitz aus der CDU-Gemeinschaftsfraktion ausgetreten – Wirkung: wie ein Paukenschlag
- 30.05.1993: Buchfinkengilde Südniedersachsen, Helmut Ehrenberg
- 01.06.1993: TUC, Der Rektor – Glückwunsch zum Geburtstag Grübmeier
- 09.06.1993: Werner Grübmeier und Horst Hörseljaу zur Entwicklung im Rat-Geschäftsordnung als Auslöser / Abwahl von Schlieff
- 12.06.1993: Volker Thale stellvertretender Bürgermeister – Erneut brodelт es im Rat –Zur loyalen Zusammenarbeit verpflichtet  
Kommentar: Sonntags Schuss
- 16.06.1993: Nordwest Zeitung – Spardiskussion rüttelt an den Strukturen-Schul-u. Kulturausschuss des Städtetages traf sich in Brake
- 16.06.1993: Kreiszeitung Wesermarsch- Mehr Mut zu Experimenten – Städtetag-Ausschuss tagte in Brake
- 25.08.1993: Kanten der Granitstein-Einfassungen in der Schützenstraße sollen entschärft werden – in großer Sorge um Autoreifen
- 26.08.1993: Umweltministerin Griefahn weihte Nationalparkverwaltung ein
- 26.08.1993: Werner Grübmeier: Verwaltung ist Sitz der „kreativen Intelligenz“ – Die Harzer Multiplikatoren schulen –  
Nationalpark hat große Schubwirkung
- 27.08.1993: HAZ Nationalpark im Harz umfasst 15 800 Hektar
- 10.09.1993: Anspruch auf Anerkennung als „Modellgemeinde“

- 16.09.1993: Bauausschuss fordert Alternativplan für Erschließung des Waldhotels – Kommentar: Die Alternative des Investors
- 29.09.1993: Niedersächsisches Kultusministerium – erneute Berufung zum Mitglied des Landesschulbeirates
- 18.11.1993: Minister Fischer Ehrengast beim Harzer Tscherper – Harzer – Menschen mit Weitblick
- 25.11.1993: Zählgemeinschaft nun doch für 20 Pfennige mehr bei Abwassergebühren – Erhöhte Abwasserabgabe lebhaft kritisiert  
Kommentar: Alles kehrt
- 06.12.1993: Der Rohbau steht: Finanzminister kam zum Richtfest für das CUTEC-Gebäude / Leschonski / Grübmeier

#### **JAHR 1994**

- 11.01.1994: CDU-Neujahrsempfang: Partei sieht Zukunft optimistisch
- 18.01.1994: Niedersächsischer Städtetag – Mitglieder – Grübmeier Vorsitzender des Schul- und Kulturausschusses – 4 Seiten
- 26.01.1994: Ausschuss des Städtebundes legt in Hannover alarmierende Untersuchung vor – Mehr Gewalt an Schulen
- 26.01.1994: HAZ Ausschuss des Städtetages: Gewalt an Schulen nimmt zu – mit Vorsitzendem Werner Grübmeier
- 04.02.1994: Niedersächsischer Städtetag - Mitgliederliste
- 05.02.1994: Marathonsitzung: Nach viereinhalb Stunden den Haushalt beschlossen – Bergstadt bleibt auf Zuweisungen angewiesen
- 11.02.1994: Nieders. Kultusminister Wernstedt – an Grübmeier wegen Bundesfinale 1994 im Skilanglauf des Bundeswettbewerbs  
„Jugend trainiert für Olympia“ – Bitte um Teilnahme am Empfang

- 26.02.1994: Für eigenständige Orientierungsstufe – CDU-Fraktion: „Sonnenberger“ gehören zu St. Andreasberg
- 17.03.1994: Zuhörerbeifall für die Stadtdirektor-Wahl – Rat bestätigt Hans-Joachim Grogorenz einstimmig für 12 Jahre im Amt Grogorenz „von Überlastung befreit“ - Zuwendung für die „Erzwäsche“
- 18.03.1994: „Kulturscheune“ wird nicht verpachtet
- 19.03.1994: Bürger kommen wieder früher zu Wort
- 22.03.1994: Reichsbund-Ortsverband mit stabiler Mitgliederzahl und positiver Bilanz
- 23.03.1994: Satzung für bergstädtischen Dank – Von der Ehrenbürgerschaft bis zum Ehrenbrief
- 23.03.1994: 40 Jahre Kreisschützenverband Goslar
- 23.03.1994: Martini-Bote – Friedhofskapelle in neuem – altem Glanz (Michael Henheik)
- 23.03.1994: Forstliche Dienststelle bleibt in St. Andreasberg
- 29.03.1994: Freiwillige Feuerwehr verfügt über beruhigende Personalstärke
- 30.03.1994: JHV der Reichsbund-Ortsgruppe Altenau: Keinen neuen Vorstand gefunden
- 11.04.1994: Am 150. Geburtstag des Gemischten Chores „Eintracht“ Seesen Verdienste gewürdigt – Grußwort: Grübmeier
- 10.05.1994: Bezirksregierung Braunschweig – Einrichtung eines Regionalen Umweltbildungszentrums im NP Harz

- 28.05.1994: Rücktritt von Bürgermeister Hans Bahn mit polemischer Auseinandersetzung – Wahl von A. Kehr erfolgte einstimmig
- 04.06.1994: CDU-Stadtverband besuchte europarelevante Objekte in St. Andreasberg
- 12.06.1994: CDU-Gemeinschaftsfraktion / Plosteiner an BM Kehr – wegen Ehrenbürgerschaft für Grübmeier
- 09.07.1994: CDU-Vorstand besichtigte künftige Nationalpark-Informationsstelle Bergbau – Hoffnung auf grünes Licht für Erzwäsche
- 15.07.1994 Kommunale Spitzenverbände bei Minister Prof. Wernstedt / mit Grübmeier
- 30.07.1994: CDU-Stadtverband: Mehr Gäste für den Herbst erwartet – Besuch Kurverwaltung / Rainer Schlameicher
- 16.08.1994: Niedersächsisches Umweltministerium – Presse-Information „Einweihungsfeier mit Ministerin Monika Griefahn im Haus der Nationalparkverwaltung Harz in St. Andreasberg / Oderhaus – Programm / Ablauf
- 26.08.1994: HAZ – Harzer schließen Frieden mit dem Nationalpark – Griefahn eröffnet der Sitz der Verwaltung – Funke-Scan
- 04.09.1994: Grußwort des stellvertr. Landrats Grübmeier zum Trebnitzer Heimattreffen in Goslar / Kaiserpfalz
- 05.09.1994: Festrede beim 26. Trebnitzer Heimattreffen sorgte für Unruhe – Vom „Reich zwischen Aachen und Memel“
- 06.09.1994: Freie Bahn für sachliche und emotionsfreie Arbeit im Rat- Fraktionsvorsitzender Grübmeier u. Stellv. Plosteiner
- 06.10.1994: Reichsbund LV Nds – Gratulation zur Wiederwahl als 1. Kreisvorsitzender des KV Oberharz Reichsbund-Kreisvorstand ergänzt – Lösungsvorschläge für die 3. Und 4. Generation erarbeiten
- 07.10.1994: In der Bergstadt „die Not des Wohnens gewendet“ – Bad Gandersheimer Wohnbaugesellschaft feierte Richtfest

- 11.10.1994: Wehrbereichsverwaltung II - wegen Gesetzesänderungen Erfassungs- und Musterungsverfahren-Entbindung von Pflicht
- 12.10.1994a: 26. Heimattreffen in Goslar / Kranzniederlegung
- 12.10.1994: Gedenkstein für Fritz Laube - Danke
- 21.10.1994: Werner Grübmeier: Maßnahmen gegen „die mit den heruntergelassenen Visieren“ – Noch keine Ausweitung 30 km/h
- 22.10.1994: Alte Erzwäsche wurde Streitobjekt – Nun doch Folgekosten
- 24.10.1994: Stadt würdigte Leben und Werk des Tier- und Landschaftsmalers Fritz Laube – Vienenburg – diverse Fotos
- 26.10.1994: Kunst als Verpflichtung zum Naturschutz – Gedenkstein - 2 Fotos - Grübmeier
- 27.10.1994: Gedenkstein für den Maler Fritz Laube – Im Mittelpunkt des Werkes stand immer die Natur
- 29.10.1994: Folgekosten für Nationalparkhaus Erzwäsche / Bergstadt bietet geldwerte Leistung an / Laubfresser – Straßenschmutz Stadtdirektor muss sich tummeln: Erzwäsche
- 31.10.1994: TUC-Rektoratsübergabe (Prof. Marx an Prof. Fuhrmann) – „Die Stellensperre gleicht einer Vollbremsung“
- 11.11.1994: Reichsbund – KV Oberharz / Werner Grübmeier bestätigt – Foto
- 17.11.1994: Fröhlichkeit, gutes Essen und Carolus beim 19. Harzer Schärper
- 18.11.1994: handschriftlicher Dankes-Brief von H.-G. Kaul/Bad Harzburg wegen Unterstützung für Gedenkstein / Fritz Laube

- 19.11.1994: Walter Rehkopf bildete mit der CDU eine Zählgemeinschaft – Mehrheitsverhältnisse verändert / Hans Bahn: „Das C steht für Charakterlosigkeit“ – CDU schmetterte die Anträge der ABL ab – Zählgemeinschaft: Zukunft ungewiss
- 29.11.1994: Weihnachtsmarkt lockte viele Besucher an – Festlich-fröhliches Treiben am Rathaus
- 30.11.1994: Kreistag beschloss Satzungsänderung mit Mehrheit von SPD und GAW – Abfallgebühren steigen um rund 29 Prozent
- 30.11.1994: Werner Grübmeier und Walter Rehkopf zur Situation: Zählverbindung fordert Rüge des Bürgermeisters
- 16.12.1994: Niedersächs. Ministerpräsident an CUTEC – Finanz-, Forschungs- und Personalprobleme - Aufsichtsratsbeteiligung
- 17.12.1994: Sitzung versank im Streit der Ratsmitglieder – Andreasberger Bürger verließen nach und nach den Kurhaussaal
- 21.12.1994: Kontroverse Diskussion im Rat um die städtische Bibliothek – Grübmeier: „FDP bringt Juwel in Misskredit“
- 22.12.1994: Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren – Bürger müssen tiefer in die Tasche greifen  
CDU will im Rat parteiübergreifend arbeiten
- 29.12.1994: Rat der Bergstadt verabschiedete den Haushalt 1995 mit vier Gegenstimmen – Fehlbedarf von 1,8 Mio. DM
- 31.12.1994: Ab 1995 zahlt der Gast das ganze Jahr über

Wehrbereichsverwaltung II  
V 1 - Az 24-01-04/24-07-02

3000 Hannover 1, 07.01.1992  
Hans-Böckler-Allee 18  
Tel. (0511) 531-1  
Durchwahl: 531-2464/  
2154

Herrn  
Werner Grübmeier  
Quellenweg 9

W 3424 St. Andreasberg

Betr.: Ihre Berufung zum Beisitzer in der Musterungskammer  
bei der Wehrbereichsverwaltung II

Anlg.: -1- Antwortkarte

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

aufgrund Ihrer Wahl zum ehrenamtlichen Beisitzer berufe ich Sie in  
das Amt eines Beisitzers in der Musterungskammer bei der  
Wehrbereichsverwaltung II.

Ich darf darauf hinweisen, daß Sie die Berufung nur aus wichtigem  
Grund ablehnen können. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem  
Beisitzer die Übernahme der Tätigkeit wegen seines Alters, seines  
Gesundheitszustandes, seiner Berufs- oder Familienverhältnisse  
oder wegen sonstiger in seiner Person liegender Umstände nicht  
zugemutet werden kann (§ 10 i.V.m. § 4 Abs. 5 Sätze 2 und 3 der  
Musterungsverordnung).

Ablehnungsgründe sind nur zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb  
einer Woche, nachdem der Beisitzer von seiner Berufung in Kenntnis  
gesetzt worden ist, von ihm geltend gemacht werden. Dabei kommt es  
auf den Eingang bei der Wehrbereichsverwaltung an. Sind sie  
später entstanden oder bekannt geworden, so ist die Frist erst von  
diesem Zeitpunkt an zu berechnen. Über das Gesuch entscheidet die  
Wehrbereichsverwaltung (§ 10 i.V.m. § 4 Abs. 6 der  
Musterungsverordnung).

Die beiliegende Postkarte wollen Sie bitte unterschreiben und  
umgehend zurücksenden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Dr. Jütting

## KOMMENTAR

## Alles offen

Von Kurt Tempes

Was sich am Abend der Kommunalwahl vom 6. Oktober abzeichnete, wird offenbar in krasserer Form Realität als zunächst angenommen. Neue Mehrheitsverhältnisse mit einer CDU-Gruppe in der Opposition mußte als Wählerwille gelten. Der Übertritt von Herbert Schlieff zur CDU drehte dann die Mehrheitsverhältnisse um, und daran änderte sich auch nichts, als Hans Bahn (FDP) als Minderheits-Bürgermeister gewählt war. In der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses wurde nun endgültig deutlich, daß gegensätzliche Strömungen in der CDU-Fraktion jederzeit umkehrbare Mehrheitsverhältnisse im Rat erwarten lassen.

Die Folgen für die Stadtverwaltung wurden am Dienstagabend zum ersten Mal in öffentlicher Sitzung deutlich: Sie kann sich nicht mehr auf eine klare Marschroute verlassen. Nicht auf das, was der „alte“ Rat beschlossen hat und auftragsgemäß auf den Weg gebracht ist, und vermutlich also auch nicht auf das, was von Ausschüssen empfohlen oder in Vorgesprächen abgeklärt wird. Daß deshalb in Zukunft schwerfälliger auf die Möglichkeiten reagiert wird, die sich aus versteckten oder kurzfristig offenen Zuschuß-Töpfen ergeben, dürfte klar sein.

Am Beispiel Schützenstraße zeigt sich, daß nicht nur die Verwaltung ins Schwimmen gebracht wird: Eine Bürgerversammlung ging dem Grundsatz-

Neuaufgabe von Ratsdiskussion im Finanzausschuß eingeläutet

## Planung Schützenstraße im Visier

**ST. ANDREASBERG.** Mit einer Änderung angenommen wurde vom Wirtschafts- und Finanzausschuß das Investitionsprogramm der Bergstadt für den Zeitraum 1991 bis 1995: Das Stichwort „Schützenstraße“, unter dem 1,6 Mio. DM für den Zeitraum 1993 bis 1995 als Investitionsbedarf festgeschrieben werden sollen, wurde in „Gestaltung Stadtbereich“ umbenannt. Eröffnet ist damit innerhalb des Rates eine erneute Auseinandersetzung über die Umgestaltung der Schützenstraße.

Den Antrag zur Änderung des Stichwortes stellte Gabriela Koblitz, CDU. Und in nicht ausdrücklich erklärter, aber offensichtlicher Übereinstimmung damit erläuterte Walter Rehkopf (ABL) anhand der Planskizze, die im Sitzungssaal des Rathaus-Nebengebäudes immer noch hängt, andere Vorstellungen über eine Umgestaltung der Schützenstraße mit sparsamen Mitteln: Ab etwa der Mitte der ganzen Straßenlänge anstelle der bisher vorgesehenen zwei schmalen Fahrspuren zwischen Baumreihen sowie Stellplätzen zwischen Straße und

Häusern nun ein Parkstreifen in der Mitte und zwei getrennte Fahrspuren, die damit näher an die Häuser heranrücken würden. Erklärtes Ziel ist die Reduzierung des Aufwandes – „eine Kosmetik“ für die Schützenstraße, bekannte Rehkopf, für die nach seiner Vorstellung ein Zehntel der vorgesehenen Summe ausreichen könnte.

„Das war aber der alte Rat“ erklärte Gabriela Koblitz (CDU) zur Feststellung von stellvertretendem Stadtdirektor Siegfried Käßner, daß das Vorhaben – wie im aushängenden Plan dargestellt – vom Rat der Bergstadt grundsätzlich genehmigt sei. Käßner berief sich zudem darauf, daß dieser Beschluß auch bereits Grundlage sei für die Gespräche mit Bauverwaltung und Regierungsinstitutionen im Zusammenhang mit der Umgestaltung des geplanten neuen Verkehrsknotens im Bereich Obere Grundstraße/Hotel Tannhäuser. Ein Vorhaben, das mit dem Projekt Schützenstraße im Zusammenhang gesehen werden müsse, wie der stellvertretende Stadtdirektor betonte.

Gabriela Koblitz beschränkte sich nicht auf die Distanzierung vom Be-

schluß des „alten“ Rates der Bergstadt, sondern ließ in der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses auch deutlich werden, daß sie diesen Beschluß nicht mitzutragen gedenkt. Daran änderte sich auch nichts durch einen Hinweis von Siegfried Käßner, demzufolge das Projekt Schützenstraße nicht im Rahmen des Stadt-sanierungsprogramms verwirklicht werden soll: Dem ursprünglichen Antrag von Gabriela Koblitz, das Stichwort „Schützenstraße“ in „Öffentliche Stadt-sanierungsmaßnahme“ umzutaufen, begegnete der Stadtkämmerer mit der Feststellung, daß es sich um eine Maßnahme handle, die aus Straßenbaumitteln finanziert werden soll. Die Bergstadt habe gute Aussicht, betonte Käßner, nach dem neuen Straßenfinanzierungsgesetz bis zu 70 Prozent der Kosten als Zuschuß bewilligt zu bekommen.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuß hatte im übrigen nur darüber zu beschließen, ob er dem Rat empfiehlt, das Investitionsprogramm zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Beschluß wurde mit der Änderung einstimmig gefaßt.

te-

hältnisse um, und daran änderte sich auch nichts, als Hans Bahn (FDP) als Minderheits-Bürgermeister gewählt war. In der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses wurde nun endgültig deutlich, daß gegensätzliche Strömungen in der CDU-Fraktion jederzeit umkehrbare Mehrheitsverhältnisse im Rat erwarten lassen.

Die Folgen für die Stadtverwaltung wurden am Dienstagabend zum ersten Mal in öffentlicher Sitzung deutlich: Sie kann sich nicht mehr auf eine klare Marschroute verlassen. Nicht auf das, was der „alte“ Rat beschlossen hat und auftragsgemäß auf den Weg gebracht ist, und vermutlich also auch nicht auf das, was von Ausschüssen empfohlen oder in Vorgesprächen abgeklärt wird. Daß deshalb in Zukunft schwerfälliger auf die Möglichkeiten reagiert wird, die sich aus versteckten oder kurzfristig offenen Zuschuß-Töpfen ergeben, dürfte klar sein.

Am Beispiel Schützenstraße zeigt sich, daß nicht nur die Verwaltung ins Schwimmen gebracht wird: Eine Bürgerversammlung ging dem Grundsatzbeschuß voraus, das Projekt ist mit den Bürgern abgestimmt. Wenn nun ein Ratsmitglied ein „mit mir nicht“ verlauten läßt, muß es sich fragen, ob es den Willen der Bürger vertritt. Diese erneut einzubeziehen, dürfte wohl als erster Schritt zu fordern sein.

Nur schwer vorstellbar ist Zustimmung der Anwohner, wenn sie den Straßenverkehr vor die Tür gerückt bekommen. Und wohl erst nach Abschluß einer „Kosmetik“ für die Schützenstraße würde sich erweisen, was die Spar-Maßnahme wirklich kostet. Dann nämlich, wenn ein einziger Anwohner seinen Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen durchgesetzt hat. Wenn die Fahrbahn noch näher als jetzt schon an die Häuser heranrückt, könnte sich der Anspruch auf Dreifachverglasung ergeben. In der Rechnung von Ratsherrn Walter Rehkopf sind die Kosten dafür mit Gewißheit nicht enthalten.

### des Rates eine erneute Auseinandersetzung über die Umgestaltung der Schützenstraße.

Den Antrag zur Änderung des Stichwortes stellte Gabriela Koblitz, CDU. Und in nicht ausdrücklich erklärter, aber offensichtlicher Übereinstimmung damit erläuterte Walter Rehkopf (ABL) anhand der Planskizze, die im Sitzungssaal des Rathaus-Nebengebäudes immer noch hängt, andere Vorstellungen über eine Umgestaltung der Schützenstraße mit sparsamen Mitteln: Ab etwa der Mitte der ganzen Straßenlänge anstelle der bisher vorgesehenen zwei schmalen Fahrspuren zwischen Baumreihen sowie Stellplätzen zwischen Straße und

Gabriela Koblitz (CDU) zur Feststellung von stellvertretendem Stadtdirektor Siegfried Kübner, daß das Vorhaben – wie im aushängenden Plan dargestellt – vom Rat der Bergstadt grundsätzlich genehmigt sei. Kübner berief sich zudem darauf, daß dieser Beschluß auch bereits Grundlage sei für die Gespräche mit Bauverwaltung und Regierungsinstitutionen im Zusammenhang mit der Umgestaltung des geplanten neuen Verkehrsknotens im Bereich Obere Grundstraße/Hotel Tannhäuser. Ein Vorhaben, das mit dem Projekt Schützenstraße im Zusammenhang gesehen werden müsse, wie der stellvertretende Stadtdirektor betonte.

Gabriela Koblitz beschränkte sich nicht auf die Distanzierung vom Be-

werden soll. Dem ursprünglichen Antrag von Gabriela Koblitz, das Stichwort „Schützenstraße“ in „Öffentliche Stadtsanierungsmaßnahme“ umzutaufen, begegnete der Stadtkämmerer mit der Feststellung, daß es sich um eine Maßnahme handle, die aus Straßenbaumitteln finanziert werden soll. Die Bergstadt habe gute Aussicht, betonte Kübner, nach dem neuen Straßenfinanzierungsgesetz bis zu 70 Prozent der Kosten als Zuschuß bewilligt zu bekommen.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuß hatte im übrigen nur darüber zu beschließen, ob er dem Rat empfiehlt, das Investitionsprogramm zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Beschluß wurde mit der Änderung einstimmig gefaßt.

te-

St. Andreasberger Stadthaushalt ist Beispiel für öffentliche Armut

## Den Eigenanteil müssen wir uns schenken lassen

**ST. ANDREASBERG.** Personalkosten, Kreisumlage und Verlustabdeckung sind Stichworte, die dem Stadtkämmerer Kopfzerbrechen bereiten. Weil im Haushalt für 1992 wiederum ein riesiges Loch von 1,8 Millionen DM klafft, wird St. Andreasberg auch in diesem Jahr keine großen Sprünge machen können.

Siegfried Küßner, von Bürgermeister Hans Bahn als „Armutsverwalter“ apostrophiert, legte dem Rat am Donnerstag das Zahlenwerk vor. „Die Grundversorgung der Bürger ist gewährleistet“, sagte er dabei. Darüberhinaus aber müsse man sich sehr einschränken.

Dabei sei die Lage „nicht hausgemacht“, sondern ein Ausdruck der schlechten Gesamtstruktur. Während

die Einnahmen für das angelaufene Jahr lediglich um 1,8 Prozent steigen, sind es bei den Ausgaben satte fünf Prozent. „Wir hängen am Tropf der Bedarfszuweisungen“, stellte der Stadtkämmerer nüchtern fest.

Dennoch bestehe kein Grund zur Verzweiflung. Die Stadt hatte auch in der Vergangenheit immer große Löcher in der Kasse. Es ist ihr aber oft gelungen, bei Land und Kreis offene Ohren für diese schwierige Lage und großzügige Hilfe zu finden. Obwohl zu Beginn des Jahres 1991 ebenfalls 1,6 Millionen fehlten, geht man nach den Worten des Stadtkämmerers „mit nur noch unbedeutendem Verlustvortrag“ in den neuen Haushalt.

Ratsherr August Bock erläuterte die umfangreiche Vorberatung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

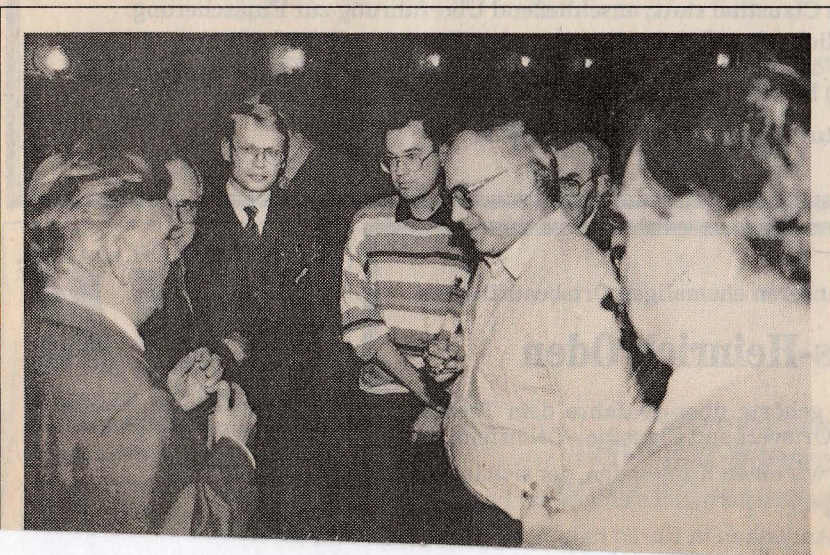
„Wesentliche Veränderungen waren nicht möglich“, sagte er und verwies darauf, daß trotz eisernem Sparwillen aus dem 7-Millionen-Haushalt lediglich 5 800 DM gestrichen werden konnten. „Wir müssen uns sogar unseren Eigenanteil an der Stadtsanierung schenken lassen“, dokumentierte er die öffentliche Armut.

Wie zuvor bereits im Ausschuß, versuchte Ratsherr Albert Kehr auch im Rat zwei größere Brocken aus dem Haushaltskuchen herauszubereiten, und zwar 30 000 DM bei der Umorganisation des Kur- und Verkehrsamtes und 50 000 DM bei den Kosten für die Werbung.

Letzteres sollte einen „Zwang zum Nachdenken“ entstehen lassen, wie Bürgermeister Bahn formulierte. Weil beide Anträge, wie übrigens auch

einige andere Anläufe von SPD, FDP und ABL, mit den sieben Stimmen der CDU-Gemeinschaftsfraktion abgelehnt wurden, verweigerten die drei unterlegenen Parteien nunmehr ihrerseits dem Gesamthaushalt ihre Zustimmung.

„Die CDU-Gemeinschaftsfraktion versteht sich nicht als Mehrheitsbeschaffer oder Korrektor fehlgelaufener Vorberatungen“, kündigte Ratsherr Werner Grübmeier an. „Auch wir könnten es uns leicht machen.“ Diesmal sähe sie sich allerdings in einer großen Verantwortung, „weil die Stadt arbeitsfähig bleiben muß“. Eindringlich appellierte er an alle Ratskollegen, diese Verantwortung nicht von sich zu weisen. Der Haushalt wurde mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. P.W.



## Alle waren dafür, aber keiner stimmte zu

**ST. ANDREASBERG.** Wie schon im Kur- und im Verwaltungsausschuß mußte Stadt- und Kurdirektor Hans-Joachim Grogorenz auch im Rat mit ansehen, daß sein Bemühen um eine Erhöhung der Kurtaxe niedergestimmt wurde. Alle waren dafür, aber keiner stimmte.

Noch einmal unterstrichen die Redner der Fraktionen, wie wichtig für sie angemessene Einnahmeansätze im städtischen Haushalt sind. Dennoch verweigerten sie über die Parteigrenzen hinweg auch eine mit zehn Prozent vom Kurdirektor als „maßvoll“ be-

zeichnete Anpassung des Kurbeitrages. Der Verlust im Wirtschaftsplan der Kur- und Badeverwaltung steigt dadurch um glatte 45 000 DM. Er beträgt damit für 1992 insgesamt 925 000 DM.

St. Andreasberg wird auf Dauer um eine Kurtax-Erhöhung nicht herumkommen. Das war im Rat klar. Gleichzeitig mit der erneuten Beratung dieses Themas aber sollen auch die Vermieter darauf vorbereitet werden. „Damit sie das in langfristigen Verträgen berücksichtigen können“, wie Ratsherr Albert Kehr ausführte. P.W.

Rat war von Unsicherheiten geprägt

## Klima muß besser werden

ST. ANDREASBERG. Die Schularbeiten vergessen hatte ein Teil der St. Andreasberger Ratsherren. Trotz der Vorberatung in den Ausschüssen gelang es ihnen erst nach mehr als einer Stunde und einer Sitzungsunterbrechung, die Vorlage über den Neubau einer Wasserversorgungsanlage auf der Jordanshöhe zu verabschieden. Noch während der Ratssitzung mußten die Mitarbeiter der Stadtwerke Erläuterungen abgeben.

Unsicherheiten, die im Verwaltungsausschuß nicht ausgeräumt worden waren, kennzeichneten auch die meisten anderen wichtigen Beratungspunkte. Eine klare Linie war dagegen bei der CDU-Gemeinschaftsfraktion zu erkennen. Unter

der Führung von Werner Grübmer erteilte diese drei Anträgen eine Absage, in denen es um Erweiterungen der Bürgerfragestunde, sachkritische Wirtschaftlichkeitsanalysen und eine achtmonatige Sperre für Planstellen in der Verwaltung und den Betrieben ging. Der Antrag auf Einsetzung eines „Untersuchungsausschusses“, den es im kommunalen Bereich eigentlich nicht gibt, wurde zurückgezogen. Wir werden im einzelnen noch berichten.

Jetzt wollen die Fraktionen einen freiwilligen Gesprächskreis bilden, um ihre Streitereien zu überdenken und das politische Klima zu verbessern. Die Einladung dazu soll vom Bürgermeister ausgehen. P.W.

### KOMMENTAR

## Politische Eiszeit?

Von Peter Weiss

Eine „große Zahl“ von Einwohnern begrüßte Bürgermeister Hans Bahn freudestrahlend zur Ratssitzung am Donnerstag. Schließlich wollte man ja mit den Bürgern im Gespräch bleiben, sagte er. Fünf Stunden später hatten die Ratsherren alle Bürger aus dem Saal geredet. Eine kommunalpolitische Sternstunde war das nicht, was da im St. Andreasberger Kurhaus ablief.

Je mehr Zuhörer kommen, desto unverständlicher werden die Sprechblasen. So läßt sich die Situation vom Donnerstag beschreiben. Politiker überzeugen nicht gegenseitig, sie sprechen aneinander vorbei ins Publikum. Mit gequältem Gesicht kaut jeder jedes Thema erneut durch, bis aus leeren Worthüllen keine Argumente mehr fallen.

Nach den Kommunalwahlen ist die Situation in St. Andreasberg gewiß nicht leichter geworden. Die Zufallsmehrheit für den neuen Bürgermeister wird jetzt durch die wahren Verhältnisse ersetzt. Die CDU-Gemeinschaftsfraktion hat mit 7:6 die Nase vorn. Sie verfügt mit Werner Grübmer außerdem über große parlamentarische Erfah-

rung und viel Routine. SPD und FDP haben sich noch nicht wieder gefangen, die Bürgerliste kocht verständlicherweise ihr eigenes Süppchen.

Auf Dauer kann das nicht gutgehen. Zwar könnten die sieben Aufrechten stramm hinter ihrem Fähnlein hermarschieren und die anderen mores lehren. Diese wiederum blieben reinen Gewissens im oppositionellen Schmollwinkel, weil die vom Tisch der Verantwortung fallenden Brocken nicht nach ihrem Geschmack sind. Hält man das aber fünf Jahre lang durch?

Und was macht der Bürgermeister? Kann er die Stadt glaubwürdig repräsentieren und zugleich im Rat gegen alle Vorlagen stimmen? Muß er nicht alles daransetzen, um aus dieser Zwickmühle herauszukommen?

Es steht also zur Zeit nicht gut um den St. Andreasberger Rat. Immerhin zeichnen sich aber vage Perspektiven ab. Dazu gehört der interfraktionelle Gesprächskreis, der das Klima verbessern soll. Hans Bahn sollte ihn schnell einberufen, damit aus dem politischen Winter keine Eiszeit wird.

3. 4. 1992

## KOMMENTAR

### Mund gespitzt

Von Peter Weiss

**H**ans Bahn hängt nicht an seinem Platz. Wiederholt ist St. Andreasbergs Bürgermeister mit diesem Satz in der Öffentlichkeit aufgetreten. Am Mittwoch kennzeichnete er damit die Schwierigkeiten, die er als Ratsvorsitzender mit den Mehrheitsentscheidungen der Bürgerversammlung hat. Die meisten der von der CDU-Gemeinschaftsfraktion getragenen Abstimmungen sahen den Bürgermeister in der „Opposition“. Er stimmte sogar gegen den Haushalt der Stadt, für die er doch in der Öffentlichkeit als Repräsentant steht.

„Weniger Streit, dafür Arbeit zum Wohle der Stadt“, forderte St. Andreasbergs Bürger Erich Bienert in der Fragestunde und kennzeichnete damit das Unbehagen mit der gegenwärtigen Ratsatmosphäre. Die Fraktionen hatten sich wieder einmal nicht über Verfahrensfragen einigen können, was der Bürgermeister der Ratsmehrheit als mangelndes Demokratieverständnis anstete. Diese empfand das als herabsetzend und drohte im Wiederholungsfall mit einem Auszug aus dem Rat. Da fiel das eingangs zitierte Wort von Hans Bahn.

Oft wird der Bürgermeister damit nicht mehr kommen dürfen, ohne seiner Ankündigung einen konkreten Schritt folgen zu lassen. Er würde sich sonst der persönlichen Unglaubwürdigkeit aussetzen. Wer den Mund spitzt, muß auch irgendwann 'mal pfeifen.

### Kurtaxe bleibt bis auf weiteres unverändert

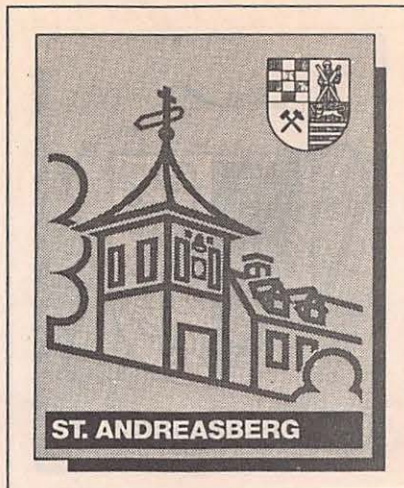
**ST. ANDREASBERG.** Keine Mehrheit fand im Rat die erneuerte Vorlage einer Erhöhung der Kurtaxe zum 1. Januar. Auch die Abschaffung der beitragsfreien Zeit oder die Einführung einer „halben Kurtaxe“ während dieser Zeit verfiel der Ablehnung.

Man müsse zu gegebener Zeit noch einmal darüber sprechen, hatte Horst Hörseljau als Vorsitzender der Zählgemeinschaft aus ABL, FDP und SPD gesagt.

Die Fraktionen untermauerten ihre Positionen mit rechtlich unterschiedlichen Interpretationen. Hörseljau zur beitragsfreien Zeit: „Wenn etwas bezahlt werden soll, muß auch eine Leistung erbracht werden.“ Dies sei aber gegenwärtig von November bis Weihnachten regelmäßig nicht der Fall.

Anders Werner Grüb Meyer, Vorsitzender der CDU-Gemeinschaftsfraktion: „Unsere Leistung ist bereits mit der staatlichen Anerkennung als Kurort erbracht.“ Dem fügte Karl-Heinz Brockschmidt aus persönlicher Erfahrung hinzu: „Auch die November- und Dezembergäste blicken nicht auf den Kurtaxbetrag.“

Wenig Chancen wird dem Versuch eingeräumt, die St. Andreasberger Außenbereiche Sonnenberg und Oderbrück in die Kurtaxordnung mit einzubeziehen. In einem vor 25 Jahren entschiedenen Rechtsstreit wurde festgelegt, daß Gäste die Kureinrichtungen in zumutbarer Zeit erreichen müssen. P.W.



## OBERHARZ

Beobachtungen am Rande der Andreasberger Ratssitzung

# Die Gegenspieler schenken sich nichts

ST. ANDREASBERG. Die Positionen waren klar markiert. Während Bürgermeister Hans Bahn am Donnerstag alle Mühe hatte, die Sitzungsleitung nicht aus den Händen zu verlieren, spielte Ex-Bürgermeister Werner Grübmeier im Rat seine ganze parlamentarische Erfahrung und Routine aus. In abgewogenen und wohl gesetzten Worten erläuterte er die Rechtslage, zitierte Vorschriften der Gemeindeordnung und stellte fest, „was geht und was nicht geht“. Grübmeier war in seinem Element. Seine „Fans“ erlebten ihn



St. Andreasbergs Bürgermeister Hans Bahn.

frei von den Zwängen der Verantwortung eines Ratsvorsitzenden, bestens vorbereitet und überzeugungsstark.

Hans Bahn hatte es nicht leicht, dagegen anzukommen. „Ich bin ein Laie“, rechtfertigte er Unsicherheiten im Ratsablauf. Von Vorgänger Grübmeier und Stadtdirektor Grogorenz nahm er mehrfach guten Rat an.

Daß man die Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung und die der Geschäftsordnung des Rates nicht so „locker“ handhaben darf, wie Bürgermeister und Zählgemeinschaft gern möchten, wurde in der Diskussion um die Bürgerfragestunde deutlich.

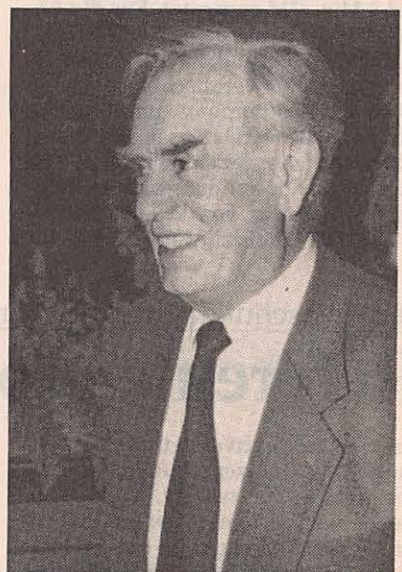
Einwohner des Ortes dürfen sich nämlich nur mit „Fragen“ an den Rat wenden, die in der Regel vom Vorsitzenden, nämlich dem Bürgermeister, oder dem Hauptverwaltungsbeamten (Stadtdirektor) beantwortet werden. SPD und FDP wollten diese strengen Regeln etwas auflockern und den Bürgern auch kleine Stellungnahmen einräumen. Dazu Albert Kehr (SPD): „Es ist für jeden Außenstehenden sehr schwer, sein Anliegen immer sofort in die Form einer Frage zu kleiden.“

Dem vermochte sich die CDU-Gemeinschaftsfraktion nicht anzuschließen. Werner Grübmeier mit der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Hand: „Der Antrag ist nicht zulässig, denn die Form der Bürgerfragestunde ist genau festge-

legt. Sie läßt keine Veränderung zu.“ Er zitierte aus einem Gesetzeskommentar und zeigte auf, daß „diese Vorschriften zum Schutz des Rates“ beschlossen worden sind. „Jeder Mandatsträger soll seine Entscheidungen völlig unabhängig von äußerem Einfluß ausüben können.“

Jetzt will man sich stärker mit der Möglichkeit von Bürgerversammlungen beschäftigen. „Wir möchten mit den Bürgern im Gespräch bleiben“, hatte Hans Bahn gesagt und hinzugefügt: „Wo ein Wille ist...“

P.W.



Ex-Bürgermeister Werner Grübmeier. Fotos: P.W.

# NIEDERSÄCHSISCHES INNENMINISTERIUM



Niedersächsisches Innenministerium · Postfach 2 21 · 3000 Hannover 1

Herrn  
Werner Grüb Meyer  
- Rathaus -  
  
3424 St. Andreasberg

Ihr Z., Ihre Nachr.v.    Mein Zeichen    Tel. (05 11)    Hannover  
03.02.1992                    25.2-12350/2    1 20-61 74    12.02.1992  
oder 1 20-1

## Einsatz einer Combo des Polizeimusikkorps Niedersachsen am 14.03.1992 in St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grüb Meyer,

mit Schreiben vom 03.02.1992 bitten Sie um den Einsatz einer Combo  
des Polizeimusikkorps Niedersachsen am 14.03.1992 in St. Andreas-  
berg.

Nach entsprechender Prüfung freue ich mich, Ihnen mitteilen zu kön-  
nen, daß Ihnen gem. Teilziffer 1.2 des RdErl. vom 27.11.1979  
- 22.1-12350 - GültL 34 b/143 - eine Combo des PMK kostenfrei zur  
Verfügung stehen wird, da es sich um einen im öffentlichen und  
dienstlichen Interesse liegenden Musikeinsatz handelt.

Die LBPN - Direktion - wird von mir gebeten, alles Weitere zu ver-  
anlassen. Absprachen über die näheren Einzelheiten bitte ich un-  
mittelbar zu führen.

Der geplanten Veranstaltung wünsche ich einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrage

  
Klosa

Burgberg-Gymnasium e.V.  
Alter Kaiserweg 3  
3388 Bad Harzburg

06.03.92

Herrn  
Grübmeier

Der Vorstand des Schulvereins Burgberg-Gymnasium e.V. erteilt hiermit Herrn Werner Grübmeier Vollmacht, für den Vorstand bzw. den Schulverein umfassend tätig zu werden und Gespräche mit den zuständigen Behörden im eigenen Namen führen zu dürfen, und zwar für die Sachgebiete:

*Finanzierung der Neubaumaßnahmen*

*Internat mit Mensa, Turnhalle und*

*Klassen- sowie Fachräume*

Herrn Grübmeier ist durch den Vorstand des Schulvereins Burgberg-Gymnasium e.V. dazu umfassende Vollmacht erteilt, welche hiermit schriftlich bestätigt wird.

Bad Harzburg, den

*H. W. Grübmeier*

.....  
1. Vorsitzender

*[Handwritten Signature]*

.....  
2. Vorsitzender

Winterball von Rot-Gold: Gesellschaftliches und tanzsportliches Ereignis

# Großartige Jugendformation überraschte

**ST. ANDREASBERG.** Einen glänzenden Schlußpunkt hinter zehn ereignisreiche, festliche St. Andreasberger Wochen setzte der Tanzsportclub Rot-Gold mit seinem 18. Winterball. Der gastgebende Club servierte zugleich einmal mehr bemerkenswerte Proben des persönlichen Engagements seiner Mitglieder, des Ideenreichtums seiner Mitstreiter und auch seiner Leistungsstärke, vor allem im Jugendbereich.

Gäste aus der gesamten Harzregion und darüber hinaus hatten sich von den winterlichen Witterungsverhältnissen nicht abhalten lassen das St. Andreasberger Kurhaus als Treffpunkt tanzsportbegeisterter Menschen und Schauplatz eines gesellschaftlichen Ereignisses des Oberharzes bis auf den letzten Platz zu füllen. Kein Wunder, daß man den Vorsitzenden von Rot-Gold, Friedrich Aderhold, in bester Laune erlebte, als er mit Bürgermeister Hans Bahn und Stadtdirektor Hans-Joachim Grog-

renz Freunde des Tanzsportes auch aus Clausthal-Zellerfeld, Herzberg, Goslar und selbst aus Göttingen begrüßte. In seiner Freude vergaß er nicht, allen von Herzen zu danken, die diesen Winterball 1992 vorbereitet hatten – eingeschlossen Ratsherren Werner Grübmeier, der sich als Schirmherr des Abends besonders um die Vermittlung der Tanzcombo des Polizeiorchesters Niedersachsen verdient gemacht hatte.

Werner Grübmeier reichte den Dank an den Rat und die Verwaltung der Bergstadt weiter und hob das Engagement des Tanzsportclubs als einen wichtigen Beitrag für Gemeinschaft und gesellschaftliches Leben in der Bergstadt hervor. Und schließlich wandte er sich an die Tanzcombo des Polizeiorchesters: Niedersachsens Polizei, meinte Grübmeier, werde ihrem Slogan „Die Polizei Dein Freund und Helfer“ in diesem Falle in ganz besonderem Maße gerecht.

Die Polizeimusiker waren es dann auch, die schwungvoll ein überaus abwechslungsreiches und immer wieder überraschendes Spitzenprogramm eröffneten. Zu ihren Takten wurden zunächst die Teilnehmer eines gerade auslaufenden Jugend-Tanzkurses des Tanzsportclubs Rot-Gold in Szene gesetzt. Mag sein, daß die jungen Damen und Herren dabei nichts mehr herbeisehten als den letzten Takt ihres Demonstrationstanzes. Aber wohl jeder im Saal kannte den langen Weg von den ersten Schritten bis zur Sicherheit in Schwung und Rhythmus – schon für die jungen Debütanten gab es starken Applaus des Hauses. Er galt auch dem Club, dem man die Verstärkung der Jugendgruppe aus dem Kreis dieser Nachwuchstänzer wünschte. Zu welchen Leistungen die Jugendgruppe von Rot-Gold unter Leitung von Edith May fähig ist, zeigte sie überaus eindrucksvoll mit ihrer Latein-Formation. Gekonnt, mit begeisterndem Schwung, locker und fröhlich wurde diese Formation von den Jugendlichen



Großartig dargeboten: Die Latein-Formation der Rot-Gold-Jugend.

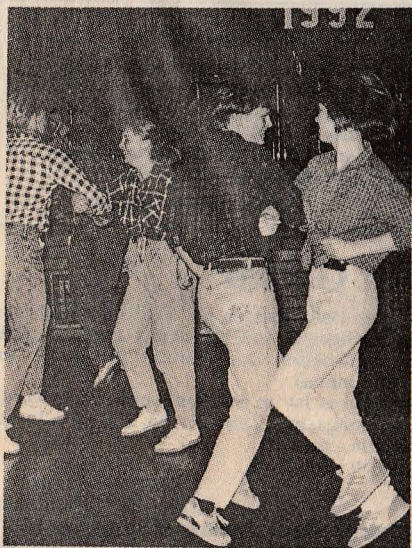
in einer ansprechenden Choreographie dargeboten, als gäbe es so etwas wie Lampenfieber nicht. Kein Wunder, daß der Funke der Begeisterung übersprang. Rauschender Beifall ließ kein schnelles Ende des Auftritts der Jugendgruppe zu, auch die Zugabe zauberte sie begeisternd aufs Parkett.

Mit Standardtänzen und lateinamerikanischen Kostproben glänzten später Thorsten Koletschka und Partnerin Vera Hampe, beide Mitglieder der Weltmeisterformation des TSC Braunschweig. Dazwischen wirbelte die zweite Jugendgruppe des Tanzsportclubs Rot-Gold eine Square-Dance-Parodie aufs Parkett, die ebenfalls begeistert aufgenommen wurde. Durch sie wurde so richtig deutlich, daß der Tanzsport in St. Andreasberg auf breiter Ebene Fuß gefaßt hat.

Den Höhepunkt des großartigen Programms aber setzte die Standard-C-Formation des TSC Braunschweig. Der Beifall für die meisterliche Formation wollte schier kein Ende nehmen.



Brillierten mit „Kostproben“: Thorsten Koletschka und Vera Hampe vom Tanzsportclub Braunschweig.



Das machte Zuschauern und Aktiven auf der Tanzfläche Spaß: Square-Dance-Einlage der zweiten Jugendgruppe.  
Fotos: Siebeneicher

Oberharzer Schützenbund feierte sein 70jähriges Bestehen in St. Andreasberg

## Stolz auf alte Tradition und gute Jugendarbeit

**ST. ANDREASBERG.** „Wir sind stolz auf das 70jährige Bestehen, auf jahrhundertalte Traditionen und darauf, daß es immer wieder gelingt, Jugendliche an den Schießsport heranzuführen.“ So beschrieb der Präsident des Oberharzer Schützenbundes Hermann Hemschemeier Sinn und Zweck des Festaktes zum Jubiläum im St. Andreasberger Kurhaus.

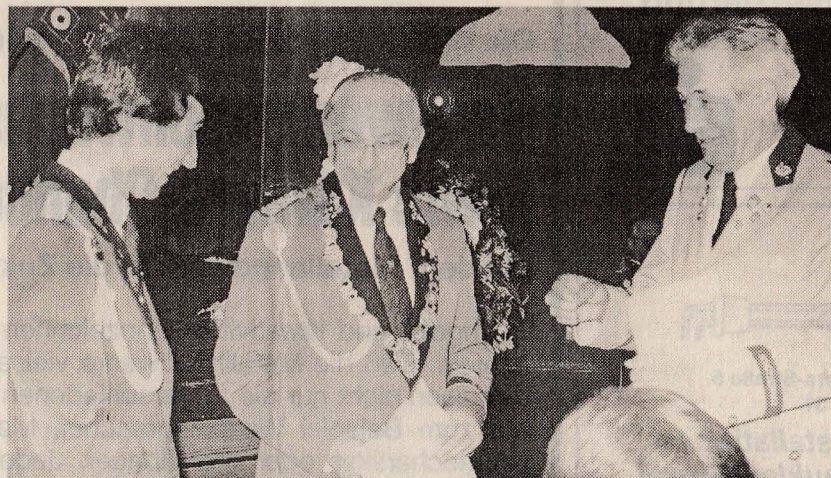
Zahlreiche Ehrengäste aus Sport und Politik, Delegierte und Mitglieder aus den im Oberharzer Schützenbund vereinigten Schützengesellschaften Altenau, St. Andreasberg, Buntentbock, Clausthal-Zellerfeld, Hahnenklee-Bockswiese, Lautenthal und Wildemann sowie Schützenhonoratioren aus dem gesamten Harzraum hatten dem Jubilar ihre Reverenz erwiesen.

Unter den zahlreichen Gästen konnte Präsident Hemschemeier u. a. den Vizepräsidenten des Niedersächsischen Schützenverbandes, Kurt

Picht, den Landratstellvertreter Werner Grübmeier, St. Andreasbergs Bürgermeister Hans Bahn, Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz und viele andere begrüßen.

Den Harzer Schützen im allgemeinen und den Oberharzern im besonderen schrieb Vizepräsident Picht eine besondere alte und gefestigte Tradition ins Stammbuch. Mahnte aber auch, daß die Tradition zu einer erfolgreichen Jugendarbeit besonders verpflichte. In diesem Zusammenhang bedauerte Picht, daß das Waffengesetz es verbiete, schon Kinder frühzeitig diesem schönen Sport zuzuführen.

Die Begrüßung seitens der Gastgeber übernahm nach interner „Auslösung“ St. Andreasbergs Oberschützenvogt, Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz. Er bedankte sich auch im Namen von Schützenvogt Gerhard Klapproth dafür, daß man St. Andreasberg für diesen Festakt und die sich anschließende Delegiertenversammlung auserkoren hatte. Dem



Mit der silbernen Ehrennadel des Landesschützenverbandes wurden Präsident Hermann Hemschemeier (Mitte) und der Zellerfelder Schützenvogt Jürgen Oppermann (links) ausgezeichnet. Eberhard Hammes nahm die Ehrung vor.

Oberharzer Schützenbund und seinen Gesellschaften bescheinigte er, in beispielhafter Form Tradition erlebbar zu gestalten.

Landratstellvertreter Werner Grübmeier überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Landkreises und bezeichnete den Oberharzer Schützenbund als ein „Kleinod in der Harzer Vereinslandschaft“. Er sei dem gesellschaftspolitischen Auftrag, den Schießsport weiten Bevölkerungskreisen zu öffnen, wirklich gerecht geworden. Er sagte auch für die Zukunft seine volle Unterstützung zu.

St. Andreasbergs Bürgermeister Hans Bahn erhoffte sich von der großen Schützenschar Unterstützung im Kampf um die Erhaltung der Oberharzer Naturräume. Für den Kreissportbund überbrachte Fachverbandsvorsitzender Eberhard Hammes die Glückwünsche und Grüße. Nach seiner Meinung hätten die Mitglieder des Oberharzer Schützenbundes wesent-

Geschenke erreichten den Oberharzer Schützenbund auch aus der Schützengesellschaft Bad Grund, einem früheren Mitglied des Jubilars, sowie aus den Kreisverbänden Goslar, Bad Gandersheim und Osterode. Die goldene Ehrennadel des Oberharzer Schützenbundes, Stufe 2, erhielt Hermann Wichers, Vorsitzender des Ehrenrates und die Verdienstnadel des Oberharzer Schützenbundes Günther Thiele. Der Vizepräsident des Niedersächsischen Schützenverbandes, Kurt Picht, verlieh an Klaus Lorenz, Buntentbock, das Ehrenkreuz des Niedersächsischen Schützenverbandes. -cher



daß es immer wieder gelingt, Jugendliche an den Schießsport heranzuführen.“ So beschrieb der Präsident des Oberharzer Schützenbundes Hermann Hemschemeier Sinn und Zweck des Festaktes zum Jubiläum im St. Andreasberger Kurhaus.

Zahlreiche Ehrengäste aus Sport und Politik, Delegierte und Mitglieder aus den im Oberharzer Schützenbund vereinigten Schützengesellschaften Altenau, St. Andreasberg, Buntenbock, Clausthal-Zellerfeld, Hahnenklee-Bockswiese, Lautenthal und Wildemann sowie Schützenhonoratioren aus dem gesamten Harzraum hatten dem Jubilar ihre Reverenz erwiesen.

Unter den zahlreichen Gästen konnte Präsident Hemschemeier u. a. den Vizepräsidenten des Niedersächsischen Schützenverbandes, Kurt

direktor Hans-Joachim Grogorenz und viele andere begrüßen.

Den Harzer Schützen im allgemeinen und den Oberharzern im besonderen schrieb Vizepräsident Picht eine besondere alte und gefestigte Tradition ins Stammbuch. Mahnte aber auch, daß die Tradition zu einer erfolgreichen Jugendarbeit besonders verpflichtet. In diesem Zusammenhang bedauerte Picht, daß das Waffengesetz es verbiete, schon Kinder frühzeitig diesem schönen Sport zuzuführen.

Die Begrüßung seitens der Gastgeber übernahm nach interner „Auslösung“ St. Andreasbergs Oberschützenvogt, Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz. Er bedankte sich auch im Namen von Schützenvogt Gerhard Klapproth dafür, daß man St. Andreasberg für diesen Festakt und die sich anschließende Delegiertenversammlung auserkoren hatte. Dem



Den Festakt seines 70jährigen Bestehens hatte der Oberharzer Schützenbund in das Kurhaus von St. Andreasberg gelegt. Die Vertreter der Bergstadt, Oberschützenvogt und Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz (Mitte) und Schützenvogt Gerhard Klapproth (rechts), dankten dafür. Links Präsident Hemschemeier.  
Fotos: Siebeneicher



Mit der silbernen Ehrennadel des Landesschützenverbandes wurden Präsident Hermann Hemschemeier (Mitte) und der Zellerfelder Schützenvogt Jürgen Oppermann (links) ausgezeichnet. Eberhard Hammes nahm die Ehrung vor.

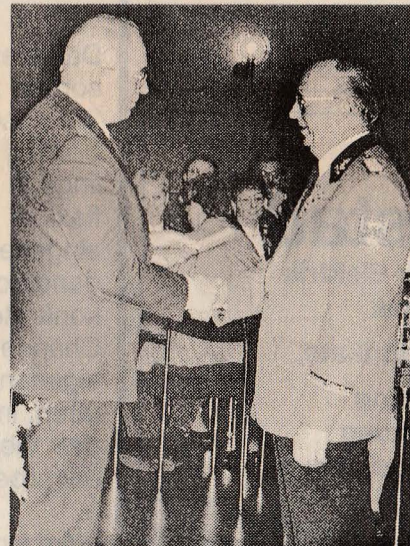
Oberharzer Schützenbund und seinen Gesellschaften bescheinigte er, in beispielhafter Form Tradition erlebbar zu gestalten.

Landratstellvertreter Werner Grübmeyer überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Landkreises und bezeichnete den Oberharzer Schützenbund als ein „Kleinod in der Harzer Vereinslandschaft“. Er sei dem gesellschaftspolitischen Auftrag, den Schießsport weiten Bevölkerungskreisen zu öffnen, wirklich gerecht geworden. Er sagte auch für die Zukunft seine volle Unterstützung zu.

St. Andreasbergs Bürgermeister Hans Bahn erhoffte sich von der großen Schützenschar Unterstützung im Kampf um die Erhaltung der Oberharzer Naturräume. Für den Kreissportbund überbrachte Fachverbandsvorsitzender Eberhard Hammes die Glückwünsche und Grüße. Nach seiner Meinung hätten die Mitglieder des Oberharzer Schützenbundes wesentlich dazu beigetragen, die Einheit des Schützenwesens im Landkreis herzustellen. Er erinnerte aber zugleich an die Wiedergründung des Harzer Schützenbundes im vergangenen Jahr in Wernigerode und wies auf die dadurch erheblich an Gewicht gewonnene Stimme der nun wieder vereinigten Harzer Schützen hin.

Im Auftrag des Landesschützenverbandes zeichnete Eberhard Hammes den Präsidenten des Oberharzer Schützenbundes Hermann Hemschemeier und seinen Kreisschießsportleiter Jürgen Oppermann aus Clausthal-Zellerfeld mit der silbernen Ehrennadel des Verbandes aus. Grüße und

Geschenke erreichten den Oberharzer Schützenbund auch aus der Schützengesellschaft Bad Grund, einem früheren Mitglied des Jubilars, sowie aus den Kreisverbänden Goslar, Bad Gandersheim und Osterode. Die goldene Ehrennadel des Oberharzer Schützenbundes, Stufe 2, erhielt Hermann Wichers, Vorsitzender des Ehrenrates und die Verdienstnadel des Oberharzer Schützenbundes Günther Thiele. Der Vizepräsident des Niedersächsischen Schützenverbandes, Kurt Picht, verlieh an Klaus Lorenz, Buntenbock, das Ehrenkreuz des Niedersächsischen Schützenverbandes. -cher



Hohe Auszeichnung für Schützenvogt Klaus Lorenz, Buntenbock (rechts). Er erhielt das Ehrenkreuz des Landesschützenverbandes.

Das Schützenwesen hat eine über 400jährige Geschichte – Auszüge aus der Chronik:

## Geldmangel brachte den Oberharzer Bund zusammen

ST. ANDREASBERG. Es ist nur ein kleiner Geburtstag, dieser 70. des Oberharzer Schützenbundes. Dennoch nutzte man ihn zu einem Festakt anlässlich der Delegiertentagung in St. Andreasberg, um auf die lange Tradition, seine Verdienste sowie die erfolgreiche Jugendarbeit aufmerksam zu machen. Über den Werdegang des Bundes ging der nachfolgende Auszug aus seiner Chronik ein.

Der Kreisverband „Oberharzer Schützenbund“ ist einer der kleinsten Kreisverbände im Niedersächsischen Sportschützenverband. Wenn man seine Geschichte verstehen will, muß man einen Rückblick auf seine Vorgeschichte werfen.

Das Schützenwesen im Oberharz kann auf eine über 400jährige Tradition zurückblicken. Schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurden die ersten Schützengesellschaften gegründet. Sie hatten die Aufgabe, Hab und Gut der Bevölkerung sowie die Gruben und Hütten zu schützen. Um 1570 wurden schon die ersten Wettkämpfe bei den Schützenfesten, sie nannte man damals Schützenhoff, ausgetragen. Zum Beispiel 1572 im Zellerfeld, an dem Schützen aus Wildemann, Bad Grund, Lautenthal und Zellerfeld teilnahmen.

Besonders ausgezeichnet wurden zwei Oberharzer Schützengesellschaften. Georg V. von Hannover verlieh den Schützengesellschaften Lerbach und Lautenthal im Jahre 1860 ein Königsschild. Dieser Schild scheint im ehemaligen Königreich Hannover darüber hinaus nur noch im Besitz der Schützen im Herrenhaus in Döhren gewesen zu sein. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, ver-

suchte man die Harzer Schützen in einem Bund zusammenzufassen. Im Oktober 1882 rief die Priv. Schützengesellschaft Goslar, eine der ältesten Gesellschaften im deutschen Raum, die Gesellschaften von Clausthal und Zellerfeld mit Erfolg zur Gründung eines Harzer Schützenbundes auf. In der Gründungsversammlung, im Schießhaus Zellerfeld, wurde der Schützenvogt von Zellerfeld, Senator F. Tegtmeier, zum 1. Bundespräsidenten gewählt.

Die 1921 einsetzende Geldinflation und die nicht gerade rosigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Harz griffen naturgemäß stark in das Vereinsleben der Oberharzer Schützen ein. Eine Teilnahme an den Veranstaltungen des Harzer Schützenbundes, dessen Gebiet sich inzwi-

schen weit in das Harzer Vorland erstreckte, war den Oberharzer Schützen aus finanziellen und auch zeitlichen Gründen unmöglich gemacht.

So wurde in der am 7. Mai 1922 nach Clausthal einberufenen Delegiertenversammlung, unter Vorsitz des Schützenvogtes F. A. Meyer Clausthal, die Gründung des Oberharzer Schützenbundes vollzogen. Zum ersten Präsidenten wurde Schützenbruder R. Meinking, Wildemann, gewählt. Nach dessen Tod im Oktober 1931 wurde Schützenbruder O. Pässler, Clausthal, sein Nachfolger. In dieser Zeit wurde auch das Banner des Oberharzer Schützenbundes angeschafft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ruhte der Schießsport im Oberharz ebenso

wie in ganz Deutschland. Aber schon 1949 gründeten sich die ersten Gesellschaften wieder. Die Gesellschaften mußten zwar noch Schwierigkeiten überwinden, sie fanden aber viel Unterstützung bei der Bevölkerung, bei Behörden und Betrieben.

In einer am Bußtag 1951 stattgefundenen Zusammenkunft in Lerbach, wurde unter Leitung des Schützenvogtes A. Geyer, Clausthal, die Einmütigkeit zur Wiedergründung des Oberharzer Schützenbundes festgestellt. Am 26. Oktober 1952 fand die Gründungsversammlung im Clausthaler Schießhaus statt.

Im Dezember 1972 schieden durch die Gebietsreform in Niedersachsen die Gesellschaften Bad Grund, Lerbach, Freiheit, Badenhausen, Osterode und Katzenstein aus dem Oberharzer Schützenbund aus. Sie gehören zum Kreis Osterode und gründeten den neuen Kreisschützenverband. Der Abgang dieser Gesellschaften war zwar eine Einbuße für den Oberharzer Schützenbund, festigte aber zugleich den Willen zum stärkeren Zusammenhalt der anderen Gesellschaften.

Durch gute Jugendarbeit und Werbung für den Schießsport wuchsen die Gesellschaften immer mehr. Sie genießen heute ein hohes Ansehen in den Städten und Orten des Oberharzes und sind aus dem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken.

Dazu kommen sportliche Erfolge, besonders bei der Jugend. Die Oberharzer Schützen nehmen regelmäßig an den Landesverbandsmeisterschaften des Niedersächsischen Sportschützenverbandes und an den deutschen Meisterschaften teil. -cher



„Erst einmal abstellen.“ Zum Jubiläum des Oberharzer Schützenbundes nahm Präsident Hermann Hemschemeier (links) zahlreiche Geschenke entgegen.  
Foto: Siebeneicher



# Kreisverband Oberharzer Schützenbund e. V.

Mitglied des Niedersächsischen Sportschützenverbandes e. V. im Deutschen Schützenbund und des Landes-Fachverbandes Schießsport im Landessportbund Niedersachsen e. V.

┌ Kreisverband Oberharzer Schützenbund e. V. ┐

Herrn  
Werner Grübmeier  
Quellenweg 9  
  
3424 St. Andreasberg

Bankverbindung:  
Volksbank Clausthal-Zellerfeld 61351  
Kreissparkasse  
Clausthal-Zellerfeld 10007 4251  
Anschrift:

Hermann Hemschemeier  
Seesener Str. 27  
3391 Wildemann

Den 27.3.92

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

Mit großer Freude haben wir Ihren Besuch anlässlich unseres 70. Jubiläums zur Kenntnis genommen. Im Namen des Kreisverbandes und allen Mitgliedern möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ihr Besuch war für uns eine große Ehre.

Mit Oberharzer Schützengruß

Präsident



Herrn  
Ltd. Regierungsschulldirektor a. D.  
Werner Grübmeier  
Quellenweg 9

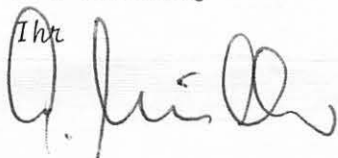
3424 St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Im Namen der Technischen Universität Clausthal und auch persönlich spreche ich Ihnen zu Ihrem 66. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche aus.

Ich darf diesen Tag zum Anlaß nehmen, Ihrer verdienstvollen Tätigkeit zum Wohle unserer Hochschule zu gedenken und wünsche Ihnen für das kommende Lebensjahr alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen  
und Glückauf

Ihr  


Prof. Dr. Georg Müller

Sanierung des Rathaus-Hintergebäudes im Bauausschuß diskutiert

## Durchgang zur Schulstraße entsteht nicht

**ST. ANDREASBERG.** Der vorgesehene Durchgang durch das Rathaus-Hintergebäude zur Schulstraße wird nicht gebaut. Überraschend gelassen nahm der Bauausschuß zur Kenntnis, daß dieses Vorhaben zu den Akten gelegt werden muß, obwohl es bisher als Teil des Konzeptes zur Schaffung eines Kommunikationsbereiches hinter dem Rathaus angesehen werden konnte.

In der öffentlichen Sitzung am Donnerstagabend war die Sanierung des Rathaus-Hintergebäudes zunächst losgelöst von der Gestaltung des Platzes neben und hinter dem Rathaus, für die Dipl.-Architekt Metzger einen Planungsvorschlag vorlegte. Nachdem der Ausschuß den Friedrich-Ebert-Platz in die Überlegungen einbezogen hatte, wurde mit einer Berücksichtigung von Platz am Rathaus und Rathaus-Hintergebäude schließlich doch der ganze Gestaltungskomplex in diesem „Quartier“ der Stadtsanierung erfaßt.

Wichtigster Ausgangspunkt dabei waren die Parkplätze. „Hinter dem Rathaus findet keine Kommunikation statt“ begründete der Planer seinen Gestaltungsvorschlag am Rathaus: Die Fläche neben dem Rathauseingang von Fahrzeugen frei halten und auf der Seite zum Nachbargrundstück mit kleinwüchsigen Bäumen bepflanzen, hinter dem Rathaus Parkplätze in Schrägaufstellung anordnen.

Dagegen wurden Bedenken im Ausschuß laut: So würden Dauerparkplätze für Mitarbeiter der Verwaltung angelegt, während in diesem Bereich vor allem Kurzzeitplätze für Rat-

hausbesucher und Kunden von Geschäften in der Innenstadt benötigt würden – die Verwaltungsmitarbeiter könnten durch den Durchgang leicht die Parkplätze an der Schulstraße erreichen.

Tröpfchenweise sickerten die Informationen in die Ausschußrunde, warum der Durchgang inzwischen zum durchlaufenden Posten in den Planungsakten geworden ist: Enthalten war er im ersten Konzept, das noch den Abbruch des Hintergebäudes vorsah. Beim Blick von der Schulstraße aus bescheinigte Dipl.-Ing. Metzger dem Hintergebäude eine schöne Fachwerkfassade – vor allem in der Gegenrichtung aber würde sich dem Passanten ein Hinterhofanblick bieten, der schlichtweg katastrophal sei. 20-KV-Leitungen, die am Zugangsbereich Schulstraße neu verlegt werden müßten, wurden als weiterer Grund für den Verzicht auf den Durchgang angeführt. Ein unerwünschter „Aufenthaltseffekt“ im Durchgang, der abends ein Abschließen erforderlich machen könnte, kam hinzu. Und schließlich nahm der Ausschuß zur Kenntnis, daß sich die Anwohner bereits gemeldet haben: Es gab an dieser Stelle nie einen öffentlichen Weg, an Rechtsfragen könnte das Vorhaben ohnehin scheitern.

Als später die Sitzung für eine Berücksichtigung unterbrochen wurde, stand der Ausschuß vor vollendeten Tatsachen: Das Rathaus-Hintergebäude ist im angedachten Durchgangsbereich bereits zugemauert, in Kopfhöhe gibt es nur eine Fensteröffnung. Bürgermeister Hans Bahn kletterte über ein Brett und erkundete persönlich die



**Beratung hinter dem Rathaus: Auf den Durchgang zur Schulstraße muß verzichtet werden, lautete die Erkenntnis.**

Foto: Tempes

topografische Situation: Ein Durchgang ist an dieser Stelle überhaupt nicht möglich, man müßte den vorhandenen Höhenunterschied innerhalb des historischen Stallgebäudes mit etwa sechs Stufen überwinden. Kinder im Kinderwagen und Behinderte wären ausgeschlossen von der Benutzung. Ein Beschluß stand nicht zur

Debatte: Ohne Durchgang soll das Rathaus-Hintergebäude in diesem Jahr fertiggestellt werden. Der Platz am Rathaus geht gleichzeitig in die Umplanung und Vorberatung in den Fraktionen – wenn die Finanzierung gesichert werden kann, stehen die Chancen für eine Realisierung ebenfalls noch 1992 gut.

te-

## GLOSSE

## Rauchzeichen

Über die Ratssitzung ist noch mehr zu berichten, zum Beispiel, daß der Rat geschlossen aufstand, als ehrenvolle Ernennungen für die Feuerwehr-Spitze ausgesprochen wurden, eine Anerkennung des Einsatzes für die Gemeinschaft, zu der die Wähler dem Rat gegenüber derzeit kaum Anlaß sehen dürften. Sie müssen den Eindruck von einem in Zwietracht gelähmten Rat haben – daß er in derselben Sitzung andere Beschlüsse diskussionslos faßte, bezeugte nur die totale Erschöpfung bei der Behandlung von Sachfragen.

Einzigste Hoffnung zur Beendigung des Ratszwistes mußte am Dienstagabend Horst Hörseljaus Idee von einer Klausurtagung bleiben. Notfalls mit Übernachtung, meinte er, aber das wird wohl nicht reichen. Nur die räumliche Enge einer Köte könnte dazu führen, daß letztlich doch alle wieder miteinander reden und den Wählerauftrag erfüllen, gemeinsam für die Bergstadt an die Arbeit zu gehen.

Doppelt geeignet für die Klausurtagung erscheint so gesehen die Köte auf dem Matthias-Schmidt-Berg. Wie bei der Papstwahl in Rom könnten die Ratsmitglieder durch Rauchzeichen vom Berge dem Volke signalisieren, daß Einigkeit hergestellt wurde. Aber beim Stand der Dinge mußte am Dienstagabend befürchtet werden, daß ein gemeinsames Ratsfeuer in der Köte allenfalls wegen einheitlich kalter Füße entzündet wird. te-

## Rat vertagte Verabschiedung seiner Geschäftsordnung

## Alte Schuldzuweisungen erneuert

**ST. ANDREASBERG.** Einen neuen Höhepunkt fruchtloser Auseinandersetzungen erlebten wenige Zuhörer in der Sitzung des Rates am Dienstag: Die Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Rates scheiterte in einem nahezu zweistündigen Disput schließlich an der gültigen Geschäftsordnung, an der Niedersächsischen Gemeindeordnung und an wiederausgegraben alten Schuldzuweisungen für die unverändert vergiftete Atmosphäre im Rat.

Grundsätzlich ging es in der Diskussion ausschließlich um den Antrag der Zählgemeinschaft SPD/FDP auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes. Die Änderungsanträge der CDU-Gemeinschaftsfraktion erforderten noch interfraktionelle Gespräche, erklärte für die Zählgemeinschaft Albert Kehr. In der Berichterstattung kann nur der Versuch unternommen werden, die vielfach wiederholten Argumente aufzulisten und gegenüberzustellen:

Nur die bereits seit November 1991 bekannte Vorlage der Verwaltung, ohne die Änderungswünsche, könne heute beraten werden, meinte Bürgermeister Hans Bahn. Auch für die FDP signalisierte Albert Kehr Zustimmung, der Verwaltungsvorlage könne gefolgt werden. Demgegenüber berief sich Werner Grübmeier auf gültige Geschäftsordnung und NGO: Die Vorlage sei Grundlage der Beratung, jede Fraktion könne jedoch bis zur Beschlussfassung Änderungsvorschläge einbringen. Er kontierte auch zum Einwand des Bürgermeisters, daß über das komplette Änderungspaket keine Abstimmung „in einem Ratsgremium“ erfolgen konnte: Die Geschäftsordnung sei laut NGO als „innerbetriebliche Verfassung“ nicht Angelegenheit von Ausschußberatungen, sondern

ausschließlich Sache des gesamten Rates.

Gegen eine Vertagung sprach sich Grübmeier vor allem unter Hinweis darauf aus, daß in einer Verwaltungsausschusssitzung vor fünf Wochen die Änderungswünsche „Punkt für Punkt“ durchgesprochen worden seien. Hans Bahn sprach demgegenüber von „Teilen der Änderungswünsche“, erst am „letzten Dienstag“ hätten alle Ratsmitglieder die komplette Vorlage im Dienstbriefkasten gehabt. Zusätzlicher Diskussionspunkt war Grübmeiers Beschwerde darüber, daß diese Sitzung ausschließlich der Geschäftsordnung gelten sollte, nachträglich aber mit anderen Punkten angereichert worden sei.

Der Antrag auf Vertagung wurde zunächst mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Werner Grübmeiers Erläuterungen zur Begründung der CDU-Änderungsvorschläge führte dann zu einer erneuten scharfen Auseinandersetzung. Auch bei der Festsetzung des Rederechtes sei die Zählgemeinschaft nicht als zwei Fraktionen, sondern als Gruppe mit nur einem Rederecht zu behandeln, erklärte Grübmeier, denn nur als Gruppe SPD/FDP habe man Hans Bahn als Bürgermeister nominieren können. In einer Art Putsch sei dabei die Mehrheit des Wählerwillens verdreht worden, sagte Grübmeier, und „nach Gutsherrenart“ in Fraktionen oder als Gruppe sowie in den Ausschüssen seien Posten verteilt worden. In Verbindung mit den Aufwandsentschädigungen bezeichnete es Grübmeier als scheinheilig, wenn bei SPD und FDP vom Willen zur Sparsamkeit gesprochen werde. Ausgenommen von diesem Vorwurf wollte Grübmeier nur einen SPD-Ratsherrn wissen, der sich nach der Rechtmäßigkeit der Aufwandsentschädigung erkundigt habe

– Ulrich Wemheuer, wie später deutlich wurde. Für die anderen blieb stehen: „Ein Skandal“, wenn man den Wählerwillen verändere „und kassiert dann Gebühren ab, obwohl man weiß, daß das unzulässig ist“.

Die Unzulässigkeit bekam Karl-Heinz Plosteiner später von Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz sibyllinisch bestätigt: Laut NGO gäbe es Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden von Fraktionen oder von Gruppen. Zu klären sei jedoch, ob die Zählgemeinschaft eine Gruppe sei. Er bestätigte allerdings der Zählgemeinschaft, daß der Rat durch Beschluß die Bildung von vier Fraktionen und der Zählgemeinschaft festgestellt habe.

Ulrich Wemheuer sah es damit als erwiesen an, daß sich niemand „die Taschen vollgestopft und Posten zugeschoben“ habe. Und das wirklich miese Karussell von Schuldzuweisungen sei in Wahrheit von der CDU durch den „Einkauf“ von Herbert Schlie – er ist als SPD-Ratsherr gewählt – in Gang gesetzt worden.

Durch Sachlichkeit versuchten vor allem Horst Hörseljaus und Karl-Heinz Plosteiner das Niveau zu verbessern. Das Thema Schlie sei „von gestern“, erklärte Hörseljaus und empfahl die Einberufung einer Klausurtagung, „notfalls mit Übernachtung“ zur Überwindung der persönlichen Spannungen.

Albert Kehrs Feststellung, daß die Geschäftsordnung das Miteinander im Rat regle, führte schließlich zur Terminsuche. Nach den Ferien soll die Geschäftsordnung verabschiedet werden, lautete der Beschluß. Werner Grübmeier machte deutlich, daß er zwischenzeitliche „interfraktionelle Gespräche“ nicht als Sache der CDU-Gemeinschaftsfraktion betrachte. te-



TERMINHEUTE

Kurhaus: 15 Uhr Tanztee, Uhr Zitherkonzert.  
– Lesezimmer: 8–19 Uhr.  
Hallenbad: 9–13, 14.30–19 Uhr  
Minigolf: 10–13 und 14–20 Uhr (bei guter Witterung).  
Kurmittelhaus: 9–12, 14–18 Uhr  
14–20 Uhr Sauna für D (Einlaß bis 18 Uhr).  
Bergwerksmuseum, Grube son und Grube Catharina fang: 11 und 14.30 Uhr, Fügen.  
Kur- und Verkehrsamt: 14–17 Uhr.  
Tennishalle: 8–22 Uhr.  
Tennisplätze am Sportzei Knöchel: Info: Tennishalle 82 00.  
Hotel Skandinavien: 9–21 Uhr  
Sauna und Hallenbad.  
Rathaus: 14 Uhr, Stadtführ

## Stadtfestkomitee verschiebt Treffen

ST. ANDREASBERG. Vorn tag dieser Woche auf Die 30. Juni, verschoben hat Stadtfestkomitee die ge

## GLOSSE

## Rauchzeichen

Über die Ratssitzung ist noch mehr zu berichten, zum Beispiel, daß der Rat geschlossen aufstand, als ehrenvolle Ernennungen für die Feuerwehr-Spitze ausgesprochen wurden, eine Anerkennung des Einsatzes für die Gemeinschaft, zu der die Wähler dem Rat gegenüber derzeit kaum Anlaß sehen dürften. Sie müssen den Eindruck von einem in Zwietracht gelähmten Rat haben – daß er in derselben Sitzung andere Beschlüsse diskussionslos faßte, bezeugte nur die totale Erschöpfung bei der Behandlung von Sachfragen.

Einzige Hoffnung zur Beendigung des Ratszwistes mußte am Dienstagabend Horst Hörseljaus Idee von einer Klausurtagung bleiben. Notfalls mit Übernachtung, meinte er, aber das wird wohl nicht reichen. Nur die räumliche Enge einer Kote könnte dazu führen, daß letztlich doch alle wieder miteinander reden und den Wählerauftrag erfüllen, gemeinsam für die Bergstadt an die Arbeit zu gehen.

Doppelt geeignet für die Klausurtagung erscheint so gesehen die Kote auf dem Matthias-Schmidt-Berg. Wie bei der Papstwahl in Rom könnten die Ratsmitglieder durch Rauchzeichen vom Berge dem Volke signalisieren, daß Einigkeit hergestellt wurde. Aber beim Stand der Dinge mußte am Dienstagabend befürchtet werden, daß ein gemeinsames Ratsfeuer in der Kote allenfalls wegen einheitlich kalter Füße entzündet wird. te-

## Rat vertagte Verabschiedung seiner Geschäftsordnung

## Alte Schuldzuweisungen erneuert

**ST. ANDREASBERG.** Einen neuen Höhepunkt fruchtloser Auseinandersetzungen erlebten wenige Zuhörer in der Sitzung des Rates am Dienstag: Die Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Rates scheiterte in einem nahezu zweistündigen Disput schließlich an der gültigen Geschäftsordnung, an der Niedersächsischen Gemeindeordnung und an wiederausgegrabenen alten Schuldzuweisungen für die unverändert vergiftete Atmosphäre im Rat.

Grundsätzlich ging es in der Diskussion ausschließlich um den Antrag der Zählgemeinschaft SPD/FDP auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes. Die Änderungsanträge der CDU-Gemeinschaftsfraktion erforderten noch interfraktionelle Gespräche, erklärte für die Zählgemeinschaft Albert Kehr. In der Berichterstattung kann nur der Versuch unternommen werden, die vielfach wiederholten Argumente aufzulisten und gegenüberzustellen:

Nur die bereits seit November 1991 bekannte Vorlage der Verwaltung, ohne die Änderungswünsche, könne heute beraten werden, meinte Bürgermeister Hans Bahn. Auch für die FDP signalisierte Albert Kehr Zustimmung, der Verwaltungsvorlage könne gefolgt werden. Demgegenüber berief sich Werner Grübmeier auf gültige Geschäftsordnung und NGO: Die Vorlage sei Grundlage der Beratung, jede Fraktion könne jedoch bis zur Beschlußfassung Änderungsvorschläge einbringen. Er konterte auch zum Einwand des Bürgermeisters, daß über das komplette Änderungspaket keine Abstimmung „in einem Ratsgremium“ erfolgen konnte: Die Geschäftsordnung sei laut NOG als „innerbetriebliche Verfassung“ nicht Angelegenheit von Ausschußberatungen, sondern

ausschließlich Sache des gesamten Rates.

Gegen eine Vertagung sprach sich Grübmeier vor allem unter Hinweis darauf aus, daß in einer Verwaltungsausschußsitzung vor fünf Wochen die Änderungswünsche „Punkt für Punkt“ durchgesprochen worden seien. Hans Bahn sprach demgegenüber von „Teilen der Änderungswünsche“, erst am „letzten Dienstag“ hätten alle Ratsmitglieder die komplette Vorlage im Dienstbriefkasten gehabt. Zusätzlicher Diskussionspunkt war Grübmeiers Beschwerde darüber, daß diese Sitzung ausschließlich der Geschäftsordnung gelten sollte, nachträglich aber mit anderen Punkten angereichert worden sei.

Der Antrag auf Vertagung wurde zunächst mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Werner Grübmeiers Erläuterungen zur Begründung der CDU-Änderungsvorschläge führte dann zu einer erneuten scharfen Auseinandersetzung. Auch bei der Festsetzung des Rederechtes sei die Zählgemeinschaft nicht als zwei Fraktionen, sondern als Gruppe mit nur einem Rederecht zu behandeln, erklärte Grübmeier, denn nur als Gruppe SPD/FDP habe man Hans Bahn als Bürgermeister nominieren können. In einer Art Putsch sei dabei die Mehrheit des Wählerwillens verdreht worden, sagte Grübmeier, und „nach Gutsherrenart“ in Fraktionen oder als Gruppe sowie in den Ausschüssen seien Posten verteilt worden. In Verbindung mit den Aufwandsentschädigungen bezeichnete es Grübmeier als scheinheilig, wenn bei SPD und FDP vom Willen zur Sparsamkeit gesprochen werde. Ausgenommen von diesem Vorwurf wollte Grübmeier nur einen SPD-Ratsherrn wissen, der sich nach der Rechtmäßigkeit der Aufwandsentschädigung erkundigt habe

– Ulrich Wemheuer, wie später deutlich wurde. Für die anderen blieb stehen: „Ein Skandal“, wenn man den Wählerwillen verändere „und kassiert dann Gebühren ab, obwohl man weiß, daß das unzulässig ist“.

Die Unzulässigkeit bekam Karl-Heinz Plosteiner später von Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz sibyllinisch bestätigt: Laut NGO gäbe es Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden von Fraktionen oder von Gruppen. Zu klären sei jedoch, ob die Zählgemeinschaft eine Gruppe sei. Er bestätigte allerdings der Zählgemeinschaft, daß der Rat durch Beschluß die Bildung von vier Fraktionen und der Zählgemeinschaft festgestellt habe.

Ulrich Wemheuer sah es damit als erwiesen an, daß sich niemand „die Taschen vollgestopft und Posten zugehoben“ habe. Und das wirklich miese Karussell von Schuldzuweisungen sei in Wahrheit von der CDU durch den „Einkauf“ von Herbert Schlieff – er ist als SPD-Ratsherr gewählt – in Gang gesetzt worden.

Durch Sachlichkeit versuchten vor allem Horst Hörseljau und Karl-Heinz Plosteiner das Niveau zu verbessern. Das Thema Schlieff sei „von gestern“, erklärte Hörseljau und empfahl die Einberufung einer Klausurtagung, „notfalls mit Übernachtung“ zur Überwindung der persönlichen Spannungen.

Albert Kehrs Feststellung, daß die Geschäftsordnung das Miteinander im Rat regle, führte schließlich zur Terminsuche. Nach den Ferien soll die Geschäftsordnung verabschiedet werden, lautete der Beschluß. Werner Grübmeier machte deutlich, daß er zwischenzeitliche „interfraktionelle Gespräche“ nicht als Sache der CDU-Gemeinschaftsfraktion betrachtet. te-

# Samtgemeinde Oberharz

Der Bürgermeister

3392 Clausthal-Zellerfeld  
Tel. 05323/2274  
Prof. Hennicke privat.  
31. Juli 1992

Herrn  
Stellv. Landrat Werner Grübmayr

St. Andreasberg  
Quellenweg

Betr. 20-Jahr-Feier Samtgemeinde Oberharz am 7. August 1992

Lieber Herr Grübmayr,

Es ist natürlich eine blendende Idee, daß Sie als alter Oberharzer als stellv. Landrat einige Grußworte sagen wollen - dies ist in unser Programm aufgenommen worden. (Heribert Meier ist übrigens leider abwesend!).

Wir sind uns darüber einig, daß das kritische Motto "Unerfüllte Hoffnungen oder verbesserte Leistungen für den Bürger?" schon ein Ansatz sein sollte und vielleicht könnten Sie ein wenig die vermutliche Lücke füllen, die zum Europa-Thema von Dr. Schneider auftritt. Vor allen Dingen sollte ein "Über-Loben" vermieden werden. Dennoch kann man ja sagen und unterstreichen, daß es seitens des Landkreises ernstzunehmende Versuche für eine Besserung vieler Zustände im Oberharz gegeben hat.

*und weiterhin gibt ...!*

Für weitere Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung, auch abends unter 05323/2274.  
Mit freundlichem Gruß und Glückauf!  
I h r

*H. V. Hennicke*

Ich lege gerne den Entwurf des Programms bei.

Programm  
zur Festveranstaltung des 20 jährigen Bestehens der  
Samtgemeinde Oberharz

Musikalische Einleitung  
Harzwaldsänger Buntenbock  
(Instrumentengruppe)

Begrüßung  
Samtgemeindebürgermeister  
Professor (em) Dr. rer.nat. Hans Walter Henricke

Grußwort  
Rektor der Technischen Universität Clausthal  
Professor Dr. rer.nat Georg Müller

Grußwort  
Stellv. Landrat des Landkreises Goslar  
Werner Grübmayr

Festvortrag

"Europas Einheit - Chance oder Gefahr für die Kommunale  
Selbstverwaltung"

Dr. jur. Jürgen Schneider  
Präsident des Niedersächsischen Städtetages

Musikalische Überleitung  
Harzwaldsänger Buntenbock  
(Instrumentengruppe)

Laudatio auf den früheren Samtgemeindebürgermeister  
Günter Klose  
und seine  
Ernennung zum Ehrenbürgermeister der Samtgemeinde Oberharz

Samtgemeindebürgermeister  
Professor (em) Dr. rer.nat. Hans Walter Henricke

Musikalischer Ausklang  
Harzwaldsänger Buntenbock  
(Instrumentengruppe)

Im Anschluß an diese Feierstunde sind die Teilnehmer herzlich zu einem Glas Sekt im Vorraum der Aula  
eingeladen.

# Eine gute Adresse im Harzer Wanderdreieck

Werner Grübmer zum St. Andreasberger Tourismuskonzept

Seit dreißig Jahren „regiert“ Werner Grübmer (65) als ehrenamtlicher Bürgermeister im niedersächsischen St. Andreasberg. Im Hauptberuf ist er stellvertretender Landrat in Goslar. Im nachfolgenden Gespräch äußert er sich zum Fremdenverkehrskonzept der durch den silbernen Andraestaler bekannt gewordenen Stadt im Westharz.

Nach Einstellung des Bergbaus im Jahre 1910 wurde der Fremdenverkehr für die Bürger Ihres Ortes zur wichtigsten Erwerbsquelle. Was wird dem Urlauber geboten?

St. Andreasberg hat mit Unterstützung des Landes Niedersachsen in den vergangenen Jahrzehnten viel in den Fremdenverkehr investiert. Ein Beispiel: Die zwei Doppelsesselbahnen am Matthias-Schmidt-Berg sind ganzjährig in Betrieb. Runter geht es auf der 550 Meter langen Superrutsche, im Winter auf Brettern. Als weitere Attraktion sind das Bergbaumuseum Grube Samson, das Kurmittelhaus für naturnahe Heil- und Regenerationskuren und das Panorama-Hallenbad zu nennen. Die Zahl von 66 550 Urlaubern (Tagesbesucher nicht eingerechnet) und über 2000 Kurgäste jährlich belegen, daß ein erlebnisreicher und zugleich entspannend-naturverbundener Urlaub sich nicht ausschließen müssen.

Ihr Ort ist dem „Harzer Wanderdreieck“ angeschlossen. Welche Leistungen bietet diese Vereinigung den Erholungssuchenden?

Hierbei handelt es sich um ein touristisches Angebot für Rad- und Fußwanderer. Sie können eine Woche bei Transfer des Gepäcks zu vorher festgelegten Übernachtungsorten

wandern oder fahren und sich so den Harz selbst erschließen.

Welches Verhältnis hat sich seit 1989 zu den Nachbargemeinden im Ostharz schon herausbilden können?

Unabhängig von der Zuordnung zu den Ländern Niedersachsen oder Sachsen-Anhalt beginnt auch die Wiedervereinigung des Harzes als einer landschaftlich zusammengehörigen Region Realität zu werden.

## Der Ort rückte aus einer Randlage in den Mittelpunkt

Wir helfen dabei als relativ kleine Kommune nach besten Kräften mit, indem wir Orte wie Tanne, Schierke, Elend und Sorge, Königshütte und Trautenstein bei der Neuformierung ihrer Verwaltungen unterstützen. Der Nationalpark Harz, um ein weiteres Stichwort zu nennen, ist eine große gemeinsame Herausforderung und Verpflichtung.

Die Kurkarte von St. Andreasberg hat bereits Gültigkeit für Tagesbesuche in allen Kurorten des Harzes und seines Vorlandes. Der Touristenstrom hat spürbar zugenommen,

weil unser Ort aus einer Randlage in den Mittelpunkt einer unvergleichlich schönen Landschaft rückte.

Wie binden Sie die landschaftlichen Sehenswürdigkeiten in Ihr Tourismuskonzept ein?

Wir sind stolz auf unsere Oberharzer Wiesen mit ihren unter Naturschutz stehenden Gebirgspflanzen wie Sonnentau, Knabenkraut, Arnika, Wiesenorchideen und Türkenbund.

Die Landwirtschaft ist im Tourismuskonzept berücksichtigt. Das schließt finanzielle Entschädigungen für Ertragsausfälle ein. Während der Blüte der Wiesenblumen müssen die Bauern beispielsweise auf die Grasmahd verzichten. Ihr Engagement für die Landschaftspflege trägt nicht unwesentlich dazu bei, daß alljährlich Tausende Naturbegeisterte in unsere Gegend kommen, auf Wanderungen die Hochmoore entdecken.

Sanfter Tourismus bedeutet ja auch ein gut ausgebautes, beschil- dertes Wegenetz. Mit mehr als zehntausend Tagesbesuchern an den Wochenenden scheint die Grenze des Möglichen erreicht. Daß wir allerdings bei unseren großen Brauchtumsveranstaltungen, so beim Kuhaustrieb, zur Hirschbrunft- woche und zum Finkenmanöver, immer für Trubel sorgen, das gehört einfach dazu. Da rücken die Einheimischen ein bißchen zusammen, um vor allem die Gäste aus den neuen Bundesländern mitfeiern zu lassen.

Das Gespräch führte Bernhard Schneider

## Vergnügungspark keine Lösung für die Altmark

Gute Chancen für den Mittelstand sieht Sachsen-Anhalts Ministerpräsi-



## § ALLES, WAS RECHT IST

### VOGELSCHUTZ GEHT VOR

Ein Modellflugplatz, der in einem Gebiet betrieben werden soll, das sowohl als Nahrungsbiotop von Weißstörchen als auch als Rast- und Nahrungsbiotop für Zugvögel und schließlich auch als Brutbiotop zahlreicher wildlebender Vogelarten dient, gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die hohe Schutzwürdigkeit der Vogelwelt wird durch das überwiegende Interesse der Allgemeinheit, die Tierwelt in ihrer durch die Zivilisationseinflüsse ohnehin gefährdeten Vielfalt nicht nur der Gegenwart, sondern auch den kommenden Generationen zu erhalten, belegt.

Verwaltungsgerichtshof Mannheim, Urteil v. 28. 12. 90

### HAUSTIERE GEHÖREN ZUM ÜBLICHEN WOHNGEBRAUCH

Wer ein Haustier in seiner Mietwohnung hält, ohne die vertraglich vorgesehene Zustimmung des Vermieters hierzu vorher einzuholen, muß gleichwohl dieses Tier nicht abschaffen. Denn die Auslegung einer solchen Klausel ergibt, daß die Erteilung der Erlaubnis nicht im Belieben des Vermieters steht. Voraussetzung für die Versagung sind dabei entgegenstehende sachliche und gewichtige Gründe des Vermieters.

Diese Gründe müssen sich daran messen lassen, daß heutzutage die Haustierhaltung zum üblichen Wohngebrauch gehört, auch soweit es Hunde und Katzen betrifft. Die Wohnung dient in der Regel als existenzieller Lebensmittelpunkt. Die Wohnungsmiete dient dazu, die räumlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Zum Wohnen gehört dabei die gesamte Lebensführung des Mieters mit allen ihren Ausgestaltungen und mit allen ihren Bedürfnissen. Der Mieter hat daher grundsätzlich einen Anspruch auf Erteilung der Erlaubnis zur Tierhaltung auf dem angemieteten Grundstück. Grenzen bestehen dort, wo die Obhutspflicht gegenüber dem Vermieter hinsichtlich der Mietsache, Schutz- und Rücksichtnahmepflichten gegenüber Mitmieter oder Vermieter, Gesichtspunkte des Tierschutzes und schließlich die Wahrung des Hausfriedens dies erfordern.

Amtsgericht Schöneberg, Urteil v. 21. 03. 91

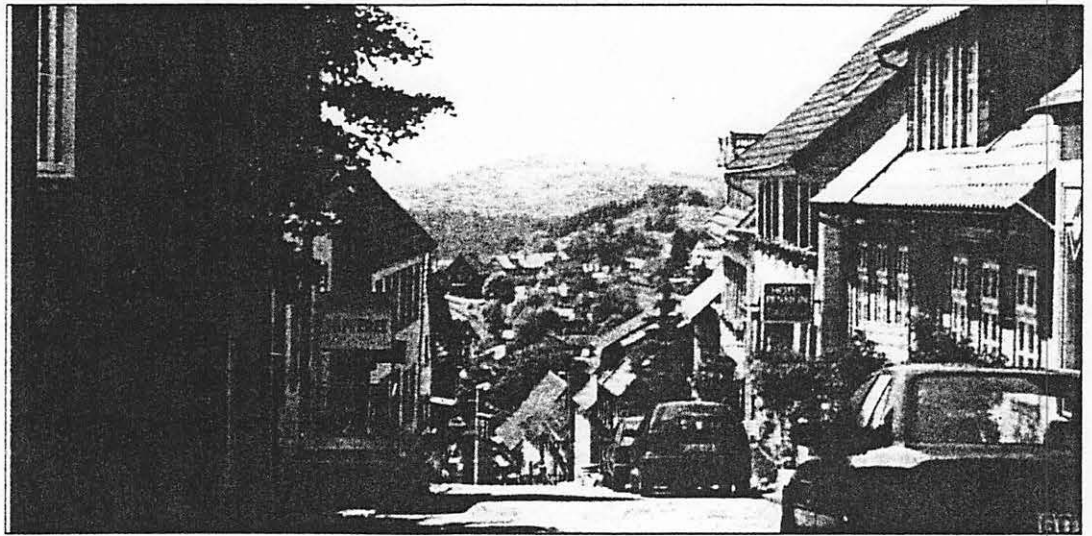
In St. Andreasberg gibt es heute nur noch drei Züchter von Kanarienvögeln. Um 1800 züchtete man ihn in 600 von 800 Familien. Über mangelndes Medieninteresse kann sich jedoch einer der letzten St. Andreasberger Züchter, der pensionierte Maschinenschlosser Herbert Weidemeyer (76), beim besten Willen nicht beklagen. Im September 1990 war er mit einer Kollektion seiner gelben Sänger nach Hamburg zum ARD-Wunschkonzert gefahren (eine Autogrammkarte von Dagmar Berghoff hütet er wie einen kleinen Schatz). Karfreitag 1991 hatte er einen Auftritt beim Dresdner Rundfunk in einem Folkloreprogramm, und zum Zeitpunkt meines Besuches bei ihm hatten die Fernsehtechniker von ORF aus dem fernen Wien gerade die Scheinwerfer aufgebaut. "Das hätte mir mal vor 20 Jahren geboten werden müssen", bemerkt der alte Herr - der zwar noch rüstig ist, aber eben den Tribut an das Alter zahlen muß - nicht ohne ein bißchen Wehmut.

Tatsächlich gibt es im idyllischen Harzstädtchen St. Andreasberg, wo der Bergmann Wilhelm Trute (1836-1889) den ersten wirklichen Harzer Roller herauszüchtete, heute nur noch drei Züchter: Herbert

# DIE „WIEGE“ DER HARZER ROLLER ZUCHT

richtet. Bevor wir in sein „Heiligtum“ gelangen, müssen wir eine steile Treppe überwinden. In geräumigen Fluchten und verschließbaren Gesangskästen - die allesamt Eigenbau sind - tummeln sich 20 Zuchtpaare und bis zu 80 Jungvögel. Züchter Weidemeyer schwört auf die Einzelhecke. Die Saison wird bei ihm jeweils im März eröffnet; zur Zucht werden nur mindestens einjährige Vögel zugelassen. Während das „tägliche Brot“ der Kanarien ansonsten zu drei Vierteln aus Kanariensaat und zu ei-

Gesangsausbildung, denn St. Andreasberger Kanarien haben einen Ruf zu verteidigen. Während die jungen Weibchen in „Frauenhäusern“ (sogenannten Fluchten) kollektiv untergebracht werden, erhält der junge Kanarienhahn eine Einzellogis (Grundfläche 32 x 18 cm/Höhe 22 cm), die durch Sperrholzbretchen voneinander getrennt werden. Hier können sie - ungestört nach dem Vorbild ihres erwachsenen Vorsängers - ihr Gesangsspensum vervollständigen. Wenn Züchter Weidemeyer dann die jungen Gesangskandidaten abhört, die erwünschten Liedbestandteile aller Touren wie die für den Rollervogel charakteristische Hohlrolle oder die etwa eine Oktave höhere Hohlklingel, dazwischen vier- bis fünfmal die tiefe Pfeife als Erholungstour oder die Knorre als Brumnton oder die Schockel als leicht schwankender Ton zufrieden registriert, dabei aber auch Mißtöne zur Kenntnis nimmt, will er absolut ungestört bleiben. Im Gegensatz zum Inland hat das Ausland die „Wiege“ der Harzer Rollerzucht in St. Andreasberg nicht vergessen. So lieferte Herbert Weidemeyer bereits Nachzuchten nach Belgien, Holland, Schweden, Norwegen, in die Schweiz und die USA.



Weidemeyer und Siegfried Lierath sowie sein Sohn Stefan. Bleiben wir aber noch beim gegenwärtigen Altmeister der Kanarienvogelzucht in diesem Bergstädtchen des Oberharzes. Herbert Weidemeyer und seine Frau Gertrud sind gebürtige Andreasberger. Ehe 1950 bei ihm die Kanarienzucht begann, indem er einfach die Hecke seines Onkels übernahm, erfreute er sich an Wildvögeln seiner Heimat wie Zeisig, Gimpel, Kreuzschnabel und Hänfling, die er oft auch selber fing.

### VOGELSTUBE UNTER DEM DACH

Seine Vogelstube hat er traditionsgemäß auf dem Dachboden einge-

nem Drittel aus Rübsen dazu etwas Negersaat und Mohn besteht, sorgt der Züchter durch ein Weichfutter aus Trockensubstanz, das mit geriebener Möhre, etwas Vitaminsaft und Bienenhonig sowie Eierzwieback und Haferflocken angereichert wird, für die nötigen Energien bei der Aufzucht der Kanarien. Da der Züchter wegen der Verderblichkeit des Weichfutters während der warmen Jahreszeit fünfmal am Tage füttert (das erste Mal früh halb sechs) und Herbert Weidemeyer das niemandem überlassen will und kann, hat er sich schon seit 1976 keinen Urlaub mehr geleistet. Doch das zeitaufwendigste ist die

Oben: St. Andreasberg, Altstadt

Rechts oben: Herbert Weidemeyer, Altmeister der Kanarienzucht in St. Andreasberg

Rechts außen: Siegfried Lierath, Vereinsmeister seit 12 Jahren

Rechts: Stefan Lierath, jüngstes Mitglied des Herzberger Vereins

Außen: Heimatmuseum in Andreasberg. Exposition zur Anfertigung von Transportbauern

Fotos: Schneider

*Deutsche Geflügelzeitung, Berlin*

Geflügelzeitung 13/92

# DIE „WIEGE“ DER HARZER ROLLER ZUCHT

nicht. Bevor wir in sein „Heiligtum“ gelangen, müssen wir eine steile Treppe überwinden. In geräumigen Fluchten und verschließbaren Gesangskästen - die allesamt Eigenbau sind - tummeln sich 20 Zuchtpaare und bis zu 80 Jungvögel. Züchter Weidemeyer schwört auf die Einzelhecke. Die Saison wird bei ihm jeweils im März eröffnet: zur Zucht werden nur mindestens einjährige Vögel zugelassen. Während das „tägliche Brot“ der Kanaren ansonsten zu drei Vierteln aus Kanariensaat und zu er-

Gesangsausbildung, denn St. Andreasberger Kanaren haben einen Ruf zu verteidigen. Während die jungen Weibchen in „Frauenhäusern“ (sogenannten Fluchten) kollektiv untergebracht werden, erhält der junge Kanarienhahn eine Einzellogis (Grundfläche 32 x 18 cm/Höhe 22 cm), die durch Sperrholzbretchen voneinander getrennt werden. Hier können sie - ungestört nach dem Vorbild ihres erwachsenen Vorsängers - ihr Gesangsspensum vervollständigen. Wann Züchter Weidemeyer dann die jungen Gesangskandidaten abhört, die erwünschten Liebbestandteile aller Touren wie die für den Rollervogel charakteristische Hohlrolle oder die etwa eine Oktave höhere Hohlklingel, dazwischen vier- bis fünfmal die tiefe Pfeife als Erholungstour oder die Knorre als Brummtou oder die Schockel als leicht schwankender Ton zufrieden registriert, dabei aber auch Mißtöne zur Kenntnis nimmt, will er absolut ungestört bleiben. Im Gegensatz zum Inland hat das Ausland die „Wiege“ der Harzer Rollerzucht in St. Andreasberg nicht vergessen. So lieferte Herbert Weidemeyer bereits Nachzuchten nach Belgien, Holland, Schweden, Norwegen, in die Schweiz und die USA.

Prominentester Kunde - allerdings beim Vorbesitzer seiner Zucht, seinem Onkel Eduard - war Lucius Clay, der amerikanische Militärgouverneur. Er erwarb 1949, als er Deutschland verließ, zwei Pärchen und revanchierte sich ein halbes Jahr nach der Währungsreform mit der Übersendung des damals so raren Vogelfutters. Auch der Bergmann Siegfried Lierath (52) ist ein gebürtiger St. Andreasberger. Seit 20 Jahren züchtet er, der eines von 12 Mitgliedern des Kanarienzüchtersvereins Herzberg im DKB ist, die berühmten Gelb- und Grünröcke. Zwölf Jahre hat er bereits das Abonnement auf den 1. Vereinsmeister. In seinem Bestand befinden sich zehn Zuchtpaare, die sich je nach Jahreszeit in der Vogelstube oder mit den Jungvögeln gemeinsam in der Voliere aufhalten.

## ERST VIELE KNIFFE FÜHREN ZUM ERFOLG

Die Züchtererfahrungen von Siegfried Lierath in Kurzform: Sechs Wochen vor der Zucht werden die Vögel mit einem Weichfutter aus hartgekochtem Ei, Zwieback, Traubenzucker, Mohn und Fertigtrockenfutter - alles im Mixer homogenisiert - angefüttert.

Erweiterung des Speisetzetells durch Salat, Löwenzahn und Apfel. Nest und Nistmaterial werden erst in der 6. Woche bereitgestellt. Die Eier werden bis zum 3. Ei durch künstliche ersetzt, erst dann kommt das natürliche Gelege wieder ins Nest, um eine gleichmäßige Bebrütung zu sichern. Beringung der jungen Kanaren am 7. bzw. 8. Tag nach dem Schlupf. Trennung der alten von den jungen Vögeln nach vier bis fünf Wochen, nach einem weiteren Vierteljahr werden die jungen Kanaris nach Geschlechtern separiert. Für die Geschlechterunterscheidung schwört Züchter Lierath auf die „Nadel-Methode“. Eine Nadel pendelt, gehalten durch einen Faden an einem Parmuttknopf, über der Kloake des Vogels. Schlägt nun das Pendel in gerader Richtung aus, so soll es ein Männchen sein, während kreisende Bewegungen auf ein Weibchen schließen lassen (den Wahrheitsbeweis sollte jeder im Experiment erproben). Nach der Mauser, etwa im Oktober, kommen auch bei Züchter Lierath die Jungmännchen in den Gesangsschrank. Dort leben sie wie die Mönche sechs Wochen in einer dunklen bzw. abgedunkelten Zelle und können sich unge-

stört auf den beispielhaften Gesang eines Vorsängers konzentrieren. Die besten Hähne bei Züchter Lierath ersingen sich bei Wettbewerben auch schon mal die maximal zu vergebende Punktzahl. Im Durchschnitt bringt sein Quartett respektable 340 Punkte nach Hause. Eng verbunden mit seiner Liebe zu den gelben Sängern ist das Sammeln von historischen Käfigen und Zubehör. Auf Vereinsausstellungen oder Freizeitschauen finden die inzwischen 40 Käfige für Kanaren und Finken ein großes Interesse. Das älteste Gesangsbauer ist schätzungsweise 130 Jahre alt. Im Monat Juli findet jeweils in St. Andreasberg anlässlich des „Tages des Gastes“ die Verlosung des wohl typischsten Präsensts des Ortes an einen Kurgast statt: Ein original St. Andreasberger Kanarienvogel mit Bauer. Schon um diesen schönen Brauch auch in ferner Zukunft fortsetzen zu können, darf diese schöne traditionsreiche Freizeitbeschäftigung in der Oberharzer Bergstadt nicht aussterben. Siegfried Lierath hat seine Liebe zu den „Harzer Rollern“ auf seinen elfjährigen Sohn Stefan übertragen, der jüngstes Mitglied des Herzberger Vereins ist. Bernhard Schneider

## STERBEN UNSERE WEIßSTÖRCHE AUS?

Gegenwärtig haben die ersten Störchenpaare in der Lausitz Junco. Wie lange noch? Auf der Internationalen Weißstörchtagung in Minden im Februar 1992 kamen die dort anwesenden Wissenschaftler zu der Auffassung, daß es wahrscheinlich in Deutschland Anfang des nächsten Jahrhunderts keine Weißstörche mehr geben wird. Der Brutpaarbestand ist von 20 000 bis auf 3200 gesunken. Auch für die folgenden Jahre gibt es Anzeichen, daß sich diese negative Tendenz fortsetzen wird. Gründe für den Rückgang in Mitteleuropa sind der anhaltende Flächenverbrauch und die weitere Entwässerung von Feuchtgebieten. Eine positive Entwicklung des Weißstörchbestandes könnte eingeleitet werden, wenn großräumig neue Feuchtgebiete geschaffen würden, was aber nicht zu erwarten ist. Vom allgemeinen Rückgang des Weißstörches in Europa war in den letzten Jahrzehnten die Oberlausitz weitgehend verschont geblieben. Doch jetzt zeichnet sich auch hier eine Bestandsminderung ab. Bruteten hier 1980 auf einer Fläche von 6362 km<sup>2</sup> noch 179 Weißstörchpaare, so waren es 1985 noch 143, und 1991 ging der Bestand auf 120 zurück. Sollte diese Tendenz anhalten, dann wäre die Auffassung der Wissenschaftler auf der Internationalen Weißstörchtagung in keiner Weise aus der Luft gegriffen. Beispielsweise brüteten in der Schweiz um 1900 noch 140 Weißstörche, 1930 waren es dann noch 16 und 1950 keiner mehr. In Schweden brütete der Weißstörch letztmalig 1953.

## AUF HIDDENSEE 2,7 MILLIONEN VÖGEL BERINGT

Mehr als 2,7 Millionen Vögel wurden von Wissenschaftlern der 1936 gegründeten Vogelwarte der Insel Hiddensee beringt, um Lebensweise und Reiserouten zu studieren. Die 200 000. Rückmeldung erhielten die zur Greifswalder Universität gehörenden Ornithologen jetzt aus den Niederlanden. Mit Hilfe des Landesumweltministeriums arbeiten die Ornithologen auf der geschützten Ostseeinsel als zentrale Forschungseinrichtung der neuen Bundesländer für Vogelerhebung.



Oben: St. Andreasberg, Altstadt

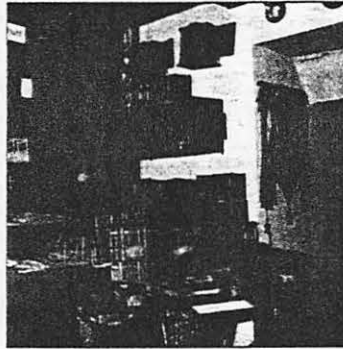
Rechts oben: Herbert Weidemeyer, Altmeister der Kanarienzucht in St. Andreasberg

Rechts außen: Siegfried Lierath, Vereinsmeister seit 12 Jahren

Rechts: Stefan Lierath, jüngstes Mitglied des Herzberger Vereins

Außen: Heimatmuseum in Andreasberg. Exposition zur Anfertigung von Transportbauern

Fotos: Schneider



Werner Grübmeier  
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

St. Andreasberg, den 02. August 1992

An den  
Niedersächsischen Kultusminister  
Herrn Prof. Rolf Wernstedt  
Am Schiffgraben 11

3000 Hannover

Sehr geehrter Herr Minister,  
lieber Prof. Wernstedt!

Heute muß ich auf unsere Gespräche zurückkommen und Sie um Hilfe bitten. Ich hoffte, daß das Goslarer Schulamt die dort bekannte Problematik meiner Heimatgemeinde lösen würde. Leider sehe ich mich getäuscht und enttäuscht. Es drängt sich mir leider der Verdacht auf, daß die Animosität, die man gegen den Schulamtsdirektor Schenk hatte und hat, negativ auf unsere Schule übertragen wird.

Gestatten Sie mir darum, daß ich die Fragen im einzelnen anspreche:

1. Modellversuch "Volle Halbtagschule"

Im Gegensatz zu den mit Ihrem Hause geführten Gesprächen und der uns vorliegenden Verfügung der Bezirksregierung, behauptet das Schulamt Goslar, unser Grundschulversuch sei ausschließlich unter den Bedingungen der neuen Erlaßlage (Volle Halbtagschule) zu sehen.

Im Ergebnis bedeutet das, daß man uns einen Lehrer/in weniger zugewiesen hat.

Zusätzlich hat uns gestört, daß man den Schulleiter gerüffelt hat, weil er dem Schulträger auf Anfrage die vorhandenen Lehrerstunden im Vergleich zur Stundenberechnung mitgeteilt hat.

2. Integration von Sonderschulkindern

Nicht nur die geographischen und klimatologischen Verhältnisse im Oberharz, vor allem aber das besondere soziale Umfeld lassen eine pädagogische Integration der "behinderten" Kinder mehr als sinnvoll erscheinen.

Auf den Antrag der Bergstadt, den wir im Herbst des vergangenen Jahres gestellt haben, ist bis heute keine Antwort eingegangen.

3. Anbindung der Klassen 5 und 6 an die Grundschule

Als vor einigen Jahren entschieden wurde, daß die Klassen 5 und 6 - als Dependence der OS Braunlage - in St. Andreasberg beschult werden durften, gab es dafür eine ganze Reihe überzeugende Gründe.

Obwohl die Eltern nach wie vor diese Entscheidung begrüßen und sich dieses Faktum auch in Motivation und Schulfreundlichkeit ablesen läßt, darüber hinaus das Einbinden der Mädchen und Jungen in die Vereine und Gruppen positive Ergebnisse zeigt, verursacht die Art und Weise der Lehrerversorgung Unmut und Ärger.

Immer wieder wurde die Bergstadt darum gebeten, ein Anbinden der Klassen 5 und 6 an die Grundschule zu erbitten. Über einen entsprechenden Antrag, der inhaltlich u. a. die bei uns besonders relevanten Umweltfragen (z. B. Nationalparkgemeinde) einbeziehen soll, ist mit dem Landkreis (Schulträger) grundsätzliches Einverständnis erzielt worden. Natürlich müßte ein möglicher Schulversuch mit Ihrem Haus abgesprochen werden.

Die einzige und auch berechtigte Klage, die von den Eltern ständig vorgetragen wird, liegt in der Lehrerversorgung. Die gymnasiale Versorgung ist unregelmäßig, im übrigen Bereich gibt es schon darum Ausfälle, weil eine Reihe der Lehrer nicht im Schulort wohnen. Dies wäre schon darum abstellbar, weil in der Bergstadt zwei Lehrerinnen wohnen, die an auswärtigen Schulen tätig sind (gerne würden sie in ihrem Wohnort arbeiten).

Meine Bitte - im Vorfeld eines möglichen Schulversuches 1 - 6 - geht dahin, die Lehrerversorgung so zu gestalten, daß die Damen und Herren mit ihrem ersten Dienort in St. Andreasberg eingesetzt werden. So wäre ggf. auch ein "Austausch" mit den Grundschullehrern möglich. "Ausfälle" wären auf diesem Wege eher auszugleichen.

Sehr geehrter Herr Minister, Sie wissen, daß ich ein loyaler Mitstreiter Ihrer Arbeit bin. Meine Bitte um Hilfe ist darum auch als ein Akt des Vertrauens zu verstehen.

Mit freundlichem Gruß

Ø Herrn Ministerialdirigent  
Dr. Dieter Galas / **persönlich**

Ø Herrn Ministerialrat  
Konrad Hamann / **persönlich**

Am Schiffgraben 11, 3000 Hannover

Proteste gegen „Diktat“ der CDU-Gemeinschaftsfraktion mit Auszug gekrönt

## Mehrheit beschloß Geschäftsordnung alleine

**ST. ANDREASBERG.** Was nach demokratischem Gesichtspunkt selbstverständlich erscheint, war und blieb Zankapfel zwischen CDU-Gemeinschaftsfraktion auf der einen, SPD, FDP und ABL auf der anderen Seite: Mit den sieben Stimmen der Ratsmehrheit erhielt der Rat eine neue Geschäftsordnung nach Vorstellung der CDU-Gemeinschaftsfraktion.

Auf den Kern gebracht, war die Auseinandersetzung von zwei Gesichtspunkten bestimmt: Den Ausdruck von Frust über den Verlust des Bürgermeistersitzes vermuteten SPD/FDP-Zählgemeinschaft und ABL vor allem hinter dem kompromißlosen Durchsetzungswillen von Rederechtsänderungen für Ratsmitglieder und für den Bürgermeister. Die CDU-Gemeinschaftsfraktion sah demgegenüber bei ihren Kontrahenten eine fort-dauernde Frustration über den Verlust der Mehrheit als wahren Grund für eine übermäßig hart und bis an den Rand von Beleidigungen geführte Dis-

kussion an. Als Nagelprobe für künftige Zusammenarbeit bezeichnete Horst Hörseljau den CDU-Änderungsantrag, nach dem der Ratsvorsitzende bei eigener Wortmeldung den Vorsitz für die Dauer von Beratung und Beschlußfassung des Gegenstandes an den nächsten Vertreter abzugeben hat. Diesen Passus enthalte auch die Geschäftsordnung des Kreistages, betonte Werner Grübmeier. Was trotzdem nach Ansicht von Hans Bahn ein „Maulkorberlaß für den Bürgermeister“ ist, wurde zur Nagelprobe für die CDU-Gemeinschaftsfraktion: Bei der geheimen Bürgermeisterwahl war eines ihrer Mitglieder ausgesichert. Diesmal setzte sie bei schriftlicher Abstimmung ihre Mehrheit durch.

Ein „Maulkorb für den Bürger“ (Bahn) und einen „Bürgerfragestundenverhinderungsparagraphen“ (Volker Thale) wurde in der von der CDU beantragten Verlegung der Bürgerfragestunde an das Sitzungsende gesehen. Der Stadtdirektor verwies dazu darauf, daß die Bürgerfragestunde

nicht zur Einflußnahme auf Ratsentscheidungen ausarten dürfe, und Karl-Heinz Brockschmidt erinnerte an einen anderen neuen Passus in der Geschäftsordnung: Rats- und Ausschußsitzungen sind auf drei Stunden zu begrenzen.

Nach fast drei Stunden der Argumentation ersetzten SPD-, FDP- und ABL-Ratsmitglieder die inzwischen nach Hause gegangenen Zuhörer. Mit ihrem Auszug aus der Sitzung krönte die Gegenseite der Mehrheitsfraktion ihren Widerstand gegen die Änderung der Redezeiten: Fünf Minuten für jedes Ratsmitglied, die in Fraktionen und Gruppen auf eine Person gebündelt werden können (der Sprecher der Zählgemeinschaft ist dabei gleichzeitig Sprecher seiner Fraktion). Ein „Diktat des Stärkeren“ sah Hörseljau in diesem Punkt und zeigte sich „zutiefst getroffen“. In der Kritik stand vor allem die Bündelung – Hörseljau befürchtete „das menschliche Verhältnis würde im Rat kaputtgemacht“ und sah als „Unterdrückte“ vornehm-

lich die Gemeinschaftsfraktionsmitglieder an. Selbst „weitestgehende Entmündigung“ in CDU-Reihen befürchtete Volker Thale: Er wisse, welcher Druck von Werner Grübmeier ausgehe – „wer das vertritt, ist für mich ein schlechter Demokrat“. Hans Bahn schließlich erklärte sich als nicht im Stande, diese Regelung zu praktizieren: Nur mit vorherigem Abfragen von Bündelungen, präziser Buchführung und Stoppuhren für jede Fraktion könne unter solchen Umständen eine Sitzung geleitet werden, meinte er empört.

Vergebens rechnete Werner Grübmeier die Redezeiten als ausreichende Möglichkeit zur Artikulation vor: Zum Zeitpunkt der Beschlußfassung dieses Punktes verließen mit Hans Bahn die SPD-, FDP- und ABL-Mitglieder ihre Plätze.

Alle weiteren Punkte und schließlich die gesamte Geschäftsordnung wurden einstimmig, aber nur von der CDU-Gemeinschaftsfraktion verabschiedet. te-

# NIEDERSÄCHSISCHES OBERVERWALTUNGSGERICHT

– Geschäftsstelle –

Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht · Postfach 23 71 · 2120 Lüneburg

Herrn  
Werner Grübmeier  
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

Zutreffendes ist angekreuzt  bzw. ausgefüllt

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom:

---

Az.: (Bitte stets angeben)

7. Senat



Vermittlung: (0 41 31) 7 18 - 0  
Durchwahl: (0 41 31) 7 18 - 201

Lüneburg

17. August 1992

Betr.: Sitzung des 7. Senats des Oberverwaltungsgerichts  
Sitzungstag(e): Mittwoch/Donnerstag, 16./17. September 1992  
Sitzungsbeginn: jeweils 9.00 Uhr  
Sitzungsort:  Sitzungssaal I des Oberverwaltungsgerichts  
in Lüneburg, Uelzener Straße 40

Treffpunkt:

Uhrzeit:

Sehr geehrte r Herr Grübmeier!

Sie werden gebeten, an der vorstehend bezeichneten Sitzung des Senats als ehrenamtliche(r) Richter(in) mitzuwirken und Ihre Teilnahme auf der beigegefügten Antwortkarte zu bestätigen.

Sollten Sie aus zwingendem Grunde nicht teilnehmen können, teilen Sie dies bitte unter Angabe des Grundes unverzüglich mit, damit gegebenenfalls ein(e) andere(r) ehrenamtliche(r) Richter(in) rechtzeitig benachrichtigt werden kann.

- Für den Fall Ihrer Zusage wird Ihnen noch rechtzeitig eine Terminübersicht zugesandt werden.  
 Die letzte Sache ist – vorbehaltlich notwendig werdender Änderungen – auf  
Uhr anberaumt.
- Da mehrere Ortsbesichtigungen vorgesehen sind, wollen Sie bitte auf der Antwortkarte vermerken, welches Verkehrsmittel Sie benutzen werden.
- Zur Unterrichtung über die Lage des Treffpunktes ist ein Kartenausschnitt beigegefügt.
- Für die notwendige Übernachtung ist für Sie ein Einzelzimmer reserviert in
- Es ist für Sie ein Zimmer im Hotel Heiderose, Uelzener Straße 29, 2120 Lüneburg (Tel.: 04131/44410) reserviert.

Hochachtungsvoll

*Holland-Moritz*  
(Holland-Moritz) Justizoberinspektor  
(Unterschrift, Dienstbezeichnung)

bitte wenden

Dienstgebäude:  
Uelzener Straße 40

Tages- und  
Nachbriefkasten  
Uelzener Straße 40

Teletex:  
41 31 58 stalbg d  
Telefax:  
(0 41 31) 71 82 08

Überweisungen nur an Regierungsbezirksskasse Lüneburg  
Konto-Nr. 48 04 Stadtparkasse Lüneburg (BLZ 240 500 01)  
Konto-Nr. 240 015 20 Landeszentralbank Lüneburg (BLZ 240 000 00)  
Konto-Nr. 61 34 - 206 Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20)

OVG 29 Ladung eines ehrenamtlichen Richters (4.90)

**Hinweis zur Entschädigung:**

Für die Teilnahme an der Sitzung steht Ihnen eine Entschädigung zu, die Sie auf dem beigefügten Vordruck beantragen müssen. Den Vordruck und gegebenenfalls die unter Nr. 4 des Vordrucks erwähnte Verdienstausfallbescheinigung übergeben Sie bitte – nach Möglichkeit während des Verlaufs der Sitzung – dem für die Anweisung der Entschädigung zuständigen Beamten (Zimmer 168) oder der Protokollführerin.

## KOMMENTAR

# „Unterbinden“

Von Kurt Tempes

Von bemerkenswertem Gemeinschaftsgeist geprägt sind in St. Andreasberg viele Aktionen und Ideen zum Wohle der Bergstadt. Aber Freude darüber bekommt einen Riß, wenn sich das Einstehen für die Gemeinschaft zur Kirchturmpolitik an der Grenze des Demokratieverständnisses verbiegt: Volker Thale forderte in der Kurarschußsitzung den Kurgeschäftsführer auf, Berichterstattung der Presse zu „unterbinden“, wenn sie dem Ansehen der Bergstadt schaden könnte.

So verblüfft war der Journalist, daß er sich beim Mandatsträger erkundigte, ob das so gemeint war. Es war so gemeint, und damit stellte sich eigentlich die Frage, ob sich Volker Thale im Geiste der Verfassung dieses Staates bewegt. Nicht herumzukommen ist zumindest um die Feststellung, daß der ABL-Rats Herr mit dieser Äußerung seine Aufgaben und Pflichten als demokratisch gewählter Mandatsträger mißbraucht hat. Weit weg ist demokratische Grundauffassung schließlich beim Ruf nach Obrigkeit zur Reglementierung der Presse.

Mag man in diesem Fall sagen, daß ihm beim Eintreten für Bergstadt-Interessen nur der lokalpatriotische Gaul durchgegangen sei, so bleibt doch die Irritation an seiner Zielrichtung: Kein Wort hatte Volker Thale gesagt vom Ansehensverlust, der für die Bergstadt durch Unregelmäßigkeiten bei Vermietern entstehen kann – die Presse ist nach Volker Thales Ansicht an Ansehensverlust schuld, wenn sie über Beschwerden berichtet. Kein Gedanke bei ihm also auch daran, daß Berichterstattung auch und vor allem Wächterfunktion erfüllt, daß sie als ein Beitrag zur Verbesserung anzusehen ist, in diesem Fall des Verhaltens gegenüber einem Gast.

Verblüffung war außerdem angebracht angesichts des Umganges mit der Geschäftsordnung des Rates: Nur die Gelegenheit zu Anfragen haben Ratsmitglieder unter diesem Tagesordnungspunkt, die Mitteilungen sind der Verwaltung vorbehalten. Aber Volker Thale konnte sein Statement ungehindert abgeben. Im krassen Gegensatz dazu stand die Reaktion des gar nicht zuständigen Rats Herrn Albert Kehr, als Gabriela Koblitz in der Bürgerfragestunde eine „Stellungnahme“ ankündigte. Gegebenenfalls waren bislang Bürger immer noch aufgefordert worden, ihre Gedanken in eine Frage zu kleiden, Gabriela Koblitz aber wurde

## „Nur“ in der Sache einig

ST. ANDREASBERG. In der Sache schienen sich die Ratsfraktionen offensichtlich einig – ermüdende Geschäftsordnungs-Rängeleien aber bestimmten die Diskussion um einen Block von drei Anträgen der CDU-Gemeinschaftsfraktion in Sachen Nationalpark und Tourismus.

Kein Wunder: Beschlußantrag Nr. 1 liegt bereits als Antrag der Verwaltung der Landesregierung vor. Nach einer Information, die Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in Bonn erhalten hatte, war schon im Juli vom Verwaltungsausschuß der Antrag befürwortet worden, sich um die Erklärung von St. Andreasberg als „Modellgemeinde sanfter Tourismus“ zu bewerben. Dieser Antrag liege genau auf der positiven Linie, die die Bergstadt zum Thema Nationalpark einnehme, versicherte dazu der Stadtdirektor.

SPD- und FDP-Fraktion bezweifelten nicht nur die Dringlichkeit der CDU-Anträge, der Antrag „Sanfter Tourismus“ war nach ihrer Auffassung bereits vom Tisch. „Wir reden schon wieder von Dingen, die nicht zur Sache gehören“, beschwerte sich Werner Grüb Meyer (CDU) im Verlauf der zum Tauziehen ausgearteten Diskussion. Mit der Gegenstimme von Gabriela Koblitz (CDU) scheiterte zunächst eine Sitzungsunterbrechung, die schließlich für eine eingeschobene Sitzung des Verwaltungsausschusses doch noch zustande kam.

Der VA habe die Dringlichkeit des Antrages Nr. 1. anerkannt, verkündete Bürgermeister Hans Bahn nach Wiederbeginn der Ratssitzung. Mit den Stimmen der Ratsmehrheit wurde der Antrag Modellgemeinde Sanfter Tourismus vom Rat beschlossen. Unter Umgehung des Bau- und Umweltausschusses direkt an den Verwaltungsausschuß verwiesen wurden die beiden anderen Beschlußanträge der CDU-Gemeinschaftsfraktion: Verlegung der Planungsgruppe „Nationalpark Harz“ von Hannover nach St. Andreasberg und Verlegung der Nationalpark-Informationsstelle des niedersächsischen Umweltministeriums vom Internationalen Haus Sonnenberg in das Kurhaus von St. Andreasberg. Vergebens hatte sich zuvor Horst Hörseljau für die Verweisung an den Fachausschuß ausgesprochen. Die CDU-Gemeinschaftsfraktion habe im VA immerhin darauf verzichtet, daß über diese beiden Anträge heute entschieden werde, betonte dazu Werner Grüb Meyer. Wegen der Dringlichkeit seien sie aber direkt an den VA zu überweisen.

te-

10.9.'92

August 1992

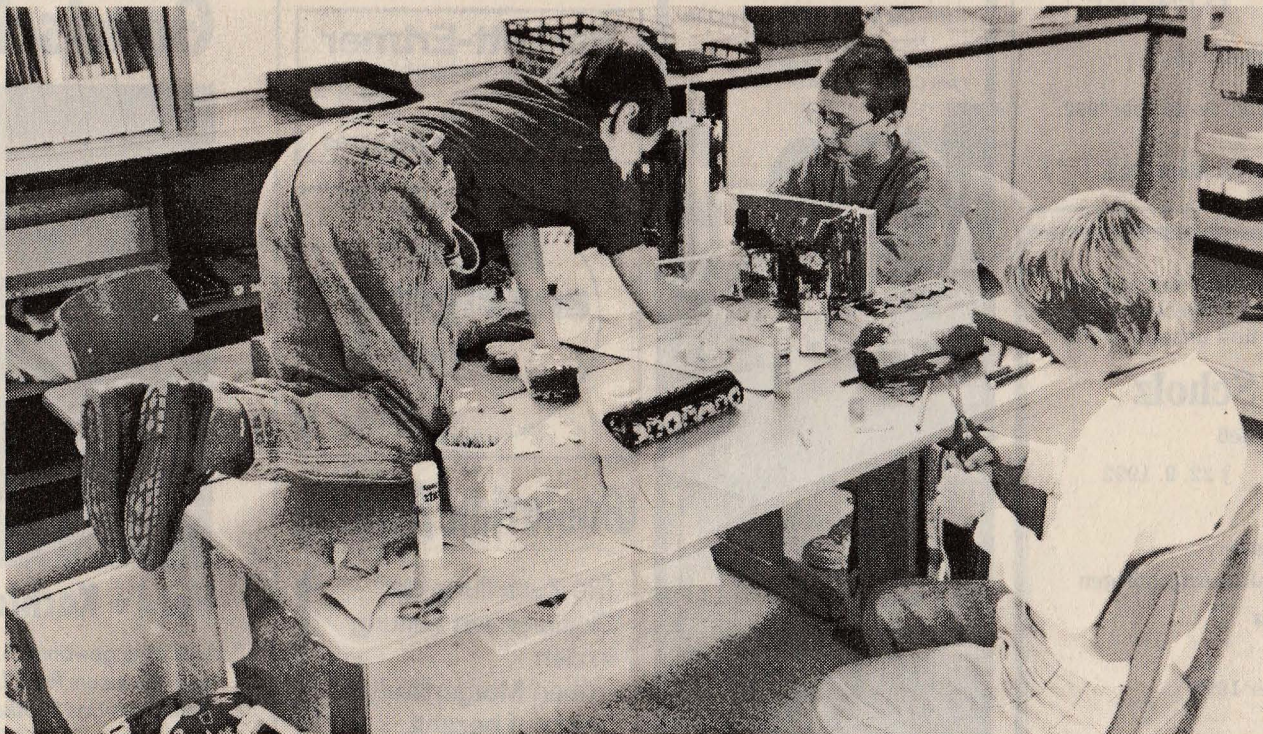
Die „Volle Halbtagschule“ ist am Anfang und am Ende gekappt

# Schulversuch auf dem Weg zur Regelschule

**ST. ANDREASBERG.** Die längere Schulzeit im Schulversuch „Volle Halbtagschule“ ist an der Glückauf-Schule Ursache dafür, daß der Anteil berufstätiger Mütter von weniger als 50 auf rund 70 Prozent anstieg. Zum Schuljahresbeginn standen sie zum Teil vor Problemen: Die Unterrichtszeit beginnt nun nicht mehr um 7.30, sondern erst um 8 Uhr.

Die konzeptionelle und organisatorische Änderung des Schulversuchs hatte Rektor Hartmut Rohr schon vor den Sommerferien im Zusammenhang mit einer Umfrage angekündigt, vor kurzem informierte er den Ausschuß für Schule, Jugend und Kultur über die Entwicklung: Der Schulversuch „Volle Halbtagschule“ ist auf dem Weg, zur Regelschule zu werden, die Berechnung der Zahl der Lehrkräfte bzw. Stunden erfolgt nun nach dem neuen Erlaß Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen. Im Klartext bedeutet das, daß die Zahl der im Schulversuch genehmigten Stunden reduziert wurde. Nicht nur am Schulbeginn wurden 30 Minuten gekappt, die Schule ist nun auch bereits um 13 Uhr zu Ende, 20 Minuten früher als bisher. Das jedoch, fand der Rektor bei der Befragung heraus, hat zu keinen häuslichen Problemen geführt – im Gegenteil, die Möglichkeit zum zeitigeren Mittagessen sei vielen Eltern sogar angenehm.

Gravierender als die kürzeren Unterrichtszeiten sind in der Schule die organisatorischen Änderungen. Besonders attraktiv war für die Schüler bisher die nach dem alten Konzept mögliche Hausaufgabenhilfe während der Betreuungszeit. Sie fielen weg, die Hausaufgaben wurden nun in den Pflichtunterricht integriert. Dadurch aber, so Hartmut Rohr, habe sich die Möglichkeit zu Wahlangeboten durchgängig während der ganzen Woche ergeben. Auf einen Wahlangebotstag jeweils mittwoch hatte sich die Schule ursprünglich beschränkt, wegen der großen Nachfrage war das



Spielzeugbasteln ist eines der Wahlangebote – für schwierige Arbeiten darf man schon mal den Tisch besteigen.

Angebot bis Ferienbeginn bereits auf drei Tage erweitert worden. Nun bietet sich die Möglichkeit zu Aktivitäten der unterschiedlichsten Art von Montag bis Freitag.

Beibehalten wurde die Gliederung der Unterrichtszeit in Schwerpunkte, die auf die Leistungsphasen der Schüler abgestellt sind. Mit einer „emotionalen Eingangsphase“ beginnt der Unterrichtsvormittag. Nach einer Sport- und Spielpause mit 30 Minuten Zeit für das Frühstück fallen die Kernfächer Deutsch und Mathematik für alle Klassen in den Leistungshöhepunkt der Schüler. Um 11 Uhr folgt die Ausgangsphase mit dem musischen und sportlichen Bereich sowie Fächern, die nicht mehr das Höchstmaß an Konzentration erfordern. Und um 11.45 Uhr wird zum Frühstücksbüfett gerufen, anschließend folgen

die Wahlangebote, die von den Schülern mit Begeisterung wahrgenommen werden. Ein Blick auf den dafür erstellten Extra-Stundenplan zeigt freilich auch, daß dank eines vielfältigen Engagements von Lehrkräften und Mitarbeitern auf die unterschiedlichsten Interessen der Kinder eingegangen wird. Chormusik, Flötenspiel und das Orff-Instrumentarium, Turnen, Malen und Gestalten erscheinen geradezu als Routineangebote angesichts der spezielleren Möglichkeiten: Wahlangebote gibt es unter anderem auch auf den Fachgebieten Fensterbilder, Mikroskopie, Spielzeugbau, Kalender, Seidenmalerei, Geschichten, Theater, Entspannung, Tonarbeiten, Bewegungsspiele, Gesellschaftsspiele, Schmuck, Knüpfen, Papierbasteln sowie Karten und Würfel – der Reihe nach herausgegriffen aus dem Pro-

gramm von Montag bis Freitag, das darüber hinaus noch viele sportliche Möglichkeiten enthält. Immerhin sieben Kräfte stehen nun für dieses umfangreiche musisch-künstlerische und sportliche Kreativangebot zur Verfügung, aus dem nur „Frühenglisch“ etwas herausfällt: Wer das „bucht“, kommt nicht ohne Lernen davon – aber einen Text lernen muß schließlich auch, wer Theater spielen möchte.

Nur durch eine zusätzliche Betreuungszeit, meint der Schulleiter, könnte der Unterricht wie bis vor den Sommerferien wieder um 7.30 Uhr beginnen. Voraussetzung dafür wäre die Genehmigung einer Lehrerzuweisung. Mit ihr sei zwar im ersten Halbjahr nicht zu rechnen, aber damit hat Hartmut Rohr die Hoffnung auf eine Rückkehr zum Schulbeginn um 7.30 Uhr nicht aufgegeben. te-

# Einzig erhaltene „Fahrkunst“ in Europa

## Grube Samson in St. Andreasberg ist ein Bergbau-Museum mit Weltgeltung

Das über 450jährige St. Andreasberg – eine der sieben Bergstädte des Oberharzes – verfügt über eine besondere Touristenattraktion: die Grube Samson, das einzige aus dem Mittelalter erhalten gebliebene Silberbergwerk. 1987 erklärte die Amerikanische Gesellschaft der Mechanischen Ingenieure (ASME) es zum Historischen Maschinenbaudenkmal mit Weltgeltung, wovon es nur vier Bergwerke im internationalen Maßstab gibt.

Museumsleiter Jochen Klähn (Sohn des Mitgründers Fritz Klähn) verweist darauf, daß schon Ende des 12. Jahrhunderts hier nach Eisenerz geschürft wurde. Beträchtliche Funde fast reinen Silbers veranlaßten die Besitzer um 1520 – 1528, in den traditionellen Zentren des Bergbaus wie im Mansfeldischen und im Erzgebirge mehrfach die Bergfreiheit öffentlich anzuschlagen. Und die Bergleute

kamen in Massen, allein 700 aus dem Erzgebirge. Die Grube Samson wurde bereits 1521 in Betrieb genommen. Der Schacht erreichte eine Tiefe von 810 m (das war 1896 Weltrekord!), von ihm gehen 42 Strecken und Stollen ab. Der längste Stollen in 190 m Tiefe ist 12 km lang. Von historischem Wert sind die Gebäude der Grube (Gaipel, Seildrift, Kunstrad- und Kehrradstube), die noch vorhandenen Tonnen für Erz (1 000 kg) und zum Heraufholen verunglückter Bergleute, das Kehrrad für die Förderung und ein Kunstrad zum Antrieb der einzigen in Europa noch betriebenen Fahrkunst sowie ein 80 m langer Wasserstollen.

Die erste technische Attraktion ist das hölzerne Kehrrad mit einem Durchmesser von 9 m. Dieses Wasserrad ist eigentlich eine Kombination von zwei entge-

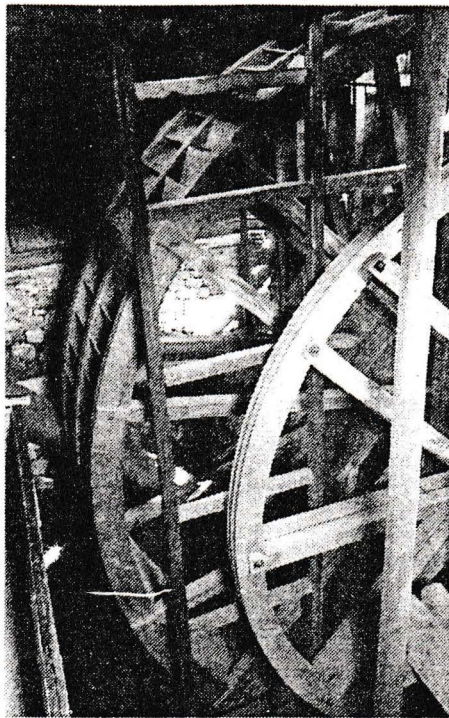
gengesetzt beschauelten Wasserrädern, die in der Mitte eine Scheidewand haben. Je nachdem nun der rechte oder linke Schütze (Wasserzulauf) betätigt wurde, wickelten sich die Seile auf oder ab, gingen die Tonnen auf oder nieder in den Schacht. Das Kehrrad verfügte über eine Backenbremsvorrichtung. Das erste Kehrrad wurde bereits 1565 in der Grube eingebaut, das jetzt gezeigte stammt aus dem Jahre 1824 und soll jetzt mit erheblichem Aufwand wieder drehbar gestaltet werden.

Bis zum Jahre 1837 mußten die Erz-kumpel der Grube Samson auf Leitern (bergmännisch Fahrten genannt) in den Schacht klettern. In 90 Minuten war man unten und in 150 Minuten wieder oben. Das war unproduktive Zeit und belastete den Bergmann sehr. 1833 gelang dem

Ber  
hal  
kur  
183  
sor  
wu  
ein  
aus  
ver  
U  
kur  
der  
kur  
sta  
Sta  
seil  
an  
in  
An  
obe  
We  
23  
wa  
des  
Ku  
ver  
len

Bergrat Doerell im benachbarten Clausthal-Zellerfeld die Erfindung der Fahrkunst. Die erste war aus reinem Holz. Als 1837 diese Neuerung in der Grube Samson (Tiefe damals 600 m) eingeführt wurde, konnten bereits die ebenfalls von einem Harzer, dem Oberbergrat Albert aus Clausthal entwickelten Drahtseile verwendet werden.

Über die Wirkungsweise der Fahrkunst informiert kurz eine Publikation der bereits genannten ASME: „Die Fahrkunst der Grube Samson wird als Zweistangenmaschine bezeichnet. Jede der Stangen bestand aus zwei dicken Drahtseilen mit 250 mm Abstand voneinander, an welche Trittbretter von 250 x 400 mm in 3,2 m Abstand montiert waren. Die Antriebskraft kam von dem 12 m großen oberflächigen Wasserrad, dessen Welle einen Krummzapfen trug, um eine 23 m lange Pleuelstange zu bewegen. Die waagerechte Bewegung des anderen Endes der Pleuelstange wurde durch zwei Kunstkreuze, die um 180 Grad phasenverschoben waren, in die Senkrechte gelenkt. Infolgedessen ging eine Stange auf und die andere abwärts, jeweils nach



Das hölzerne Kehrrad – ein technisches Denkmal.

Foto: Wilfried Stille

dem gemeinsamen Ruhepunkt, in dem der Bergmann von einem Trittbrett zum anderen übertreten mußte!“

Diese technische Neuerung diente der Intensivierung der Arbeit im Bergbau, denn die Wegezeit wurde auf jeweils 45 Minuten reduziert, was erlaubte, täglich 150 Minuten länger im Berg zu bleiben. Etwa 50 Jahre nutzte man die Fahrkunst in den Bergwerken, dann wurde sie durch die schnelleren und sicheren Fördermaschinen abgelöst. In St. Andreasberg ist sie noch heute in Betrieb, allerdings seit 1922 durch einen Elektromotor angetrieben. Achse und Exzenter des Rades stammen noch von der ersten Ausführung, der Radkörper wurde 1954 erneuert. Jetzt fährt nur noch das Bedienungspersonal der zwei Wasserkraftwerke ein, die sich in 130 m und 190 m Tiefe befinden und mit jährlich 3,5 Mio KWh ein Viertel des Elektroenergiebedarfs der Bergstadt umweltfreundlich erzeugen.

**Bernhard Schneider**

**Für Interessenten:** Grube Samson, W-3424 St. Andreasberg, PF 31, Tel. 06 49/55 82/12 49. Führungen: Mo. – Sa. 11 und 14.30 Uhr, bzw. nach Anmeldung.

„Sächsische Zeitung“, Dresden  
25.9.92, S. 34

28. 7. 92

## OBERHARZ

### „Glückliche Situation“ für Bergwerksmuseum

**ST. ANDREASBERG.** Nicht angebracht wäre es, in diesem Jahr noch Verstärkungsmittel für die Stadtsanierung anzufordern, erklärte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in der Sitzung des Finanzausschusses auf eine entsprechende Anfrage von Werner Grübmeyer.

Der CDU-Ratsherr hatte darauf verwiesen, daß es – von einem Übergang aus dem Jahre 1991 abgesehen – 1993 nicht möglich gewesen sei, die Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz im bisherigen Umfang fortzusetzen. Der Stadtdirektor erinnerte in seiner Antwort daran, daß die Realisierungsmöglichkeit aller öffentlichen Maßnahmen nicht allein von den Zuschüssen abhängt, die nach dem Städtebauförderungsgesetz gewährt würden. Alles sei nur möglich mit Hilfe von

„Verstärkungsmitteln“. Mit ihnen übernimmt das Land Eigenleistungsanteile, die von der Bergstadt nicht aufgebracht werden können.

Als erfreulich bezeichnete es Hans-Joachim Grogorenz, daß nach wie vor viele Bürger Anträge nach dem Städtebauförderungsgesetz stellen. „Anträge für die nächste Verwaltungsausschußsitzung deuten darauf hin, daß die Bürger bereit sind, die Möglichkeiten zu nutzen“, stellte er fest.

Bei den öffentlichen Maßnahmen sei eine „glückliche Situation für die Bergstadt“ entstanden, versicherte der Stadtdirektor im Zusammenhang mit Vorhaben für das Bergwerksmuseum Grube Samson. Um eine Förderung zu erreichen, habe es sich erwiesen, daß immer wieder fertige Pläne vorliegen müssen, die den Wert einer Maßnahme deutlich beschreiben. te-

Stadtdirektor: Zusätzliche Begründungen für Bedarfszuweisungen gefordert

## Steuererhöhung nur mit „breiter Mehrheit“

**ST. ANDREASBERG.** Trotz einer Reduzierung des Fehlbetrages, der im Entwurf zum 1. Nachtragshaushaltsplan der Bergstadt für das laufende Jahr ausgewiesen wird, müssen Bürger und auch Gäste mit einer Abgabenerhöhung rechnen: Die Anhebung der Grundsteuer B und des Kurbeitrages stand zur Debatte, als im Finanzausschuß über die finanzielle Weichenstellung für 1993 gesprochen wurde.

Um 763 000 DM verringert sich der Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes mit dem Nachtrag durch Verschieben im Einnahmen- und Ausgabenbereich unter dem Strich. Neben deutlichen Verbesserungen bei den Steuereinnahmen gegenüber der ursprünglichen Erwartung stehen vor allem 652 000 DM Bedarfszuweisung des Landes als gewichtigste zusätzliche Einnahme. Stadtkämmerer Sieg-

fried Küßner verwies jedoch darauf, daß trotz dieser Verbesserung der Haushaltsfehlbedarf 1992 lediglich auf 1,074 Mio. DM verringert worden sei. Demgegenüber hatte sich 1991 durch Bedarfszuweisungen in Höhe von 1,1 Mio. DM der ausgewiesene Fehlbetrag auf 802 400 DM reduziert.

Für den Stadtkämmerer war diese Entwicklung Anlaß für den Hinweis, daß im kommenden Haushaltsjahr ein Ansteigen des Fehlbetrages auf rund 3 Mio. DM zu befürchten sei. „Da muß etwas passieren“, stellte er fest: Zum einen der Versuch, noch eine Bedarfszuweisung für 1992 zu erhalten – „ob das gelingt, ist noch nicht klar –, zum anderen durch Erhöhung eigener Einnahmen.

Klargestellt wurde von Werner

darfszuweisungen verpflichtet habe. In diesem Jahr breche die Bezirksregierung diese Zusage, eine Zuweisung sei im Sommer erst gewährt worden, als in St. Andreasberg bereits „Kassennotstand“ geherrscht habe: „Das kann eigentlich nicht das Spiel sein“, erklärte Grübmeier, der auf der anderen Seite aber anerkannte, daß sich die Bergstadt über die „finanzielle Begleitung der investiven Maßnahmen auch in diesem Jahr nicht beklagen“ könne.

Das Ergebnis der Überlegungen faßte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz zusammen: Die Verwaltung sei aufgefordert, zusätzliche Begründungen für weitere Bedarfszuweisungen zu liefern. Zu ihnen rechnete er die Bereitschaft des Rates, eigene Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. „Das ist nicht populär“,

Schwierigkeiten auf dem Weg zu Abgabenerhöhungen machte Werner Grübmeier mit einem Hinweis auf die Zerstrittenheit des Rates deutlich: Die CDU-Gemeinschaftsfraktion habe den Haushalt 1992 alleine getragen. Aber eine Erhöhung der Abgaben, forderte er, müsse von einer breiten Mehrheit beschlossen werden: „Wir können uns nicht wechselweise verantwortlich machen. Wenn wir so wie bisher verfahren, wird die Verwaltung die Mehrheit für eine Abgabenerhöhung nicht bekommen“, stellte Grübmeier klar.

Dem dafür von Grübmeier gewiesenen Weg stimmte für die FDP Horst Hörseljau zu: „Wir müssen aufeinander zugehen“, bestätigte er und schloß sich dem Vorschlag zu interfraktionellen Gesprächen an. Für sie, mahnte er

### KOMMENTAR

## Nagelprobe

Von Kurt Tempes

Größt ist die Versuchung schon, nach den so positiv verlaufenen Rotwüldchen von einer bevorstehenden Brunnzeit im Rat zu sprechen. Aber weil sich die Hirschbrunn vor allem mit dem Gedanken an aufeinander losgehende Hirsche verbindet, sollte doch besser von einer Nagelprobe im Rat die Rede sein: Die CDU hat keine Lust mehr, sich den Schwarzen Peter zuschieben zu lassen. Noch nicht verdaulich ist es, daß sie beim Beschluß über die inzwischen wieder abgeschaffte Fremdenverkehrsabgabe im Regen stehen blieb, obwohl sich letztlich seit Jahrzehnten nichts so positiv für die Bergstadt ausgewirkt hat wie diese mißliebige Steuer.

Der SPD-Wahlkampf 1991 mit dem Hinweis auf diese Ablehnung kann als Grund dafür angesehen werden, daß die CDU nun für eine Abgabenerhöhung eine breite Mehrheit im Rat fordert. Die CDU werde als Mehrheitsfraktion nicht zur Mehrheitsbeschaffung für eine entsprechende Verwaltungsvorlage zur Verfügung stehen, kündigte jedenfalls Werner Grübmeier im Finanzausschuß an.

Kein Wunder, für die Grundsteuer B sind die Bergstädter seit Jahren besonders sensibilisiert, und wenn Ungerechtigkeiten der Besteuerung zwischen Alt- und Neubauten zur Sprache kommen, wird das Thema nicht einfacher. Nicht einfacher wird die Sache aber auch dadurch, daß das vom Finanzausschuß gegebene Signal zur Suche nach Gemeinsamkeit in der Praxis zur einseitigen Aufforderung an die SPD-Fraktion wird: Die nämlich ist im Finanzausschuß für Finanzen gar nicht vertreten und muß nachträglich zu Tisch gebeten werden. Gute Unterhaltung, und hoffentlich reden endlich wieder alle miteinander, kann man nur wünschen. Gemeinsam eine bittere Pille schlucken könnte hilfreich sein für die künftige Arbeit.

Herrn  
Hans-Joachim Grogorenz  
Stadtdirektor von

1 - 3424 St. Andreasberg

Berlin, den 1. Oktober 1992

Sehr geehrter Herr Grogorenz,

In der Anlage möchte ich Ihnen meine journalistische Ausbeute  
des vorjährigen Urlaubs in Ihrem schönen Kurort zur Kenntnis  
geben. Im einzelnen handelt es sich um folgende Beiträge:

1. "Deutsche Geflügelzeitung", Ostberlin, Ausgabe 13/92  
"Die Wiege der Harzer Roller-Zucht"
2. "Deutsches Landblatt", Ostberlin, 11./12. Juli 1992  
"Eine gute Adresse im Harzer Wanderdreieck"
3. "Sächsische Zeitung", 25.9.92, S.34  
"Einzig erhaltene 'Fahrkunst' in Europa"

Ich bitte, die Beiträge auch Herrn Bürgermeister Grüb Meyer zur  
Kenntnis zu geben.

Anlage *zur Kenntnis, liebevoll  
H. H. an Herrn Grüb Meyer*

Mit freundlichen Grüßen  
*Bernhard Schneider*

Werner Grübmeier

3. 10.1992

Rede anlässlich der Feierstunde der Kreistage Goslar und Wernigerode

Fax: Herrn Jung - Seesener Beobachter / 05381 - 5755

Anrede

Als ich mir in den vergangenen Tagen Gedanken gemacht habe über unser heutiges Zusammensein, gingen mir die unterschiedlichsten Fragen durch den Kopf.

Einige davon möchte ich kurz aufgreifen, z.B. die nach dem "Was wäre gewesen, wenn..."

- wenn z.B. die Sowjets den sich <sup>auch</sup>regenden Widerstand militärisch niedergeschlagen hätten und damit die Fluchtbewegungen über Budapest und Prag verhindert hätten.
- Was wäre gewesen,
- wenn Gorbatschow diesen Prozeß nicht geduldet hätte, was wäre gewesen,
- wenn die Bundesregierung die Gunst der Kommunikations-Offenheit zwischen Bonn und Moskau nicht so kompromißlos und unmittelbar genutzt hätte.

Lassen Sie uns in dieser Stunde des Zusammenseins diese Fakten nicht aus den Augen verlieren - denken wir trotz aller Schwierigkeiten, die wir gemeinsam zu meistern haben und die, auch das soll angesprochen werden, viele Menschen aus einer, wenn vielleicht auch trügerischen Sicherheit herausgerissen haben, das Wunder der Deutschen Einheit als hoffnungsvolle Chance begreifen, die Aufforderungssignal sein sollte.

Leider ist dieses Wunder z.Zt. nicht mehr das Tagesgespräch. Wir haben uns von einem Alltag der Probleme, von einem Alltag der Sorgen, die tagtäglich durch die Medien noch verstärkt werden, gefangen nehmen lassen.

Die Jugend - und das ist vielleicht ihr gutes Recht - sieht nur das Heute, kann sich nicht erinnern an das, was vor fast einem halben Jahrhundert in Deutschland geschehen ist.

Lassen Sie mich, als einen Vertreter dieser Generation, reflektieren über das, was damals war und für heute und morgen Hoffnung zuläßt:

Das für die meisten von uns nie für möglich Gehaltene, Unvorstellbare und doch nur Folgerichtige war geschehen - ein Land versank in der Nacht, das Deutschland hieß.

All das, was übrig geblieben war von diesem Deutschland, im ersten Licht des Morgens, sich zu besinnen versuchte: ~~Es war~~ nicht ein Besinnen darauf, was geschehen war oder warum und wodurch es hatte geschehen können, sondern nur der Gedanke: Ich lebe - ich will weiterleben. Ich will neu anfangen zu leben.

Ein Land versank ... aber ich atme, und wie immer die Welt aussehen wird, in der ich atmen kann: ich werde versuchen, mich in ihr einzurichten.

Nun, in den 45 Jahren seit diesem Erwachen haben wir <sup>uns</sup> in den alten Bundesländern eingerichtet. Zuerst in trostlosen Trümmern, dann in irgendwelchen notdürftig eingerichteten Quartieren.

Wir schliefen in Lumpen, tranken aus Scherben und waren mit 700 Kalorien an Nahrungszuteilung zufrieden. Und dabei haben wir gearbeitet.

Und als wir dann glaubten, annähernd wieder wie Menschen zu leben, zu leben mit dem Recht auf ein besseres Dasein, kam uns der Gedanke, daß wir , da niemand ewig als ein Entmündigter leben kann, einen größeren Verband brauchten als es Familie, Dorf und Stadt sein konnten.

So gründeten wir einen Staat.

Wir meinten nicht ein ganzes Deutschland damit, wir sprachen von einem Provisorium - und bemerkten kaum, daß jenseits der Grenze, die mitten durch unser Land schnitt, ein anderer deutscher Staat grgründet wurde.

Wir gaben uns eine Verfassung, ein Grundrecht, in dem wir versuchten, jene Freiheit für immer zu verankern, die den damaligen Weg der Unfreiheit des Bürgers und die Wiederkehr einer neuen Diktatur ausschalten würde - und nahmen es nicht ernst, daß man in dem anderen Staat neben uns vorgab, ein gleiches zu tun, ja weiterging und sagte, dieses gleiche sei allein und ausschließlich in einer von Grund auf gewandelten Gesellschaftsstruktur möglich.

Nein, wir <sup>hier</sup> glaubten nicht daran, wir hatten unser Gesetz, und das Gesetz war gut. Und während wir uns verdient-unverdient in den Konjunkturen, in dem sogenannten "Wirtschaftswunderland" unserer so schnell erworbenen deutschen Freiheit sonnten, ging uns die Spaltung Deutschlands immer weniger an und der Graben zwischen Deutschen und Deutschen wurde breiter, wurde tiefer.

Für uns, die wir an dieser Grenze lebten, wohnten und arbeiteten, gab es dann ein Datum, das zumindest vorübergehend ein Erwachen auslöste: Der 13. August 1961. Plötzlich sahen wir, unmittelbar, wovon man uns trennte. Daß es auch Deutschland war, daß es Heimat war, die nun verloren ging. Das Janusgesicht dieser Mauer aus stumpfem Beton - plötzlich zwang es uns, das Unbehagen einzulassen in die schöne, glanzvolle westliche Welt unseres perfekten Wohlstandes.

Und später - später war sie allenfalls noch ein Prüfstein für das, was da <sup>nach und nach</sup> hinter Mauer und Grenze unserem Blick entzogen war, sich <sup>Y</sup> auch unseren Gedanken entzog.

Und fast 30 Jahre später - das Wunder, von dem ich am Anfang gesprochen habe. Seien wir ehrlich - an das nur noch wenige glaubten.

Heute stehen wir hier - das Wunder an sich ist perfekt.

## Bei Spanferkel und Schnipkeweits mahhenden

Worten feierte die CDU die Einheit:

# »Miese Stimmung in den Medien darf Freude nicht trüben«

Ex-Minister für steuerliche Belastung  
der Besserverdienenden

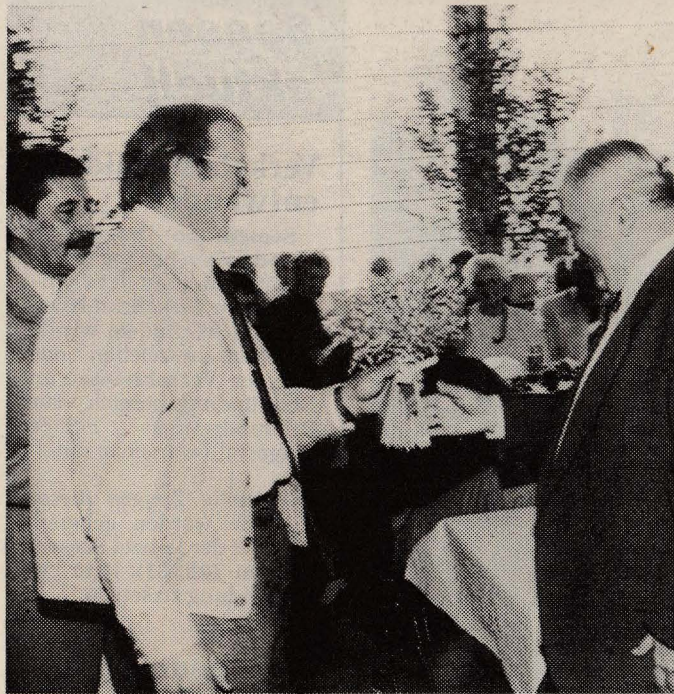
Ildehausen. (kd) Bürger, Politiker und Medien, die im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung miese Stimmung verbreiteten, sollte man immer vor Augen führen, was die Geschichte vor allem den Deutschen da vor zwei Jahren gebracht hatte, erinnerte der ehemalige Niedersächsische Sozialminister, Hermann Schnipkoweit, in seiner Rede zur »Einheitsfeier« der CDU in Ildehausen. Mitglieder und Freunde aus dem gesamten Seesener Stadtgebiet waren der Einladung in das Dorfgemeinschaftshaus gefolgt, um sich gemeinsam an den denkwürdigen Tag am 3. Oktober zu erinnern.

Neben dem Minister a.D. hieß der CDU-Ortsverbandsvorsitzende, Bernd Müller, auch den Goslarer Bundestagsabgeordneten, Jürgen Sikora, den Kreisgeschäftsführer der CDU, Gerd Quast, sowie Seesens Stellvertretenden Bürgermeister Jürgen Ebert willkommen. Nach

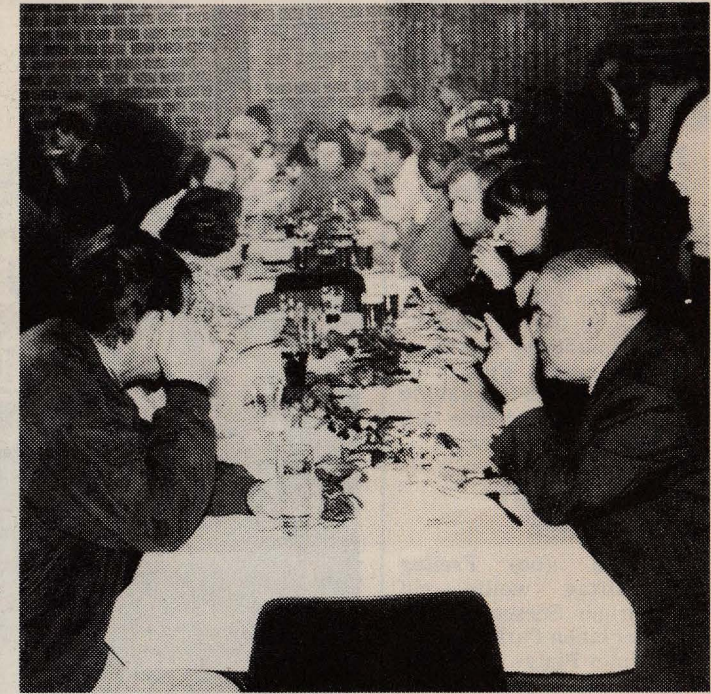
Müller in seinen Eingangsworten. »Wir, die wir die Demokratie am besten beurteilen können, sind vor allem für den friedlichen Ablauf dieser tiefgreifenden Veränderung in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges dankbar«, so Müller. Vor diesem historisch einmaligen Hintergrund sollten die Probleme, die jetzt alle Mitbürger forderten, klein und leicht bezwingbar erscheinen.

Ein Problem sei jedoch mehr als ernst zu nehmen, meinte Müller. Seit Wochen würden Städte und Gemeinden in West- und gerade in Ostdeutschland zu Schandflecken beschämender Ausschreitungen gegen Ausländer. Man müsse erschüttert feststellen, daß es nicht hinreichend möglich sei, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bürger vor Gewalt zu schützen.

Mehr noch als die sinnlose Brutalität der Randalierer müsse aber der Applaus von Bürgern ersetzen, denen offensichtlich humane Wertmaßstäbe fehlten. Nach billigen Entschuldigungen, die man nicht suchen



Ein Getreidestrauß für den Ex-Minister.



Angeregte Diskussion auch während des Essens. Fotos: Dürkop

»Tag der Deutschen Einheit« – Werner Grübmeier:

## »Die neuen Mauern müssen von den Menschen selbst eingerissen werden!«

Fortsetzung von Seite 3

er, einige Gedanken zum zweiten Jahrestag der Wiedervereinigung. So warf er unter anderem die Fragen auf, was gewesen wäre, wenn die UdSSR den Widerstand in der ehemaligen DDR niedergeschlagen, Gorbatschow den Prozeß nicht geduldet und die Bundesregierung die Gunst der Kommunikations-Offenheit zwischen Bonn und Moskau nicht so kompromißlos und unmittelbar genutzt hätte. Fragen, mit denen man sich angesichts der Schwierigkeiten, die es heute und künftig in Sachen Deutschland zu bewältigen gäbe, auseinandersetzen sollte. Grübmeier: »Eingedenk dieser Fakten sollten wir das Wunder der Deutschen Einheit als hoff-

nes Wunders, aber es erfordere Geduld und gegenseitiges Verständnis; es erfordere den harten Aufbauwillen des gemeinsamen Deutschlands. Dabei müßten unkonventionelle Maßnahmen in Kauf genommen werden, damit wirklich »zusammenwächst, was zusammengehört«. Die große Politik, so der Stellvertretende Landrat abschließend, habe zwar für die Rahmenbedingungen im Blick

Dr. Heuck:  
Geduld nötig

auf die Wirtschaft zu sorgen, doch die »Mauern«, die neuerdings Deutsche von Deutsche zu trennen scheinen, müßten »von uns selbst« eingerissen werden.

Bei allen Problemen, mit de-



»leuten« leisten können«. Learning by doing heiße das Gebot der Stunde, und dazu sei Kraft und Energie vonnöten. Verständlich, daß sich da nicht selten Ungeduld breit macht, verständlich auch, daß viele »neue« Bundesbürger noch unsicher seien und der Hilfe bedürften.

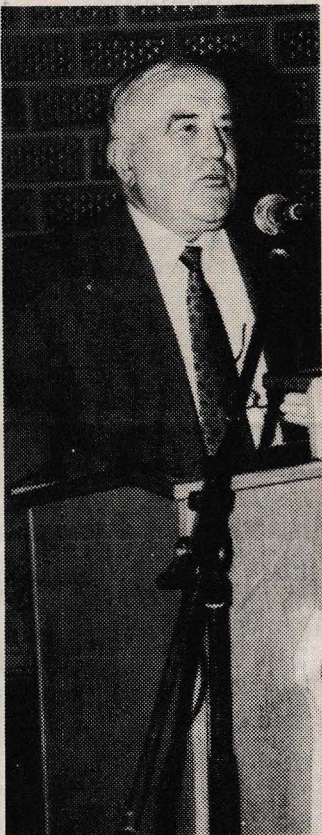
Auf den Ist-Zustand des Landkreises Wernigerode ein-

»Schleppende  
Politik«

gehend, listete Dr. Heuck die einzelnen Problemfelder auf.

Vor allem mache der Strukturwandel mit der einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit Kummer; zahlreiche Unternehmen

Neben dem Minister a.D. hieß der CDU-Ortsverbandsvorsitzende, Bernd Müller, auch den Goslarer Bundestagsabgeordneten, Jürgen Sikora, den Kreisgeschäftsführer der CDU, Gerd Quast, sowie Seesens Stellvertretenden Bürgermeister Jürgen Ebert willkommen. Nach



**Sprach in Ildehausen zum »Tag der Deutschen Einheit«: Hermann Schnipkowitz.**

dem gemeinsam Spanferkel-Essen stießen auch noch der Wernigeröder Kreistagspräsident, Dr. Uwe Heuck, und der Clausthaler Landtagsabgeordnete Heribert Meyer zur Veranstaltung in Ildehausen hinzu. Beide waren von der Feierstunde der Landkreise in Lochtum herübergelitten.

Die Ereignisse vor zwei Jahren bedürften der freudigen Erinnerung, und so habe man diese Feier auf die Beine gestellt, betonte Ortsvorsitzender

Müller in seinen Eingangsworten. »Wir, die wir die Demokratie am besten beurteilen können, sind vor allem für den friedlichen Ablauf dieser tiefgreifenden Veränderung in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges dankbar«, so Müller. Vor diesem historisch einmaligen Hintergrund sollten die Probleme, die jetzt alle Mitbürger forderten, klein und leicht bezwingbar erscheinen.

Ein Problem sei jedoch mehr als ernst zu nehmen, meinte Müller. Seit Wochen würden Städte und Gemeinden in West- und gerade in Ostdeutschland zu Schandflecken beschämender Ausschreitungen gegen Ausländer. Man müsse erschüttert feststellen, daß es nicht hinreichend möglich sei, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bürger vor Gewalt zu schützen.

Mehr noch als die sinnlose Brutalität der Randalierer müsse aber der Applaus von Bürgern entsetzen, denen offensichtlich humane Wertmaßstäbe fehlten. Nach billigen Entschuldigungen dürfte man nicht suchen, forderte der CDU-Vorsitzende. Vielmehr müsse man gerade jetzt entschieden für die Demokratie eintreten und politisch aktiv werden.

Das riet auch Niedersachsens Ex-Sozialminister Schnipkowitz, als er die letzten 40 Jahre der deutschen Geschichte Revue passieren ließ und an die denkwürdigen Tage im Oktober und November 1989 und den Einheitstag ein Jahr später erinnerte. Meckern und nörgeln über den schwierigen Weg zur wirklichen Vereinigung der beiden Teile Deutschlands sei völlig fehl am Platze. Jeder müsse in die Hände spucken. Der Bürger im Osten dürfe die Geduld nicht verlieren, und der besser gestellte Westdeutsche müßte auch zum Geben bereit sein. Dem früheren Minister zufolge, komme man nicht um eine Steuererhöhung für die Beserverdienenden herum. Im-

**Fortsetzung auf Seite 5**

### »Tag der Deutschen Einheit« – Werner Grübmeier:

## »Die neuen Mauern müssen von den Menschen selbst eingerissen werden!«

Fortsetzung von Seite 3

er, einige Gedanken zum zweiten Jahrestag der Wiedervereinigung. So warf er unter anderem die Fragen auf, was gewesen wäre, wenn die UdSSR den Widerstand in der ehemaligen DDR niedergeschlagen, Gorbatschow den Prozeß nicht geduldet und die Bundesregierung die Gunst der Kommunikations-Offenheit zwischen Bonn und Moskau nicht so kompromißlos und unmittelbar genutzt hätte. Fragen, mit denen man sich angesichts der Schwierigkeiten, die es heute und künftig in Sachen Deutschland zu bewältigen gäbe, auseinandersetzen sollte. Grübmeier: »Eingedenk dieser Fakten sollten wir das Wunder der Deutschen Einheit als hoff-

nes Wunders, aber es erfordere Geduld und gegenseitiges Verständnis; es erfordere den harten Aufbauwillen des gemeinsamen Deutschlands. Dabei müßten unkonventionelle Maßnahmen in Kauf genommen werden, damit wirklich »zusammenwächst, was zusammengehört«. Die große Politik, so der Stellvertretende Landrat abschließend, habe zwar für die Rahmenbedingungen im Blick

### Dr. Heuck: Geduld nötig

auf die Wirtschaft zu sorgen, doch die »Mauern«, die neuerdings Deutsche von Deutsche zu trennen scheinen, müßten »von uns selbst« eingerissen werden.

Bei allen Problemen, mit de-



nungsvolle Chance begreifen!«. Leider sei dieses Wunder nicht mehr das Tagesgespräch, sondern habe den Alltagsorgen, die von den Medien auch noch verstärkt würden, weichen müssen. Grübmeier erinnerte in diesem Zusammenhang an die Sorgen und Nöte, die es nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben habe. Während in der Bundesrepublik aus den Trümmern unter vielen Opfern ein demokratisches Land gestaltet worden sei, habe es in Ostdeutschland, unter anderem Vorzeichen, eine ähnliche Entwicklung gegeben.

Eine Entwicklung freilich, die den Graben zwischen den Deutschen immer breiter wer-

den die Deutschen bei der »Wiedervereinigung« zu tun hätten, dürfe man nicht übersehen, daß »wir ein marodes System verlassen könnten, um einem besseren beizutreten. Wir haben uns über den Zusammenbruch der ehemaligen DDR gefreut und waren im Blick auf die Zukunft optimistisch!«, stellte der Wernigeröder Kreistagspräsident, Dr. Heuck, in seinem Grußwort fest. Allerdings habe er, Heuck, schon vor zwei Jahren vor allzu hohen Erwartungen gewarnt und Geduld eingefordert. Immerhin sei es darum gegangen, zwei Staatsgebilde mit ganz unter-



**Sprach in Lochtum zum »Tag der Deutschen Einheit«: Werner Grübmeier. Fotos: Jung**

schiedlichen Wirtschafts- und Verwaltungssystemen und Wertehierarchien unter einen Hut zu bekommen. Nach der anfänglichen Begeisterung

über die »Wende« sei der Alltag eingekehrt, und »beide Seiten« hätten immer noch Schwierigkeiten beim Umgang miteinander. Dr. Heuck: »Wir hier in den neuen Bundesländern haben noch viel zu lernen, obwohl wir uns eigentlich keine 'Ausbil-

dungszeit' leisten können«. Lernen by doing heiße das Gebot der Stunde, und dazu sei Kraft und Energie vonnöten. Verständlich, daß sich da nicht selten Ungeduld breit macht, verständlich auch, daß viele »neue« Bundesbürger noch unsicher seien und der Hilfe bedürften.

Auf den Ist-Zustand des Landkreises Wernigerode ein-

### »Schleppende Politik«

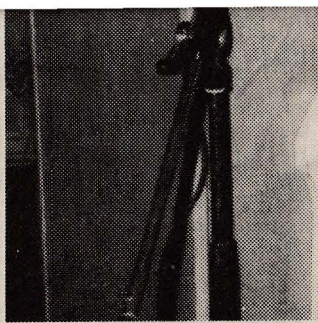
gehend, listete Dr. Heuck die einzelnen Problemfelder auf.

Vor allem mache der Strukturwandel mit der einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit Kummer; zahlreiche Unternehmen kämpften um ihre Existenz.

Schwachpunkte seien überdies hinsichtlich der wichtigen Verkehrs- und -verbindungen auszumachen, und was den Tourismus angehe, der nicht das Standbein des Landkreises sei, so trage die »schleppende und falsche« Politik der »Treuhand« nicht zur Fortentwicklung bei.

### Schuld als tätige Reue«

Dr. Heuck gab abschließend seiner Überzeugung Ausdruck, daß es dem Miteinander nicht dienlich sei, stets und ständig Themen wie »Stasi« und »SED-Mitgliedschaft« in den Vordergrund zu rücken. Ohne die Verfehlungen verharmlosen zu wollen, müsse es für jeden einzelnen darum gehen, vorbehaltlos Schuld einzugestehen und in »tätige Reue« umzusetzen: »Darin liegt unsere große Chance!«.



**Sprach in Ildehausen zum »Tag der Deutschen Einheit«: Hermann Schnipkowweit.**

dem gemeinsam Spanferkel-Essen stießen auch noch der Wernigeröder Kreistagspräsident, Dr. Uwe Heuck, und der Clausthaller Landtagsabgeordnete Heribert Meyer zur Veranstaltung in Ildehausen hinzu. Beide waren von der Feierstunde der Landkreise in Lochtum herübergeil.

Die Ereignisse vor zwei Jahren bedürften der freudigen Erinnerung, und so habe man diese Feier auf die Beine gestellt, betonte Ortsvorsitzender

numane weihnachtsbeleuchtung. Nach billigen Entschuldigungen dürfe man nicht suchen, forderte der CDU-Vorsitzende. Vielmehr müsse man gerade jetzt entschieden für die Demokratie eintreten und politisch aktiv werden.

Das riet auch Niedersachsens Ex-Sozialminister Schnipkowweit, als er die letzten 40 Jahre der deutschen Geschichte Revue passieren ließ und an die denkwürdigen Tage im Oktober und November 1989 und den Einheitstag ein Jahr später erinnerte. Meckern und nörgeln über den schwierigen Weg zur wirklichen Vereinigung der beiden Teile Deutschlands sei völlig fehl am Platze. Jeder müsse in die Hände spucken. Der Bürger im Osten dürfe die Geduld nicht verlieren, und der besser gestellte Westdeutsche müßte auch zum Geben bereit sein. Dem früheren Minister zufolge, komme man nicht um eine Steuererhöhung für die Besserverdienenden herum. Im-

**Fortsetzung auf Seite 5**

Fakten sollten wir das Wunder der Deutschen Einheit als hoff-



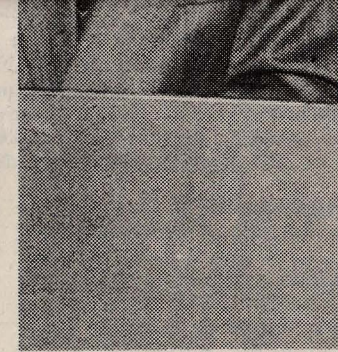
nungsvolle Chance begreifen!«. Leider sei dieses Wunder nicht mehr das Tagesgespräch, sondern habe den Alltagsorgen, die von den Medien auch noch verstärkt würden, weichen müssen. Grübmeier erinnerte in diesem Zusammenhang an die Sorgen und Nöte, die es nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben habe. Während in der Bundesrepublik aus den Trümmern unter vielen Opfern ein demokratisches Land gestaltet worden sei, habe es in Ostdeutschland, unter anderem Vorzeichen, eine ähnliche Entwicklung gegeben.

Eine Entwicklung freilich, die den Graben zwischen den Deutschen immer breiter werden lassen. Ein kurzfristiges »Erwachen« habe es erst am 13. August 1961 gegeben: »Das Janusgesicht dieser Mauer aus stumpfen Beton zwang uns, das Ungehegen einzulassen in die schöne, glanzvolle westliche Welt unseres perfekten Wohlstandes!«. Später, konstatierte Grübmeier, sei dieses Grenzbollwerk allenfalls noch ein Prüfstein für das gewesen, was da hinter Mauer und Grenzen unserem Blick, nach und nach auch unseren Gedanken entzogen worden sei. Fast 30 Jahre später habe es dann ein »Wunder« gegeben, an das nur noch wenige glaubten. Ein »Wunder«, das Ängste abgebaut und die immer perfekter geführte Aufrüstungsmaschinerie spürbar gebremst habe.

Die Gräben und Grenzen existierten zumindest optisch nicht mehr, doch nach der Euphorie haben sich neue nicht überschaubare Gräben aufgetan. Sie zuzuschütten, unterstrich Grübmeier, bedürfe kei-

werden. Bei allen Problemen, mit de-

nen die Deutschen bei der »Wiedervereinigung« zu tun hätten, dürfe man nicht übersehen, daß »wir ein marodes System verlassen konnten, um einem besseren beizutreten. Wir haben uns über den Zusammenbruch der ehemaligen DDR gefreut und waren im Blick auf die Zukunft optimistisch!«, stellte der Wernigeröder Kreistagspräsident, Dr. Heuck, in seinem Grußwort fest. Allerdings habe er, Heuck, schon vor zwei Jahren vor allzu hohen Erwartungen gewarnt und Geduld eingefordert. Immerhin sei es darum gegangen, zwei Staatsgebilde mit ganz unter-



**Sprach in Lochtum zum »Tag der Deutschen Einheit«: Werner Grübmeier. Fotos: Jung**

schiedlichen Wirtschafts- und Verwaltungssystemen und Wertehierarchien unter einen Hut zu bekommen. Nach der anfänglichen Begeisterung

über die »Wende« sei der Alltag eingekehrt, und »beide Seiten« hätten immer noch Schwierigkeiten beim Umgang miteinander. Dr. Heuck: »Wir hier in den neuen Bundesländern haben noch viel zu lernen, obwohl wir uns eigentlich keine 'Ausbil-

nenen Arbeitslosigkeit kümmer; zahlreiche Unternehmen kämpften um ihre Existenz.

Schwachpunkte seien überdies hinsichtlich der wichtigen Verkehrs- und -verbindungen auszumachen, und was den Tourismus angehe, der nicht das Standbein des Landkreises sei, so trage die »schleppende und falsche« Politik der »Treuhand« nicht zur Fortentwicklung bei.

### Schuld als tätige Reue«

Dr. Heuck gab abschließend seiner Überzeugung Ausdruck, daß es dem Miteinander nicht dienlich sei, stets und ständig Themen wie »Stasi« und »SED-Mitgliedschaft« in den Vordergrund zu rücken. Ohne die Verfehlungen verharmlosen zu wollen, müsse es für jeden einzelnen darum gehen, vorbehaltlos Schuld einzugestehen und in »tätige Reue« umzusetzen: »Darin liegt unsere große Chance!«.



**Folkloristischer Rahmen: die Wurmbergsänger.**



**Festakt der Kreistage Goslar und Wernigerode in Lochtum.**

St. Andreasberger Ratsvertreter im Wirtschafts- und Finanzausschuß uneinig

## Nur eine einzige Vorlage fand die Mehrheit

**ST. ANDREASBERG.** Nach einigen überraschenden Abstimmungen einigte man sich auf eine „neutrale“ Bezeichnung. Die Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses wurde zur „ersten Lesung“ des Haushaltsplanentwurfs für 1993 deklariert. Unter diesen Umständen waren die Niederlagen erträglicher.

Ohne die sonst übliche Empfehlung hatte der Ausschuß bei Stimmengleichheit schon die erste Vorlage, eine Entscheidung über die Erhöhung der Hundesteuer, an den Rat weitergeleitet. Den beiden Befürwortern Horst Hörseljau (FDP) und Walter Rehkopf (ABL) standen die Nein-Stimmen von Werner Grübmeier und Karl-Heinz Plosteiner (CDU) gegenüber. Herbert Schlieff hatte sich der Stimme enthalten.

Punkt für Punkt stellte nun die CDU-Gemeinschaftsfraktion den Vorlagen der Verwaltung ihre eigenen Vorstellungen entgegen. Entscheidungen wurden so weder über die Änderung der Vergütungssteuersatzung, noch über eine Anhebung der Zweitwohnungssteuer oder den Hebesatz der Grundsteuer B getroffen. Lediglich die Änderung der Straßenreinigungsbeiträge passierte den Ausschuß. Da ging es aber auch nicht um eine Erhöhung, sondern um eine Er-

mäßigung von 0,20 DM pro laufenden Meter Straßenfront.

Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz hatte sich den Sitzungsverlauf wohl auch anders vorgestellt. „Mit Ausnahme des Fremdenverkehrsbeitrages erhebt die Bergstadt St. Andreasberg alle anderen gemeindlichen Abgaben, und zwar auch die Zweitwohnungssteuer, den Jahreskurbeitrag und den Straßenausbaubeitrag“, hatte er in einer Stellungnahme vom 21. Oktober schriftlich festgestellt und jetzt den Appell an eine maßvolle Erhöhung verschiedener Abgaben hinzugefügt.

Die Bedarfszuweisungen für die Stadt hätten eine Größenordnung erreicht, die bei den Aufsichtsbehörden nicht mehr ohne weiteres durchzusetzen sei, sagte Grogorenz. Wenn man sich dieses Geld aber auch künftig sichern wolle, müsse man die Bereitschaft zu höheren Eigenbeiträgen nachweisen. Die schwache Wirtschaftsstruktur lasse keine großen Sprünge zu. Deshalb habe man ein „erträgliches Maß von Erhöhungen“ gewählt. Die Beratungen darüber gehen weiter.

Der Wiedereinführung eines Fremdenverkehrsbeitrages will man sich in St. Andreasberg so lange wie möglich widersetzen. Grogorenz: „Nach dem bisherigen Meinungsbild muß davon

ausgegangen werden, daß der Rat die Wiedereinführung zur Zeit noch ablehnen wird.“

Die Haltung der Kommunalpolitiker werde dabei von den Gründen geprägt, die auch die Kläger im Normenkontrollverfahren vor dem Verwaltungsgericht vorgetragen hätten. Die ohnehin schwache Struktur in Handel

und Gewerbe war bis zur Grenzöffnung von abnehmenden Gästezahlen und rückläufigen Umsätzen geprägt. Erst seit 1991 sei eine Stabilisierung festzustellen. Der Stadtdirektor: „In seiner Gesamtverantwortung für das örtliche Gemeinwesen hält es der Rat für falsch, in diese leichte Erholung negativ einzugreifen.“ P.W.

### KOMMENTAR

## Die eigene Entscheidung

Von Peter Weiss

Da mochte Horst Hörseljau noch so sehr an eine gemeinsame Verantwortung erinnern. Auf nennenswerte Resonanz stieß er bei den Vertretern der CDU-Gemeinschaftsfraktion nicht. „Wir haben nicht die Absicht, Kompromisse abzusprechen“, stellte Werner Grübmeier für die CDU und dem ihr angeschlossenen stellvertretenden Bürgermeister Herbert Schlieff fest.

Die Sache ist ganz klar, die Positionen sind fest umrissen. Hatte FDP-Sprecher Hörseljau mehrfach an Zugeständnisse der Mehrheit appelliert und sich „ein gemeinsames Gespräch“ der Fraktionen zur Vor-

bereitung der Haushaltsberatungen gewünscht („ich habe vergeblich auf eine Einladung gewartet“), so sah Ratsherr Plosteiner darin „wenig Sinn“.

Werner Grübmeier ließ zwar keinen Zweifel über die tatsächlichen Verhältnisse („wir haben die Mehrheit“) aufkommen, schlug den Ratsvertretern von SPD, FDP und ABL aber nicht die Tür vor der Nase zu. „Die CDU-Gemeinschaftsfraktion wird andere Vorschläge in ihre Beratungen aufnehmen und ihre Entscheidung treffen“, sagte er. Ihre eigene Entscheidung aber, wohlge-merkt.

25. 11. 1992

Jugend- und Kulturausschuß begutachtete Fortgang der Sanierungsarbeiten

## Im Gaipel war kein Schatz zu finden

**ST. ANDREASBERG.** Vielerlei unerwartete Schäden und bis zu 28 übereinanderliegende Farbschichten wurden bei der Sanierung des Samson-Gaipels entdeckt, ein Schatz aber nicht. Museumsleiter und Stadtheimatpfleger Jochen Klähn bedauerte es, als sich der Jugend- und Kulturausschuß bei seiner Sitzung im Gaipelgebäude vom Fortgang der Arbeiten unterrichten ließ.

Dem damaligen Bürgermeister Werner Grübmeier sei es zu verdanken, daß das Gaipelgebäude in den Besitz der Bergstadt kam und das Obergeschoß nun, nach dem Auszug des letzten Mieters, für museale Zwecke ausgebaut werden könne, betonte der Stadtheimatpfleger. Auf 550 000 DM im Zeitraum von drei Jahren ist die Maßnahme nach Feststellung von Stadtdirektor Hans-Joachim Grogrenz veranschlagt. Im Zusammenhang mit Fahrkunst und dazugehörigen Betriebsanlagen im Erdgeschoß sprach er sich dafür aus, im Gaipel die Bergbauexponate zu konzentrieren. Bis 1994 soll die Nutzungsfähigkeit hergestellt sein, und bis dahin soll auch das Konzept für das „Filetstück der Bergbaugeschichte“ erarbeitet sein.

Gewissermaßen ebenfalls „geschichtsträchtig“ war die Etage unter dem Dach auch vermietet: Sie wurde von Karl Ullrich „mit seiner Emma“ bewohnt, erinnerte der Stadtdirektor. Ullrich war der letzte St. Andreasberger Kuhhirte. 37 Jahre lang hat er die Herde geführt, bis zum letzten echten Viehaustrieb im Jahre 1963. Trotz der langen Zeit der Vermietung zwischen dem Ende des Bergbaus und



Noch sind die Räume Baustelle: der Jugend- und Kulturausschuß bei der Besichtigung.

Foto: Tempes

dem Herbst dieses Jahres blieb erstaunlich viel unverseht. Knarrende Dielen bilden den Fußboden, zwei mächtige Kamine vereinigen sich unter dem Dach zu einem einzigen Schornstein, und drei Tage lang mühte sich ein Experte ab, bis er unter der Decke eines Raumes 28 übereinanderliegende Farbschichten lageweise freigelegt hatte – fast durchweg mit einem bläulichen Ton, auf die Existenz einer Blaufarbenfabrik in der

Bergstadt führte es Jochen Klähn zurück. Nicht Renovierung, sondern Rekonstruktion des ursprünglichen Zustandes der Räume sei das Ziel, betonte Klähn. Dazu gehörte unter dem Dach auch die Beseitigung einer Zwischendecke, die mit Spannung in Angriff genommen wurde.

So ganz ausgeschlossen schien es nicht, daß sich dahinter Interessantes verbarg, wenn auch nicht gleich ein Schatz, so doch immerhin Gerätschaf-

ten, die dem künftigen Bergbaumuseum einzuverleiben gewesen wären. Der Hohlraum über der abgehängten Decke aber erwies sich als leer. Und da inzwischen die Maurerarbeiten im wesentlichen abgeschlossen sind, gibt es auch keine Hoffnung mehr, mit dem Verkauf einiger zwischen irgendeiner Ritze entdeckter Goldmünzen die für 1994 anstehende finanzielle Eigenleistung in Höhe von 22 500 DM begleichen zu können.

te-

26. 11. 1992

Dr. Bernd Wietusch legt Koordination der Musikschularbeit offiziell nieder

## Den erfolgreichen „Treffpunkt“ unter das Dach der Kreismusikschule

ST. ANDREASBERG. Durch Beschluß befreite der Ausschuß für Jugend, Kultur und Sport Dr. Bernd Wietusch offiziell zum 1. Januar 1993 von seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Koordinator der Musikschule von St. Andreasberg. Aus der Beschlußvorlage ging hervor, daß Dr. Bernd Wietusch, der den „Treffpunkt Musikschule“ im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu einem fast unglaublichen Erfolg geführt hat, selbst um die Befreiung von dieser Aufgabe im Dienst der Bergstadt gebeten hatte.

Mit dem Beschluß im Zusammenhang zu sehen aber sind die Bemühungen der Bergstadt, die örtliche Musikschule nach dem Auslaufen der AB-Maßnahme unter dem Dach der Kreismusikschule in Sicherheit zu bringen. „Das Werk steht übernahmefähig da“, sagte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz – es war nicht nur

Würdigung des Einsatzes von Dr. Bernd Wietusch, der inzwischen als Lehrkraft an der Glückauf-Schule tätig ist, sondern Aufforderung an den Landkreis, sich für die musikalische Förderung der Bürger im Harz stärker als bisher zu engagieren.

Der Stadtdirektor bezeichnete die Kreismusikschule als gehandicapt, ihre Aufgaben flächendeckend im ganzen Landkreis wahrzunehmen. Eine Konzentration der Arbeit auf die Kreisstadt Goslar sah er als Folge davon an, daß die Kostenbeiträge der Musikschüler und Spenden nur eine Abrundung der Finanzierung durch Kreismittel darstellen. In den vollen Genuß dieser Förderung sollen auch die St. Andreasberger Musikschüler kommen: „Der Landkreis erhält die Kreismusikschule, aber in ungerechter Weise – er vernachlässigt den Oberharz“, stellte Grogorenz fest. Im Zusammenhang mit dem Hinweis auf

die Ausgleichsfunktion des Landkreises betonte er, daß St. Andreasberg mit dem „Treffpunkt“ eine voll übergabefähige Leistung einzubringen habe. Nach seiner Auffassung muß der Kreismusikschule durch eine Erhöhung des Kreiszuschusses die Einstellung einer weiteren hauptamtlichen Kraft, die über St. Andreasberg hinaus für den gesamten Oberharz eingesetzt werden könne, ermöglicht werden.

Der Fachausschuß der Bergstadt ging in seinem Beschluß davon aus, daß Dr. Bernd Wietusch – dann aber bei abgesenkten Teilnehmergebühren – weiterhin als örtlicher Koordinator tätig bleiben kann. Auch die Betreuung des „Ensembles Mosaik“ soll er weiterhin wahrnehmen. Darüber hinaus geht der Kulturausschuß davon aus, daß auch die musikalische Früherziehung im Kindergarten aufrechterhalten wird.

te-

St. Andreasberger „Musikherbst“ in Windstößen des Kulturausschusses

## Schwanken zwischen Sinfonie und Ohrwurm

**ST. ANDREASBERG.** Soll's Amadeus Mozart sein oder Heino? Die Frage, ob das Niveau des St. Andreasberger „Musikherbstes“ von den Höhen anspruchsvoller Musik auf die Niederungen im Ohrwurmniveau abzusenken sei, beschäftigte den St. Andreasberger Kulturausschuß in seiner letzten Sitzung.

Ausgangspunkt waren die Erläuterungen von Stadtkämmerer Siegfried Käßner zu den Finanzierungsmöglichkeiten des „Musikherbstes“ 1993. Auch für das kommende Jahr seien in Absprache mit Dr. Bernd Wietusch zwei Konzerte geplant, teilte Käßner mit. Bei geschätzten 13 000 DM Gesamtkosten besteht nach seiner Auskunft Aussicht auf einen 40prozentigen Zuschuß aus Mitteln zur „Förde-

rung kultureller Maßnahmen im ehemaligen Zonenrandgebiet“, beantragt würden darüber hinaus Kreismittel aus dem Ansatz für kulturelle Veranstaltungen mit überörtlicher Ausstrahlung.

St. Andreasberger Probleme, die sich durch Finanzierungszwänge ergeben, sprach Lilli Kasteinecke an. Wenn ein noch so herausragendes Orchester mit Ludwig Güttler als berühmtem Solisten bereits in Seesen, Clausthal und Braunlage aufgetreten sei, sei die überörtliche Ausstrahlung schon zu sehr verblaßt, um in St. Andreasberg noch viele Zuhörer anzuziehen, meinte sie. Eine Preisfrage, mußte es dem Ausschuß scheinen, bleibt die Preis-Frage: Ist hohes musikalisches Niveau nur zu finanzieren, wenn man in Kauf nimmt, daß das engagierte

Orchester nur im Zusammenhang mit einer Konzertreise durch den Harz auch in St. Andreasberg auftritt?

Für Karl-Heinz Plosteiner war die Situation klar, die Schlußfolgerung ebenfalls: „Man sollte tatsächlich populäre Musik herbeiholen, damit das Kurhaus voll wird, und nicht für ein einziges Konzert 11 000 DM ausgeben“, meinte er. „Man könnte auch an eine Operette denken, wir wollen Erfolg“, warf Lilli Kasteinecke ein. Ausschußvorsitzender Albert Kehr bremste schließlich das brain-storming ab, als es bereits bei Jazz und Orff-Musik angelangt war.

Die Idee einer Ergänzung zum St. Andreasberger Projekt „Treffpunkt Musikschule“ stand Pate, als der damalige Bürgermeister Werner Grübmeier vor einigen Jahren überregio-

nale Finanzierungswege für den St. Andreasberger „Musikherbst“ fand. Auch die in der Bergstadt wiedererweckte Musikalität aber führte auf Dauer nicht zum saalfüllenden Besucherecho auf klassische Musik. Anspruchsvolle Kultur werde immer Zuschüsse erfordern, schränkte Dr. Bernd Wietusch die Erwartungen ein, „eine Kultur, die sich selbst trägt, wäre zwar nicht zu verachten, aber so bliebe ein niveauloses Angebot auf der Strecke“.

Und auf der Strecke bliebe bei abgesenktem Niveau auch die finanzielle Förderung. Das wohl war der Aspekt, unter dem im Kulturausschuß die Diskussion beendet wurde, ohne daß grundsätzlich ein Verzicht auf den St. Andreasberger „Musikherbst“ gefordert worden wäre. te-

28.11.1992

Goslarsche Zeitung

OBERHARZ

Werner Grübmeier zu Gebührenerhöhungen: „Ich werde die 7. Stimme sein“

## Höhere Einnahmen schon im Etatentwurf

**ST. ANDREASBERG.** Eine überraschende Entwicklung nahm das Vorplänkchen im Rat um die Sicherung einer breiten Mehrheit für notwendige Gebührenerhöhungen. Bei der Vorberatung des Haushaltentwurfs für 1993 kündigte Werner Grübmeier (CDU) an, daß er gegebenenfalls auch gegen die Stimmen der CDU-Gemeinschaftsfraktion einem Vorschlag zur Haushaltsverbesserung zustimmen werde.

Ihren Niederschlag finden im Etatentwurf bereits Einnahmenverbesserungen, für die der Rat durch die Erhöhung von Steuern und Gebühren erst noch die Voraussetzungen schaffen muß. Notwendigerweise, wie Stadtkämmerer Küßner in der Finanzausschußsitzung am Donnerstag betonte, denn das Zahlenwerk müsse sich an realistisch geschätzten Einnahmen und Ausgaben orientieren. Daß um maßvolle Erhöhungen nicht herumzukommen sei, legte erneut auch Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz klar. Vor der grundsätzlichen Zustimmung des Ausschusses zum Etatentwurf sprach er von einer erneuten „Zuspitzung der Situation“. Nicht auf das Tauziehen um die breite Mehrheit im Rat für unpopuläre Beschlüsse

wollte Grogorenz diese Anmerkung bezogen sehen: Nachträglich legte er klar, daß dies ein Hinweis auf die weitere Zuspitzung der Haushaltssituation gewesen sei, zu verstehen als Appell an den Rat zur Übernahme von Verantwortung in der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Bereitschaft dazu wurde von Werner Grübmeier für die CDU-Gemeinschaftsfraktion und von Horst Hörseljau für die Zählgemeinschaft deutlich gemacht. Zur Gemeinsamkeit kam es trotzdem nicht. Grübmeier bezog sich auf die knappe Mehrheit von sieben Stimmen der Gemeinschaftsfraktion gegenüber sechs der Zählgemeinschaft, als er Horst Hörseljau versicherte: „Ich werde die 7. Stimme sein, wenn sechs Ratsmitglieder sich entschließen, eine bestimmte Maßnahme zu tragen.“ Die CDU-Fraktion bleibe bei ihrer Erklärung, daß sie nicht willens sei, alleine als Mehrheitsbeschaffer für Steuererhöhungen aufzutreten, schränkte Grübmeier ein, aber gegebenenfalls werde die Zählgemeinschaft mit seiner Stimme die Mehrheit für einen Vorschlag zur Haushaltsverbesserung erhalten.

Mit der Bemerkung, „ich kann die Hand nicht für meine sechs ins Feuer legen“, erinnerte Horst Hörseljau je-

doch an seinen Anspruch auf interfraktionelle Gespräche. „Wir möchten die Gebühren gemeinsam korrigieren“, betonte er und kündigte an, daß die Zustimmung zum Haushalt vorbehaltlich einer Klärung erfolgen werde. Seine Zustimmung im Fachausschuß beschränkte er auf die Struktur des Haushalts unter Ausklammerung nicht nur von Steuer- und Gebührenerhöhungen, sondern auch der Verlustabdeckung für den Kurhaushalt sowie der Position „Hallenbad“.

Mit einer Steigerung um 30 000 DM auf 530 000 DM schlägt im Entwurf des Verwaltungshaushaltes die erwartete Erhöhung der Grundsteuer B zu Buche. Die Einnahmen aus der Hundesteuer sollen von 17 200 auf 31 200 DM steigen, die aus der „übrigen Vergnügungssteuer“ (Spielautomaten) von 16 800 auf 19 600 DM. Die Zweitwohnungssteuer wird bei einem Plus von 23 000 DM mit 250 000 DM ausgewiesen.

Umfangreicher sind im Einzelplan Allgemeine Finanzwirtschaft Verschiebungen bei den Ansätzen, die auf noch offenen gesetzlichen Grundlagen basieren. Die Einnahmenerwartung aus der Gewerbesteuer ist zunächst von 640 000 auf 300 000 DM reduziert. Auf der Ausgabenseite ist die

Gewerbesteuerumlage von 117 000 auf 36 000 DM reduziert. Um 140 000 auf 1,44 Mio. DM erhöht ist der Ansatz für Einnahmen aus dem Gemeindeanteil aus der Einkommensteuer.

Auch für die Neuordnung des Finanzausgleichs des Landes fehlten zwar noch die Berechnungsgrundlagen, zu erwarten sei aus ihr jedoch ein Vorteil für die finanzschwachen Gemeinden, stellte Stadtkämmerer Küßner fest. Ausgewiesen wird eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen von 494 000 DM auf 878 000 DM. Eine Null steht dafür zunächst auf der Position Allgemeine Bedarfszuweisungen (1992: 652 000 DM). Die Erwartung einer erheblichen Senkung der Kreisumlage dämpfte Werner Grübmeier. Als Ausgabeposten für die Bergstadt ausgewiesen sind für sie 988 000 DM gegenüber 1,09 Mio. DM im laufenden Haushaltsjahr.

Auf einem Gebiet steht voraussichtlich auch eine Gebührensenkung bevor: Im Winterdienst 1992 seien die angesetzten 27 000 DM für die Anmietung von Fahrzeugen noch nicht benötigt worden, stellte der Stadtkämmerer fest. Für 1993 stehen 15 000 DM im Etatentwurf – wenn es wieder einen milden Winter gibt, steht eine Neukalkulation bevor. te-



14. Dezember 1992

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Sie blicken in diesen Tagen auf eine

**26 jährige Mitgliedschaft im Kreistag  
des Landkreises Goslar**

bzw. in früheren Kreistagen zurück. In diesen langen Jahren ehrenamtlicher Kommunalpolitik haben Sie mit großem Engagement, mit intensivem Arbeitseinsatz und mit dem Verlust von viel Freizeit entscheidend an der Kreispolitik mitgewirkt und dadurch einen großen Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit geleistet.

Hierfür danken wir Ihnen im Namen des Landkreises Goslar und damit im Namen aller Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohner auf das herzlichste.

Die beigefügten Aufmerksamkeiten sollen Ihnen Freude bereiten und Sie an den heutigen Tag erinnern. Mit unserem Dank verbinden wir die Hoffnung, daß Sie Ihr ehrenamtliches Engagement noch lange werden fortsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K. Homann'.

Klaus Homann  
Landrat

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Saipa'.

Dr. Axel Saipa  
Oberkreisdirektor



Kurz nach 18 Uhr: Die Ratssitzung hat gerade begonnen. Unter den Zuschauern herrscht gespannte Aufmerksamkeit. Welche Überraschungen halten die Kommunalpolitiker für sie bereit?



Kurz nach 22 Uhr: Nach vierstündigem Sitzungsverlauf sind die Zuhörer geflohen. Einsam blieb Bernd Müller, kaufmännischer Leiter der Stadtwerke, zurück. Sein Interesse war dienstlich. *Fotos: Weiss*

Ein Sturm der Entrüstung fegte am Donnerstag über die Ratstische

## Wurde der Rest von Gemeinsamkeit zerstört?

**ST. ANDREASBERG.** Die von uns am Mittwoch vorausgesagten Abstimmungs-„Überraschungen“ waren ein laues Lüftchen gegen den Sturm der Entrüstung, der einen Tag später im Kurhaus über die Ratstische fegte. Er habe den Amtsverlust noch immer nicht verkraftet und „alte Wunden aufgebrochen“, warf Bürgermeister Hans Bahn seinem Vorgänger Werner Grübmeier vor.

Da kümmerte es auch keinen mehr, daß Lilli Kasteinecke ihren Kollegen zuvor ins Gewissen geredet hatte, der Presse „kein Futter“ zu liefern und sich nicht provozieren zu lassen. Die Presseschelte der rührigen Ratsdame fand wenig Resonanz.

Entzündet hatte sich die Auseinandersetzung an Grübmeiers Haushaltsrede, die wegen der umfangreichen Tagesordnung erst nach den ei-

Gericht ging und ihnen vorhielt, sie hätten als Minderheit bei früheren Gelegenheiten jedesmal mit der den Bürgermeister stellenden Mehrheit „abgerechnet“, verteilte er vorsichtiges Lob in Richtung SPD. Bei den Sozialdemokraten erkenne man das Bemühen für konstruktive Lösungsansätze.

Die CDU, so Grübmeier am Schluß seiner Rede, werde die Stadt mit ihrer

Ratsmehrheit weiter voranbringen, auch wenn der Bürgermeister gegenwärtig nicht aus ihren Reihen stamme.

Der Widerspruch war programmiert. Während Albert Kehr und Ulrich Wemheuer (SPD) das Grübmeier-Lob sichtlich unangenehm war („Es kommt von der falschen Seite“), fuhren Horst Hörseljau (FDP) und Volker Thale (ABL) schweres Ge-

schütz auf. „Sie zerstören den letzten Rest von Gemeinsamkeiten“, wandte sich Hörseljau an Grübmeier und stellte fest: „Das macht mir die Ratsarbeit besonders schwer.“

Volker Thale gar bezichtigte Werner Grübmeier, „Punkt für Punkt die Unwahrheit“ gesagt zu haben und sich als „Zuchtmeister“ des Rates aufzuspielen. Aufgeregt ging es mit ihm durch: „Sie ärgern sich ja nur, daß es Ihnen nicht gelungen ist, mich aus Ihrer Partei hinauszubekommen. Ich bin nach wie vor Mitglied der CDU und werde es auch bleiben.“

Unstimmigkeiten hatte es schon bald nach Sitzungsbeginn gegeben, als die St. Andreasberger Bürgerliste (ABL) den in einer Vorlage aufgeführten Namen für einen neuen Schiedsmann und seinen Stellvertreter Ulrich und Kehr die eigenen Kandidaten Reile und Ahrend gegenüberstellte.

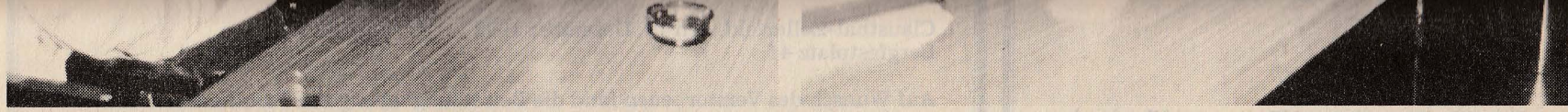
### KOMMENTAR

## Kommunalpolitischer Salto

Von Peter Weiss

Sie sollten der Presse kein „Fut-Ster“ liefern. Mit diesem Appell meinte Lilli Kasteinecke (CDU) vor dem St. Andreasberger Rat auf unsere Ankündigung reagieren zu

mützigen Diskussionen. Wenn es aber „munter“ zu werden verspricht, dann würden sie am liebsten hinter verschlossenen Türen tagen.



Kurz nach 18 Uhr: Die Ratssitzung hat gerade begonnen. Unter den Zuschauern herrscht gespannte Aufmerksamkeit. Welche Überraschungen halten die Kommunalpolitiker für sie bereit?

Kurz nach 22 Uhr: Nach vierstündigem Sitzungsverlauf sind die Zuhörer geflohen. Einsam blieb Bernd Müller, kaufmännischer Leiter der Stadtwerke, zurück. Sein Interesse war dienstlich.  
Fotos: Weiss

Ein Sturm der Entrüstung fegte am Donnerstag über die Ratstische

## Wurde der Rest von Gemeinsamkeit zerstört?

**ST. ANDREASBERG.** Die von uns am Mittwoch vorausgesagten Abstimmungs-, Überraschungen waren ein laues Lüftchen gegen den Sturm der Entrüstung, der einen Tag später im Kurhaus über die Ratstische fegte. Er habe den Amtsverlust noch immer nicht verkraftet und „alte Wunden aufbrochen“, warf Bürgermeister Hans Bahn seinem Vorgänger Werner Grübmeier vor.

Da kümmerte es auch keinen mehr, daß Lilli Kasteinecke ihren Kollegen zuvor ins Gewissen geredet hatte, der Presse „kein Futter“ zu liefern und sich nicht provozieren zu lassen. Die Presseschelte der rührigen Ratsdame fand wenig Resonanz.

Entzündet hatte sich die Auseinandersetzung an Grübmeiers Haushaltsrede, die wegen der umfangreichen Tagesordnung erst nach den eigentlich als Sitzungsgrenze festgelegten drei Stunden begann. Der Exbürgermeister und stellvertretende Landrat stellte den St. Andreasberger Etat in einen Gesamtzusammenhang mit der deutschen Einheit und den von dort erst noch zu erwartenden finanziellen Schwierigkeiten.

Soviel zeige sich schon jetzt: Die alten Bundesländer werden ab 1995 weitere hohe Milliardenbeträge in den Osten pumpen müssen. Grübmeier: „Dann werden selbst die bei uns bisher als arm geltenden Bundesländer zahlen müssen.“ Der Landkreis Goslar habe bereits entschieden, keine Sonderzuweisungen mehr in den Oberharz zu leiten.

Äußerst differenziert bewertete der CDU-Vormann das Haushaltsverhalten der anderen Ratsparteien. Während er mit FDP und ABL hart ins

Gericht ging und ihnen vorhielt, sie hätten als Minderheit bei früheren Gelegenheiten jedesmal mit der den Bürgermeister stellenden Mehrheit „abgerechnet“, verteilte er vorsichtiges Lob in Richtung SPD. Bei den Sozialdemokraten erkenne man das Bemühen für konstruktive Lösungsansätze.

Die CDU, so Grübmeier am Schluß seiner Rede, werde die Stadt mit ihrer

Ratsmehrheit weiter voranbringen, auch wenn der Bürgermeister gegenwärtig nicht aus ihren Reihen stamme.

Der Widerspruch war programmiert. Während Albert Kehr und Ulrich Wemheuer (SPD) das Grübmeier-Lob sichtlich unangenehm war („Es kommt von der falschen Seite“), fuhren Horst Hörselejau (FDP) und Volker Thale (ABL) schweres Ge-

schütz auf. „Sie zerstören den letzten Rest von Gemeinsamkeiten“, wandte sich Hörselejau an Grübmeier und stellte fest: „Das macht mir die Ratsarbeit besonders schwer.“

Volker Thale gar bezichtigte Werner Grübmeier, „Punkt für Punkt die Unwahrheit“ gesagt zu haben und sich als „Zuchtmeister“ des Rates aufzuspielen. Aufgeregt ging es mit ihm durch: „Sie ärgern sich ja nur, daß es Ihnen nicht gelungen ist, mich aus Ihrer Partei hinauszubekommen. Ich bin nach wie vor Mitglied der CDU und werde es auch bleiben.“

Unstimmigkeiten hatte es schon bald nach Sitzungsbeginn gegeben, als die St. Andreasberger Bürgerliste (ABL) den in einer Vorlage aufgeführten Namen für einen neuen Schiedsmann und seinen Stellvertreter Ulrich und Kehr die eigenen Kandidaten Reile und Ahrend gegenüberstellte. Diese beiden seien nicht parteigebunden und deshalb besonders geeignet, hatte Volker Thale in seiner Begründung gesagt. Dennoch unterlagen sie in geheimer Abstimmung mit 4 gegen 8 Stimmen.

Sprachlosigkeit herrschte bei der Abstimmung über die Erhöhung der Hundesteuer. Da hatte Werner Grübmeier nämlich gegen den Vorschlag der eigenen Fraktion gehandelt und mit seiner siebenten Stimme der Verwaltungsvorlage und den sechs Ratsherren von SPD, FDP und ABL zum Erfolg verholten. Er fühle sich „im Wort“, rechtfertigte Grübmeier seine überraschende Stimmabgabe. Er hatte seine Zustimmung schon in den Ausschußberatungen signalisiert, „wenn die anderen ihre Stimmen geschlossen“ in die Waagschale werfen würden.  
P.W.

### KOMMENTAR

## Kommunalpolitischer Salto

Von Peter Weiss

Sie sollten der Presse kein „Fut-ster“ liefern. Mit diesem Appell meinte Lilli Kasteinecke (CDU) vor dem St. Andreasberger Rat auf unsere Ankündigung reagieren zu müssen, daß es „Überraschungen“ geben könnte. Sie sei mit dieser Art von Berichterstattung ganz und gar nicht einverstanden.

Immerhin hatten wir zahlreiche Bürger neugierig gemacht. Die Ratssitzung hatte diesmal großes Interesse gefunden, was man ja sonst in der Regel nicht behaupten kann. Für das „Futter“ sorgten die Kommunalpolitiker dann entgegen dem Wunsch ihrer Kollegin selbst in reichem Maße. Da war die Ratsfrau mit ihrer Initiative wohl einer völlig falschen Einschätzung aufgesessen. Oder wollte sie die Aufmerksamkeit von anderen Themen ablenken?

Üblicherweise sonnen sich Politiker gern in der Gunst ihrer Wählerschaft. Lauthals beklagen sie deren Abwesenheit bei lähmend schlaf-

mütigen Diskussionen. Wenn es aber „munter“ zu werden verspricht, dann würden sie am liebsten hinter verschlossenen Türen tagen.

Die bemerkenswert differenzierten Abstimmungen im St. Andreasberger Rat können durchaus als „Sternstunden“ der Kommunalpolitik bezeichnet werden, weil dabei die ansonsten festgefahrenen Partei- und Fraktionszwänge abgeschüttelt werden. Das sollte man der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Viel unangenehmer sind endlos-überflüssige Diskussionsbeiträge, die die Sitzungen verlängern, ohne in der Sache etwas zu bewirken. So haben die Mitglieder des St. Andreasberger Rates am Donnerstag so etwas wie einen kommunalpolitischen Salto geschlagen: Die Bürger mit ihrer Lebhaftigkeit anzuziehen und sie durch die unzumutbare Länge ihrer Sitzung sogleich wieder zu vertreiben.

## LESERBRIEFE AN DIE REDAKTION

(Kürzungen vorbehalten)

Zum Leserbrief von Jörg  
Marwede vom 25. September

### Uneigennützig für die Bürger da

Was Herr Marwede, der nicht einmal vier Jahre in unserer Bergstadt lebt über den von uns geschätzten langjährigen Bürgermeister Grübmeier von sich gegeben hat, ist der Gipfel der Unverfrorenheit. Einen derart engagierten Mitbürger und Kommunalpolitiker, der sich ausschließlich und uneigennützig für die Bürger und für die Belange seiner Wahlheimat eingesetzt hat und um den uns andere Gemeinden oft genug beneidet haben, in der-

art schäbiger Art anzugreifen, das ist nicht nur unfair, das ist nachgerade widerwärtig.

Im Gegensatz zu Herrn Marwede, der bei den ersten Schwierigkeiten und in völliger Selbstüberschätzung den SPD-Parteivorsitz hingeschmissen hat, hat Herr Grübmeier trotz der Vorgänge bei der Bürgermeisterwahl für St. Andreasberg weitergearbeitet.

Und noch etwas: Seine Leistungen kann ich als alter Andreasberger, zu denen ich mich auch heute noch zähle, besser beurteilen als Herr Marwede. Weiß er eigentlich, wie vielen Menschen unser „Altbürgermeister“ in schwersten Notlagen geholfen hat, wie viele Menschen er bei Existenz- und Berufsproblemen unterstützt hat? Weiß er, daß es kaum einen Verein

gibt, für den er nicht aktiv tätig geworden ist?

Auch das steht fest: St. Andreasberg wäre ein Anhängsel von Bad Lauterberg oder Clausthal-Zellerfeld, gäbe es ihn nicht.

Wenn der jetzige Bürgermeister meint, mit Unterschriftensammlung oder durch Briefschreiber eine Art Stimmungsmache gegen ihn in Gang setzen zu wollen, kann das m. E. nur ins Auge gehen.

Die Bürger, die bisher gute Miene zum bösen Spiel gemacht haben, wissen, was sie und der gesamte Ort Herrn Grübmeier zu verdanken haben. Wir in Andreasberg brauchen Menschen, die für uns aktiv sind. Parteiengezänk hilft uns nicht weiter.

Karl-Heinz Panse, Berlin

10.10.1992

Werner Grübmeier

Dezember 1992

Herrn  
Stadtdirektor  
H.-J. Grogorenz  
Glückauf Weg 23  
3424 St. Andreasberg

Lieber Jochen,

ich glaube, es ist an der Zeit, daß ich Dir ein paar Zeilen schreibe. Und da ich gerne im alten Jahr erledige, was es zu erledigen gilt, tue ich es jetzt.

Zum einen möchte ich zu bereinigen versuchen, was unklar geworden ist, zum anderen möchte ich die etwas ruhigeren Tage nutzen, um den Abstand zu gewinnen, der nötig ist, damit Entscheidungen reifen können.

Seit Wochen bemühe ich mich darum, mit Dir in Ruhe Probleme, von denen ich meinte, daß sie gemeinsam besser zu lösen seien, zu besprechen. Du hast die Zeit nicht gefunden. Versuche! Bei "Kurzterminen" konnten wir allenfalls Aktuelles ansprechen. Kein vereinbarter Termin konnte ungestört zu Ende geführt werden. Entweder waren Mitarbeiter noch da, oder sie kamen in die Verabredung; Telefonate etc.

Meine Besprechungspunkte konnten zu keiner Zeit wirklich abgearbeitet werden. Ich will dieses Faktum nicht beklagen, aber beschreiben muß ich es doch wohl.

Du überrascht mich in Sitzungen mit Überlegungen, die ein Freund besser vorher gekannt haben sollte. Wenn Du keine Veranlassung siehst, Dich neben mich zu stellen (Originalton Bahn: 'Türanklopfen bringt nichts mehr'), obwohl Du Dich doch sonst sofort zu Wort meldest;  
wenn Du, weil ich die Verwaltung stützen wollte, meine Worte zur "Werbung" - ohne Not - vor dem Rat entwertest;  
wenn Du die Absprachen, die ich bei der Kommunalaufsicht (RP und MI), wie seit Jahren, in uneigennützigter Absicht geführt habe, dadurch konterkariertest, daß Du anrufst und Zahlen (die ich mir ja nicht aus den Fingern gezogen hatte!) korrigierst - wiederum ohne Not - und ich das nicht etwa von Dir erfahre, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, dann verändert das die Geschäftsgrundlage zwischen uns entscheidend. Dann wird aus uneingeschränktem Vertrauen ein instabiles Verhältnis.

Für mich gibt es von daher nur noch zwei Alternativen:

Ich stelle meine Fraktion aus populistischen und presse-trächtigen Gründen auf wirksame Antragstellung und Überwachung der Verwaltung um und schließe gleichzeitig mit den drei anderen Fraktionen einen Dauerfrieden - oder ich ziehe mich schrittweise aus der aktiven Ratsarbeit, wie ich sie bisher verstanden habe - zurück:

- Fraktionsvorsitz abgeben,
- auf Ausschußsitze verzichten,
- positive Aktivitäten unterlassen,
- abwartende Haltung einnehmen (und das halte ich - weil gemütlich - noch einige Monate aus)
- ggfs. Ratsverzicht.

Lieber Jochen, Du mußt Dich schon selber fragen, ob Deine Strategie: die Stadt bin ich, auf die Dauer aufgeht. Für mich darf ich feststellen, daß ich für Dich stets ein zuverlässiger Kombattant war. Du warst es für mich - im Gegenzug - nicht immer.

Du hast durch Deine Reaktionen nicht nur meine "Sonderstellung" im Rathaus zumindest nach außen (d.h. offiziell) untergraben. Dies mag keine Absicht gewesen sein, es ist aber die Realität. Ähnliche Wirkungen haben auch, das sagte ich Dir schon mehrfach, Deine nachkarrenden Anrufe bei Behörden und Institutionen.

Wenn Du die Außenvertretung der Stadt formal und ausschließlich aus der Sicht der NGO sehen willst, dann ist das vordergründig natürlich einsehbar. Ich habe jahrzehntelang nicht zum Schaden unserer Heimatgemeinde-unkonventionell Türen

geöffnet, festgefahrene Situationen bereinigt oder auch städtische Aktivitäten in Teilen begleitet und mitinitiiert. Du warst immer eingebunden.

Dabei habe ich nie den Eindruck aufkommen lassen, als wenn ich die Stellung des Organes Stadtdirektor in Teilen übernommen hätte. Dessen ungeachtet scheinen Dich bestimmte Aktivitäten in Deinem "Sosein" zu belasten bzw. sogar zu stören.

Lieber Jochen, an Deinem Schild habe ich allenfalls geputzt, niemals aber gekratzt.

Wie Du, so habe auch ich mein Selbstwertgefühl und kenne ebenfalls Empfindlichkeiten. In den vergangenen 12 Monaten habe ich - trotz anderer Überzeugungen und so mancher Tiefschläge - der Sache wegen immer wieder zurückgesteckt. Das kann doch wohl aber nicht zur Selbstaufgabe führen.

Du arbeitest viel und lädst - im Verwaltungsbereich - fast alles auf Deine Schultern. Darum müssen Dir zwangsläufig von

Zeit zu Zeit kleine Fehler unterlaufen, übersiehst Du manchmal etwas, schaffst nicht alles auf die Minute, wirst angreifbar.

Nie aber habe ich mich in die Reihen der Kritiker gestellt. Im Gegenteil, ich war "väterlich-brüderlich" loyal. Das wird sich insofern nicht ändern, weil ich nicht die Seiten wechseln werde. Du glaubst dadurch auf der sicheren Seite zu stehen, wenn Du Einzelgespräche (Deine Worte!) mit Ratsmitgliedern führst.

Du glaubst, auf eine "sichere Bank" nicht mehr vertrauen zu müssen. Obwohl ich Dir dabei Glück wünsche, habe ich den Eindruck, daß Du Dich auf einen Balanceakt einläßt, den Du unterschätzt. Dreizehn Ratsmitglieder sind nicht so kalkulierbar, wie Du glaubst.

Lieber Jochen, ich sitze in dem Boot schon seit drei Jahrzehnten. Du kennst es nur von außen...

Mein Angebot des Schulterchlusses ist für Dich zur Belastung geworden. Damit aber sind Sinn und Geist unseres Miteinanders ausgehöhlt.

Ich stelle das sehr ruhig fest. Ich habe offensichtlich nur etwas zu lange gebraucht, um unsere ungleichen Einstellungen (ich bin nun einmal nicht mehr Dein Bürgermeister) zueinander zu verobjektivieren.

Um Dich von einer möglichen Last zu befreien, erwarte ich von Dir keine "Ungleichheiten" (Bevorzugungen!) mehr bis zu meinem Ausscheiden aus dem Rat. Diesen Termin allerdings werde ich selbst bestimmen. Wahrscheinlich werde ich warten, bis der Rat auf eine Ausschreibung der Stelle eines Stadtdirektors verzichtet. Wahrscheinlich.

Dir und Deiner Frau wünsche ich gesegnete Weihnachten. Für 1993 wünsche ich Dir und unserer Heimatstadt Glück und Erfolg.

Dein

Werner

Reichsbund schloß Aktivitäten dieses Jahres mit Vorweihnachtsfeier ab

## Im Vordergrund steht menschlicher Kontakt

**ST. ANDREASBERG.** Mit einer vorweihnachtlichen Feier beschloß der Reichsbund St. Andreasberg am Freitag im Hotel Glockenberg die Aktivitäten des Jahres. Herbert Schlieff, seit 15 Jahren im Vorstand und seit einem Jahr Vorsitzender, begrüßte eine große Zahl der insgesamt 205 eingeschriebenen Mitglieder. Ehrengäste waren Bürgermeister Hans Bahn und der Reichsbund-Kreisvorsitzende Werner Grüb Meyer.

Bahn überbrachte neben den Grüßen der Stadt auch einen Scheck über 300 DM. Das Geld stammt aus dem Vermächtnis einer ehemaligen St. Andreasbergerin und ist für die Seniorenarbeit bestimmt. Einen Anteil hatte letzte Woche bereits die Kirchengemeinde erhalten.

„Nach den Worten des Vermächtnisses sollen wir den bedürftigen älteren Mitbürgern ja eigentlich einen Weihnachtsstollen spendieren“, erläuterte der Bürgermeister. Weil diese Art der Zuwendung aber von der Zeit eingeholt worden sei, habe der Rat beschlossen, die Seniorenarbeit mit einer Geldzuwendung zu fördern. Bahn: „Auf diese Weise erfüllen wir den letzten Willen der Spenderin sicher am besten.“

Acht Busfahrten mit 400 Teilnehmern hat der Reichsbund St. Andreasberg nach den Worten seines Vorsitzenden in diesem Jahr durchgeführt. Für den Bürgermeister eine „begrüßenswerte Aktivität, die Ihnen sicher



Beim Reichsbund: Werner Grüb Meyer, Hans Bahn und Herbert Schlieff.

Foto: Weiss

auch Teile unseres mit der Vereinigung größer gewordenen Landes gezeigt hat“.

Kreisvorsitzender Werner Grüb Meyer unterstrich das dankenswerte Engagement der Stadt für die Organisation, die sich so gut wie ausschließlich sozialen und sozialpolitischen Aufgaben widmet. „Früher“, so stellte

er fest, „haben wir auch bei den Weihnachtsfeiern viel über Sozialpolitik und unsere Sorgen gesprochen.“ Heute stehe erfreulicherweise der menschliche Kontakt im Vordergrund.

Beschützen und beschützt werden sind die Maxime, an denen sich der Reichsbund orientiert. Grüb Meyer

entwickelte in seinem Beitrag dazu besinnliche Gedanken über die frohe Botschaft und den zerbrechenden Frieden in der Welt. Seinem Aufruf zur Versöhnungsbereitschaft fügte er den Appell zu einer friedlichen Begegnung mit den Fremden hinzu. Fremde sollten zu Gästen und Gäste zu Freunden werden.

P.W.

Rückschau auf ein nicht rundum erfreuliches Jahr 1992 in St. Andreasberg

## Mit ehrenamtlichem Engagement viel geleistet

**ST. ANDREASBERG.** Es hat nicht nur Freude bereitet, dieses Jahr 1992. Wer als Zuhörer das kommunalpolitische Geschehen verfolgte, geriet zunehmend ins Frösteln über eine kommunalpolitische Eiszeit in der Bergstadt. Aber je kälter das Klima im Rat wurde, um so stärker rückte die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Einsatz in den Vordergrund. Ein Jahr im Rückblick erinnert an viele Höhepunkte und Ereignisse, die diesem Engagement zu verdanken sind.

Der Januar beginnt für St. Andreasberg mit dem schon fast gewohnten Warten auf ausreichende Schneemengen und dem beliebten Konzert des Blasorchesters des Harzklub-Zweigvereins Hannover. Zur gleichen Zeit legen sich Schatten über das Angebot der Kurverwaltung, die Bundesbahnagentur kann nur noch eine reduzierte Dienstleistung anbieten. Der neue Kirchenvorstand der St.-Andreas-Gemeinde sieht sich bei der Beseitigung von Bauschäden an der St.-Andreas-Kirche mit einer Fülle von Aufgaben konfrontiert. Eine Statistik des Landkreises weist aus, was schon alle wissen: Die Einwohnerzahlen steigen wieder, um 122 auf 2817 zum 1. Januar. Endlich gibt es wieder eine



Martinigemeinde. Auf dem Sonnenberg sind noch einmal die Skilifte in Betrieb. Man feiert einen großen „Fastlohnd“, und das Kurhaus „wakelt“, als Deutsche und Niederländer die Stimmung gehörig auf Touren bringen. Auch der 18. Winterball des Tanzsportclubs Rot-Gold wird zum großen Ereignis. Für die Bergstadt zeichnet sich die Stellungnahme zum Nationalpark Harz als Erfolg ab, und in der Kurverwaltung beginnt mit „IRS“ das Elektronikzeitalter. Im Kurhaus stellt der Oberharzer Schützenbund zum 70jährigen Jubiläum stolze Schützentradiation zur Schau.

Im April wird Anneliese Kühne für 25jährige Tätigkeit als Niederschlagsbeobachterin vom Deutschen Wetterdienst geehrt, und Bruno Kammerhof wird nach 18 jähriger Tätigkeit als Kegler-Präsident zum Ehrenpräsidenten ernannt. Günter Schild, Andreas Kellner und Günter Carstens sind seine Nachfolger. Im Internationalen Haus Sonnenberg wird eine Informationsstelle für den Nationalpark eingerichtet, Friedhart Knolle leitet sie. Die Niedersachsenrundfahrt für Radamateure räumt St. Andreasberg gleich drei Nebenrollen ein. Dauerregen und eisige Temperaturen läuten das Osterfest ein, nur am Osterfeuer der Bergwacht auf dem Glockenberg läßt es sich draußen aushalten. Walpurgis wird wieder zu einem großen Spektakel und einem prächtigen Fest.

Der Mai bringt Hoffnung auf neue Nutzung des Andreasheim-Geländes. 14 Jungen und Mädchen feiern Konfirmation. Aus dem Erlös des Mai-Hoffestes der Freiwilligen Feuerwehr kann ein Funkgerät beschafft werden. Im Kurhaus vereint der „Oberharzer Sängerabend“ fast 500 Aktive. Das Bergbaumuseum erhält aus Mitteln der Aktionsgemeinschaft der Gewerbetreibenden eine Grubenlele als Aus-



**Bekanntgemacht wird der Beginn des Viehaustriebes von Stadtausruf Uwe Sonntag: Eines von vielen Festen.**  
Fotos: Siebeneicher(3), Tempes(2).

gerichtet, und es wird deutlich, daß die Nationalparkabgrenzung die Interessen der Bergstadt berücksichtigen wird. Der Landkreis Hannover verkauft sein Schullandheim auf dem Neufang.

Im August wird das Stadtfest zum Besuchermagneten. Am Ende des Monats können auf dem Glockenberg die verwegenen Flugmanöver eines Drachenteams bewundert werden.

Im September hat der St. Andreasberger Musikkherbst beim Auftritt des Mitteldeutschen Kammerorchesters seinen Auftakt und Höhepunkt. Auf dem Schwalbenherd wird die „Königliche Grubenverwaltung“ eingerichtet, der Glockenturm erhält ein neues Outfit. Der bisherige Berliner Friedrich Beblo läutet vor dem Kurausschuß mit dem Vorlegen seiner

stadt nach 25jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit. Erstmals tagt eine Arbeitsgruppe engagierter Bergstädter mit Vertretern des Büros für Tourismus- und Erholungsplanung über ein neues Fremdenverkehrskonzept. Die Arbeiten am Rathaus-Hintergebäude werden wiederaufgenommen. Die Dachdecker-Innung erwirbt das alte Brauhaus, und die Britische Rheinarmee verabschiedet sich aus dem Ortsteil Silberhütte. Die Freundschaft zwischen St. Andreasberg, Tanne und Stade wird auf dem Brocken bekräftigt. Die katholische St.-Andreas-Gemeinde feiert mit dem Jubiläum 25 Jahre Andreaskirche auch den Abschluß der Sanierungsarbeiten, und die evangelische Gemeinde verabschiedet Pastorin Beate Marwede in Richtung Pöhlde. Die Kegler können zum 15. Mal ihre Stadtmeister ehren-

seitigung von Bauschäden an der St.-Andreas-Kirche mit einer Fülle von Aufgaben konfrontiert. Eine Statistik des Landkreises weist aus, was schon alle wissen: Die Einwohnerzahlen steigen wieder, um 122 auf 2817 zum 1. Januar. Endlich gibt es wieder eine



**Ein St. Andreasberger Wahrzeichen wird gefällt: 181 Jahre alt wurde die „Wettertanne“.**

glänzende Wintersportveranstaltung: Der Ski-Club veranstaltet für Norddeutschlands Schüler einen großartigen Landesentscheid um die Fahrkarten zum Bundesfinale „Jugend trainiert für Olympia“. Eugen Franz wird mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet: Der Kur- und Verkehrsverein beschließt einen stattlichen Zuschuß zur Wiederbelebung der Fontäne im Hilfe-Gottes-Teich. Und der TSC peilt in seiner Jahreshauptversammlung, gestützt auf eine beneidenswerte Erfolgsbilanz, die Traumgrenze von 500 Mitgliedern an.

Der Februar steht im Zeichen des St. Andreasberger Winterfestes. Es wird sogar mit „richtigem“ Schnee gefeiert, Winterfünfkampf, Schneegaudi und Rodelspaß begeistern die Gäste. In der Stadtbücherei findet eine kleine Bibelausstellung statt, und Gustav Schulze kann endlich den Vorsitz im Reichsbund-Ortsverband niederlegen, als die Jahreshauptversammlung Herbert Schlieff als seinen Nachfolger wählt. Im Kurhaus beherrschen die TSC-Narren das Ende des Monats.

Informationen über die Nationalpark eingerichtet, Friedhart Knolle leitet sie. Die Niedersachsenrundfahrt für Radamateure räumt St. Andreasberg gleich drei Nebenrollen ein. Dauerregen und eisige Temperaturen läuten das Osterfest ein, nur am Osterfeuer der Bergwacht auf dem Glockenberg läßt es sich draußen aushalten. Walpurgis wird wieder zu einem großen Spektakel und einem prächtigen Fest.

Der Mai bringt Hoffnung auf neue Nutzung des Andreasheim-Geländes. 14 Jungen und Mädchen feiern Konfirmation. Aus dem Erlös des Mai-Hoffestes der Freiwilligen Feuerwehr kann ein Funkgerät beschafft werden. Im Kurhaus vereint der „Oberharzer Sängerabend“ fast 500 Aktive. Das Bergbaumuseum erhält aus Mitteln der Aktionsgemeinschaft der Gewerbetreibenden eine Grubenlok als Ausstellungstück. Zum zweiten Mal ist eine Gruppe der Stiftung „Bergwaldprojekt“ im Einsatz.

Der Juni beschert den Oberharzern ungewöhnliche Wolken von Fichtensporenpollenstaub. Im Panoramabad veranstaltet die TSC-Schwimmabteilung ein Schwimmfest mit „Pizzaschlacht“. Wilfried Haeseler übergibt dem Jugendrotkreuz ein neues Mannschaftszelt. Die Bergwiesen blühen termingerecht, beim Viehaustrieb ziehen Neigenfindts 45 Harzkühe zur Festwiese. Auf dem Schulhof wird um den Titel „Meister auf zwei Rädern“ geradelt. Endlich wird der „Schuttplatz Schützenhaus“ abgeräumt. Der Rückbau der Schützenstraße wird zur beschlossenen Sache, und auf der Kuppe wird die Wettertanne gefällt. Vom Wetter verwöhnt ist das Finkenmanöver, das Johannifest wird einmal mehr zu einer prächtigen Brauchtumsschau.

Der Juli beginnt mit der ersten Abenteuertour „Auf den Spuren der Harzer Eseltreiber“ zum Brocken. Für das 2. Rheinhessen-Weinfest hat sich die Bergstadt wieder fünf waschechte Winzer ausgeliehen. Am Panoramabad wird eine Bushaltestelle eingerichtet. Das Schützen- und Volksfest beginnt.

Anfang August scheidet nach 18 Jahren Ratsarbeit August Bock aus dem Rat aus, Uwe Sonntag nimmt seinen Sitz als Nachrücker ein. 30 Abschützen werden in der Glückauf-Schule empfangen. Das Projekt „Andreasheim“ nimmt Gestalt an, die Brandruine Schützenhaus ist beseitigt. Das Sommerfest geht buchstäblich über die Bühne. Im Kurhaus wird ein

gerichtet, und es wird deutlich, daß die Nationalparkabgrenzung die Interessen der Bergstadt berücksichtigt wird. Der Landkreis Hannover verkauft sein Schullandheim auf dem Neufang.

Im August wird das Stadtfest zum Besuchermagneten. Am Ende des Monats können auf dem Glockenberg die verwegenen Flugmanöver eines Drachenteams bewundert werden.

Im September hat der St. Andreasberger Musikh Herbst beim Auftritt des Mitteldeutschen Kammerorchesters seinen Auftakt und Höhepunkt. Auf dem Schwabenherd wird die „Königliche Grubenverwaltung“ eingerichtet, der Glockenturm erhält ein neues Outfit. Der bisherige Berliner Friedrich Beblo läutet vor dem Kurausschuß mit dem Vorlegen seiner



**Fortschritte macht die Stadtentwicklung. Der Rückbau der Schützenstraße beschäftigte die Bürger.**

Pläne eine Umgestaltung des Areals am Hilfe-Gottes-Teich ein. Mit Erfolg jodeln die jungen Jodelrinnen des Heimatbundes beim Wettstreit. Im Ortsteil Papierfabrik richtet ein Dachstuhlbrand rund 50 000 DM Sachschaden an. Im Hilfe-Gottes-Teich spritzt die neue Fontäne, der „Rinderstall“ wird unter neuer Leitung wiedereröffnet, und St. Andreasbergs Gäste begeben sich zum 4. Mal auf die Spuren des Rotwildes.

Im Oktober regen sich Anwohner Sorgen zum Projekt „Andreasheim“. Das Hoffest der Feuerwehr bringt die Wehr ihrem TLF8 ein Stück näher. Die Kampflichter des Deutschen Skilandes

stadt nach zunjährligen erhellender Tätigkeit. Erstmals tagt eine Arbeitsgruppe engagierter Bergstädter mit Vertretern des Büros für Tourismus- und Erholungsplanung über ein neues Fremdenverkehrskonzept. Die Arbeiten am Rathaus-Hintergebäude werden wiederaufgenommen. Die Dachdecker-Innung erwirbt das alte Brauhaus, und die Britische Rheinarmee verabschiedet sich aus dem Ortsteil Silberhütte. Die Freundschaft zwischen St. Andreasberg, Tanne und Stade wird auf dem Brocken bekräftigt. Die katholische St.-Andreas-Gemeinde feiert mit dem Jubiläum 25 Jahre Andreaskirche auch den Abschluß der Sanierungsarbeiten, und die evangelische Gemeinde verabschiedet Pastorin Beate Marwede in Richtung Pöhlde. Die Kegler können zum 15. Mal ihre Stadtmeister ehren. Seit dem 18. Oktober wird nach der 23jährigen Anke Ristenbieter aus Vechelde gesucht, bis heute ohne Erfolg.

Im November feiern die Oberharzer Heimatbündler ihr großes Vergnügen im Kurhaus. Unter dem Motto „Europa wächst zusammen“ gewinnt der „Königliche Hengelós Mannenkoo“ mit rund 100 Aktiven im Kurhaus die Herzen der St. Andreasberger im Sturm. Die Schützengesellschaft veranstaltet wieder das Vergleichsschießen der Vereine. Erster Winterzauber stellt sich ein. Das Land übernimmt die Trägerschaft für das geplante Skilanglaufzentrum Sonnenberg. Günter Beer wird neuer Vorsitzender im DRK-Ortsverein. Die Turmbläser halten eine alte Tradition aufrecht.

Im Dezember erhält die Feuerwehr endlich ihr neues TLF8 und löst eine Kettenreaktion aus. Das alte Tanklöschfahrzeug geht an die Betriebsfeuerwehr der Fa. Eckold, diese läßt ihr bisheriges TLF8 gen Tanne rollen. Die Bergwacht erhält ein neues Rettungsfahrzeug, und für viele weitere Besenkte sorgt der Weihnachtsmarkt. Reichlich beschenkt sehen sich die Besucher des Weihnachtskonzerts in der Martinikirche. Derweil wird unter Tage noch eifrig gebohrt, um Fellsicherungsmaßnahmen in der Grube Samson zu beenden. Nicht beendet aber wird die Eiszeit im Rat. Nach der letzten Ratssitzung des Jahres stellt die GZ die Frage, ob nun auch der Rest an Gemeinsamkeit zerstört worden sei.

Während der Weihnachtsfeiertage können sich die Wintersportbegeisterten immerhin am Sparsberg noch

„Wettertanne“.

glänzende Wintersportveranstaltung: Der Ski-Club veranstaltet für Norddeutschlands Schüler einen großartigen Landesentscheid um die Fahrkarten zum Bundesfinale „Jugend trainiert für Olympia“. Eugen Franz wird mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet: Der Kur- und Verkehrsverein beschließt einen stattlichen Zuschuß zur Wiederbelebung der Fontäne im Hilfe-Gottes-Teich. Und der TSC peilt in seiner Jahreshauptversammlung, gestützt auf eine beneidenswerte Erfolgsbilanz, die Traumgrenze von 500 Mitgliedern an.

Der Februar steht im Zeichen des St. Andreasberger Winterfestes. Es wird sogar mit „richtigem“ Schnee gefeiert, Winterfünfkampf, Schneegaudi und Rodelspaß begeistern die Gäste. In der Stadtbücherei findet eine kleine Bibelausstellung statt, und Gustav Schulze kann endlich den Vorsitz im Reichsbund-Ortsverband niederlegen, als die Jahreshauptversammlung Herbert Schlieff als seinen Nachfolger wählt. Im Kurhaus beherrschen die TSC-Narren das Ende des Monats.

Der März bringt zunächst eine Neuauflage des Bergdankfestes in der

termingerecht, beim Viehaustrieb ziehen Neigenfindts 45 Harzkühe zur Festwiese. Auf dem Schulhof wird um den Titel „Meister auf zwei Rädern“ geradelt. Endlich wird der „Schuttplatz Schützenhaus“ abgeräumt. Der Rückbau der Schützenstraße wird zur beschlossenen Sache, und auf der Kuppe wird die Wettertanne gefällt. Vom Wetter verwöhnt ist das Finkenmanöver, das Johannisfest wird einmal mehr zu einer prächtigen Brauchtumsschau.

Der Juli beginnt mit der ersten Abenteuer tour „Auf den Spuren der Harzer Eseltreiber“ zum Brocken. Für das 2. Rheinhessen-Weinfest hat sich die Bergstadt wieder fünf waschechte Winzer ausgeliehen. Am Panoramabad wird eine Bushaltestelle eingerichtet. Das Schützen- und Volksfest beginnt.

Anfang August scheidet nach 18 Jahren Ratsarbeit August Bock aus dem Rat aus, Uwe Sonntag nimmt seinen Sitz als Nachrücker ein. 30 Abschützen werden in der Glückauf-Schule empfangen. Das Projekt „Andreasheim“ nimmt Gestalt an, die Brandruine Schützenhaus ist beseitigt. Das Sommerfest geht buchstäblich „baden“. Im Kurhaus wird ein Nationalpark-Informationsstand ein-



**Fortschritte macht die Stadtentwicklung. Der Rückbau der Schützenstraße beschäftigte die Bürger.**

Pläne eine Umgestaltung des Areals am Hilfe-Gottes-Teich ein. Mit Erfolg jodeln die jungen Jodlerinnen des Heimatbundes beim Wettstreit. Im Ortsteil Papierfabrik richtet ein Dachstuhlbrand rund 50 000 DM Sachschaden an. Im Hilfe-Gottes-Teich spritzt die neue Fontäne, der „Rinderstall“ wird unter neuer Leitung wiedereröffnet, und St. Andreasbergs Gäste begeben sich zum 4. Mal auf die Spuren des Rotwildes.

Im Oktober regen sich Anwohner Sorgen zum Projekt „Andreasheim“. Das Hoffest der Feuerwehr bringt die Wehr ihrem TLF8 ein Stück näher. Die Kampfrichter des Deutschen Skiverbandes verabschieden Fritz Duder-

veranstaltet wieder das Vergleichsschießen der Vereine. Erster Winterzauber stellt sich ein. Das Land übernimmt die Trägerschaft für das geplante Skilanglaufzentrum Sonnenberg. Günter Beer wird neuer Vorsitzender im DRK-Ortsverein. Die Turmbläser halten eine alte Tradition aufrecht.

Im Dezember erhält die Feuerwehr endlich ihr neues TLF8 und löst eine Kettenreaktion aus. Das alte Tanklöschfahrzeug geht an die Betriebsfeuerwehr der Fa. Eckold, diese läßt ihr bisheriges TLF8 gen Tanne rollen. Die Bergwacht erhält ein neues Rettungsfahrzeug, und für viele weitere Beschenke sorgt der Weihnachtsmarkt. Reichlich beschenkt sehen sich die Besucher des Weihnachtskonzerts in der Martinikirche. Derweil wird unter Tage noch eifrig gebohrt, um Felssicherungsmaßnahmen in der Grube Samson zu beenden. Nicht beendet aber wird die Eiszeit im Rat. Nach der letzten Ratssitzung des Jahres stellt die GZ die Frage, ob nun auch der Rest an Gemeinsamkeit zerstört worden sei.

Während der Weihnachtsfeiertage können sich die Wintersportbegeisterten immerhin am Sonnenberg nach Kräften austoben. cer



**Bergwiesen und Naturschutz waren Ganzjahresthemen für St. Andreasberg.**



**Erlebnistour für Gäste: Auf den Spuren der Harzer Eseltreiber.**



Niedersächsisches  
Kultusministerium

Niedersächsisches Kultusministerium · Postfach 1 61 · 3000 Hannover 1

Herrn  
Beigeordneten  
Werner Grübmeier  
c/o CDU-Fraktion im  
Nieders. Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

3000 Hannover 1

Bearbeitet von

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
505-81 503/12 N

Durchwahl (05 11) 120-  
8543

Hannover  
13.01.93

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens berufe ich Sie nach § 2 der Verordnung über die Berufung und die Wahl der Mitglieder des Landesschulbeirates vom 21.12.1977 (Nds. GVBl. S. 663) zum Mitglied des Landesschulbeirates.

Ich freue mich auf Ihre Mitarbeit in diesem Gremium.

Ihr Stellvertreter ist

Herr Stadtamtsrat Erich Gießelmann,  
Schulamt der Landeshauptstadt Hannover,  
Röselerstr. 2,  
3000 Hannover 1.

Ich darf Sie bitten, sich im Verhinderungsfall mit Ihrem Stellvertreter in Verbindung zu setzen.

- 2 -

Die durch Ihre ehrenamtliche Tätigkeit entstehenden notwendigen Kosten werden erstattet (Sitzungsgeld und Reisekosten).

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

*Jürgens-Pieper*

Jürgens-Pieper



Geldnot erschwert ihre Arbeit: Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz, Stadtkämmerer Siegfried Küßner und der stellvertretende Bürgermeister Herbert Schlieff (von rechts).  
Fotos: Weiss



Begleiten die kommunalpolitischen Projekte im Rat nicht immer übereinstimmend, aber mit Einsatzbereitschaft und Ausdauer: Bürgermeister Hans Bahn (rechts) und Ratsherr Volker Thale.

Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa kam zum Antrittsbesuch nach St. Andreasberg

## „Ich werde Ihre Bemühungen unterstützen“

**ST. ANDREASBERG.** Mit Unverbindlichkeiten hielt sich Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa nicht lange auf. Bei seinem ersten offiziellen Besuch in St. Andreasberg („Es wird nicht mein letzter sein“) kam er am Mittwoch sehr schnell zur Sache. Seine bereits erstaunlich umfassenden Grundkenntnisse wollte er mit Detailinformationen auffüllen.

Gesprächspartner beim Arbeitsfrühstück im Café Kunze waren Bürgermeister Hans Bahn und Stellvertreter Herbert Schlieff, die Fraktionsvorsitzenden Werner Grübmeier (CDU) und Volker Thale (ABL) sowie Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz und Stadtkämmerer Siegfried Küßner.

Dem allgemeinen Überblick über den noch immer lebendigen Teil von Bergbaugeschichte und praktiziertem

Jahren die staatliche Finanzmisere immer wieder sichtbar geworden. Das betrifft sowohl die eigentliche Ausweisung des engen Sanierungsgebietes, wie Einzelvorhaben, für die sich



St. Andreasberg sogar die eigentlich aus eigener Tasche aufzubringenden Eigenmittel mehrfach aus Fachfördermitteln des Landes bezahlen lassen mußte. Dennoch läßt man den Kopf

nicht hängen. Hans-Joachim Grogorenz bat den Oberkreisdirektor um Verständnis und Unterstützung bei ungewöhnlichen Finanzierungswegen.

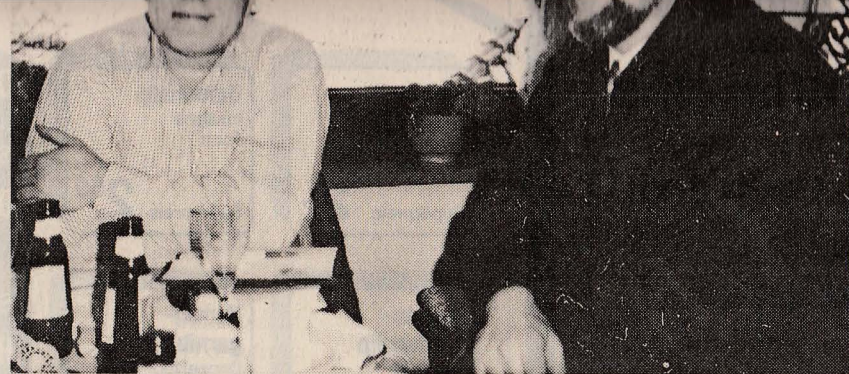
Des OKD-Wohlwollens scheint die Bergstadt sicher zu sein. Dr. Saipa: „Ich werde Ihre Bemühungen gern unterstützen, wenn es meinen Einflußbereich betrifft.“ Konkrete Projektzusagen hatte er jedoch nicht mitgebracht. Dafür lautete sein Rat zur Stadtansanierung unter dem Damoklesschwert einer Kürzung von Bundesmitteln: „Lieber um das bisherige Programm ringen, als auf eine baldige Ausweitung rechnen.“

Überzeugend fand der Oberkreisdirektor auch den Rückbau der Schützenstraße, die Umgestaltung des Ortseingangsbereiches an der Clausthaler Straße und die Ausführungen des Stadtdirektors zum künftigen Natio-

18.2.1993



Geldnot erschwert ihre Arbeit: Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz, Stadtkämmerer Siegfried Küßner und der stellvertretende Bürgermeister Herbert Schlieff (von rechts).  
Fotos: Weiss



Begleiten die kommunalpolitischen Projekte im Rat nicht immer übereinstimmend, aber mit Einsatzbereitschaft und Ausdauer: Bürgermeister Hans Bahn (rechts) und Ratsherr Volker Thale.

## Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa kam zum Antrittsbesuch nach St. Andreasberg

# „Ich werde Ihre Bemühungen unterstützen“

**ST. ANDREASBERG.** Mit Unverbindlichkeiten hielt sich Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa nicht lange auf. Bei seinem ersten offiziellen Besuch in St. Andreasberg („Es wird nicht mein letzter sein“) kam er am Mittwoch sehr schnell zur Sache. Seine bereits erstaunlich umfassenden Grundkenntnisse wollte er mit Detailinformationen auffüllen.

Gesprächspartner beim Arbeitsfrühstück im Café Kunze waren Bürgermeister Hans Bahn und Stellvertreter Herbert Schlieff, die Fraktionsvorsitzenden Werner Grübmeier (CDU) und Volker Thale (ABL) sowie Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz und Stadtkämmerer Siegfried Küßner.

Dem allgemeinen Überblick über den noch immer lebendigen Teil von Bergbaugeschichte und praktiziertem Brauchtum folgten umgehend die eigentlichen Sorgen der Stadtväter: Das ständige Ringen um finanzielle Beweglichkeit. Der Mangel macht sich an allen Ecken und Enden bemerkbar. Dazu der Stadtdirektor: „Ohne Geld geht es weder in der Wirtschaft, noch im Tourismus, dem Verkehr oder der Stadtsanierung voran.“

Gerade bei den verschiedenen Sanierungsvorhaben war in den letzten

Jahren die staatliche Finanzmisere immer wieder sichtbar geworden. Das betrifft sowohl die eigentliche Ausweisung des engen Sanierungsgebietes, wie Einzelvorhaben, für die sich

St. Andreasberg sogar die eigentlich aus eigener Tasche aufzubringenden Eigenmittel mehrfach aus Fachfördern des Landes bezahlen lassen mußte. Dennoch läßt man den Kopf

nicht hängen. Hans-Joachim Grogorenz bat den Oberkreisdirektor um Verständnis und Unterstützung bei ungewöhnlichen Finanzierungswegen.

Des OKD-Wohlwollens scheint die Bergstadt sicher zu sein. Dr. Saipa: „Ich werde Ihre Bemühungen gern unterstützen, wenn es meinen Einflußbereich betrifft.“ Konkrete Projektzusagen hatte er jedoch nicht mitgebracht. Dafür lautete sein Rat zur Stadtsanierung unter dem Damoklesschwert einer Kürzung von Bundesmitteln: „Lieber um das bisherige Programm ringen, als auf eine baldige Ausweitung rechnen.“

Überzeugend fand der Oberkreisdirektor auch den Rückbau der Schützenstraße, die Umgestaltung des Ortseingangsbereiches an der Clausthaler Straße und die Ausführungen des Stadtdirektors zum künftigen Nationalpark, der aus St. Andreasberger Sicht als Zukunftschance verstanden wird.

Als erfreulich und angenehm empfand Dr. Saipa die Überschaubarkeit der Bergstadt und viele Aktivitäten ihrer Bürgerschaft. Dazu Hans-Joachim Grogorenz: „Unsere Bürger und die regen Vereine sind Garanten für ein funktionierendes Gemeinschaftsleben.“  
P.W.



Blättern im Album der erfolgreichen Stadtsanierungsmaßnahmen: Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa (links) und der Vorsitzende der CDU-Gemeinschaftsfraktion, Werner Grübmeier.

18.2.1993

Die Highlights des Rot-Gold-Winterballes setzten die Gastgeber selbst

## Die Jugendformationen begeisterten

**ST. ANDREASBERG.** Auch mit seinem 14. Winterball in Folge landete der Tanzsportclub Rot-Gold St. Andreasberg einen Volltreffer. Einmal mehr wurde der kleine, aber überaus aktive Klub seinem Ruf gerecht, mit seinem Winterball ein tanzsportliches und gesellschaftliches Ereignis zu inszenieren, das auch über die Grenzen des Oberharzes hinaus Beachtung findet.

Es gelang trotz widriger Umstände: Die Vorbereitungen waren bis zuletzt arg vom Grippevirus gebeutelt, und einige Plätze im Saal dieser sonst stets ausverkauften Veranstaltung blieben aus Krankheitsgründen unbesetzt. Rot-Gold-Vorsitzender Friedrich Aderhold atmete auf, als er den Ball eröffnen konnte. Schließlich hatte in letzter Minute auch noch die Polizei-Tanzkapelle Hannover grippegeschwächt absagen müssen. Nur dem Einsatz Werner Grübmeiers war es zu verdanken, daß mit der Modern-Combo der Polizei Hannover so schnell ein hervorragender Ersatz gefunden werden konnte. Der Dank an ihn fiel dann auch besonders herzlich aus. Dank stattete der Vorsitzende aber auch seinen unermüdlichen Helfern im Klub ab.

Erfreut zeigte sich Friedrich Aderhold über die Anwesenheit des Bürgermeisters Hans Bahn, vieler Vereinsvorsitzender und der vielen Gäste



Höhepunkt des Abends war die um einen Paso-doble-Teil erweiterte Lateinformation der A-Jugend.

aus nah und fern. Der Klubvorsitzende stellte an diesen 14. Winterball hohe Erwartungen. Immerhin wollte er ihn auch als Generalprobe für das 20jährige Stiftungsfest Rot-Gold im nächsten Jahr verstanden wissen.

Dank und Anerkennung erntete der Vorsitzende und sein ganzer Klub schon im voraus von Bürgermeister Hans Bahn, der sich natürlich darüber freute, daß dieser Winterball erneut so viele Tanzsportbegeisterte aus allen Teilen Deutschlands nach St. Andreasberg gelockt habe. Er gratulierte dem Klub vor allem zu seiner großarti-

Rot-Gold selbst mit seinen Jugendformationen. Eine B-Formation konnte dabei mit ihrer Premiere, einer Langsamen-Walzer-Formation, auf Anhieb Begeisterungstürme erzeugen. Die Leistung war um so erstaunlicher, als die meisten der jungen Tänzer erst seit einem Jahr am Klubtraining teilnehmen.

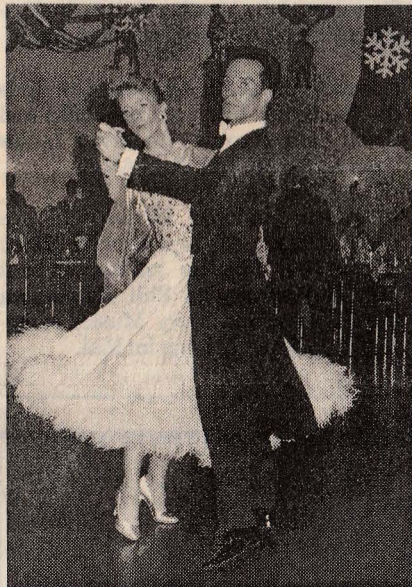
Den Höhepunkt des Abends aber bot die A-Jugend von Rot-Gold mit ihrer um einen großen Paso-doble-Teil erweiterten Lateinformation. Schwungvoll und exakt, vor allem aber mit sehr viel eigener Freude



dreasberg einen Volltreffer. Einmal mehr wurde der kleine, aber überaus aktive Klub seinem Ruf gerecht, mit seinem Winterball ein tanzsportliches und gesellschaftliches Ereignis zu inszenieren, das auch über die Grenzen des Oberharzes hinaus Beachtung findet.

Es gelang trotz widriger Umstände: Die Vorbereitungen waren bis zuletzt arg vom Grippevirus gebeutelt, und einige Plätze im Saal dieser sonst stets ausverkauften Veranstaltung blieben aus Krankheitsgründen unbesetzt. Rot-Gold-Vorsitzender Friedrich Aderhold atmete auf, als er den Ball eröffnen konnte. Schließlich hatte in letzter Minute auch noch die Polizei-Tanzkapelle Hannover grippegeschwächt absagen müssen. Nur dem Einsatz Werner Grübmeiers war es zu verdanken, daß mit der Modern-Combo der Polizei Hannover so schnell ein hervorragender Ersatz gefunden werden konnte. Der Dank an ihn fiel dann auch besonders herzlich aus. Dank stattete der Vorsitzende aber auch seinen unermüdlichen Helfern im Klub ab.

Erfreut zeigte sich Friedrich Aderhold über die Anwesenheit des Bürgermeisters Hans Bahn, vieler Vereinsvorsitzender und der vielen Gäste



Standardtänze auf hohem Niveau rundeten das Programm ab.



Höhepunkt des Abends war die um einen Paso-doble-Teil erweiterte Lateinformation der A-Jugend.

aus nah und fern. Der Klubvorsitzende stellte an diesen 14. Winterball hohe Erwartungen. Immerhin wollte er ihn auch als Generalprobe für das 20jährige Stiftungsfest Rot-Gold im nächsten Jahr verstanden wissen.

Dank und Anerkennung erntete der Vorsitzende und sein ganzer Klub schon im voraus von Bürgermeister Hans Bahn, der sich natürlich darüber freute, daß dieser Winterball erneut so viele Tanzsportbegeisterte aus allen Teilen Deutschlands nach St. Andreasberg gelockt habe. Er gratulierte dem Klub vor allem zu seiner großartigen Jugendarbeit mit Edith May.

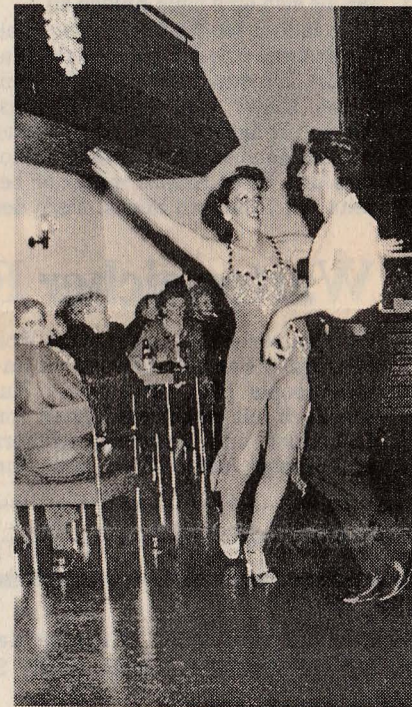
Von den Problemen während der Vorbereitungen war im Laufe dieses Abends überhaupt nichts mehr zu spüren – im Gegenteil. Die Ersatz-combo servierte Tanzmusik bester Schule und füllte das große Tanzparkett mit Leichtigkeit. Zwischendurch zeigten Paare aus Bremen Tanzsport, wie er in der A-Klasse gepflegt wird, Fräulein Brüggemann und H. Brose in der Standardsektion, Fr. Meyer und H. Albanesa lateinamerikanisch.

Die Highlights des Abends aber setzte der gastgebende Tanzsportclub

Rot-Gold selbst mit seinen Jugendformationen. Eine B-Formation konnte dabei mit ihrer Premiere, einer Langsamen-Walzer-Formation, auf Anhieb Begeisterungstürme erzeugen. Die Leistung war um so erstaunlicher, als die meisten der jungen Tänzer erst seit einem Jahr am Klubtraining teilnehmen.

Den Höhepunkt des Abends aber bot die A-Jugend von Rot-Gold mit ihrer um einen großen Paso-doble-Teil erweiterten Lateinformation. Schwungvoll und exakt, vor allem aber mit sehr viel eigener Freude, wurde sie vorgetragen. Da mußte der Funke überspringen und den Kursaal in einen Begeisterungstaukel versetzen. Einmal mehr erntete Edith May als Trainerin in verdientem Maße Lobeshymnen.

Wenn also dieser 14. Winterball des Tanzsportclubs Rot-Gold St. Andreasberg von seinem Vorsitzenden als sozusagen Generalprobe für das nahe Hauptereignis hochstilisiert worden war, dann darf man sich schon jetzt auf den Winterball 1994, als den 15. in Folge und Festball aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des rührigen Tanzsportclubs, freuen. cher



Temperament ist gefragt zu lateinamerikanischen Rhythmen.

Fotos: Siebeneicher

# Für das Waldhotel wachsen die Chancen

**ST. ANDREASBERG.** Als gut werden in der Bergstadt die Chancen für die Verwirklichung des Bauprojektes Waldhotel Andreasheim eingestuft. Nicht als Widerstand, sondern eher als einen Beitrag zur Bewältigung noch möglicher Konflikte sah Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz im Bauausschuß die Stellungnahme des Landkreises an. Sie ist nach seiner Auffassung „ganz bewußt provokatorisch“ angelegt.

Ausschließlich die Beschlußvorlage zur Stellungnahme des Landkreises zu den Entwürfen der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 4 „Andreasheim“ lagen dem Bau- und Umweltausschuß zur Vorberatung vor. Der Stadtdirektor konnte es Bürgermeister Hans Bahn und Gabriela Koblitz kaum begreiflich machen, daß nicht nur die Bedenken und Anregungen der Anlieger, sondern auch die Verkehrerschließung und damit zusammenhängend die Lärmbelastung noch ausgeklammert blieben. Mit der Verantwortung gegenüber dem Bauträger begründete Grogorenz einen Zeitdruck in der Frage der Standortsicherheit. Außerdem könne sich die Bergstadt eine teure Verkehrerschließungsplanung ersparen, wenn das Projekt an den Bedenken von Trägern öffentlicher Belange scheitern sollte. Hinweise auf das weitere Verfahren enthielt der Beschlußantrag. Die beiden Ausschußmitglieder enthielten sich trotzdem in diesem Punkt der Stimme.

Dipl.-Ing. Martina Behnke erläuterte die von der NILEG formulierten Beschlußvorlagen, in denen versucht wird, die Bedenken des Landkreises auszuräumen. Neben Erschließungsproblemen und Verkehrslärm im Zusammenhang mit einer Hotelanlage, die 170 Betten, 200 Restaurantplätze und ebensoviele Plätze in Tagungsräumen aufweisen soll, befürchtet der Kreis auch negative Auswirkungen durch Ghetto-Situation der Gäste in einem „Siedlungssplitter“. Das wird im Beschlußentwurf ebenso zurückgewiesen wie die Forderung des Land-

kreises, Alternativstandorte auszuweisen. Die Bergstadt sieht dies auch in Gesprächen mit dem Landkreis als bereits geklärt an. Aufgreifen aber will sie die Anregung zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes Siedlungsentwicklung, in das die Pilotstudie „Sanfter Tourismus“ einbezogen werden soll.

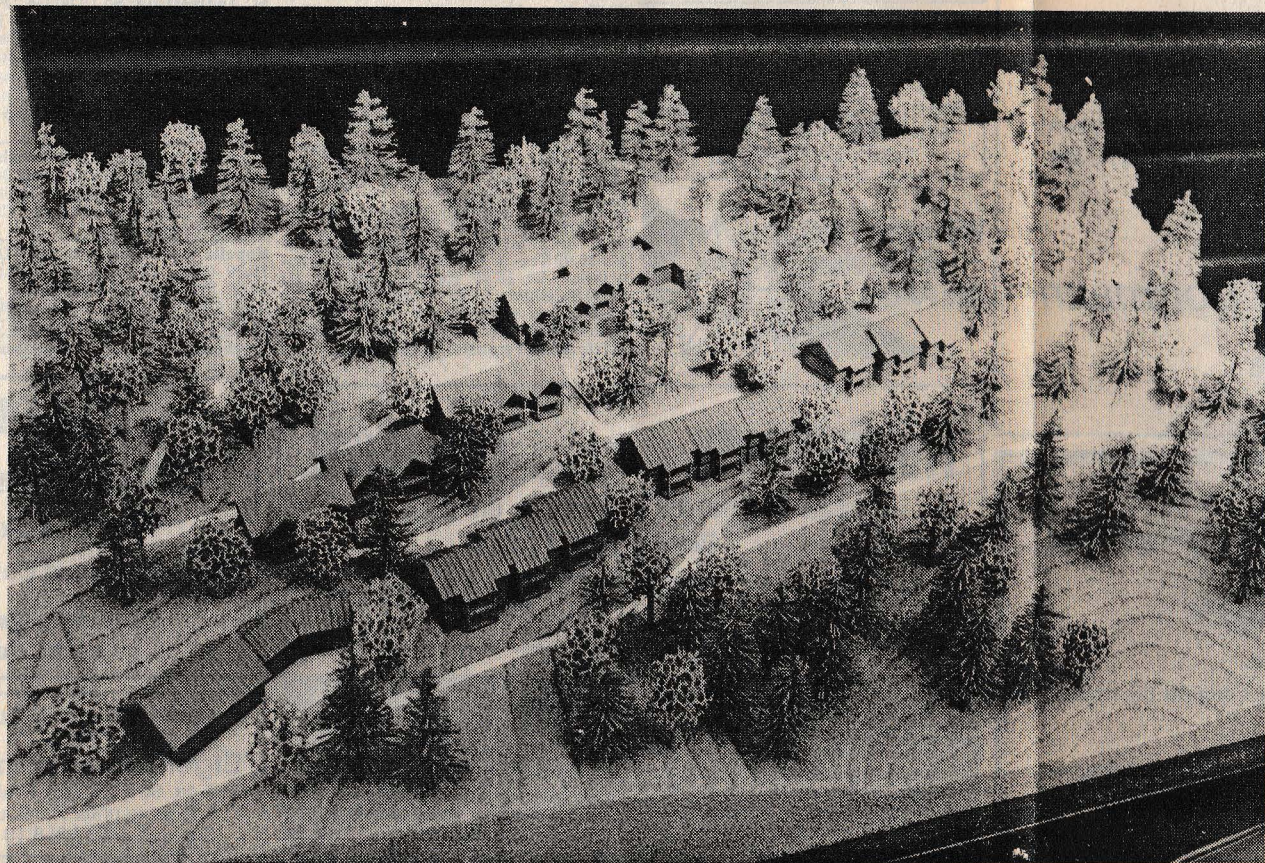
Als eine Wiederbebauung des Geländes betrachtet die Bergstadt das Projekt. Was geplant wird, soll sich auf die ehemals von der Lungenheilanstalt bebauten Flächen beschränken. „Wir wollten es so haben“, bekräftigte Ausschußvorsitzender Werner Grübmeier, als Bürgermeister Bahn ein mögliches Entgegenkommen des Landkreises in dem Hinweis ver-

mutete, anstelle der Einzelflächen eine Gesamtfläche als „Gebiet für die Fremdenbeherbergung“ auszuweisen.

Dies steht bereits im Zusammenhang mit der Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf, der in einem Punkt geändert werden soll. Die Bergstadt stimmt mit dem Landkreis überein, daß die Traufhöhe der Gebäude festgelegt wird. Bis vor kurzem sei von Zweigeschossigkeit ausgegangen worden, bestätigte der Stadtdirektor, nun soll die maximale Dachunterkante auf 5m Höhe beschränkt werden. Ob dies eine Planungsänderung zur Folge hat, ging aus der Diskussion im Ausschuß nicht hervor.

Der Bauausschuß geht davon aus, daß Übereinstimmung mit dem Land-

kreis auch in den Punkten erzielt werden kann, in denen Bedenken zurückgewiesen werden. Überwiegend geht es dabei um Fragen, die schon in Gesprächen vorgeklärt wurden. So auch in bezug auf die Entlassung des Geländes aus dem Landschaftsschutz, für die ein anderes Verfahren erforderlich ist. Der Umweltausschuß des Landkreises wolle allerdings noch eine Begutachtung vor Ort vornehmen, teilte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz mit. Zuversicht strahlte er auch zur Frage aus, ob das ganze Projekt aus Finanzierungsgründen ein Luftschloß bleiben könnte: „Es gibt einen Bauträger“, versicherte er – auch wenn dieser der Bergstadt noch nicht bekannt sei.



Waldhotel Andreasheim im Modell. Die Erschließung soll von rechts über den Andreasweg erfolgen.

Foto: Tempes



Die Sparkassenmedaille in Silber bekam Werner Grübmeier (2. v. rechts) vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Clausthal-Zellerfeld, OKD Dr. Axel Saipa (2. v. links), verliehen. Es gratulierten vom Vorstand Vorsitzender Rolf Degener (links) und Herbert Spillner (rechts).

Foto: Meier-Cortés

## Sparkassenmedaille in Silber für Werner Grübmeier

# Der Geehrte war der Überraschte

**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** Die Überraschung war perfekt, so perfekt, daß der Geehrte nahezu perplex war. Werner Grübmeier bekam am Montag im Rahmen der letzten Verwaltungsratssitzung der Kreissparkasse Clausthal-Zellerfeld vom Verwaltungsratsvorsitzenden Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa die Niedersächsische Sparkassenmedaille in Silber verliehen.

Und da Vorstand, der Werner Grübmeier für die Ehrung vorgeschlagen hatte, ebenso „dicht“ gehalten hatte wie der Oberkreisdirektor, war die Freude des überraschten Werner Grübmeier noch „ungefiltert“ und ganz spontan.

Mit dieser Medaille sollten die Verdienste Grübmeiers um das Sparkassenwesen in Niedersachsen, speziell

aber um die Arbeit in der Kreissparkasse, anerkannt und gewürdigt werden, sagte Dr. Saipa in seiner Laudatio. Die Auszeichnung sei der Dank für die Arbeit Grübmeiers, die er über viele Jahre hinweg geleistet habe und sicherlich noch leisten werde. Bereits 1964 wählte der damalige Kreistag des Landkreises Zellerfeld Werner Grübmeier in den Verwaltungsrat. Seit Januar 1965 war er mit Unterbrechungen bis 1977 stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied. Ab April 1978 nimmt Grübmeier als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrates diese Aufgabe bis heute wahr. Er wirkt seit 1982 als Vertreter von Heribert Meier an verantwortlicher Stelle im Kredit- und Bauausschuß mit.

„Durch Ihre engagierte Mitarbeit in diesem wichtigen Organ der Kreissparkasse haben Sie die Geschicke un-

seres Hauses an entscheidender Stelle mitgeprägt. Wir denken in diesem Zusammenhang auch gern an Ihre Diskussionsbeiträge, wobei Sie sich nie gescheut haben, auf sachlicher Basis konträre Meinungen zu äußern und zu vertreten. Sie haben in diesen Diskussionsbeiträgen Ihre vielschichtigen und langjährigen Kenntnisse als Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneter, Ihre Erfahrungen und – last, but not least – immer wieder von Ihnen erwähnt – Ihre Liebe zum Oberharz eingebracht, so daß – und das wissen wir alle – diese Beiträge zum Wohle dieser Sparkasse und Ihrer Mitarbeiter, vor allem aber der Oberharzer Bevölkerung, der hier ansässigen Wirtschaftsbetriebe, der Technischen Universität und der Kommunen von Ihnen geleistet wurden“, sagte Dr. Saipa.

HaBe



Die Sparkassenmedaille in Silber bekam Werner Grübmeier (2. v. rechts) vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Clausthal-Zellerfeld, OKD Dr. Axel Saipa (2. v. links), verliehen. Es gratulierten vom Vorstand Vorsitzender Rolf Degener (links) und Herbert Spillner (rechts).  
Foto: Meier-Cortés

## Sparkassenmedaille in Silber für Werner Grübmeier

# Der Geehrte war der Überraschte

**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** Die Überraschung war perfekt, so perfekt, daß der Geehrte nahezu perplex war. Werner Grübmeier bekam am Montag im Rahmen der letzten Verwaltungsratssitzung der Kreissparkasse Clausthal-Zellerfeld vom Verwaltungsratsvorsitzenden Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa die Niedersächsische Sparkassenmedaille in Silber verliehen.

Und da Vorstand, der Werner Grübmeier für die Ehrung vorgeschlagen hatte, ebenso „dicht“ gehalten hatte wie der Oberkreisdirektor, war die Freude des überraschten Werner Grübmeier noch „ungefiltert“ und ganz spontan.

Mit dieser Medaille sollten die Verdienste Grübmeiers um das Sparkassenwesen in Niedersachsen, speziell

aber um die Arbeit in der Kreissparkasse, anerkannt und gewürdigt werden, sagte Dr. Saipa in seiner Laudatio. Die Auszeichnung sei der Dank für die Arbeit Grübmeiers, die er über viele Jahre hinweg geleistet habe und sicherlich noch leisten werde. Bereits 1964 wählte der damalige Kreistag des Landkreises Zellerfeld Werner Grübmeier in den Verwaltungsrat. Seit Januar 1965 war er mit Unterbrechungen bis 1977 stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied. Ab April 1978 nimmt Grübmeier als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrates diese Aufgabe bis heute wahr. Er wirkt seit 1982 als Vertreter von Heribert Meier an verantwortlicher Stelle im Kredit- und Bauausschuß mit.

„Durch Ihre engagierte Mitarbeit in diesem wichtigen Organ der Kreissparkasse haben Sie die Geschicke un-

seres Hauses an entscheidender Stelle mitgeprägt. Wir denken in diesem Zusammenhang auch gern an Ihre Diskussionsbeiträge, wobei Sie sich nie gescheut haben, auf sachlicher Basis konträre Meinungen zu äußern und zu vertreten. Sie haben in diesen Diskussionsbeiträgen Ihre vielschichtigen und langjährigen Kenntnisse als Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneter, Ihre Erfahrungen und – last, but not least – immer wieder von Ihnen erwähnt – Ihre Liebe zum Oberharz eingebracht, so daß – und das wissen wir alle – diese Beiträge zum Wohle dieser Sparkasse und Ihrer Mitarbeiter, vor allem aber der Oberharzer Bevölkerung, der hier ansässigen Wirtschaftsbetriebe, der Technischen Universität und der Kommunen von Ihnen geleistet wurden“, sagte Dr. Saipa.  
HaBe

Gabriela Koblitz: „Einem Parteiausschlußverfahren zuvorgekommen“

## ABL wurde zweitstärkste Fraktion im Rat

**ST. ANDREASBERG.** Die bisherige CDU-Ratscherrin Gabriela Koblitz, die in der letzten Ratssitzung ihr Ausscheiden aus der CDU-Gemeinschaftsfraktion bekanntgab, hat sich der „Andreasberger Bürgerliste“ ABL angeschlossen. Sie bestätigte gestern der GZ, daß sie inzwischen auch aus der CDU ausgetreten ist.

Im Rat der Bergstadt haben sich damit zum zweiten Mal seit der Kommunalwahl am 6. Oktober die Mehrheitsverhältnisse geändert. Durch den Schritt von Gabriela Koblitz hat die CDU-Gemeinschaftsfraktion mit nunmehr fünf Sitzen die absolute Mehrheit im Rat wieder verloren, während die ABL mit drei Sitzen zur zweitstärksten Fraktion wurde. SPD und FDP verfügen als Zählgemeinschaft weiterhin über je zwei Sitze.

Zur absoluten Mehrheit war die CDU-Gemeinschaftsfraktion erst nach der Kommunalwahl durch den Übertritt des auf der Liste der SPD gewählten Herbert Schlieff gekommen. „Ich sehe dem Wählerwillen durch den mutigen Schritt von Gabriela Koblitz zumindest Rechnung getragen“, meint in einem Gespräch mit der GZ ABL-Ratscherr Volker Thale. Zu den Folgen der neuen Mehrheitsverhältnisse gibt es für ihn keine Frage: „Fest steht, daß die Ausschüsse neu besetzt werden müssen“, erklärt Thale, der Antrag auf Umbesetzung werde in der nächsten Ratssitzung gestellt werden.

Nach Auskunft aus der Stadtverwaltung kann die Umbesetzung bereits in der nächsten Ratssitzung erfolgen, die für den 8. Juni auf dem Terminkalender steht. Einen Präzedenzfall aus dem Rat der Bergstadt

gibt es dazu vom Jahr 1984, als sich die Mehrheitsverhältnisse ebenfalls im Verlauf der Wahlperiode änderten. Damals hatte Volker Thale, gewählt auf der Liste „Bürger für St. Andreasberg“, seinen Eintritt in die CDU-Ratsfraktion erklärt. Aus den Akten der Stadtverwaltung geht hervor, daß noch in derselben Sitzung, in der von CDU und FDP die entsprechenden Anträge gestellt wurden, die Umbesetzung der Ausschüsse erfolgte.

Über das Ergebnis der demnach am 8. Juni anstehenden Umbesetzung der Fachausschüsse könnte allenfalls spekuliert werden. Sie erfolgt nach dem „Zugriff-Verfahren“, in dem es auch zu einem Los-Entscheid über die weitere Reihenfolge kommen kann, wenn sich die Fraktionen nicht im voraus einigen. Vorausgesetzt werden kann aber nach den neuen Mehrheitsver-

hältnissen, daß die CDU-Gemeinschaftsfraktion einen Sitz im Verwaltungsausschuß an die ABL abtreten muß.

Zu den personellen Folgen im VA erhielt die GZ gestern aus den Fraktionen keine Auskunft. Die ABL werde die Nominierung für den Verwaltungsausschuß in der Ratssitzung bekanntgeben, erklärte Gabriela Koblitz, und für die CDU-Gemeinschaftsfraktion stellte Werner Grübmer fest: „Wir sind uns einig, haben aber die Entscheidung noch nicht abschließend behandelt.“

Ihre Entscheidung, aus der CDU auszutreten, begründete Gabriela Koblitz: „Wenn mir parteischädigendes Verhalten vorgeworfen wird, hätte das ein Parteiausschlußverfahren zur Folge – dem bin ich zuvorgekommen.“

te-

### KOMMENTAR

#### Wählerwille

Von Kurt Tempes

Die an Herbert Schlieff gerichtete Kritik von Ratscherr Horst Hörseljou, mit seinem Übertritt von der SPD- zur CDU-Gemeinschaftsfraktion den Wählerwillen verfälscht zu haben, ist unvergessen. Nun bleibt abzuwarten, ob er ähnliche Worte auch gegenüber Gabriela Koblitz finden wird. Das aber ist nur die eine Seite der neuen Situation im

CDU-Gemeinschaftsfraktion mit nunmehr fünf Sitzen die absolute Mehrheit im Rat wieder verloren, während die ABL mit drei Sitzen zur zweitstärksten Fraktion wurde. SPD und FDP verfügen als Zählgemeinschaft weiterhin über je zwei Sitze.

Ratssitzung gestellt werden. Nach Auskunft aus der Stadtverwaltung kann die Umbesetzung bereits in der nächsten Ratssitzung erfolgen, die für den 8. Juni auf dem Terminkalender steht. Einen Präzedenzfall aus dem Rat der Bergstadt

kultiert werden. Sie erfolgt nach dem „Zugriff-Verfahren“, in dem es auch zu einem Los-Entscheid über die weitere Reihenfolge kommen kann, wenn sich die Fraktionen nicht im voraus einigen. Vorausgesetzt werden kann aber nach den neuen Mehrheitsver-

Ihre Entscheidung auszutreten, begrüßt: „Wenn mir Verhalten vorgeworfen wird, ein Parteausschluß – dem bin ich nicht einverstanden.“

## KOMMENTAR

# Wählerwille

Von Kurt Tempes

Die an Herbert Schlieff gerichtete Kritik von Ratsherrn Horst Hörseljau, mit seinem Übertritt von der SPD- zur CDU-Gemeinschaftsfraktion den Wählerwillen verfälscht zu haben, ist unvergessen. Nun bleibt abzuwarten, ob er ähnliche Worte auch gegenüber Gabriela Koblitz finden wird. Das aber ist nur die eine Seite der neuen Situation im Rat. Wichtiger ist wohl, was der Bürger am 6. Oktober 1991 wirklich wollte und was er heute denkt.

Stimmenzahlen und Listenplätze von der letzten Kommunalwahl heranzuziehen, ist zunächst interessant, aber letztlich unergiebig. Mag sich daraus ableiten lassen oder nicht, ob Herbert Schlieff seinen Ratssitz einem hohen persönlichen Stimmenanteil verdankt, während Gabriela Koblitz ein Listenplatz an zweiter Stelle zugute gekommen sein kann – fest steht jedenfalls, daß beide Ratsmitglieder Entscheidungen getroffen haben, die der Wähler nicht voraussehen konnte.

Der Wähler aber hat im Oktober 1991 vor allem eines gewollt: Daß ein engagierter Rat gute Arbeit für die Bergstadt leistet. Mit Sicherheit nicht in seinem Sinne war es, daß sich einzelne Ratsmitglieder nun nachgerade feindselig gegenüberstehen und keine Gelegenheit auslassen, dem als Kontrahenten empfundenen Ratskollegen auf einem nicht zur Sache gehörenden Nebenkriegsschauplatz „eins auszuwischen“. Frustration im Rat ist keine gute Voraussetzung für sachliche Arbeit, eine Vermischung von Argumentation und persönlicher Abneigung erst recht nicht. Und besser wird diese Situation nicht, wenn Zwietracht zwar inzwischen kaum noch im Verlauf von Ratssitzungen deutlich wird, aber im Privatleben fest verankert ist.

Einige Ratsmitglieder sollten darüber einmal nachdenken. Wer damit gemeint ist? Nun, grundsätzlich nicht derjenige, von dem es behauptet wird, sondern der es selbst zu erkennen gibt.

# Herbert Schlif hat „Probezeit bestanden“

**ST. ANDREASBERG.** Als ein bewegtes Jahr bezeichnete der Vorsitzende des Ortsvereines St. Andreasberg des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Herbert Schlif, das Berichtsjahr 1992. Er setzte damit zugleich ein Ausrufungszeichen hinter sein erstes Jahr als Ortsvereinsvorsitzender.

Daß er in diesem Jahr auch so etwas wie sein Probejahr erfolgreich abhaken konnte, wurde ihm von Bürgermeister Hans Bahn und vom Reichsbund-Kreisvorsitzenden Werner Grübmeier bescheinigt. Eindrucksvoll bestätigt wurde es letztlich auch durch ein einhelliges Votum der diesjährigen Jahreshauptversammlung am vergangenen Donnerstag im „Hotel Glockenberg“.

Unter den Gästen der gut besuchten Jahreshauptversammlung konnte Herbert Schlif auch Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz und den Kreisgeschäftsführer Jürgens begrüßen. Der Ortsvereinsvorsitzende stellte fest, daß man mit derzeit 205 Mitgliedern die angestrebte Vereinsstärke gerade noch gehalten habe. Er appellierte an alle Mitglieder, sich verstärkt um die Mitgliederwerbung zu bemühen. Daß es sich lohne, Mitglied im Reichsbund zu sein, machte Herbert Schlif an einer stolzen Reihe von Aktivitäten fest, die immerhin acht gelungene Reiseunternehmen, Weihnachtsfeier, regelmäßige Kaffeetafeln, die verschiedensten Arbeitssitzungen im Ort, aber auch im Kreisgebiet, Beratungen und Hilfen beinhalteten.

Schatzmeister Hans Schrader fügte der Erfolgsbilanz des Vorsitzenden auch gutes Zahlenmaterial an. Bürgermeister Hans Bahn zollte dem gesamten Vorstand seinen Beifall und



Dienstag, 23. März 1993

Auch Roswitha Werger, im Bild mit Werner Grübmeier, Herbert Schlif und Karl-Heinz Langjährige Mitgliedschaft im Reichsbund geehrt.

freute sich darüber, das St. Andreasberger „Reichsbundschiff“ in solch gutem Fahrwasser zu wissen.

Mit Lob und Anerkennung für die Arbeit in seinem Heimat-Ortsverein sparte auch der Kreisvorsitzende Werner Grübmeier nicht. Er stattete dafür allen Beteiligten den Dank des Kreisverbandes ab. Als besonders wertvoll für die Arbeit auf Ortsebene wertete Grübmeier die große Kontinuität in der Vorstandsarbeit hier und die überaus aktive und weit über die Grenzen St. Andreasbergs bekannte Frauenarbeit. Daß es um den Ortsverein St. Andreasberg gut bestellt sein müsse,

wollte der Kreisvorsitzende auch an der Anwesenheit der Repräsentanten dieser Bergstadt bei dieser Jahreshauptversammlung erkennen. Als besonderes Geschenk für die ganze Reichsbundfamilie kündete Werner Grübmeier für den 2. Juli dieses Jahres wieder ein Konzert des Polizeiorchesters Niedersachsen im Kurhaus von St. Andreasberg an.

Gemeinsam mit seinem stellvertretenden Vorsitzenden Karl-Heinz Baumgarten und dem Kreisvorsitzenden Grübmeier zeichnete Herbert Schlif Roswitha Werger und Jürgen Wilcken für 10jährige Mitgliedschaft

aus. Die Anni Han verhinde geholt w 25jährige Kuffel u

Über N hilfe des referiert gens. Er ses Rech zu nehm Referate gen an c und Kran der Rente



Das Polizeimusikkorps Niedersachsen mit Ulrich Brettschneider.

## Polizeimusikkorps im Kurhaus

**ST. ANDREASBERG.** Am Freitag, 2. Juli, um 20 Uhr gastiert das Polizeimusikkorps Niedersachsen unter Leitung von Polizeihauptkommissar Ulrich Brettschneider im Kurhaus St. Andreasberg.

Ein bunter Melodienstrauß wird den Reichsbundmitgliedern des Kreisverbandes Oberharz sowie den Einwohnern und Gästen der Bergstadt überreicht. Als Gesangssolist wird Rudolf Nabert mit einigen Liedern aus Oper, Operette und Musical zu hören sein.

Die Karten für dieses Gastspiel des über die Grenzen Niedersachsens hinaus bekannten Orchesters sind in der Kurverwaltung und an der Abendkasse erhältlich.

„Allboden“ will Mitte 1994 mit Bau des Waldhotels Andreasheim beginnen

## „Für den Harz vorzügliche Arbeit geleistet“

**ST. ANDREASBERG.** Wo zwischen Bäumen noch heute Mauerreste der ehemaligen Lungenheilstätte Andreasheim zu finden sind, kann 1995 der Gebäudekomplex „Waldhotel Andreasheim“ seiner Bestimmung übergeben werden. Allboden-Vorstandsmitglied Götz Dirnagel ließ bei einem Gespräch im Rathaus keinen Zweifel an einem Baubeginn Mitte nächsten Jahres, wenn der Bebauungsplan termingerecht rechtswirksam wird.

So temperamentvoll, wie sich die „Allboden“ in einem Image-Prospekt präsentiert, erwies sich Götz Dirnagel bei dem Abstimmungsgespräch mit Bauausschußvorsitzendem Werner Grübmeier und Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in seinem Engagement für den Hotelstandort St. Andreasberg. „Wenn man hier ein vernünftiges Konzept realisiert, bin ich überzeugt, daß der Betreiber absolut keine Schwierigkeiten hat – das Hotel wird ausgebucht sein“, prophezeite der Verhandlungsführer der Aktiengesellschaft, die ihren Sitz in Hannover hat. Ein seriöser Betreiber der Anlage sei bereits ins Auge gefaßt.

Die „Allboden“ ist „Allgemeine Grundstücks-Aktiengesellschaft“, aber Aktien sind nicht auf dem Markt: Von den 18 Mio. DM Aktienkapital sind – nach Auskunft des Vorstandsmitgliedes – 98 Prozent in Händen der TETRA GmbH, einem Konzernbereich der Beteiligungsgesellschaft BGAG, Sitz Frankfurt, an der wiederum der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften beteiligt ist. Die Allboden, so Dirnagel, sei ursprünglich eine reine Grundstücks-Entwicklungsgesellschaft gewesen, die nur unbebaute

Grundstücke aus dem Bestand der in Konkurs gegangenen Gewerkschaftsunternehmens „Neuen Heimat“ zur Baureife gebracht und verkauft habe. Seit einer Satzungsänderung im April 1992 dürfe sie als Bauträger auf dem Markt auftreten.

Und so ist sie nach Darstellung des Vorstandsmitgliedes auf dem Markt:

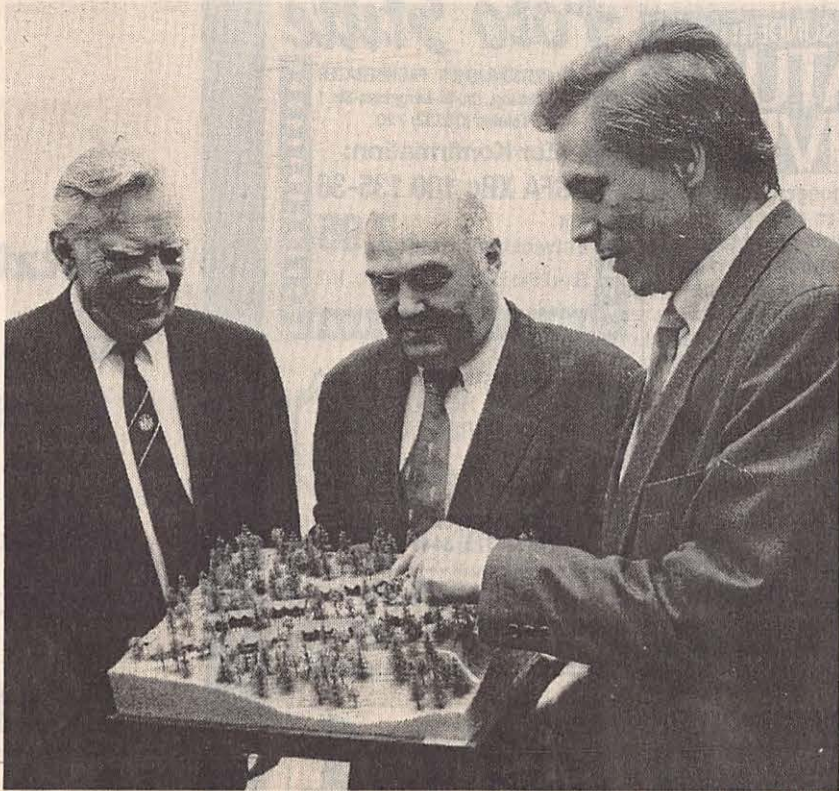
Eine Plattenbau-Sanierung mit insgesamt 80 Wohnungen wurde in Halle-Neustadt soeben abgeschlossen, in Wilhelmshaven ist mit dem Bau von 138 Ferienwohnungen und Dauerwohnsitzen in einer Anlage begonnen worden, zu der auch ein Sportboothafen angelegt werden soll, im Juni ist der 1. Spatenstich für ein Bürohaus

mit 6700 Quadratmeter Geschoßfläche in Hannover vorgesehen, und in Laatzen soll noch in diesem Jahr mit dem Bau von 80 Wohnungen begonnen werden. Mitten im Image-Prospekt findet sich St. Andreasberg, so dargestellt, wie Götz Dirnagel den ganzen Harz liebt: „Wenn man Berge, Wald und Wasser mag, ist das die schönste Gegend, die man sich denken kann.“

Begeistert ist er auch vom Engagement, mit dem in der Bergstadt das Projekt unterstützt wird. Werner Grübmeier und Hans-Joachim Grogorenz „haben nicht nur für St. Andreasberg, sondern für den ganzen Harz vorzügliche Arbeit geleistet“, betont Götz Dirnagel. Er betrachtet das Projekt als Impuls für den ganzen Raum. „Nach unserer Terminplanung wären wir eigentlich schon fertig“, bekennt Dirnagel allerdings seine ursprüngliche Unkenntnis von den Schwierigkeiten, einen Bebauungsplan für eine Wiederbebauung im Landschaftsschutzgebiet mit der Naturschutzbehörde abzustimmen.

Als eine Voraussetzung dafür sieht er freilich auch die Planung an. 180 Hotelbetten werden sich auf mehrere eingeschossige Häuser verteilen. Einem Zufall verdankt Götz Dirnagel die Zusammenarbeit mit dem Braunlager Architekten Konrad Richter. „Er versteht es, sich mit der Landschaft zu identifizieren“, weiß er jetzt, „was wir bauen, ist der Umgebung angepaßt.“

Keinen Zweifel läßt der Allboden-Vertreter daran, daß es sich nicht nur in dieser Beziehung um ein anspruchsvolles Projekt handelt. „Eine dicke Eins“ wird nach seiner Schätzung an erster Stelle der Rechnung für eine Übernachtung stehen.



Mit dem Modell des „Waldhotels Andreasheim“ von links Bauausschußvorsitzender Werner Grübmeier, Allboden-Vorstandsmitglied Götz Dirnagel und Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz.  
Foto: Tempes

Haus- und Grundbesitzerverein kann monatliche Beratung fortsetzen

## Die große Wachablösung fand nicht statt

**ST. ANDREASBERG.** Der Haus- und Grundbesitzerverein St. Andreasberg setzt seine Arbeit mit dem bisherigen Vorstand fort. Eigentlich hatten die Vorstandsmitglieder mit Herbert Schlif an der Spitze an die große Wachablösung gedacht. Aber die Jahreshauptversammlung baute auf die bewährten Kräfte und bestätigte den Vorstand für weitere zwei Jahre.

Mit dem Besuch der Jahreshauptversammlung am vergangenen Mittwoch konnte der amtierende Vorsitzende nicht zufrieden sein. Umsomehr freute sich Herbert Schlif darüber, den stellvertretenden Landrat Werner Grübmeier als wichtigen Repräsentanten der Kommunalpolitik begrüßen zu können. Wichtige Gäste waren darüber hinaus als kompetente Mitstreiter für die Interessen von Haus- und Grundbesitz der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins Goslar und Umgebung, Rechtsanwalt Hans-H. Körner, und dessen Geschäftsführer Jörg-Utz Hapke.

In seinem Rechenschaftsbericht bezeichnete es Herbert Schlif als eine geradezu glückliche Fügung, die Zusammenarbeit mit dem Goslarer Verein erreicht zu haben. Dadurch habe man die monatliche Beratung der Mitglieder in St. Andreasberg aufrecht erhalten können, betonte er. Die Mitgliederzahl im Haus- und Grundbesitzerverein St. Andreasberg bezifferte der Vorsitzende auf 151 zu Beginn dieses Jahres.

Angesichts dieses Mitgliederstandes und der wichtigen Aufgabe, Mitglieder ständig und aktuell über gesetzliche Neuregelungen und andere Fragen informieren zu können, bezeichnete es Herbert Schlif als nicht möglich, mit

dem derzeitigen Beitragssatz auch in Zukunft auszukommen. Er schlug der Versammlung eine Beitragsanhebung um eine DM vor. Nach lebhafter Diskussion wurde der Vorschlag des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Werner Grübmeier nahm gemeinsam mit Rechtsanwalt Hans-H. Körner die Ehrung langjähriger Mitarbeiter im Vorstand vor. Für zwölf Jahre Mitwirkung im Vorstand wurden Hildegard Schlif, Hans-Jürgen Müller und Dr. Helmut Tiefenau ausgezeichnet, für 15 Jahre Paul Metzger, Karl-Heinz Brockschmidt und Walter Werner. Und für mehr als 20jährige Vorstandsarbeit, davon 15 Jahre als Vorsitzender, wurde Herbert Schlif geehrt.

Die Entlastung des Vorstandes war eine Formsache. Herbert Schlif machte deutlich, daß er sich nach 15 Jahren gern von der Aufgabe des Vorsitzenden zurückziehen würde, aber die Jahreshauptversammlung gab dafür kein grünes Licht. Einstimmig wurde Herbert Schlif wiedergewählt.

In ihren Ämtern bestätigt wurden auch Dr. Helmut Tiefenau als stellvertretender Vorsitzender, Hildegard Schlif als Kassenwartin, Karl-Heinz Brockschmidt als Schriftführer sowie Hans-Jürgen Müller und Paul Metzger als Beisitzer. Als 3. Beisitzer wurde Friedrich Aderholds neu gewählt.

Grüßworte an die Versammlung übermittelte Landratsstellvertreter Werner Grübmeier, der den Schutz des Eigentums als wichtige Aufgabe

des Vereins besonders hervorhob. Gerade unter dem Eindruck von rechtlichen Änderungen sei solches ehrenamtliches Handeln nicht hoch genug einzuschätzen, betonte Grübmeier, denn es helfe letztlich auch den Bestand der Gemeinde zu sichern.

In einem weiteren Grußwort stellte der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins Goslar, Hans-H. Körner, besonders die guten Kontakte zwischen dem Goslarer und dem St. Andreasberger Verein heraus.

Ganz im Zeichen der Aufgabenstellung des Haus- und Grundbesitzervereins stand zum Abschluß das Referat von Jörg-Utz Hapke. Er informierte die Mitglieder über „vollständige Mietverträge nach der aktuellen Rechtsprechung“.



Die geehrten Vorstandsmitglieder mit Hans-H. Körner (links) und Werner Grübmeier (rechts).

Foto: Siebeneicher

≡ Ritz

**Netzwerk "Regionale Umweltbildungszentren" in Niedersachsen**  
- Entwurf für ein Rahmenkonzept -

Die Niedersächsische Landesregierung ist bestrebt, im Rahmen des Konzepts "Öffnung von Schule" ein alle Regionen des Landes umfassendes Netz Regionaler Umweltbildungszentren bzw. Umweltlernortverbunde mit einem entsprechend vielfältigen Angebot an außerschulischen Umweltlernmöglichkeiten zu entwickeln.

Dabei können die umweltpädagogischen Aufgaben eines Regionalen Umweltbildungszentrums von Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft und mit unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten wahrgenommen werden (z.B. Schulbiologiezentren, kommunale Umweltzentren, Naturschutzzentren der Naturschutzverbände, Umweltzentren von Vereinen). Zusätzlich zu ihren sonstigen Aufgaben entwickeln diese Einrichtungen einen Schwerpunkt im Bereich schulische Umweltbildung.

Eine Förderung der Regionalen Umweltbildungszentren erfolgt als Angebot des Landes an bestehende Einrichtungen und Initiativen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch das Kultus- bzw. das Umweltministerium. Die Förderung bezieht sich auf den zeitlich befristeten Einsatz von Lehrkräften (durch MK) bzw. erfolgt in Form einer zeitlich befristeten Projektförderung (durch MU), die sich auf die Bereitstellung von Sachmitteln erstreckt. Die eingesetzten Lehrkräfte sollen möglichst verschiedene Schulformen - auch berufsbildende Schulen - und Unterrichtsfächer vertreten. Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht.

I. **Umweltpädagogische Ziele**

Regionale Umweltbildungszentren sollen Schulen und Lehrkräfte bei der Intensivierung einer regionbezogenen, erlebnis- und handlungsorientierten Umweltbildung unterstützen:

- indem sie die Öffnung von Schule und Unterricht für typische und besondere Natur- und Umwelterfahrungen sowie für herausfordernde Umweltprobleme der heimatlichen Region bzw. regionale Aspekte globaler Probleme (z.B. Klimagefährdung) anregen und erleichtern,
- indem sie vielfältige Formen der Zusammenarbeit von schulischen Lerngruppen mit nichtschulischen Fachleuten und Einrichtungen fördern,
- indem sie beispielhaft die Verknüpfung von ökologischem und sozialem bzw. politischem Lernen verdeutlichen (z.B. umweltverträgliches Zusammenleben und -arbeiten; Zusammenarbeit beim praktischen Umweltschutz; Mitwirkung an lokalen oder regionalen umweltpolitischen Maßnahmen und Projekten),
- indem sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten Schulen eine qualifizierte projektbegleitende Beratung sowie personelle und materielle Unterstützung bei der Umsetzung von Umweltschutzvorhaben anbieten,
- indem sie Fortbildungsangebote entwickeln, die in die Programme der regionalen Lehrerfortbildung aufgenommen werden.

Regionale Umweltbildungszentren streben zum einen eine stärkere Vernetzung schulischer und außerschulischer Umweltbildung und -beratung an. Zum anderen sollen sie zu einer umweltpolitischen Bildung beitragen, indem sie für die wichtigen Natur- und Umweltschutzaufgaben der Region sensibilisieren und zur Mitwirkung motivieren und befähigen.

## II. Aufgaben im Hinblick auf schulische Umweltbildung (vgl. Skizze 1)

1. Regionale Umweltbildungszentren entwickeln - ggf. arbeitsteilig in Zusammenarbeit mit anderen umweltpädagogisch aktiven Einrichtungen - ein ganzjähriges Angebot für handlungs- und erlebnisorientiertes außerschulisches Umweltlernen, das schulischen Umweltunterricht sinnvoll ergänzt und vertieft.

Dabei sollen diese Angebote

- in eine umweltpädagogische Konzeption eingebettet sein und möglichst gemeinsam von schulischen und nichtschulischen Fachleuten entwickelt werden,
- inhaltlich und vom Zeitrahmen her flexibel auf die jeweiligen Lerngruppen sowie die unterrichtlichen Ziele ausgerichtet werden: sinnvolle Einbindung in schulische Vor- und Nacharbeiten, möglichst gemeinsam Vorbereitung mit Lehrkräften der jeweiligen Schulen,
- inhaltlich soweit wie möglich die in den "Empfehlungen zur Umweltbildung in allgemeinbildenden Schulen" (1993) vorgeschlagenen Themenbereiche berücksichtigen und sich dabei auch auf bedeutsame Natur- und Umweltschutzaufgaben der Region beziehen,
- die besonderen didaktisch-methodischen Möglichkeiten außerschulischen Lernens nutzen: direkte Anschauung und Begegnung; Bezug zur heimatlichen Region; zeitintensive Erfahrungs- und Verarbeitungsprozesse; Einbeziehung nichtschulischer Fachleute; praktische Anwendungs- und Umsetzungsmöglichkeiten u.a. und
- modellartig beispielhaften Umweltunterricht vermitteln.

2. Begleitend zu ihren Angeboten entwickeln Regionale Umweltbildungszentren für verschiedene schulische Zielgruppen Materialien, die es Lehrkräften und schulischen Lerngruppen erleichtern, den jeweiligen außerschulischen Lernort eigenständig und sachkundig zu nutzen und sich dabei auch mit regionalen Natur- und Umweltschutzaufgaben auseinanderzusetzen:

- Projektideen und Arbeitsmaterialien für selbständige Beobachtung und Erkundung, Experimente und Langzeituntersuchungen, Befragungen und Öffentlichkeitsarbeit,
- Materialienpakete zu verschiedenen Themen, die eine "ganzheitliche" Arbeits- und Betrachtungsweise eröffnen,
- Informationsmaterialien (einschließlich Kontaktadressen) zu regionalen Natur- und Umweltschutzthemen.

Diese Materialien können und sollen durch schulische Lerngruppen ergänzt und weiterentwickelt werden.

3. Regionale Umweltbildungszentren beteiligen sich an der Entwicklung von Fortbildungsangeboten im Rahmen der regionalen Lehrerfortbildung.

Sie kooperieren bei der Planung und Durchführung der Fortbildungsmaßnahmen mit den (geplanten) regionalen Lehrerfortbildungszentren und mit den Lehrkräfte-Teams des Projekts "Regionale Umweltbildung" in den entsprechenden Regionen.

Sie beziehen je nach Thema nichtschulische Fachleute und Adressaten ein.

Sie stimmen ihre umweltpädagogischen Angebote mit der Umweltberatungslehrkraft der jeweiligen Bezirksregierung sowie den Schulaufsichtsämtern ab.

4. Regionale Umweltbildungszentren versuchen, die verschiedenen, für Schulen relevanten außerschulischen Umweltbildungsangebote einer Region zu koordinieren. (vgl. Skizze 2 und 3)

Sie organisieren dazu Arbeitskreise, die ein breites Spektrum an schulischen und nichtschulischen Fachleuten, Einrichtungen und Organisationen umfassen.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in Abstimmung mit den Teams des Projekts "Regionale Umweltbildung" organisieren sie eine inhaltliche Arbeitsteilung und Zusammenarbeit im Bereich Umweltbildung und Umweltberatung in der Region.

5. Regionale Umweltbildungszentren berichten über Erfahrungen, Ergebnisse und Weiterentwicklungen ihrer umweltpädagogischen Arbeit und beteiligen sich an einem entsprechenden Erfahrungsaustausch.

Bei Erfüllung der Aufgaben sind Schwerpunktsetzungen möglich. Eine Kooperation mit anderen Einrichtungen (Lernorteverbund) ist anzustreben.

### III. Sachstand

Das derzeit im Aufbau befindliche Netz Regionale Umweltbildungszentren in Niedersachsen soll landesweit rund 20 Einrichtungen umfassen.

Die Förderung erfolgt in Abstimmung mit den Bezirksregierungen und im Einvernehmen mit den Trägern sowie nach Informationsgesprächen vor Ort unter Heranziehung folgender Kriterien:

#### 1. Infrastruktur und Ausstattung

Die Einrichtung verfügt über die notwendigen Räumlichkeiten (z. B. Seminar- bzw. Arbeitsräume, Werkräume, möglichst Übernachtungsmöglichkeiten), materiellen und personellen Ausstattungen.

Sie nimmt bereits wesentliche Aufgaben eines Regionalen Umweltbildungszentrums (s. oben) wahr.

Sie ist - sofern keine Landeseinrichtung - auch ohne Dauerförderung durch die Landesregierung überlebensfähig. Sie wird z.B. durch kommunale Körperschaften oder Verbände unterstützt.

(Diese Punkte können auch auf im Aufbau befindliche Einrichtungen bezogen sein.)

#### 2. Lage

Es besteht in der Region keine vergleichbare Einrichtung, die die beschriebenen Aufgaben eines Regionalen Umweltbildungszentrums ebenso erfolgversprechend übernehmen könnte.

Die Einrichtung ist für schulische Lerngruppen mit umweltverträglichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

### 3. Umweltverträglichkeit

Anlage und Betrieb des Regionalen Umweltbildungszentrums genügen ökologischen Anforderungen. Eine entsprechende Umgestaltung (Gebäude, Gelände, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verpflegungsangebot) ist projektiert.

### 4. Kooperationsbereitschaft

Das Zentrum erklärt seine Bereitschaft, im Rahmen seiner Möglichkeiten

- die oben genannten Aufgaben eines Regionalen Umweltbildungszentrums zu übernehmen,
- mit der Umweltberatungslehrkraft bei der Bezirksregierung, den Schulaufsichtsämtern und den Teams des Projekts "Regionale Umweltbildung" bei der Koordination des Aufgabenbereichs zu kooperieren,
- mit anderen lokalen und regionalen Einrichtungen und Institutionen der Umweltberatung und Umweltbildung zu kooperieren (Lernorteverbund) und außerschulische Umweltbildungsmaßnahmen auf regionaler Ebene zu koordinieren,
- sich an der Erstellung regionaler Umweltbildungsangebote, Fortbildungsprogramme und entsprechender Materialien zur Umweltbildung zu beteiligen,
- die regelmäßige Fort- und Weiterbildung des eigenen umweltpädagogischen Personals sicherzustellen.

Die Schullandheime mit Umweltstationen werden - ebenso wie einzelne umweltpädagogische besonders aktive Jugendherbergen und Jugendbildungsstätten sowie die Jugendwaldheime u.a. - nicht direkt in das Netz Regionaler Umweltbildungszentren aufgenommen. Sie erfüllen aufgrund ihrer besonderen Lernbedingungen wichtige ergänzende umweltpädagogische Aufgaben und sollten in einen regionalen Lernorteverbund (vgl. Skizze 2) eingebunden sein.

## Regionale Umweltbildungszentren und Lernortverbunde

Die nachstehende Auflistung entspricht dem Planungs- und Förderstand 1993. Änderungen sind möglich.

### Bezirk Braunschweig:

1. Naturerkundungsstation (NEST) Wolfsburg (Träger: Stadt Wolfsburg)
2. Biologie-Station Dowesee Braunschweig (Träger: Stadt Braunschweig)
3. Bildungsstätte Umwelt und Gesellschaft Hardegsen (Träger: Verein)
4. (noch offen; mögliche Standorte: Salzgitter, Nationalparkzentrum Harz, Göttingen, Duderstadt)

### Bezirk Hannover:

5. Schulbiologiezentrum Hannover mit Freiluftschule Burg  
(Träger: Stadt Hannover)  
Kooperationspartner:                   - Recyclingprojekt der Werk-statt-Schule Hannover (Verein)  
  - Gut Adolphshof (Verein) u. a.
6. Schulbiologiezentrum Hildesheim (Träger: Verein)  
Kooperationspartner:                   - Schullandheim-Umweltstation Nienstedt (Verein) u. a.
7. "Regionales Umweltzentrum Diepholz" (Träger: Verein geplant)  
Lernortverbund der Standorte - Naturschutzstation Dümmer (Land)  
  - BUND-Station Wagenfeld-Ströhen  
  - Recyclingzentrum Barnstorf (Verein)  
  - Umweltzentrum Stuhr (Verein)
8. Regionaler Lernortverbund Deister-Steinhuder Meer (geplant)  
Standorte                                   - Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer (Verein) / Naturschutzstation (Land)  
  - Recyclingstation Barsinghausen (Verein),  
  - Energie- und Umweltzentrum am Deister (Verein)

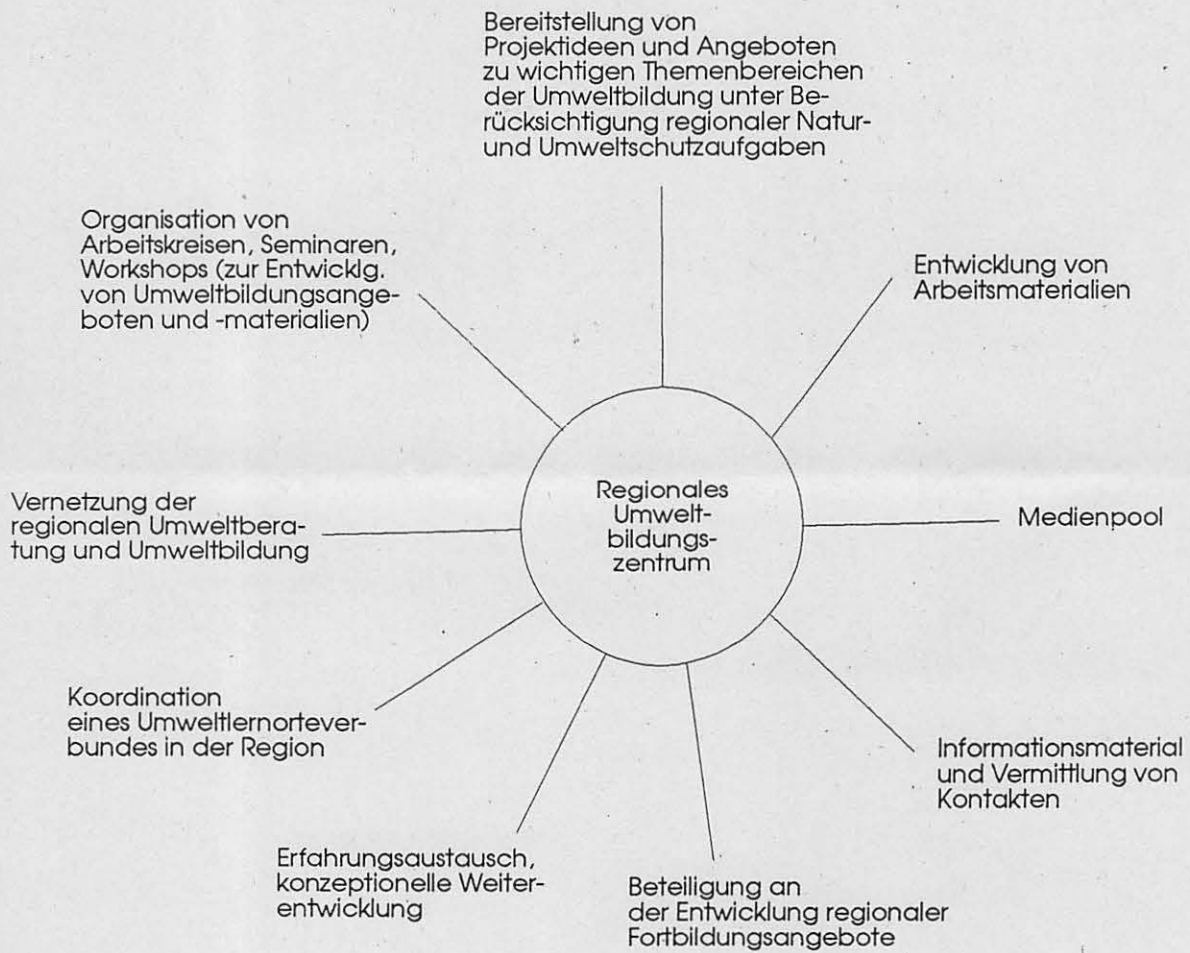
## Bezirk Lüneburg

9. Naturschutzseminar Sunder (Gut Sunder)  
(Träger: NABU)
10. Norddeutsche Naturschutzakademie (Hof Möhr)  
(Träger: Land; die N.N.A. koordiniert zusätzlich auf Landesebene die Materialienentwicklung und Multiplikatorenfortbildung im Schwerpunktbereich Naturschutzbildung.)
11. Schulbiologie- und Umweltzentrum Lüneburg  
(Träger: Stadt Lüneburg geplant)  
Kooperationspartner: - Naturschutzzentrum Lüneburg (NABU) u. a.
12. Naturschutzzentrum Umweltpyramide Bremervörde  
(Träger: NABU)  
(Kooperation mit der Stadt Bremervörde)
13. Biologische Station Osterholz  
(Träger: Verein)

## Bezirk Weser-Ems

14. Ökowerk Emden (Träger: Stadt Emden)  
Kooperationspartner: KBZ Aurich (Ostfriesische Landschaft) u.a.
15. Lernstandort Noller Schlucht (Dissen) (Träger: Verein)  
Kooperationspartner: Projekt NUSO, Uni Osnabrück (geplant)  
Natur- und Umweltmuseum Osnabrück (geplant) u.a.
16. Umweltzentrum Oldenburger Münsterland (Cloppenburg-Stapelfeld)  
(Träger: Kathol. Akademie Kardinal-von-Galen-Haus)
17. Umweltzentrum Schortens (Träger: Gem. Schortens)  
Kooperationspartner: Nationalparkzentrum Wilhelmshaven (geplant) u.a.
18. DEULA Freren (Lehranstalt für Landwirtschaft, Technik, Umwelt)  
(Träger: GmbH)  
Kooperationspartner: Historisch-Ökologische Bildungsstätte Papenburg (geplant) u.a.
19. Delmenhorster Umweltzentrum (DUZ) (Träger: Verein geplant)  
(z.Z. im Schullandheim "Große Höhe")
20. Umweltzentrum Ammerland (geplant)

Skizze 1  
Aufgaben eines Regionalen Umweltbildungszentrums oder Lernortverbundes

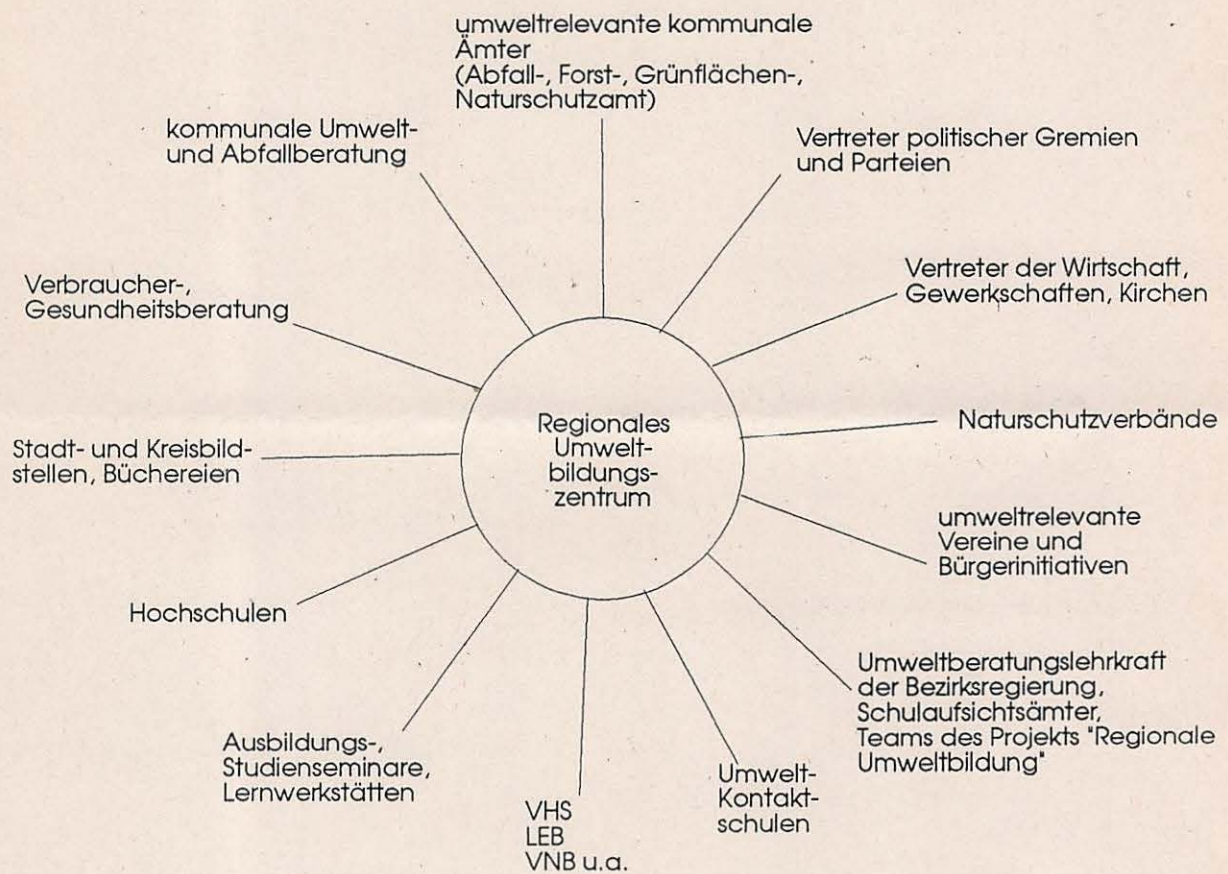


Skizze 2

Lernorteverbund: Koordination beispielhafter Umweltlernorte der Region



Skizze 3  
Kooperation mit umweltpädagogisch relevanten  
Institutionen und Einrichtungen der Region (Beispiel)



Um überhaupt Bildungs-  
arbeit in NP machen zu  
können, brauche ich dieses  
RÜZ in St. Andreasberg  
± 2 Lehrern. Fr. Hümm  
+ Herr Bergmann wäre eine  
Kombination. Die Abordnung  
sollte für mehrere Jahre erfolgen

# „Synthese zwischen alt und neu“ empfohlen

**ST. ANDREASBERG.** Dem Augenblick des Schreckens folgte Aufatmen: Bis zur Hüfte im Fußboden verschwunden war plötzlich Bauordnungsamts-Mitarbeiter Johannes Bruns im morschen Fußboden. Das alte Brauhaus hatte selbst hatte Auskunft gegeben über den Bauzustand. Er stand bei einer Besichtigung zur Debatte, die eine Klärung möglicher Interessenkollisionen zwischen Umbau für künftige Nutzung und Denkmalpflege galt.

Am Ende gab es Aufatmen beim Landesinnungsmeister des Dachdeckerhandwerks Niedersachsen und Bremen, Herbert Spieß, beim Leiter der Dachdeckerschule, Assessor Rudolf Kirschner, und beim Architekten Andreas Schemmel. Bezirkskonservator Dr. Reinhard Roseneck signalisierte weitgehende planerische Freiheit für den Umbau des geschichtsträchtigen, aber geschichtslosen alten Gebäudes. Wie alt es in seinen ältesten Bauteilen tatsächlich ist, weist keine Unterlage aus. Die Strukturelemente einer Dreischiffigkeit aus der Barockzeit machte der Denkmalpfleger in der Balkenkonstruktion aus, aber er meinte außerdem, daß das Gebäude auch mehrfach abgebrannt und neu aufgebaut sein könnte.

Auch ohne Feuer präsentierte es sich nach dem Auszug einer St. Andreasberger Familie in einem desolaten, längst unbewohnbaren Zustand. An der Gebäuderückseite sind die Ständer „weitgehend weg“, lautet das Urteil des Architekturbüros nach der ersten Woche einer gründlichen Substanzerhebung. Und wie morsch Bretter und Bohlen im Inneren sind, erwies sich bei dem reaktionsschnell abgebremsten Asturz, als Johannes Bruns die Situation an einem zugenagelten Fenster begutachten wollte. Ein Augenblick, an dem auch Bauausschußvorsitzender Werner Grübmeier und Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz die Luft anhielten. Lediglich auf die Entfernung der Ausfachungen werde zu verzichten sein, lautete das



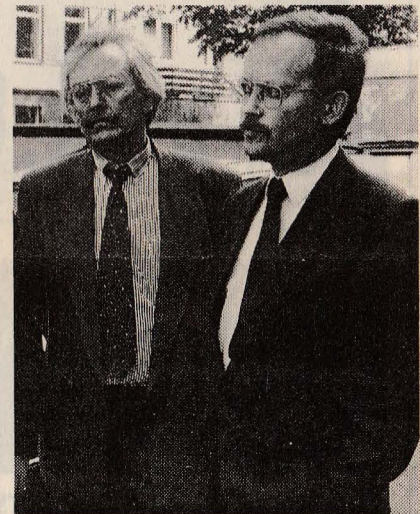
„Hier genau nachsehen“: Bezirkskonservator Dr. Reinhard Roseneck (zweiter von links) bei der Besichtigung.

vorläufige Urteil für die zuverlässige Feststellung des Zustandes der tragenden Bauteile.

Der Bezirkskonservator bezeichnete das Brauhaus als „eines der ganz bedeutenden Gebäude im Ort“ und als „sicher das älteste Brauereigebäude im Harz“. Aber „Denkmalschutz nicht mit Gewalt, sondern mit Bedachtheit“ soll nach seiner Feststellung betrieben werden. Für die Planung empfahl er „eine Synthese zwischen alt und neu“, für die der Umbau des Kornmagazins in Osterode zu einem Verwaltungsgebäude als Beispiel gelten könne. „Die Zielsetzungen von Denkmalpflege und künftiger Nutzung stehen sich nicht entgegen, sie können sich sogar gegenseitig befruchten.“

Zusätzlich zum Brauhaus hat der Landesinnungsverband des Dachdeckerhandwerks inzwischen auch dessen beide Nachbargrundstücke erwor-

ben. 150 Internatsbetten für die außerbetriebliche Lehrlingsausbildung sollen das Ergebnis der Planung sein, dazu kommt ein Umbau im bisherigen Bettenbereich für das Projekt Freizeitgestaltung. „Es ist ein ganz normaler Umbau“, prophezeite der Bezirkskonservator zwar auch für das alte Brauhaus, aber bei Umbauten sind nach vorliegenden Erfahrungen lediglich Kostenüberschreitungen normal. 13 bis 14 Mio. DM für das gesamte Vorhaben, die Landesinnungsmeister Herbert Spieß als derzeit geschätzte Kosten nannte, bedeuten jedenfalls, daß der Landesinnungsverband des Dachdeckerhandwerks eins der bisher größten Investitionsvorhaben in St. Andreasberg in Angriff nimmt. Für den Umbau des Brauhauses liegen bereits die ersten Skizzen vor, 1994 soll mit dem Bau begonnen werden.



Architekt Andreas Schemmel (links) mit dem Leiter der Dachdeckerschule, Assessor Rudolf Kirschner.

Gabriela Koblitz aus der CDU-Gemeinschaftsfraktion ausgetreten

## „Es war ein recht langwieriger Prozeß“

**ST. ANDREASBERG.** Wie ein Paukenschlag wirkte ein überraschender Höhepunkt der öffentlichen Ratssitzung am Dienstag: Gabriela Koblitz erklärte ihren Austritt aus der CDU-Gemeinschaftsfraktion. Inwieweit sich dadurch die Mehrheitsverhältnisse im Rat der Bergstadt ändern, blieb offen. Sie werde eine Entscheidung über einen etwaigen Beitritt zu einer anderen Gruppierung im Rat zu einem späteren Zeitpunkt mitteilen, erklärte die CDU-Ratsdame.

Vor dem letzten Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Stadtdirektors“ erhielt Gabriela Koblitz

Gelegenheit zu einer persönlichen Erklärung. Sie versicherte, daß Anschuldigungen nicht ihr Stil seien, so lange sie nicht selbst angegriffen werde. Keinen Zweifel ließ sie jedoch daran, daß sie sich durch seit langem bestehende Spannungen zu diesem Schritt veranlaßt sehe. Es sei ein recht langwieriger Prozeß gewesen, in dem eine Personalentscheidung im Verwaltungsausschuß den letzten Anstoß gegeben habe.

In dieser letzten Sitzung des VA sei eine Entscheidung auch in ihrem Namen getroffen worden, obwohl sie darauf habe keinen Einfluß nehmen können, legte Gabriela Koblitz zum Hin-

tergrund des Austritts aus der Fraktion klar: Deutlich wurde, daß sie sich in der Fraktion insbesondere von Werner Grübmeier wiederholt übergangen fühlt.

In ihrer Erklärung ließ Gabriela Koblitz zum „letzten Anstoß“ für den Austritt keinen Zweifel daran, daß eine im Verwaltungsausschuß behandelte Stellenbesetzung nach ihrer Auffassung nicht unter den richtigen Gesichtspunkten erfolgte – vorrangig soziale Gesichtspunkte hätten nach ihrer Meinung berücksichtigt werden müssen.

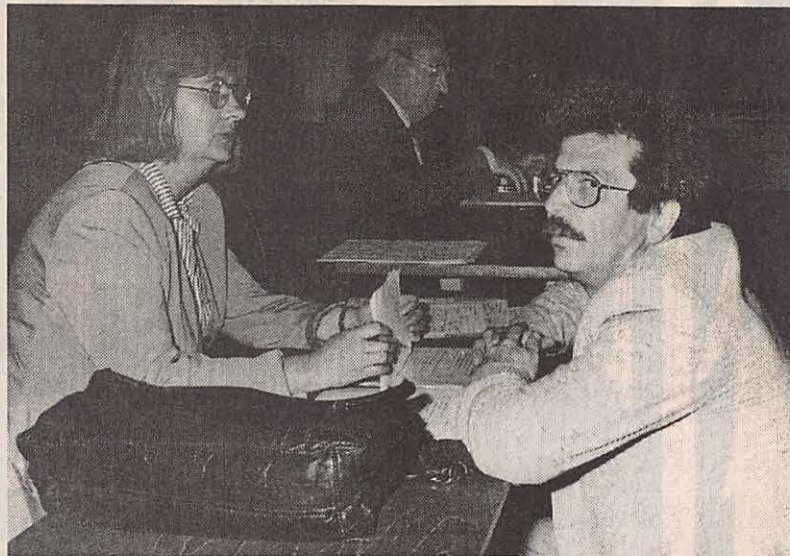
Auf voraussichtliche Folgen für die Zusammensetzung der Ausschüsse

machte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz aufmerksam. Er bat Gabriela Koblitz, möglichst bald mitzuteilen, ob sie als kooptiertes Mitglied der CDU-Gemeinschaftsfraktion fungieren oder sich einer anderen Gruppierung anschließen wolle.

Zur Sache hob Werner Grübmeier anschließend in einem Gespräch die Nichtöffentlichkeit von VA-Sitzungen hervor. Er beschränkte sich auf die Feststellung, daß der Verwaltungsausschuß über die Stellenbesetzung selbst nicht abgestimmt habe, sie sei lediglich in einem Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis genommen worden.

te-





**Noch** an der Tischreihe, aber bereits auf Abstand zur Gemeinschaftsfraktion befand sich Gabriela Koblitz am Dienstag abend. Er habe kein Fraktionsgespräch eröffnet, versicherte Albert Kehr, nachdem dieses Bild „geschossen“ war. Foto: Tempes

## KOMMENTAR

### Roter Faden

Von Kurt Tempes

Eigentlich war es zu erwarten gewesen. Querelen, die sich im Zusammenhang mit Gabriela Koblitz schon vor der letzten Kommunalwahl im CDU-Stadtverband bei der Aufstellung der Kandidatenliste und auf andere Weise entwickelten, zogen sich von der konstituierenden Sitzung des Rates an als roter Faden durch die Arbeit der CDU-Gemeinschaftsfraktion, und Querelen gibt es auch im CDU-Stadtverband. Kein Geheimnis ist es, daß es dabei nicht nur um unterschiedliche Einstellungen in Sachfragen ging, sondern daß Differenzen in die persönliche Sphäre hineingetragen werden. Inzwischen wartet man in der Bergstadt darauf, daß es zu einer Gerichtsentscheidung kommt über den Vorwurf von Lilli Kasteinecke aus der Gemeinschaftsfraktion, Gabriela Koblitz habe an einer Sitzung einer anderen Fraktion teilgenommen.

Was tröpfchenweise herauskickerke aus der Fraktion, wurde jedenfalls mit schöner Regelmäßigkeit in den Ratssitzungen unterstrichen: Gabriela Koblitz war nicht bereit, sich der Führung von Werner Grübmeyer zu beugen und verfolgte allzeit in der Fraktion ihre eigene Politik. Im Rat ist bisher zudem eine nachgerade demonstrative Anleh-

nung von ihr an Auffassungen von Volker Thale, ABL, zu erkennen.

Überraschend ist der Schritt von Gabriela Koblitz dennoch. Persönlicher Ehrgeiz schien bislang ihr Antrieb, aber mit ihrem Austritt aus der Fraktion kann sie sich nur selbst einen Stein in den Weg einer politischen Laufbahn gerollt haben. Das ist ihre persönliche Angelegenheit, die andere Seite ist die politische Entwicklung in der Bergstadt: Zur absoluten Mehrheit kam die Gemeinschaftsfraktion diesmal erst nach der letzten Kommunalwahl, durch den Übertritt von Herbert Schließ von der SPD zur CDU-Fraktion. Daß es trotzdem mit Hans Bahn einen FDP-Bürgermeister gibt, steht auf einem anderen Blatt, festzustellen ist nur, daß die CDU die Mehrheit im Rat nominell nun wieder verloren hat. Zwar mußte die CDU glücklich sein, daß jetzt Ruhe in ihre Arbeit einkehren kann, aber an einem kooptierten Mitglied Gabriela Koblitz dürfte sie unter den gegebenen Umständen mehr Interesse haben als an einem Parteiausschlußverfahren. Das hat, wie sich an Volker Thale erwies, ohnehin einen Haken: Niemand könnte sich wundern, wenn auch Gabriela Koblitz ihre Parteimitgliedschaft in Sachsen-Anhalt fortsetzen würde.

Buchfinkengilde Südniedersachsen  
Geschäftsführer  
Helmut Ehrenberg  
Oberstraße 23  
3396 Altenau

Altenau, den 30.05.1993

Ein Finker meldet sich zu Wort:

Stellungnahme des Geschäftsführers der Buchfinkengilde Südniedersachsen, Helmut Ehrenberg zu den Vorwürfen des Komitees gegen Vogelmord e. V. aus Hamburg und Gegendarstellung zur verzerrend einseitigen Fernsehberichterstattung im 3. Programm des NDR zum Finkenwettstreit in Altenau:

Was ist eigentlich ein Finkenmanöver?

Ein Finkenmanöver ist ein Sängerwettstreit von gekäfigten männlichen Buchfinken. Erste urkundliche Erwähnung 1456.

Wo stammen die gefiederten Sänger her?

Die etwa seit dem Jahre 1970 gehaltenen und für das Finkenmanöver ausgewählten Tiere stammen alle aus Nachzuchten, sind also Domestiken, die nie die freie Natur kennengelernt haben.

Wer züchtet Buchfinken?

Buchfinken und andere heimische Waldvögel werden von organisierten Züchtern, die z. B. den Zuchtverbänden AZ, DKB und BDW angehören, gezüchtet. Einige Finker züchten selbst.

Wo werden die Tiere gezüchtet?

Buchfinken und heimische Waldvögel werden in Frei und Innenvolieren gezüchtet. Natürlich nur mit Genehmigung der Naturschutzbehörden und unter brauchbaren Voraussetzungen.

Wann werden die gezüchteten Vögel beringt?

Ungefähr um den zehnten Lebenstag mit einem geschlossenen Aluring, Durchmesser 2,7 bis 3,0 mm. Die Ringe sind mit Verbandskennziffer, Züchternummer, Zuchtjahr und Vogelkenn-Nummer versehen.

Dürfen Finken Tiere kaufen?

Der käufliche Erwerb eines Tieres ist vom Gesetzgeber her nicht gestattet. Erwerb ist also nur möglich durch Geschenk, Tausch oder gegen Futtergeld.

Müssen die gehaltenen Finken den Behörden gemeldet werden?

Nach dem Bundesartenschutzgesetz muß jedes besonders geschützte Tier nach § 10, Abs. 2 und 3, dem Landesamt für Ökologie in Hannover gemeldet werden. Eine Meldung über Zu- und Abgang im Bestand eines Finkers erfolgt unaufgefordert halbjährlich mit den Angaben die im Fußring eingegeben sind.

Warum werden die Käfige der Buchfinkenmännchen mit weißen Leinentüchern verhüllt?

Da der Fink in der Natur ein abgegrenztes Revier hat, verteidigt er es mit seinem Gesang (Schlagen) gegen andere männliche Artgenossen. Kommt nun ein anderer Finkenhahn auch nur einen Meter über die Reviergrenze, stürzt sich der Besitzer auf den Eindringling und schlägt ihn kämpfend in die Flucht. Beißereien sind da nicht selten. Wird also der Käfig nicht verhüllt, würde der Vogel seinen Gegner sehen und einen tödlichen Kampf anstreben. So kämpfen also die Rivalen gesanglich, und der schwächere Vogel zeigt sein Unterliegen durch Schweigen an. Ein unverhüllter Käfig wäre im Freien, im Wald oder auf einem Finkenmanöver daher in der Gesangszeit mit dem Tierschutz nicht vereinbar.

Wie lange sind die Buchfinkenmännchen "eingebunden", wie es in der Fachsprache heißt?

Im Prinzip genauso lange wie die eigentliche Balzzeit der Tiere in freier Natur dauert - etwa von Mitte/Ende März bis Ende Juni täglich etwa 10 bis 12 Stunden.

Tierschützer und Tierschutzverbände werfen den Finkern fast jedes Jahr Verstöße gegen den Arten- bzw. den Tierschutz vor. Wie stehen die Finken dazu?

Die Tierschützer, Eiferer und Volkskulturzerstörer sehen die Finkenmanöver aus

einem anderen Blickwinkel, was ihr gutes Recht ist. Aber die Äußerungen, Parolen und Angriffe gegen uns sind unbegründet und weichen von der Realität ab. Etwa die Beschaffung eines Buchfinken, der Streß der Tiere beim Wett-singen oder das den gekäfigten Buchfinken schützende weiße, licht- und luft-durchlässige Leinentuch wird somit zum roten Tuch. Würde man sich einmal richtig mit uns unterhalten sowie objektive journalistische Arbeit abliefern, dann besäße man dort bestimmt mehr Fachwissen und Einfühlungsvermögen.

Wie alt werden eigentlich die Buchfinken?

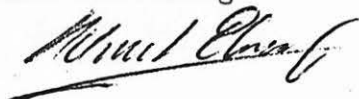
Wenn man als aufmerksamer Leser der Heimatpresse die Ergebnisse der Finken-wettstreite verfolgt, bemerkt man, daß über Jahre immer dieselben Finker mit dem gleichen Tier erfolgreich sind. In der Regel werden Zuchtfinken 10 - 12 Jahre alt - in Ausnahmefällen gar 15, 18 oder 25 Jahre. Diese Tiere werden bestimmt nicht durch Qualen, Streß und andere Einschränkungen so alt. Nein - Liebe zum Tier, Pflege und eine artgerechte Haltung ermöglichen so dem ein-zelnen Buchfinken ein biblisches Alter. Freilandfinken erreichen nur ein Alter von etwa 3 - 5 Jahren.

Gegen welche Paragraphen der Arten- und Tierschutzverordnung verstoßen die Halter von Buchfinken mit der Durchführung von Finkenmanövern?

Gegen keine derzeit gültigen Paragraphen dieser Gesetze. Wir sind also keine Tierfrevler und Randkriminelle, wie uns das Komitee für Vogelschutz und gegen Vogel-mord angeführt von Frau Dr. Jaffke und Herrn Dr. Schneider bezeichnet. Oftmals wird das Bild der Finker und des Finkenwesens auch in den Medien, wie z. B. im Fernsehbericht vom Altenauer Finkenmanöver 1993, der Öffentlichkeit bewußt falsch übermittelt. Wir sind Tierliebhaber, naturverbundene und tradi-tionspflegende Menschen, die durch diese Beschäftigung ein Stück Lebensglück erfahren, welches andere Menschen suchen und niemals finden werden.

Mit Oberharzener Glück-Auf, Scharn Waidau,

Helmut Ehrenberg



In Altenau wird am frühen Morgen des Himmelfahrtstages ein „kaiserliches“ Hobby vorgeführt

# Die Oberharzer Buchfinken ziehen ins Manöver

Spielregeln und Bewertungen sind uralte und überliefert – Gekämpft wird in drei Klassen

ALTENAU. Der Harz, vorwiegend der Oberharz, ist seit jeher das Hauptzuchtgebiet der Kanarienvögel. Wer hat nicht schon vom „Harzer Roller“ gehört? Ein zweiter Lieblings- und Zuchtvogel ist der Buchfink. In verschiedenen Harzorten war ein seltener und eigenartig reizvoller „Finkensport“ in Übung, den der Volksmund als „Finkenmanöver“ bezeichnet. Am Himmelfahrtstag findet ein solches „Manöver“ wie seit Jahren im Altenauer Kurpark statt.

Das Brauchtum ist viele Jahrhunderte alt. In den Finkenvereinen, in denen es gepflegt wird, lebt jene altgermanische Finkenliebe, der selbst ein Herzog und Kaiser huldigte. „Heinrich der Vogler“ soll am „Finkenherd“ beschäftigt gewesen sein, als ihm die Großen des Reiches die Kaiserkrone antrugen. Die mutmaßliche Stätte dieses Geschehens liegt nahe beim Schloß zu Quedlinburg im Ostharz und heißt noch heute „Finkenherd“.

## Käfige sind in weiße Tücher gehüllt

Die heute gehaltenen Buchfinken stammen aus Zucht und Nachzucht anerkannter Züchter und Vogelliebhaber im ganzen Bundesgebiet. Die jungen Buchfinken erlernen im Frühjahr von den älteren Vögeln ihren Gesang. Es ist eine Kunst, den jungen Tieren die be-

sten Schläge beizubringen, die auch in der Schönheitsklasse Geltung finden. Vornehmlich sind es der „Rollreiter“ der „Grobe Weide“ und der „Kleine Grob“. Den besten „Schläger“ festzustellen galt schon in alten Zeiten das Zusammentreffen der Finkenzüchter im Frühjahr von Anfang Mai bis Ende Juni.

## Die Erfahrenen sind in der Starkklasse

Seit 1936 findet eines dieser traditionellen Finkenmanöver in Altenau statt. Georg Ehrenberg und seine Kameraden waren die Begründer. Am Morgen des Himmelfahrtstages treffen sich Finkenfreunde aus Altenau, Clausthal-Zellerfeld, St. Andreasberg, Wieda, Hohegeiß, Nesselröden und Braunschweig im Kurpark. Die kleinen, meist aus Holzstäben angefertigten Käfige sind in blendend weiße Nesseltücher eingeschlagen. Um 7 Uhr werden sie auf Geheiß der Wettkampfleitung an die ausgelosten Startplätze gestellt. Der „Sängerwettbewerb“ beginnt.

Schwächere Sänger lassen sich durch die Schläge des Nachbarn schnell einschüchtern und schweigen bald völlig. Bei anderen kommen die Wertungsrichter kaum damit nach, die Leistung des Sängers aufs Papier zu

bringen. Nach einer halben Stunde ist des Sängerwettstreits erster Teil vorbei. Die Siegerfinken bringen es auf ungefähr 400 Schläge, ein guter Durchschnitt liegt immer noch bei 200 bis 250 Schlägen.

Auf dem Podium im Kurpark beginnt um Viertel vor acht der Wettkampf in der sogenannten Starkklasse. Nur die stärksten und erfahrensten Finken sind dieser Prüfung gewachsen. Sie stellt höchste Anforderungen an das Durchstehvermögen der Sänger und Finkenväter. In einem dreimaligen Ausscheidungssingen, bei dem die Käfige immer dichter zusammengedrückt werden, trennt sich die Spreu vom Weizen, der Verzagte vom Mutigen. Nur die Besten erreichen den fünfminütigen Endkampf, Käfig an Käfig auf einem Rundtisch. Die Wertungsrichter müssen nun noch genauer hinhören, um den Gesang ihres Buchfinken zu erkennen. Einer nach dem anderen verstummt, einige steigern sich zur Höchstform. 75 Schläge hat man in diesem Wettbewerb schon notiert.

## Die Schönheit des Gesanges gilt

Dritter Teil des Finkenmanövers ist die Schönheitsklasse. Kurz nach acht Uhr treffen sich die Kenner der Finkenschläge im oberen Kurpark. Hier geht es nicht um das schönste Finken-

kleid, sondern um den schönsten Gesang. Die Bauer werden im Abstand von etwa zehn Metern postiert, damit die Sänger sich sowenig wie möglich stören. Die Kriterien für Fehlerfreiheit, Harmonie und edlen Gesang sind uralte und überliefert. Jeder Vogel wird von drei Kampfrichtern angehört und beurteilt. Oft sind es winzige Kleinigkeiten, die den Ausschlag geben.

Sieger ist der Vogel mit der höchsten Punktzahl. 12 Punkte sind die Höchstzahl. Die besten Gesänge sind Rollreiter, Grober Weide, Kleiner Grob, Fuhrmann, Tiefer Grober, Kleiner Hoch, Weiß Grober, Putzebart und Zerrweide. Das höchste Glück für einen Finkenliebhaber ist, einen „einäugigen Buchfinken“ mit einem der aufgeführten Schläge zu besitzen.

Das Finkenmanöver wird vom Buchfinkensportverein Altenau in Zusammenarbeit mit der Kurbetriebsgesellschaft veranstaltet. Dem Konzert zarter Vogelstimmen folgt ein Unterhaltungsprogramm nach dem Motto „So klingt's im Oberharz beim Finkenmanöver“. Gegen 8.15 Uhr spielt die Janitscharenkapelle auf. Sie wird abgelöst von der Kindergruppe des Heimatbundes Altenau. Zur Stärkung der Frühaufsteher gibt es Bratwurst- und Getränkestände. Die Siegerehrung und Preisverteilung findet gegen 11 Uhr im Kurpark statt. H. E.

Herrn  
Ltd. Regierungsschulldirektor a. D.  
Werner Grübmeier  
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Zur Vollendung Ihres 67. Lebensjahres möchte ich Ihnen im Namen der Technischen Universität Clausthal und zugleich persönlich auf das herzlichste gratulieren.

Für das kommende Lebensjahr wünsche ich Ihnen viel Glück bei guter Gesundheit und persönlichem Wohlergehen.

Mit freundlichen Grüßen  
und Glückauf  
Ihr



Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. Walter Knissel

Auf der Tagesordnung:

## Abwahl von Herbert Schlie

ST. ANDREASBERG. Zwei zusätzliche Tagesordnungspunkte der öffentlichen Ratssitzung am Donnerstag sind vorerst letzter Ausfluß der neuen Mehrheitsverhältnisse im Rat. Über die Neubildung der Ausschüsse hinaus geht es nun auch um die Abwahl des stellvertretenden Bürgermeisters Herbert Schlie (CDU) und die Neuwahl von Volker Thale (ABL) zu seinem Nachfolger.

In einem weiteren Eilantrag, den Bürgermeister Hans Bahn als zuständige Instanz in die Tagesordnung aufnahm, teilt Ratsherr Horst Hörseljou den Zusammenschluß der ABL-Ratsfraktion mit der bisherigen Zählgemeinschaft SPD/FDP zu einer großen Zählgemeinschaft mit. Als ihr Vorsitzender wird Horst Hörseljou benannt.

Bereits zum zweiten Mal entstanden im Verlauf dieser Wahlperiode im Rat neue Mehrheitsverhältnisse. Dem Wechsel von Gabriela Koblitz von der CDU-Gemeinschaftsfraktion zur ABL-Fraktion war bei der konstituierenden Sitzung der Übertritt von Herbert Schlie von der SPD zur CDU vorangegangen. Die CDU hatte dadurch zwar absolute Mehrheit erhalten, aber bereits bei der Wahl des Bürgermeisters erwies sich, daß sich die Fraktion von CDU-Mitgliedern und parteipolitisch unabhängigen Ratsmitgliedern ihrer Mehrheit nicht sicher sein konnte. Überraschend wurde damals FDP-Ratsherr Hans Bahn als Bürgermeister gewählt, Herbert Schlie wurde stellvertretender Bürgermeister.

Nun schmuppelte die CDU-Ge-

Werner Grübmeier und Horst Hörseljou zur Entwicklung im Rat

## Geschäftsordnung als Auslöser

ST. ANDREASBERG. Von beiden Seiten holte die GZ gestern Informationen und Stellungnahmen zu der aktuellen Entwicklung im Rat der Bergstadt ein. Von Werner Grübmeier als Sprecher der CDU-Gemeinschaftsfraktion und von Horst Hörseljou als Vorsitzendem der neuen Zählgemeinschaft.

Auf die Formulierung „ungewöhnlich“ beschränkt sich Werner Grübmeier, „daß man der CDU als stärkster Fraktion im Rat den stellvertretenden Bürgermeister wegnimmt“. Eine Abwahl ist aus seiner Sicht mit einem Mißtrauensvotum verbunden, für das kein Anlaß bestehe. Ohne weiteren Kommentar zu diesem Vorgehen verweist Werner Grübmeier darauf, daß in den beiden vergangenen Wahlperioden Albert Kehr (SPD) der stellvertretende Ratsvorsitz überlassen worden sei. Mit der Tatsache konfrontiert, daß nach der letzten Kommunalwahl zunächst durch den Übertritt von Herbert Schlie eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse erfolgte, die nun durch den Wechsel von Gabriela Koblitz zumindest nach Fraktionssitzen wieder geradegerückt ist, verweist Werner Grübmeier auf „einen kleinen Unterschied“: Herbert Schlie, meint er, sei dank seines Be-

kanntheitsgrades und seiner bisherigen Arbeit im Rat wiedergewählt worden, aber „Gabriela Koblitz wäre nie in den Rat gekommen, wenn sie nicht als damalige Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes an zweiter Stelle der Liste gestanden hätte“. Persönlicher Vorwürfe enthält sich der CDU-Fraktions Sprecher: „Es ist überraschend, wenn eine ehemalige Vorsitzende aus der Fraktion und der Partei austritt, zumal die Gründe nicht nachvollziehbar sind. Aber es ist ihre persönliche Entscheidung.“

Angesichts der bisher deutlich gewordenen Gegensätze kann sich Werner Grübmeier „nur wundern“ über den Zusammenschluß von SPD und FDP mit der ABL. Nach seiner Auffassung weicht nun die Verteilung der Sitze im Rat so stark von dem Auftrag ab, den der Wähler mit der Zahl der Stimmen für die einzelnen Mandatsträger zum Ausdruck brachte, daß erneut „nach dem Willen des Wählers gefragt“ werden sollte. Diese Forderung, erinnert Grübmeier, habe die CDU-Gemeinschaftsfraktion bereits im Februar 1992 erhoben.

„Wir haben uns zusammengerauft“, deutet Horst Hörseljou Schwierigkeiten beim Versuch an, für die neue Zählgemeinschaft eine gemeinsame Basis zu finden: „Es ist ein Zweck-

bündnis, vieles paßt zusammen“. Der Beschlußvorschlag auf Abwahl von Herbert Schlie werde in der Ratssitzung begründet werden, kündigt er an, sie sei „logische Folge der Entwicklung“. Horst Hörseljou macht deutlich, daß er das Durchsetzen der neuen Geschäftsordnung des Rates durch die CDU-Fraktion als einen entscheidenden Bruch in den Möglichkeiten für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit betrachtet. „Die grundlegende Ursache ist und bleibt Herr Grübmeier“, ergänzt er allerdings.

„Man kann von der Zählgemeinschaft nicht erwarten, daß es so bleibt, wie es ist, wir werden reinen Tisch machen“, faßt Hörseljou zusammen. Damit verbunden ist die Ankündigung, daß eine neue Geschäftsordnung des Rates verabschiedet werden soll.

Als offen betrachtet Hörseljou die Bürgermeister-Frage: Hans Bahn hatte angekündigt, sein Amt zur Halbzeit dieser Wahlperiode an Albert Kehr abzutreten. Was damals als irrtümlicher Umgang mit seinen Befugnissen erschien, hat nun Mehrheiten zur Grundlage. „Zunächst steht das Wort von Herrn Bahn“, erklärt Horst Hörseljou, „wenn das zur Sprache kommt, werden wir darauf eingehen müssen“.

te-

standen im Verlauf dieser Wahlperiode im Rat neue Mehrheitsverhältnisse. Dem Wechsel von Gabriela Koblitz von der CDU-Gemeinschaftsfraktion zur ABL-Fraktion war bei der konstituierenden Sitzung der Übertritt von Herbert Schlieff von der SPD zur CDU vorangegangen. Die CDU hatte dadurch zwar absolute Mehrheit erhalten, aber bereits bei der Wahl des Bürgermeisters erwies sich, daß sich die Fraktion von CDU-Mitgliedern und parteipolitisch unabhängigen Ratsmitgliedern ihrer Mehrheit nicht sicher sein konnte. Überraschend wurde damals FDP-Ratsherr Hans Bahn als Bürgermeister gewählt, Herbert Schlieff wurde stellvertretender Bürgermeister.

Nun schrumpfte die CDU-Gemeinschaftsfraktion wieder zur immerhin noch stärksten Fraktion mit sechs Sitzen, während die ABL mit drei Sitzen zweitstärkste Fraktion wurde. Je zwei Sitze von SPD und FDP bedeuten, daß deren am Donnerstag anstehende Vereinigung mit der ABL zu einer Zählgemeinschaft mit absoluter Mehrheit im Rat führt.

Weitere entscheidende Folge ist eine Änderung der Mandatsverteilung im Verwaltungsausschuß, dem für zahlreiche wichtige Beschlüsse zuständigen Ratsgremium. In ihm waren bisher Hans Bahn als Bürgermeister, Herbert Schlieff und Werner Grübmeier für die CDU als stimmberechtigte Mitglieder und Volker Thale für die ABL mit einem Grundmandat ohne Stimmrecht vertreten. Die neue Konstellation führt zum Wegfall eines VA-Sitzes der CDU und die Zuerkennung von zwei Mandaten für die neue Zählgemeinschaft. Das erste Mandat davon steht weiterhin Hans Bahn als Bürgermeister zu, das zweite wird Volker Thale – nun mit vollem Stimmrecht versehen – einnehmen. Als weitere Folge der Neupformierung erhält die neue Zählgemeinschaft den ersten Zugriff auf den Vorsitz in einem der Ratsausschüsse ihrer Wahl. te-

munalwahl zunächst durch den Übertritt von Herbert Schlieff eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse erfolgte, die nun durch den Wechsel von Gabriela Koblitz zumindest nach Fraktionssitzen wieder geradegerückt ist, verweist Werner Grübmeier auf „einen kleinen Unterschied“: Herbert Schlieff, meint er, sei dank seines Be-

gefragt“ werden sollte. Diese Forderung, erinnert Grübmeier, habe die CDU-Gemeinschaftsfraktion bereits im Februar 1992 erhoben.

„Wir haben uns zusammengerauft“, deutet Horst Hörseljou Schwierigkeiten beim Versuch an, für die neue Zählgemeinschaft eine gemeinsame Basis zu finden: „Es ist ein Zweck-

zeit dieser Wahlperiode an Albert Kehr abzutreten. Was damals als irrtümlicher Umgang mit seinen Befugnissen erschien, hat nun Mehrheiten zur Grundlage. „Zunächst steht das Wort von Herrn Bahn“, erklärt Horst Hörseljou, „wenn das zur Sprache kommt, werden wir darauf eingehen müssen“.

te-

Volker Thale stellvertretender Bürgermeister – Erneut brodelte es im Rat

## „Der loyalen Zusammenarbeit verpflichtet“

**ST. ANDREASBERG.** Herbert Schlieff ist als stellvertretender Bürgermeister „abberufen“, sein Nachfolger ist Volker Thale. Fast 50 Zuhörer, unter ihnen Braunlages Bürgermeister Albert Baumann, erlebten in der öffentlichen Ratssitzung am Donnerstag die Auseinandersetzung über diesen Wechsel und weitere Folgen der neuen Mehrheitsverhältnisse im Rat mit.

Nur festzustellen hatte der Rat die Neuformierung: Die durch den Übertritt von Gabriela Koblitz (bisher CDU) auf drei Sitze angewachsene ABL-Fraktion bildet mit SPD- und FDP-Fraktion (je zwei Sitze) eine Zählgemeinschaft. Sie hat mit sieben Sitzen die absolute Mehrheit im Rat gegenüber der CDU-Gemeinschaftsfraktion mit sechs Sitzen. Ebenfalls festgestellt wurde die neue Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses. Durch den Sitzverlust der CDU hat nun die Zählgemeinschaft zwei Sitze mit Bürgermeister Hans Bahn (persönlicher Vertreter Albert Kehr) und Volker Thale (Gabriela Koblitz). Die CDU-Fraktion entsendet Herbert Schlieff (Vertreter Werner Grübmeier).

Der von Werner Grübmeier (CDU) zuvor gestellte Antrag auf Absetzung der entscheidenden Tagesordnungspunkte wegen nicht gegebener Eilbedürftigkeit endete bei Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz: Deren nachträgliche Einfügung in die Tagesordnung sei nach seiner Auffassung mit der NGO vereinbar. Absetzung würde im Rat nur ein Verschieben des Problems bedeuten und weitere Unruhe in den Ort bringen, erklärte Bürgermeister Hans Bahn.

Im Zeichen des Versuchs der Spre-

fung“ von Herbert Schlieff und Neuwahl des stellvertretenden Bürgermeisters. Damit sei kein Mißtrauensvotum verbunden, versicherte Horst Hörseljou für die Zählgemeinschaft. Die Mehrheit möchte damit auch der Verwaltung den Rücken stärken und außerdem „die Repräsentanz im Ort ausüben“, begründete er den Willen, „einen Schlußstrich zu ziehen unter eine unglückliche Ehe des Rates“. Werner Grübmeier verwies demgegenüber auf das Kommunalwahlergebnis: Die CDU-Fraktion vereine 45,6 Prozent der Wählerstimmen, ihr den Bürgermeisterstellvertreter nicht zuzugestehen, sei ein „außergewöhnlicher Akt, den es in der Geschichte der Bergstadt noch nicht gegeben hat“. Darüber hinaus sei Herbert Schlieff ein fleißiger und bewährter Ratsherr, der

sich auch durch sein ehrenamtliches Wirken Verdienste erworben habe.

Als gemeinsame Aussage konnte bis dahin die Feststellung von Horst Hörseljou gelten, daß die Vergangenheitsprobleme im Rat nicht zu bewältigen seien, aber die Bereitschaft zu einem Neuanfang bestehe. „Wir sind einer loyalen Zusammenarbeit verpflichtet“, erklärte auch Werner Grübmeier. Daß er dem Repräsentationsanspruch der Zählgemeinschaft die Bereitschaft der Gemeinschaftsfraktion zur Einbringung von Fachkompetenz entgegenstellte, änderte nichts am Versuch eines Neuanfanges ohne Schuldzuweisungen.

Zur erneuten Kollision im Rat kam es jedoch durch eine persönliche Erklärung von Uwe Sonntag (CDU). Er warf Gabriela Koblitz vor, die CDU-

Fraktion zur Durchsetzung eigener Positionen unter Druck gesetzt zu haben und wünschte der Zählgemeinschaft als Schlußfolgerung „viel Glück und gute Nerven“ für eine nach seiner Auffassung voraussehbar problematische Zusammenarbeit mit Gabriela Koblitz. Darüber hinaus vermißte er nun den gleichen „empörten Aufschrei“, mit dem Hörseljou auf den Übertritt von Herbert Schlieff zur CDU reagiert hatte. Die Wahl von Volker Thale zum Bürgermeisterstellvertreter quittierte er mit der Feststellung, daß „Machtbesessenheit und persönlicher Ehrgeiz“ einen Pyrrhussieg über demokratische Traditionen errungen habe.

Die Reaktionen drauf: Horst Hörseljou ließ Bedauern über seine damaligen Äußerungen durchblicken, versicherte aber: „Genausowenig bin ich mit diesem Übertritt zufrieden.“ Er kündigte u. a. die Änderung der Geschäftsordnung des Rates an, mit der die CDU „ihr wahres Gesicht gezeigt“ und versucht habe, „uns das Leben schwer zu machen“. Diese Geschäftsordnung entspreche der des Kreistages, konterte Werner Grübmeier. Und Ulrich Wemheuer legte die Karten der SPD-Fraktion auf den Tisch: Herbert Schlieff sei aus der SPD ausgetreten, weil er vergebens das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters verlangt habe.

„Diesmal hat Sonntag seinem Herzen Luft verschafft, nun sollte es genug sein“, meinte Werner Grübmeier. Und Hans Bahn blieb beim „Du“, als er Uwe Sonntag ein Temperament bescheinigte, das auch er habe. Mit 7:6 Stimmen erfolgte die Abberufung von Herbert Schlieff, das gleiche Stimmenverhältnis hatte die Neuwahl von Volker Thale zum stellvertretenden B



festgestellt wurde die neue Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses. Durch den Sitzverlust der CDU hat nun die Zählgemeinschaft zwei Sitze mit Bürgermeister Hans Bahn (persönlicher Vertreter Albert Kehr) und Volker Thale (Gabriela Koblitz). Die CDU-Fraktion entsendet Herbert Schlieff (Vertreter Werner Grübmeier).

Der von Werner Grübmeier (CDU) zuvor gestellte Antrag auf Absetzung der entscheidenden Tagesordnungspunkte wegen nicht gegebener Eilbedürftigkeit endete bei Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz: Deren nachträgliche Einfügung in die Tagesordnung sei nach seiner Auffassung mit der NGO vereinbar. Absetzung würde im Rat nur ein Verschieben des Problems bedeuten und weitere Unruhe in den Ort bringen, erklärte Bürgermeister Hans Bahn.

Im Zeichen des Versuchs der Sprecher beider Gruppierungen, sich auf eine sachliche Auseinandersetzung zu beschränken, stand der Tagesordnungspunkt „Abwahl bzw. Abberu-



Bürgermeister Hans Bahn (links) gratuliert seinem neuen Stellvertreter Volker Thale zur Wahl.  
Foto: Tempes

sicherte aber: „Genauso wenig bin ich mit diesem Übertritt zufrieden.“ Er kündigte u. a. die Änderung der Geschäftsordnung des Rates an, mit der die CDU „ihr wahres Gesicht gezeigt“ und versucht habe, „uns das Leben schwer zu machen“. Diese Geschäftsordnung entspreche der des Kreistages, konterte Werner Grübmeier. Und Ulrich Wemheuer legte die Karten der SPD-Fraktion auf den Tisch: Herbert Schlieff sei aus der SPD ausgetreten, weil er vergebens das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters verlangt habe.

„Diesmal hat Sonntag seinem Herzen Luft verschafft, nun sollte es genug sein“, meinte Werner Grübmeier. Und Hans Bahn blieb beim „Du“, als er Uwe Sonntag ein Temperament bescheinigte, das auch er habe. Mit 7:6 Stimmen erfolgte die Abberufung von Herbert Schlieff, das gleiche Stimmenverhältnis hatte die Neuwahl von Volker Thale zum stellvertretenden Bürgermeister. Über die Umbesetzung der Ausschüsse und den übrigen Sitzungsverlauf wird die GZ noch berichten. te-

## KOMMENTAR

### Sonntags Schuß

Von Kurt Tempes

Ein Sonntagsschuß war es nicht, den Uwe Sonntag gegen seine ehemalige CDU-Fraktionskollegin Gabriela Koblitz, gegen Horst Hörseljau und Bürgermeister Hans Bahn in der Ratssitzung abgab. Eher ist von einem Querschläger zu sprechen, dem zwar keiner ausweichen konnte, der aber letztlich im Rat nun doch einigermaßen souverän bewältigt wurde. Und besonders beachtlich war es, daß Hans Bahn mit einem konsequenten „Du“ die verbale Umweltverschmutzung ortsverträglich eliminierte.

Daß Ratsmitglieder nun Versöhnung anstreben, ist damit leider nicht gesagt. Wenn jeder vom anderen die Entschuldigung erwartet, ist die Fortsetzung einer Provinzposse vorprogrammiert – vielleicht könnte ja Horst Hörseljau sein Angebot an Uwe Sonntag, in einem Privatgespräch „einiges auszuräumen“, auf eine größere Ebene heben: durch das

Schulleiter Jürgen Wesemann stellte OS-Außenstelle St. Andreasberg vor

## Kreiselternrat im „Super-Lernstudio“

ST. ANDREASBERG. „Wir haben hier ein Super-Lernstudio“, sagte Rektor Jürgen Wesemann. Was sich zur Freude der Eltern als Begriff für begeisternden Lehrerfolg darstellt, hat trotzdem auch einen Haken. Der Kreiselternrat nahm ihn zur Kenntnis, als ihm bei seiner Sitzung in St. Andreasberg die „kleinste Orientierungsstufe im Regierungsbezirk Braunschweig“ vorgestellt wurde.

„Ein feiner Titel, der nicht stimmt“, stellte der Schulleiter fest. Die Richtigstellung stand bereits im Zusammenhang mit dem Bericht über die besonderen Voraussetzungen, unter denen in der Bergstadt die Schülerjahrgänge fünf und sechs unterrichtet werden: Die Orientierungsstufe in St. Andreasberg ist Außenstelle der Hauptschule und Orientierungsstufe Braunlage. Nicht nur der zweite Schulstandort, sondern auch die geringe Schülerzahl in St. Andreasberg ist ungewöhnlich.

Nur eine Klasse mit 24 Schülern weist der 5. Jahrgang auf, für den 6. Jahrgang gibt es zwei Klassen mit 14 bzw. 15 Schülern. Obwohl – im 6.

mengestellt wurden, sei der Unterricht sehr personalintensiv, und wegen der komplizierten Raumaufteilung sei es nicht einfach, „Schulleben zu schaffen“, berichtete Jürgen Wesemann. Als schwierig stellte er es darüber hinaus dar, pädagogische Konzepte zu entwickeln, zudem erfordere die Versorgung mit Lernmitteln einen besonderen Aufwand. Jede Landkarte zum Preis von rund 500 DM, erläuterte Wesemann, müsse trotz der geringen Schülerzahl auch für die Außenstelle St. Andreasberg beschafft werden.

Logische Folge der Schülerzahlen ist es, daß die OS in der Bergstadt die kleinsten Fachleistungsgruppen im Regierungsbezirk aufweist. In Mathematik sind fünf Schüler in der Gruppe a, 12 in b und 13 in c. Auch bei der räumlichen Zusammenziehung zu Lerngruppen-Kombinationen sei der Unterricht sehr personalintensiv, der Mehrbedarf an Lehrkräften werde aber von der Bezirksregierung anerkannt. Drei Lehrkräfte vor Ort werden nach seinem Bericht durch zwei Lehrkräfte aus Braunlage und eine Lehrkraft aus der Robert-Koch-Schule in

sich freiwillig zur Verfügung stellen. „Für die 13 Kilometer von Braunlage gibt es kaum eine gleichwertige Zeitvergünstigung und bei einem Unfall einen äußerst geringen Versicherungsschutz“, stellte er zu ihrer Bereitschaft fest, für die OS-Außenstelle St. Andreasberg Opfer zu bringen.

Als „großes Übel“ bezeichnete der Rektor zwar die Ausarbeitung von Vertretungsplänen, und Wahlfrei-Arbeitsgemeinschaften sind nach seiner Erfahrung unter diesen Bedingungen nur schwer zu bilden, zusammenfassend aber stellte er vorzügliche Lernbedingungen heraus.

Aus pädagogischer Sicht ergibt sich allerdings durch die kleinen Lerngruppen in St. Andreasberg ein nicht erwünschter Nebeneffekt: Die Lehrkräfte haben das kleine Häuflein vor sich fest im Griff, ein „Abtauchen“ ist den Schülern kaum möglich. „Die Lehrer stellen fest, daß sich andere Schülertypen entwickeln“, sagte Jürgen Wesemann. „In kleinen Lerngruppen leidet die Selbständigkeit, auf der anderen Seite leisten die Schüler hier Schwerstarbeit“ – und damit war um-

gen seine ehemalige CDU-Fraktionskollegin Gabriela Koblit, gegen Horst Hörseljau und Bürgermeister Hans Bahn in der Ratssitzung abgab. Eher ist von einem Querschläger zu sprechen, dem zwar keiner ausweichen konnte, der aber letztlich im Rat nun doch einigermaßen souverän bewältigt wurde. Und besonders beachtlich war es, daß Hans Bahn mit einem konsequenten „Du“ die verbale Umweltverschmutzung ortsverträglich eliminierte.

Daß Ratsmitglieder nun Versöhnung anstreben, ist damit leider nicht gesagt. Wenn jeder vom anderen die Entschuldigung erwartet, ist die Fortsetzung einer Provinzposse vorprogrammiert – vielleicht könnte ja Horst Hörseljau sein Angebot an Uwe Sonntag, in einem Privatgespräch „einiges auszuräumen“, auf eine größere Ebene heben: durch das persönliche Gespräch eben doch eine Vergangenheitsbewältigung zu versuchen.

Dafür stehen nach dieser Ratssitzung die Vorzeichen günstiger als bisher. Schlechter aber steht es offensichtlich um die Verwirklichung der angekündigten guten Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Über Beschlüßanträge der Zählgemeinschaft, die Horst Hörseljau in dieser Ratssitzung einbrachte, wird noch zu sprechen (und zu schreiben) sein. Vorab ist festzustellen, daß Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz einen Antrag auf Akteneinsicht erklärtermaßen als Mißtrauensvotum ansieht. Da die Verwaltung auch in weiteren Anträgen einen Affront sehen muß, erhebt sich die Frage, wie die Koalitionsgespräche zur Bildung der neuen Zählgemeinschaft wohl gelaufen sind. So sicher scheint der Konsens nicht. Die Ablehnung von Ulrich Wemheuer, den Vorsitz zu übernehmen, kann in diesem Zusammenhang genauso nachdenklich stimmen wie die Einschränkung, mit der Bürgermeister Hans Bahn seine Rücktrittsabsicht verband.

begeisterten Lehrerfolg darstellt, hat trotzdem auch einen Haken. Der Kreiselternrat nahm ihn zur Kenntnis, als ihm bei seiner Sitzung in St. Andreasberg die „kleinste Orientierungsstufe im Regierungsbezirk Braunschweig“ vorgestellt wurde.

„Ein feiner Titel, der nicht stimmt“, stellte der Schulleiter fest. Die Richtigstellung stand bereits im Zusammenhang mit dem Bericht über die besonderen Voraussetzungen, unter denen in der Bergstadt die Schülerjahrgänge fünf und sechs unterrichtet werden: Die Orientierungsstufe in St. Andreasberg ist Außenstelle der Hauptschule und Orientierungsstufe Braunlage. Nicht nur der zweite Schulstandort, sondern auch die geringe Schülerzahl in St. Andreasberg ist ungewöhnlich.

Nur eine Klasse mit 24 Schülern weist der 5. Jahrgang auf, für den 6. Jahrgang gibt es zwei Klassen mit 14 bzw. 15 Schülern. Obwohl – im 6. Jahrgang – in den Fachleistungskursen kombinierte Lerngruppen zusam-

men zu schaffen“, berichtete Jürgen Wesemann. Als schwierig stellte er es darüber hinaus dar, pädagogische Konzepte zu entwickeln, zudem erfordere die Versorgung mit Lernmitteln einen besonderen Aufwand. Jede Landkarte zum Preis von rund 500 DM, erläuterte Wesemann, müsse trotz der geringen Schülerzahl auch für die Außenstelle St. Andreasberg beschafft werden.

Logische Folge der Schülerzahlen ist es, daß die OS in der Bergstadt die kleinsten Fachleistungsgruppen im Regierungsbezirk aufweist. In Mathematik sind fünf Schüler in der Gruppe a, 12 in b und 13 in c. Auch bei der räumlichen Zusammenziehung zu Lerngruppen-Kombinationen sei der Unterricht sehr personalintensiv, der Mehrbedarf an Lehrkräften werde aber von der Bezirksregierung anerkannt. Drei Lehrkräfte vor Ort werden nach seinem Bericht durch zwei Lehrkräfte aus Braunlage und eine Lehrkraft aus der Robert-Koch-Schule in Clausthal-Zellerfeld unterstützt. Wesemann unterstrich nicht nur, daß sie

einen äußerst geringen Versicherungsschutz“, stellte er zu ihrer Bereitschaft fest, für die OS-Außenstelle St. Andreasberg Opfer zu bringen.

Als „großes Übel“ bezeichnete der Rektor zwar die Ausarbeitung von Vertretungsplänen, und Wahlfrei-Arbeitsgemeinschaften sind nach seiner Erfahrung unter diesen Bedingungen nur schwer zu bilden, zusammenfassend aber stellte er vorzügliche Lernbedingungen heraus.

Aus pädagogischer Sicht ergibt sich allerdings durch die kleinen Lerngruppen in St. Andreasberg ein nicht erwünschter Nebeneffekt: Die Lehrkräfte haben das kleine Häuflein vor sich fest im Griff, ein „Abtauchen“ ist den Schülern kaum möglich. „Die Lehrer stellen fest, daß sich andere Schülertypen entwickeln“, sagte Jürgen Wesemann. „In kleinen Lerngruppen leidet die Selbständigkeit, auf der anderen Seite leisten die Schüler hier Schwerstarbeit“ – und damit war umrissen, was mit dem Begriff „Superlernstudio“ gemeint ist. *te-*



**Einheit** von Ortsbild und Brauchtumpflege: Als gehörte sie noch zum Alltag, zieht die Damenkapelle die Breite Straße hoch. Am

Sonntag ist es wieder soweit. Um 11 Uhr beginnt am Markt mit der Ernennung von Theo Weinhardt zum Herdenführer der Herdenaustrieb.

Eine halbe Stunde zuvor marschiert bereits der Festzug zum Wiesenblütenfest auf der Kuppe.

*Foto: Siebeneicher*

# Nordwest Zeitung

WESERMARSCH-ZEITUNG

**Brake. Der Schul- und Kulturausschuß** des Niedersächsischen Städtetages hat sich gestern in Brake (Kreis Wesermarsch) mit der Öffnung der Schulen für kommunalpolitische Themen, der Förderung der Kunstschulen und neuer Organisationsstrukturen in den kommunalen Verwaltungen befaßt. Der Ausschuß ist ein empfehlendes Gremium für das Präsidium des Städtetages.

**Brake. Die Spardiskussion** beschäftigte gestern den Schul- und Kulturausschuß des Niedersächsischen Städtetages, der in Brake tagte. Der Ausschuß debattierte Möglichkeiten der Öffnung der Schulen für kommunalpolitische Themen.

## Die Spardiskussion rüttelt an den Strukturen

Schul- und Kulturausschuß des Städtetages traf sich in Brake – Erfmann mit dabei

Von Lore Timme-Hänsel

**Brake.** Mit der Öffnung der Schulen für kommunalpolitische Themen, der Förderung der Kunstschulen und neuer Organisationsstrukturen in den kommunalen Verwaltungen befaßte sich der Schul- und Kulturausschuß des Niedersächsischen Städtetages gestern in Brake. Dem Ausschuß gehören 16 Mitglieder und sechs ständige Gäste an. Er ist ein empfehlendes Gremium für das Präsidium des Städtetages.

Vorsitzender des Schul- und Kulturausschusses ist seit 1974 Werner Grübmeier aus St. Andreasberg. Als Geschäftsführer fungiert Rüdiger Goldmann aus Burgdorf. Dem Ausschuß gehört auch Brakes Stadtdirektor Walter Erfmann an.

Mit der Spardiskussion habe das Nachdenken über eine Umstrukturierung der Verwaltung eingesetzt, erklärte Goldmann in einem Pressegespräch. „Es muß der Eindruck von Bürokratie verändert werden. Stadtverwaltung muß als eine Dienstleistung verstanden werden“, sagte Grübmeier. In den Niederlanden hat man den Kommunalverwaltungen bereits mehr Selbständigkeiten bei den Haushalts-



Der Schul- und Kulturausschuß des Städtetages (von links): Stadtdirektor Walter Erfmann, Vorsitzender Werner Grübmeier aus St. Andreasberg und Geschäftsführer Rüdiger Goldmann. Bild: Lore Timme-Hänsel

mitteln zugestanden. Das sogenannte „Tillburger Modell“ hält der Ausschuß auch auf Schulen übertragbar. In Osnabrück wird das „Tillburger Modell“ bereits in der Sportförderung praktiziert. Der Ausschuß gab die Empfehlung, weitere Modell-Versuche zuzulassen.

Zentrales Thema der Sitzung war die Öffnung von Schule für neue Konzeptionen, die der Lebenswelt der Schüler mehr Rechnung tragen. Empfehlenswert sind nach Ansicht des Ausschus-

ses eine verstärkte Kooperation zwischen Lehrern und Eltern sowie eine Verbindung zu kulturellen und sozialen Einrichtungen und auch politischen Gremien. „Themen könnten zum Beispiel die Abfallentsorgung oder Stadtanierung sein“, erklärt Grübmeier.

Der Ausschuß hält eine ausdrückliche Empfehlung des niedersächsischen Kultusministeriums zur Öffnung von Schule allerdings nicht für notwendig. Ein Aufsatz im Schulverwaltungsblatt sei

ausreichend.

Die schwierige Lage der Kunstschulen in Niedersachsen war ein weiteres Thema im Ausschuß. Die 40 Kunstschulen erhalten pro Jahr eine Million DM vom Land. Ab 1994 wird sich die Vergabe des Zuschusses an der Bedürftigkeit der einzelnen Kunstschulen orientieren, einen Pauschalbetrag gibt es nicht mehr. „Die Kulturarbeit ist eine kommunale Aufgabenstellung. Es ist aber nur eine Anforderung von vielen Belastungen“, sagte Goldmann

# KREISZEITUNG

## WESERMARSCH

16. Juni 1993

## Mehr Mut zu Experimenten

### Städtetag-Ausschuß tagte in Brake

Brake. Fürs Leben soll die Schule lehren – und aus dem alltäglichen Leben lernen. „Öffnung von Schule“ heißt das Zauberwort, aus dem der Schul- und Kulturausschuß des Niedersächsischen Städtetages seine Formel schuf. Der tagte gestern in Brake und erhofft sich, die Mitglieder zu mehr Experimenten motivieren zu können.

Mit seinen Empfehlungen richtet sich der Ausschuß vor allem „nach innen“, wie Beigeordneter Rüdiger Goldmann erläuterte, der die Geschäftsstelle vertrat. Die 145 Mitgliedstädte sollen durch das Gremium Anregungen bekommen, die sich an aktuellen kommunalpolitischen Fragen orientieren.

Im Gespräch war bei der gestrigen Sitzung zunächst die Verknüpfung von Schule und Lebensumwelt. In der Zusammenarbeit mit kulturellen Einrichtungen konnte sich dies Werner Grübmer, Vorsitzender des Ausschusses, etwa vorstellen. Aber auch die Aufarbeitung kommunalbezogener Themen nannte er als Beispiel. „Bis hin zur Mitgestaltung der Stadtsanierung“, meinte Grübmer. „Warum sollten Mädchen und Jungen nicht ebenso gute Einfälle haben wie ein Architekt?“

Die Schule als „abgeschotteter Raum“ ist out. Aber um die Vernetzung mit der Gesellschaft mehr und mehr zu realisieren, bedürfe es laut Ausschuß keiner Empfehlung des Kultusministeriums. Diese, meinte Goldmann, sei eher hinderlich.

#### Raum für Flexibilität

Denn Freiheit läßt sich schwer vorschreiben, sie benötigt jedoch ihren Schutzraum. Den will der Schul- und Kulturausschuß des Niedersächsischen Städtetags auch in anderer Hinsicht schaffen. Mehr Platz für flexible Entscheidungen wünscht er sich auch für die Städte – möglicherweise sogar in der Gemeindeordnung als „Experimentierklausel“ verankert.

Der Kommunalverwaltung müsse finanziell mehr Selbstständigkeit zugedacht werden – „parallel zur Wirtschaft“, wie Rüdiger Goldmann sich ausdrückte. Die Verwaltung von Ressourcen müsse verlagert werden in die unteren Ebenen, in einzelne Abteilungen. So könnten Spargewinne erzielt werden, die an einer anderen Stelle eingesetzt werden könnten. „Mit den gleichen Finanzmitteln wollen wir so einen höheren Effekt erzielen“ stellte sich Goldmann vor.

ras

Kanten der Granitstein-Einfassungen in der Schützenstraße sollen entschärft werden

## Bauausschuß in großer Sorge um Autoreifen

**ST. ANDREASBERG.** So wie nach gründlicher Vorberatung beschlossen und in der Finanzierung schließlich durchgesetzt, wird die Schützenstraße umgebaut. Nun aber trat der Bauausschuß mit verkürzter Ladungsfrist zur Schadensbegrenzung zusammen. Scharfkantige Granit-Begrenzungssteine, die Autoreifen zu zerstören drohen, waren Bürgermeister Hans Bahn sogar Anlaß für einen zusätzlichen Eilantrag zur Geltendmachung etwaiger Regreßansprüche.

Im Hintergrund stehe „das Mißgeschick eines Ratsangehörigen, das wir alle bedauern“, aber es gehe „um einen Sachverhalt allgemeiner Natur“, versicherte Ausschußvorsitzender Werner Grübmeier: So eilig war der Ausschuß einberufen worden, daß die Öffentlichkeit von der Sitzung nichts erfuhr. Kritik an der Ausführung des Umbaus der Schützenstraße auch aus der Öffentlichkeit heraus bestätigte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz. Nun war sie so dringlich, daß Bürgermeister Hans Bahn zum Stopp für das Setzen der Baumscheiben-Einfassungen bis zur Klärung möglicher Schadensabwehr-Maßnahmen auch noch einen Eilantrag zur Klärung möglicher Regreßansprüche einreichte.

Der Ausschuß am Montag zum Beschluß- und Genehmigungsverfahren für den Straßenumbau: Granitstein-

Einfassungen für die Baumscheiben, die die Einstellflächen für jeweils zwei Fahrzeuge in Längsrichtung auf 12 Meter Länge begrenzen, frostsicher sind und auch dem Schneepflug Widerstand leisten – die Bauausführung entspreche präzise den im Ausschuß

ausdiskutierten Vorstellungen, erinnerte der Stadtdirektor. Stadtplaner Uwe Metzging ergänzte ihn mit dem Hinweis auf DIN-Normen für den Straßenbau und die überwundenen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Granit-Einfassungen durch die

Bezirksregierung. Von einem Beschluß, die Einfassungen am Fahrbahnrand abzusenken, sprach zwar Horst Hörseljau, aber er meinte schließlich, die Baufirma habe korrekt gearbeitet – sie sei nur einfach zu schnell gewesen, um noch rechtzeitig Änderungen vorzunehmen.

Jetzt geht es unter Umständen um Geld – auch 15 000 DM sind viel für den Rat, versicherte der Bürgermeister. Auf diese Summe etwa kam Dipl.-Ing. Uwe Metzging überschlägig, wenn die schon gesetzten Einfassungen teilweise herausgenommen und durch „runde Ecken“ ersetzt werden. Ganz rund geht es nicht, man müßte zum Vieleck übergehen. Aber man könnte auch die reifenfressend scharfen Ecken der Einfassungen auch einfach abschlagen – „scharrieren“, wie der Ausschuß bei einer anschließenden Ortsbesichtigung als Fachausdruck zur Kenntnis nahm.

Was auf der Ostseite der Schützenstraße geändert und auf der Westseite erst gar nicht angefangen werden soll, will der Bauausschuß am Donnerstag entscheiden. Die Tagesordnung der Sitzung, die für 18 Uhr im Rathaus-Nebengebäude anberaumt ist, war bereits einmal verlängert worden. Nun wird der Sitzung um 17.30 Uhr ein Ortstermin vorausgehen. Für ihn soll die Baufirma Beispiele der diskutierten Lösungsmöglichkeiten in den Sand setzen. te-



Reifenabrieb ortete der Bau- und Umweltausschuß an vielen Stellen, vor allem an den scharfkantigen Ecken der Granitsteine. Beispiele für bauliche Änderungen will er nun am morgigen Donnerstag in Augenschein nehmen. Foto: Tempes

## Umweltministerin Monika Griefahn weihte Nationalparkverwaltung ein „Mit den Menschen planen und gestalten“

**ST. ANDRERASBERG.** Dem Nationalpark Harz werden aus ökologischer Sicht, mit seiner Verwaltungsstruktur und der Motivation seiner Mitarbeiter optimale Voraussetzungen bescheinigt. Seit gestern sind offiziell auch die organisatorischen Voraussetzungen komplett. Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn weihte in Oderhaus die zentral im Harz gelegene Nationalparkverwaltung ein.

Die Ziele effiziente Arbeit und Kontakt zum Bürger seien die ausschlaggebenden Kriterien für die Entscheidung gewesen, die Verwaltung nicht bei der Bezirksregierung in Braunschweig, sondern in Oderhaus einzurichten, unterstrich Monika Griefahn. Deshalb auch werde in St. Andreasberg das Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit konzentriert werden, räumte sie Zweifel aus, die nach einer Presseveröffentlichung im Zusammenhang mit der Nationalparkverwaltung Hochharz in Sachsen-Anhalt aufgetreten waren. Bereits jetzt bestehe eine gute Zusammenarbeit mit dem Internationalen Haus Sonnenberg und der Stadt Andreasberg als Trägerin für ein Informationshaus in der ehemaligen Erzwäsche – „wir stehen zu dem Projekt, für uns ist das Informationszentrum eine unverzichtbare Einrichtung“.

Für eine gemeinsame Verwaltung beider Nationalparke seien Lösungsvorschläge in Arbeit, mit denen sich in den nächsten gemeinsamen Sitzungen

die Kabinette beider Länder befassen würden, erklärte die Ministerin. Sie hoffte auf Lösungen, „die allen nutzt und alle an einen Strang ziehen läßt“. Schon jetzt seien für die wichtigsten Tätigkeitsfelder Waldbehandlung, Öffentlichkeitsarbeit und Forschung gemeinsame Leitlinien abgestimmt.

Monika Griefahn räumte ein, daß es bei der Vorarbeit an der Nationalparkverordnung im Harz konträre Diskussionen gegeben habe. Von Anfang an sei es dem Ministerium jedoch wichtig gewesen, „mit den Menschen hier zu planen und zu gestalten“. Das, betonte sie, werde auch in Zukunft so bleiben. Zufriedenheit versicherte sie darüber, daß sich jetzt Angehörige der Forstverwaltung und viele Menschen aus dem Harz für die Arbeit am Nationalpark engagieren, „für Natur und Region mit Überzeugung und Tatkraft einbringen“.

Die Neuorganisation im Verwaltungsbereich hat sich nach Feststellung der Umweltministerin für die Forstleute im Harz beruflich und persönlich „in unterschiedlicher Weise“ ausgewirkt. Sie dankte allen, daß sie diese Neuorganisation mitgetragen haben. Dadurch und durch die kooperative Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium sei eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele des Nationalparks möglich geworden. Den gelungene Umbau von alten Forsthäusern zur Nationalparkverwaltung bezeichnete sie als Sinnbild für die geleistete Arbeit.

Dem Sinnbild drückte sie durch



Mit einem roten Schraubenzieher brachte Umweltministerin Monika Griefahn das Schild für den Dienstsitz des selbständigen Dezernats an der Nationalparkverwaltung Harz an.

eigene Arbeit den Stempel auf: Nachdem sie ein Bild als Erinnerungsgeschenk von Nationalparkleiter Dr. Wolf-Eberhard Barth in Empfang genommen hatten, persönlich mit einer Schraubenzieher das Schild an der Nationalparkverwaltung“ am Ge-



Glück gehabt: Der Regen verschonte die Teilnehmer an der Einweihungsfeier.

Fotos: Tempes

26.8.1994

Umweltministerin Monika Griefahn weihte Nationalparkverwaltung ein

## „Mit den Menschen planen und gestalten“

**ST. ANDRERASBERG.** Dem Nationalpark Harz werden aus ökologischer Sicht, mit seiner Verwaltungsstruktur und der Motivation seiner Mitarbeiter optimale Voraussetzungen bescheinigt. Seit gestern sind offiziell auch die organisatorischen Voraussetzungen komplett. Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn weihte in Oderhaus die zentral im Harz gelegene Nationalparkverwaltung ein.

Die Ziele effiziente Arbeit und Kontakt zum Bürger seien die ausschlaggebenden Kriterien für die Entscheidung gewesen, die Verwaltung nicht bei der Bezirksregierung in Braunschweig, sondern in Oderhaus einzurichten, unterstrich Monika Griefahn. Deshalb auch werde in St. Andreasberg das Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit konzentriert werden, räumte sie Zweifel aus, die nach einer Presseveröffentlichung im Zusammenhang mit der Nationalparkverwaltung Hochharz in Sachsen-Anhalt aufgetreten waren. Bereits jetzt bestehe eine gute Zusammenarbeit mit dem Internationalen Haus Sonnenberg und der Stadt Andreasberg als Trägerin für ein Informationshaus in der ehemaligen Erzwäsche – „wir stehen zu dem Projekt, für uns ist das Informationszentrum eine unverzichtbare Einrichtung“.

Für eine gemeinsame Verwaltung beider Nationalparke seien Lösungsvorschläge in Arbeit, mit denen sich in den nächsten gemeinsamen Sitzungen

die Kabinette beider Länder befassen würden, erklärte die Ministerin. Sie hoffte auf Lösungen, „die allen nutzt und alle an einen Strang ziehen läßt“. Schon jetzt seien für die wichtigsten Tätigkeitsfelder Waldbehandlung, Öffentlichkeitsarbeit und Forschung gemeinsame Leitlinien abgestimmt.

Monika Griefahn räumte ein, daß es bei der Vorarbeit an der Nationalparkverordnung im Harz konträre Diskussionen gegeben habe. Von Anfang an sei es dem Ministerium jedoch wichtig gewesen, „mit den Menschen hier zu planen und zu gestalten“. Das, betonte sie, werde auch in Zukunft so bleiben. Zufriedenheit versicherte sie darüber, daß sich jetzt Angehörige der Forstverwaltung und viele Menschen aus dem Harz für die Arbeit am Nationalpark engagieren, „für Natur und Region mit Überzeugung und Tatkraft einbringen“.

Die Neuorganisation im Verwaltungsbereich hat sich nach Feststellung der Umweltministerin für die Forstleute im Harz beruflich und persönlich „in unterschiedlicher Weise“ ausgewirkt. Sie dankte allen, daß sie diese Neuorganisation mitgetragen haben. Dadurch und durch die kooperative Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium sei eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele des Nationalparks möglich geworden. Den gelungene Umbau von alten Forsthäusern zur Nationalparkverwaltung bezeichnete sie als Sinnbild für die geleistete Arbeit.

Dem Sinnbild drückte sie durch



Mit einem roten Schraubenzieher brachte Umweltministerin Monika Griefahn das Schild für den Dienstsitz des selbständigen Dezernats Nationalpark an.

eigene Arbeit den Stempel auf: Nachdem sie ein Bild als Erinnerungsgeschenk von Nationalparkleiter Dr. Wolf-Eberhard Barth in Empfang

genommen hatte, befestigte sie persönlich mit einem roten Schraubenzieher das Schild „Nationalparkverwaltung“ am Gebäude.



Werner Grübmeier: Verwaltung ist Sitz der „kreativen Intelligenz“

## Die Harzer Multiplikatoren schulen

ST. ANDREASBERG. Wenn die Nationalparkidee lebendig werden solle, dürfe trotz der gegenwärtigen Finanzmisere gerade in der Startphase an Sach- und Personalkosten nicht gespart werden, mahnte stellvertretender Landrat Werner Grübmeier in seinem Grußwort zur Einweihung der Nationalparkverwaltung.

Für die Kreistage und Verwaltungen der Landkreise Goslar und Osterode bekannte sich Grübmeier zur Nationalparkidee: „Wenn wir anerkennen, daß jeder von uns in den Verhaltenscodex zur Schaffung und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt eingebunden ist, dann haben wir alle im eigenen Umfeld Aufgaben, die es zu lösen gilt. Und unser Umwelt ist der Harz!“

Die Ursache des zunächst starken Harzer Widerstandes gegen die Nationalpark-Ausweisung suchte Grübmeier damit zu erklären, daß im Harz aus Liebe zur Heimat seit Jahrzehnten kulturelle Werte einschließlich der Natur mit und ohne Unterstützung der öffentlichen Hände aus Eigeninitiative heraus instandgesetzt und gepflegt worden seien. Ohne diesen Einsatz, so Grübmeier, hätten neue Biosphärenreservate, Biotope und Naturschutzgebiete wie die Oberharzer Bergwiesen nicht entstehen können. Aus der Sorge heraus, dieser Einsatz werde nicht anerkannt, hätten sich viele ehrenamtlich Tätige mit dem Nationalpark-Gedanken zunächst nicht anfreunden können. Viele Gespräche und behutsames Vorgehen seien notwendig gewesen, um gerade dieses wertvolle Potential für die Zukunft einzubinden, und mitreißender Überzeugungsarbeit werde

es bedürfen, damit alle Harzer sich mit dem Nationalpark identifizieren.

Die Grüße zur Einweihung des Sitzes der „kreativen Intelligenz“ des Nationalparks verknüpfte Grübmeier mit dem Wunsch, daß den Harzern nun der Nationalpark zu einem besonders vertrauten Stück Heimat wird. Dies könne nicht durch die Proklamierung einer Idee, sondern nur durch das zweifelsfrei hochqualifizierte Team der Nationalparkverwaltung und den zusätzlichen Einsatz vieler Menschen erreicht werden. Die Region Harz erwarte nun vom Nationalpark Harz eine Initialzündung für eine naturverträgliche touristische Entwicklung. Dafür, so Grübmeier, müßten allerdings alle Bürger, Vermieter, Gastronomen, Einzelhandel und Handwerk, in die Lage versetzt werden, sachgercht und positiv zu argumentieren. Aufgabe sei es deshalb auch, Konzepte zu entwickeln für „Multiplikatoren“ der Nationalparkidee.

Der stellvertretende Landrat verwies darauf, daß inzwischen auch die Schnittstelle beider Harzer Nationalparke grenzenlos geworden sei. Wenn auch nun alle einen einheitlichen Nationalpark wollen, müsse trotzdem erst „unser“ Nationalpark in Ordnung gebracht werden. Deshalb sei es notwendig, ihn in der Prioritätenliste des Landesministeriums weit oben anzusiedeln. In diesem Zusammenhang erinnerte Grübmeier daran, das integrierte Verkehrssystem nicht aus den Augen zu verlieren.

Das Landwirtschaftsministerium unterstütze den Nationalpark, aber in der Forstverwaltung bleibe die kostendeckende Bewirtschaftung des



Ein Nationalparkbild als Erinnerungsgeschenk gab es von Dr. Wolf-Eberhard Barth (links) auch für Staatssekretär Uwe Bartels.

Rohstoffes Holz weiterhin Ziel, betonte Staatssekretär Uwe Bartels aus dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Er stellte fest, daß 80 Prozent der Beamten und Angestellten der Nationalparkverwaltung aus der Landesforstverwaltung kommen. Der Nationalpark könne dadurch auf eine bereits gut funktionierende Verwaltung mit organisatorisch optimalen Startbedingungen aufbauen. Enorme Anstrengungen seien jedoch weiterhin nicht nur auf dem Gebiet der Waldentwicklung, sondern auch in den Sachgebieten Forschung, Dokumentation, Bildung und Erholung erforderlich. te-

### **Nationalpark hat große Schubwirkung**

ST. ANDREASBERG. Ihr Einsatz und ihre Entscheidung für den Nationalpark Harz zeigen allen Unkenrufen zum Trotz erste politische Erfolge. Dieses Fazit zog die CDU-Gemeinschaftsfraktion bei ihrer Auftaktsitzung zum neuen Jahr. „Wir dürfen uns aber nicht zurücklehnen, sondern müssen den begonnenen Weg konsequent zu Ende gehen“, formulierte Werner Grübmeyer.

Einmütigkeit herrschte in der Beurteilung, daß der Nationalpark für den St. Andreasberger Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe von enormer Schubwirkung sein kann. Ratsherr Uwe Sonntag: „Dafür brauchen wir die Bündelung aller Kräfte.“ Politische Mäkelei behindere die Verwaltung bei den notwendigen Arbeiten und zerstöre ehrenamtliches Engagement.

Aus Sicht der Fraktion darf das wichtige, manchmal allerdings eher aktionistisch wirkende Auftreten der Parteien vor der Wahl keinen Einfluß auf die Ausschuß- und Ratsarbeit haben. Kritisch wurde angemerkt, daß der städtische Haushalt diesmal nicht zum Ende des abgelaufenen Jahres verabschiedet worden ist. Das solle sich künftig wieder ändern. Unabhängig von der eingeschränkten Arbeitsfähigkeit der Verwaltung könnten notwendige Anträge gefährdet werden.

3. II. 1994

# Nationalpark im Harz umfaßt 15 800 Hektar

Griefahn: Tourismus und  
Wintersport weiter möglich

von **vdB. Hannover**  
Das teilweise sehr heftige Gerangel um den geplanten Nationalpark im niedersächsischen Teil des Harzes ist beendet. Umweltministerin Monika Griefahn legte am Dienstag in Hannover die unmittelbar vorher vom Kabinett beschlossene Verordnung vor, die am 1. Januar 1994 in Kraft tritt und ein 15 800 Hektar großes Gebiet zwischen Bad Harzburg, Braunlage und Herzberg unter besonderen Schutz stellt. Der niedersächsische Nationalpark grenzt unmittelbar an den bereits vorhandenen 6000 Hektar großen Nationalpark, den Sachsen-Anhalt rund um den Brocken ausgewiesen hat. Griefahn sagte, das Ziel einer gemeinsamen Verwaltung für die beiden Parke sei nicht aus den Augen gelassen worden, zunächst werde der niedersächsische Nationalpark von St. Andreasberg aus eingerichtet.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurde der Zuschnitt des Nationalparks verändert. Südwestlich von Braunlage wurde ein 435 Hektar großes Gebiet ausgeklammert, um den Abbau des hier vorkommenden Schwespat nicht zu blockieren. Aus Rücksicht auf eine Pappfabrik wurden im Eckertal 31 Hektar ausgegrenzt, an der Eckertalsperre wurden weitere vier Hektar ausgespart. Griefahn betonte, das Schutzgebiet befinde sich fast durchweg im Eigentum des Landes und umfasse etwa ein Sechstel des niedersächsischen Harzes. 95 Prozent des Nationalparks seien bewaldet. Ein Teil der Wälder müsse noch naturnah entwickelt werden. Etwa 5000 Hektar Wald könnten sofort ihrer natürlichen Entwicklung überlassen bleiben.

Mit Blick auf die Vorbehalte, die insbesondere mehrere Förster gegen die Einrichtung eines Nationalparks erhoben haben, sagte Griefahn, sie habe diese Kritik weitgehend akzeptiert. Kein Förster werde seine Arbeit verlieren, auch die 150 Waldarbeiter würden weiterbeschäftigt. Jedoch kämen auf Förster wie Waldarbeiter neue Aufgaben im Naturschutz zu.

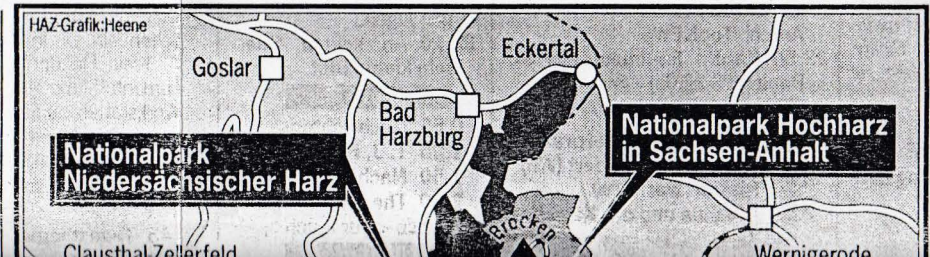
Für die Nationalparkverwaltung, die als



Auch die vom sauren Regen zerstörten Waldgebiete auf dem Bruchberg sind Bestandteil des Nationalparks Harz.

Aufn.: Klaus Finn

auch das Sammeln von Beeren und Pilzen erlaubt. Griefahn wies ausdrücklich darauf hin, daß der Tourismus im Harz erhalten bleibe. Es werde ein umfangreiches Netz von Wanderwegen ausgeschildert und an den Nachbarpark angefügt. Am Odeerteich und auch am Silberteich werde es auch künftig Badeplätze geben. Auch die Langlaufloipen sollten den Harz weiterhin als Ausflugsgebiet attraktiv machen. Eine Loipe am Bruchberg sei jedoch aufgegeben



## Griefahn: Touris- und Wintersport weiter möglich

von Klaus F. Heene

Das teilweise sehr heftige Gerangel um den geplanten Nationalpark im niedersächsischen Teil des Harzes ist beendet. Umweltministerin Monika Griefahn legte am Dienstag in Hannover die unmittelbar vorher vom Kabinett beschlossene Verordnung vor, die am 1. Januar 1994 in Kraft tritt und ein 15 800 Hektar großes Gebiet zwischen Bad Harzburg, Braunlage und Herzberg unter besonderen Schutz stellt. Der niedersächsische Nationalpark grenzt unmittelbar an den bereits vorhandenen 6000 Hektar großen Nationalpark, den Sachsen-Anhalt rund um den Brocken ausgewiesen hat. Griefahn sagte, das Ziel einer gemeinsamen Verwaltung für die beiden Parke sei nicht aus den Augen gelassen worden, zunächst werde der niedersächsische Nationalpark von St. Andreasberg aus eingerichtet.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurde der Zuschnitt des Nationalparks verändert. Südwestlich von Braunlage wurde ein 435 Hektar großes Gebiet ausklammert, um den Abbau des hier vorkommenden Schwespat nicht zu blockieren. Aus Rücksicht auf eine Pappefabrik wurden im Eckertal 31 Hektar ausgegrenzt, an der Eckertalsperre wurden weitere vier Hektar ausgespart. Griefahn betonte, das Schutzgebiet befindet sich fast durchweg im Eigentum des Landes und umfasse etwa ein Sechstel des niedersächsischen Harzes. 95 Prozent des Nationalparks seien bewaldet. Ein Teil der Wälder müsse noch naturnah entwickelt werden. Etwa 5000 Hektar Wald könnten sofort ihrer natürlichen Entwicklung überlassen bleiben.

Mit Blick auf die Vorbehalte, die insbesondere mehrere Förster gegen die Einrichtung eines Nationalparks erhoben haben, sagte Griefahn, sie habe diese Kritik weitgehend akzeptiert. Kein Förster werde seine Arbeit verlieren, auch die 150 Waldarbeiter würden weiterbeschäftigt. Jedoch kämen auf Förster wie Waldarbeiter neue Aufgaben im Naturschutz zu.

Für die Nationalparkverwaltung, die als Sonderdezernat der Bezirksregierung in Braunschweig zugeordnet wird, werden zunächst zehn Planstellen ausgewiesen. Der Etat des Nationalparks (14,4 Millionen Mark im kommenden Jahr) wird nur zu einem Sechstel vom Umweltministerium verwaltet. Etwa 12 Millionen Mark kommen aus der Kasse des für die Landesforsten zuständigen Landwirtschaftsministeriums.

Der Verordnungstext nimmt Rücksicht auf alte Rechte, die im Harz verankert sind. So dürfen Bodenschätze auch künftig genutzt werden. In den Buchenwäldern bei Lonau und Bad Harzburg kann weiter Brennholz gesammelt werden. Die Waldgaststätten erhielten eine Existenzgarantie. In der Zeit vom 1. Juli bis zum 15. Oktober bleibt in bestimmten Regionen



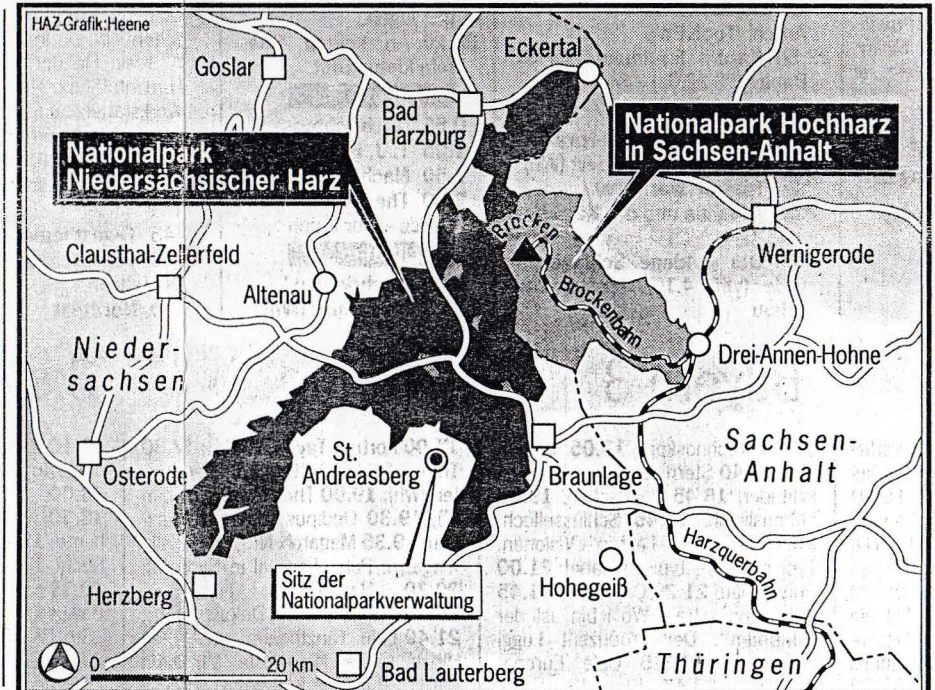
Auch die vom sauren Regen zerstörten Waldgebiete auf dem Bruchberg sind Bestandteil des Nationalparks Harz.

Aufn.: Klaus Finn

auch das Sammeln von Beeren und Pilzen erlaubt. Griefahn wies ausdrücklich darauf hin, daß der Tourismus im Harz erhalten bleibe. Es werde ein umfangreiches Netz von Wanderwegen ausgeschildert und an den Nachbarpark angefügt. Am Ode-teich und auch am Silberteich werde es auch künftig Badeplätze geben. Auch die Langlaufloipen sollten den Harz weiterhin als Ausflugsgebiet attraktiv machen. Eine Loipe am Bruchberg sei jedoch aufgegeben und durch eine hochmoderne neue am Sonnenberg ersetzt worden.

Die Jagd auf Schalenwid (Hirsche, Rehe, Mufflons und Wildschweine) soll auch künftig erlaubt sein. Nach Griefahns Darstellung ist sie dringend erforderlich, wenn eine natürliche Verjüngung der Wälder angestrebt wird. Möglicherweise wird die Nationalparkverwaltung demnächst im Harz mehrere Luchse aussetzen, auch soll das Projekt zur Wiederansiedlung von Au-erwild von Lonau aus fortgeführt werden.

Der Naturschutzbund Deutschland kritisierte gestern abend die von Griefahn vorgestellte Verordnung als enttäuschend und nicht akzeptabel. Die Nationalparkverwaltung sei zu schwach und werde die Natur bei Konflikten mit wirtschaftlichen Interessen nicht wirksam schützen können.



Bergstadt soll „Leitbild künftiger fremdenverkehrswirtschaftlicher Ausrichtung“ sein

## Anspruch auf Anerkennung als „Modellgemeinde“

ST. ANDREASBERG. Mit einer Resolution erhebt die Bergstadt St. Andreasberg Anspruch auf Anerkennung als „Modellgemeinde zur Entwicklung eines umweltschonenden und sozialverträglichen Tourismus“. Der Appell an die Niedersächsische Landesregierung wurde am Dienstag in der öffentlichen Sitzung des Rates zwar bei vier Enthaltungen, aber einstimmig verabschiedet.

In der Resolution wird Bezug genommen auf die Studie „Perspektiven und Chancen einer erfolgreichen Entwicklung am Beispiel der Bergstadt St. Andreasberg“, die im Auftrag des Niedersächsischen Umweltministeriums vom Büro für Tourismus und Erholungsplanung, Hannover, im Zu-

sammenhang mit der Nationalparkplanung erstellt wurde. Die in ihr entwickelte Konzeption sei im Zusammenhang mit dem künftigen Nationalpark „Niedersächsischer Harz“ als Leitbild künftiger fremdenverkehrswirtschaftlicher Ausrichtung zu handhaben, wird in der Resolution gefordert. Am Beispiel der fremdenverkehrswirtschaftlichen Ausrichtung der Bergstadt sei nachzuweisen, daß die Erwerbsgrundlagen der ortsansässigen Bevölkerung auch im Zusammenhang mit dem geplanten Nationalpark und dem „Naturpark Harz“ nachhaltig gesichert werden könnten.

Dem Land soll ferner der Antrag vorgelegt werden, St. Andreasberg bei der Umsetzung der in der Studie dar-

gestellten Empfehlungen sowie bei den Maßnahmen, die im Zuge der Nationalparkplanung notwendig werden, besonders zu fördern.

„Die Inhalte eines umweltschonenden und sozialverträglichen Tourismus werden in St. Andreasberg zumindest ansatzweise schon heute praktiziert“, betont die Bergstadt zur Begründung ihrer Ansprüche. St. Andreasberg biete mit seiner Überschaubarkeit und Kleinteiligkeit, aber auch mit Unverfälschtheit von baulichen und touristischen Fehlentwicklungen die einzigartige Chance, als Modellgemeinde „sanfter Tourismus“ am Nationalpark entwickelt zu werden. Mittelfristig könne dadurch eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschafts-

struktur der bisherigen Bedarfszuweisungsgemeinde St. Andreasberg eintreten.

Die vier Stimmenthaltungen bei der Verabschiedung der Resolution sind im Zusammenhang mit Vorbehalten gegenüber absehbaren Inhalten der Nationalparkverordnung zu sehen. In der Diskussion zur Stellungnahme der Bergstadt zur Nationalparkverordnung waren unter anderem auch Bedenken zu den tatsächlichen Möglichkeiten der Entwicklung eines „sanften Tourismus“ geäußert worden. Die Ergänzung, „was immer das auch sein mag“, war im übrigen auch bei der Ratssitzung ein gebräuchliches Anhängsel an den Begriff „sanfter Tourismus“.

te-

Bauausschuß fordert Alternativplan für Erschließung des Waldhotels

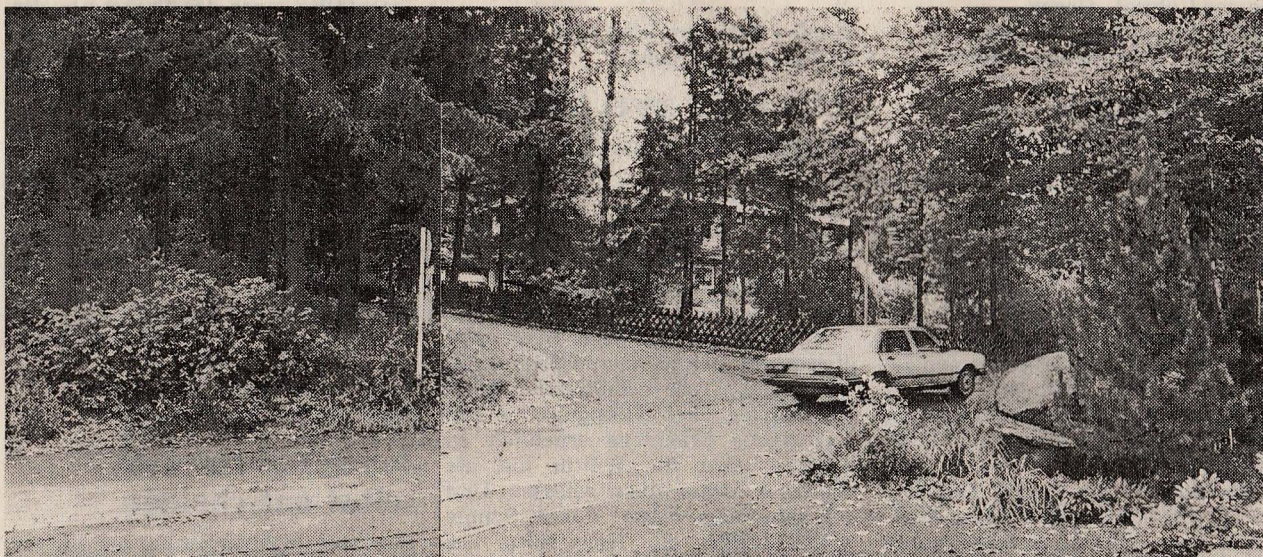
# Einbahnstraßenlösung wird untersucht

**ST. ANDREASBERG.** Den Weg frei zu machen für die Genehmigungsreife der Straßenplanung für das Waldhotel „Walpurgishof“ war das Ziel der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses. Aber mit seinem Mehrheitsbeschluß für die Untersuchung einer Einbahnstraßen-Alternativlösung begab sich der Ausschuß nachträglich in einen planerischen Kreisverkehr.

Von der Planung betroffene Anwohner des Andreasweges waren interessierte Zuhörer der öffentlichen Sitzung am Dienstag. Sie befürchten Verminderung des Wohnwertes und – soweit Pensionsbesitzer – auch Verringerung der Attraktivität ihrer Häuser durch den Fahrzeugverkehr zum geplanten Waldhotel sowie auf dem Gelände des Gebäudekomplexes selbst. Zu ihrem Sprachrohr im Rat machen sich – wenn die im Ausschuß gemachten Aussagen zutreffen – sämtliche Mitglieder der Zählgemeinschaft. Und sie stellen die Mehrheit.

150 Betten soll der Hotelkomplex aufweisen, ein Planungsideal für die Bergstadt: Das Konzept einer landschaftsschonenden Planung durch den Braunlager Architekten Konrad Richter und einen Hotelbetrieb im Sinn des „sanften Tourismus“ ist als Philosophie des Investors ausgewiesen. Ob sie auf Dauer auch Philosophie des Betreibers sein wird, mußte in der Sitzung offen bleiben: Er ist vom Investor bisher nicht benannt, die Zählgemeinschaft befürchtet nachträgliche Auswirkungen seines Erfolgswanges: Als „Walpurgishof“ wird das Waldhotel in der Beschlußvorlage bezeichnet – daß dort der Teufel in nicht erfüllbaren Vorgaben steckt, meint die Zählgemeinschaft.

So schmal ist die Straße durch den Wald geplant, daß für die Busse Aus-



Vom Finkenweg (Bildmitte) herunterkommend, sollen die Fahrzeuge in den Andreasweg einbiegen. Planung und vermutliche Verringerung der Anwohnerbelastung stehen nun zur Diskussion.

Foto: Tempes

Aussage von Martina Behnke von der NILEG. Am Anfang des Andreasweges aber, in Höhe einer Kastanienallee, soll die Erschließungsstraße an sechs Wohn- und Pensionsgrundstücken vorbeiführen.

Die Zählgemeinschaft SPD/FDP/ABL im Rat mißtraut der prophezeiten geringen Verkehrsbelastung und plädiert für eine Einbahnstraßenregelung: Zum Hotelkomplex soll der Verkehr über Quellenweg und Finkenweg geführt werden, zurück in voller Länge über den Andreasweg. Die Belastung werde damit auf mehrere Anwohner verteilt, lautet die Begründung.

Dagegen steht die Auffassung von Planern und CDU-Gemeinschaftsfraktion, daß auf diese Weise vor allem mehr Verkehr erzeugt werde: Ein Um-

Frühsummer war die Einbahnstraßen-Idee geboren worden, aber ein Beschlußantrag wurde offenbar nicht formuliert. Damals habe die CDU-Gemeinschaftsfraktion die absolute Mehrheit gehabt, für die Alternativlösung sei deshalb keine Chance gesehen worden, lautete jedenfalls die Begründung von Volker Thale.

Bereits im Zusammenhang mit dem Erläuterungsbericht zum Bebauungsplan Andreasheim, der zur Kenntnis genommen wurde, hatte Thale die Notbremse gezogen: So lange der Betreiber nicht genannt werde, sei er nicht bereit, sich weiter an der Diskussion zu beteiligen, lautete seine Ankündigung (Ausschußvorsitzender Werner Grübmeier begründete zwar die Zurückhaltung des Investors, sagte aber Bemühungen um eine Rats-

Pkw-Gäste und (oder?) Busse sowie Einrichtung eines Pendelverkehrs zu einem öffentlichen Parkplatz sei zu prüfen.

Zu früh auf dem Tisch lag die Beschlußvorlage nach seiner Meinung auch wegen eines fehlenden Schallschutzgutachtens, das von ihm vorab verlangt worden sei. Fred Trawny verwies dazu auf die voraussichtliche Verkehrsbelastung, die für den Bebauungsplan errechnet wurde. Sie schließe eine Lärmbelästigung aus, die Lärmschutzmaßnahmen erforderlich machen würden, versicherte der Bauamtsleiter.

Mit den drei Stimmen der Zählgemeinschaft wurde der Anspruch auf Untersuchung einer Alternativlösung auf den Weg gebracht. Wie entscheiden die Einbahnstraßenlösung im Rat



senanntensachen und Planung durch den Braunlager Architekten Konrad Richter und einen Hotelbetrieb im Sinn des „sanften Tourismus“ ist als Philosophie des Investors ausgewiesen. Ob sie auf Dauer auch Philosophie des Betreibers sein wird, mußte in der Sitzung offen bleiben: Er ist vom Investor bisher nicht benannt, die Zählgemeinschaft befürchtet nachträgliche Auswirkungen seines Erfolgszwanges: Als „Walpurgishof“ wird das Waldhotel in der Beschlußvorlage bezeichnet – daß dort der Teufel in nicht erfüllbaren Vorgaben steckt, meint die Zählgemeinschaft.

So schmal ist die Straße durch den Wald geplant, daß für die Busse Ausweichstellen vorgesehen werden müssen. Diese Planung sei bereits mit der Bezirksregierung abgestimmt und im Grunde genehmigungsreif, bekräftigte Bauamtsleiter Fred Trawny die

## GLOSSE

### Wie sanft?

Eine Vorreiterrolle in einer neuen Bewegung „Sanfter Tourismus“ will die Bergstadt einnehmen, den Anspruch darauf hat sie in einer Resolution erhoben. Aber immer noch wird im Rat gerätselt, was sanfter Tourismus eigentlich ist, und wie sich sanfte Touristen wohl verhalten.

Auch die Tourismus-Philosophie der „Allboden“, die das Waldhotel „Walpurgishof“ bauen möchte, hat den Ratsmitgliedern nicht weitergeholfen.

Und die GZ kann über diese Philosophie leider nicht berichten, weil ihr diese Information leider vorenthalten wurde.

Ratsherr Horst Hörseljau hat sich jetzt immerhin schon eine Erkenntnis zusammenge reimt: „Mit dem Fahrrad werden die (Gäste des Waldhotels) nicht kommen“, versicherte er.

Aber wer im Harz herumradeln will, muß ja ohnehin ein harter Bursche sein . . .

Kurt Tempes

lee, soll die Erschließung durch sechs Wohn- und Pensionsgrundstücken vorbeiführen.

Die Zählgemeinschaft SPD/FDP/ABL im Rat mißtraut der prophezeiten geringen Verkehrsbelastung und plädiert für eine Einbahnstraßenregelung: Zum Hotelkomplex soll der Verkehr über Quellenweg und Finkenweg geführt werden, zurück in voller Länge über den Andreasweg. Die Belastung werde damit auf mehrere Anwohner verteilt, lautet die Begründung.

Dagegen steht die Auffassung von Planern und CDU-Gemeinschaftsfraktion, daß auf diese Weise vor allem mehr Verkehr erzeugt werde: Ein Umweg mit zwei rechtwinkligen Kurven mehr bei der Zufahrt zum Hotelkomplex, und dazu auch noch ein Einbahnstraßen-Kreisverkehr für die Anwohner und deren Gäste. Bereits im

## KOMMENTAR

### Die Alternative des Investors

Von Kurt Tempes

**E**in Hotel soll in St. Andreasberg gebaut werden, mit 150 Betten – endlich ein Silberstreif am Horizont. Um so mehr, als die Planung exakt in die Fremdenverkehrskonzeption der Bergstadt paßt. Sozusagen kein Baum soll dafür fallen. Da sollte man meinen, der Rat und seine Gremien würden die sprichwörtlichen Bäume ausreißen, um die Sache in Gang zu setzen. Aber dank Beharrlichkeit im Bauausschuß ist der Rat mit seinen Hausaufgaben jetzt wieder dort angelangt, wo er schon im Frühsommer war.

Hotel-Investoren finden sich heute nur noch für eine Großstadt, sagte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in der Bauausschußsitzung. Es war ein sanfter Hinweis auf besonderes Glück der Bergstadt: Eine Gesellschaft verfügt bereits über ein Idealgrundstück, auf dem dem St. Andreasberger Fremdenverkehr eine neue Heimat gegeben werden könnte. Aber während auf Landesebene zur Ankurbelung der Wirtschaft um eine Reduzierung der Baugenehmigungshürden ge-

stritten wird, muß sich der Investor auf kommunaler Ebene ausbremsen sehen. Ihm ist es gewiß egal, ob sich in St. Andreasberg die Mehrheitsverhältnisse im Rat geändert haben und wie weitgehend sich Ratsmitglieder wann den Bedenken einiger Betroffener anschließen. Er kann eine Entscheidung erwarten. Niemand weiß jedenfalls, wann er sich zu einer Alternative entschließen könnte: Zum Verzicht auf das Vorhaben.

Die Mehrheit im Bauausschuß gebärdete sich am Dienstag eher wie ein Untersuchungsausschuß in Sachen Planung der Nieg. Aus dem Auge verloren hat sie dabei anscheinend, daß sie der ganzen Bergstadt verpflichtet ist. Und die ist Bedarfszuweisungsgemeinde. Wenn Bedenken gegen eine insgesamt als gut anerkannte Planung so zeitverzögernd aufgetürmt werden, daß einem endlich gefundenen Investor der Kragen platzen könnte, muß man sich fragen, mit welchem Recht von der Bergstadt eigentlich Bedarfszuweisungen beansprucht werden.

Zu früh auf dem Tisch lag die Beschlußvorlage nach seiner Meinung auch wegen eines fehlenden Schallschutzgutachtens, das von ihm vorab verlangt worden sei. Fred Trawny verwies dazu auf die voraussichtliche Verkehrsbelastung, die für den Bebauungsplan errechnet wurde. Sie schließe eine Lärmbelästigung aus, die Lärmschutzmaßnahmen erforderlich machen würden, versicherte der Bauamtsleiter.

Mit den drei Stimmen der Zählgemeinschaft wurde der Anspruch auf Untersuchung einer Alternativlösung auf den Weg gebracht. Wie entschieden die Einbahnstraßenlösung im Rat vertreten wird, ist offen: Als „nicht so dramatisch“ hatte Albert Kehr die voraussichtliche Belastung der Andreasweg-Anwohner in einer persönlichen Erklärung bezeichnet. te-

## Wald und Wild stehen im Mittelpunkt

ST. ANDREASBERG. „So retten wir den Wald . . .“ – eine Wanderung in den Harzwald des nächsten Jahrtausends – das ist einer der Programmpunkte des Aktionsangebotes „Harzer Wald- und Wildtage“ vom 23. bis 26. September in der Bergstadt St. Andreasberg.

Das Gesamtprogramm steht unter dem Motto „Der Forstmann und sein Wald“. Das Angebot bietet dem Harzbesucher außergewöhnliche Einblicke in die Arbeit des Forstmannes und des Lebensraumes Wald. Erörtert werden die Beanspruchungen und die Veränderungen des Waldes durch den Menschen, die Ursachen von Waldschäden, die Möglichkeit der Hilfe für den Wald, dessen Selbstheilungskräfte und nicht zuletzt das Thema „Der Wald als Lehrmeister und Erholungsraum für den natursuchenden Menschen“. Eine Ausstellung, eine geführte Wanderung zur Hirschbrunft sowie ein großes Waldbiwak mit lustigen Wettkämpfen gehören ebenso zum Programm wie ein großes Wildspezialitätenbüfett mit anschließendem Heimatabend. Für Frühaufsteher ist eine Wanderung unter dem Motto „Der Zauber des Harzwaldes“ morgens um 6 Uhr vorgesehen.

Informationen erteilt die Kurverwaltung St. Andreasberg, Telefon 0 55 82/8 03 36.



Niedersächsisches  
Kultusministerium

Niedersächsisches Kultusministerium - Postfach 161 - 3000 Hannover 1

Herrn Beigeordneten  
Werner Grübmeier  
Wiehbergstr. 18

30519 Hannover

Neue Postleitzahlen ab 01.07.1993  
Postfach 161 30001 Hannover  
Schiffgraben 12 30159 Hannover

Bearbeitet von

(Bitte bei Antwort angeben)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Mein Zeichen	(0511)120-	Hannover
	505 - 81 503/12	8543	29. Sept. 1993

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens berufe ich Sie erneut nach § 2 der Verordnung über die Berufung und die Wahl der Mitglieder des Landeschulbeirates vom 21.12.1977 (Nds. GVBl. S. 663) für die Dauer von 3 Jahren zum Mitglied des Landeschulbeirates.

Ich freue mich auf Ihre Mitarbeit in diesem Gremium und hoffe, daß durch Ihre Erfahrung auf dem Gebiet des Schulwesens die Arbeit des Landeschulbeirates besonders gefördert wird.

Zu Ihrem Stellvertreter habe ich

Herrn Stadtamtsrat Heinrich Gießelmann, Schulamt der Landeshauptstadt Hannover, Röselerstr. 2, 30159 Hannover, berufen.

Ich darf Sie bitten, sich im Verhinderungsfall mit Ihrem Stellvertreter in Verbindung zu setzen.

Die durch Ihre ehrenamtliche Tätigkeit entstehenden notwendigen Kosten werden erstattet (Sitzungsgeld und Reisekosten).

Die konstituierende Sitzung findet am 06.12.1993 statt.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

*Fischer-Piper*

Dienstgebäude  
Schiffgraben 12  
Hannover

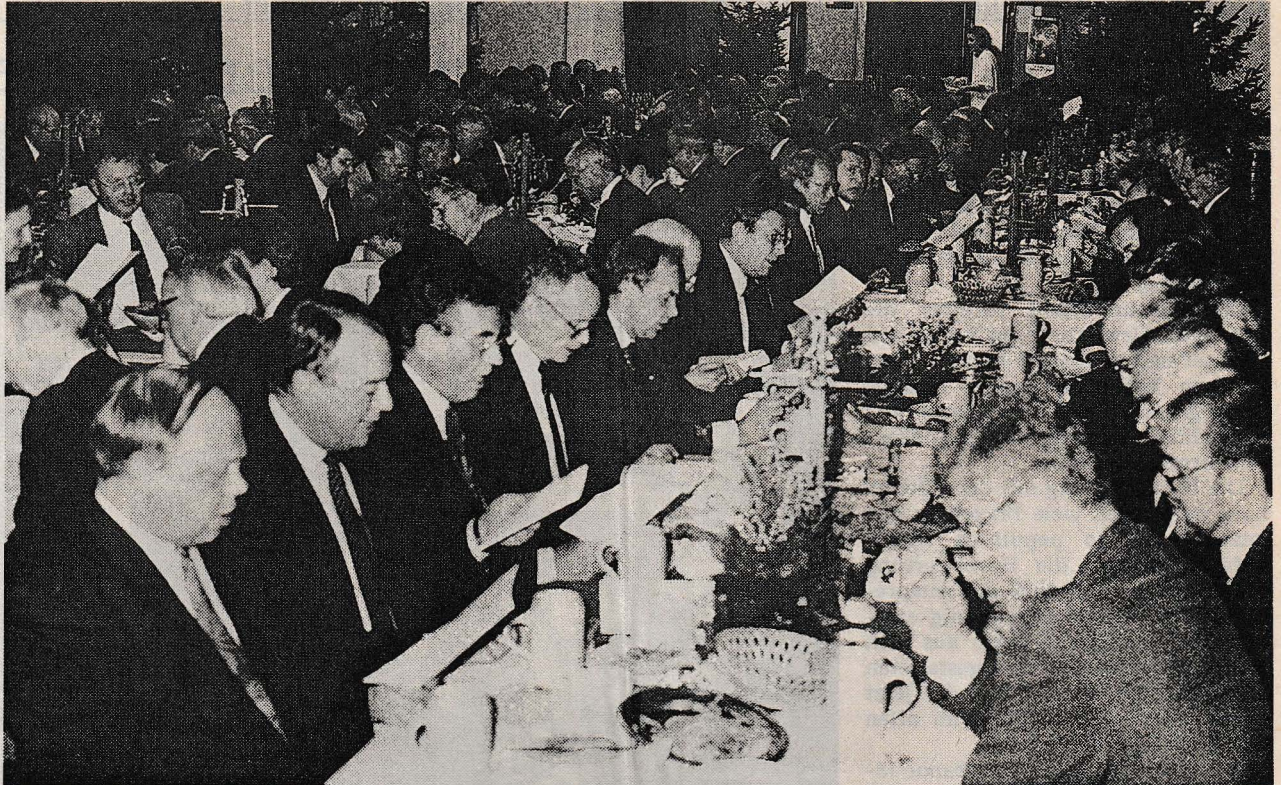
Telefon  
(05 11) 120-1  
Telefax  
(05 11) 120-84 36

Teletex  
511 89 965 = NdsLReg  
Telex  
9 23 414-65 nl d

Paketanschrift  
Schiffgraben 12  
3000 Hannover 1

Überweisung an Niedersächsische Landeshauptkasse Hannover  
Konto-Nr. 250 015 67 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)  
Konto-Nr. 101 359 271 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)  
Konto-Nr. 90-304 PGiroA Han (BLZ 250 100 30)

## OBERHARZ



Singen ist ein wichtiger Bestandteil des Harzer Tscherpers. Auch am Dienstag wurden die Stimmbänder nicht geschont.

Minister Fischer Ehrengast beim Harzer Tscherper

# Harzer - Menschen mit Weitblick

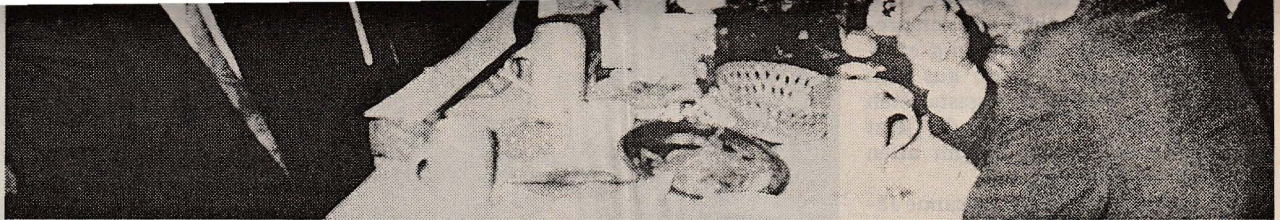
**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** „Feiern Sie doch den nächsten Harzer Tscherper in den Räumen der TU, nämlich hier“, riet Niedersachsens Wirtschaftsminister Dr. Peter Fischer am Dienstagabend beim 18. Harzer Tscherper in der Oberharz-Kaserne.

Der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Ehrengast des 18. Harzer Tscherpers, verband die Schwierigkeiten, für den Tscherper bis zur Fertigstellung des Glückauf-Saales ein geeignetes Domizil zu finden, flugs mit den neuesten Nachrichten aus Hannover. Danach ist nämlich das Land zur Übernahme der Kaserne zu Zwecken der TU bereit.

Der Harzer Tscherper, nunmehr zum 18. Mal von der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld und der Binding Brauerei veranstaltet, hat feste Rituale. Daß es nämlich dem Ehrengast vorbehalten ist, das Starkbier, den Carolus, dem Faß zu entlocken, daß dieser Ehrengast eine kurze Rede - gern auch humorvoll - halten muß, daß aber ansonsten das fröhliche Miteinander im Vordergrund steht, man also auf offizielle Regularien oder Etikette verzichtet.



Minister Dr. Peter Fischer schaffte es, ohne einen Tropfen zu verschenken, das



Singen ist ein wichtiger Bestandteil des Harzer Tscherpers. Auch am Dienstag wurden die Stimmbänder nicht geschont.

Minister Fischer Ehrengast beim Harzer Tscherper

## Harzer - Menschen mit Weitblick

**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** „Feiern Sie doch den nächsten Harzer Tscherper in den Räumen der TU, nämlich hier“, riet Niedersachsens Wirtschaftsminister Dr. Peter Fischer am Dienstagabend beim 18. Harzer Tscherper in der Oberharz-Kaserne.

Der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Ehrengast des 18. Harzer Tscherpers, verband die Schwierigkeiten, für den Tscherper bis zur Fertigstellung des Glückauf-Saales ein geeignetes Domizil zu finden, flugs mit den neuesten Nachrichten aus Hannover. Danach ist nämlich das Land zur Übernahme der Kaserne zu Zwecken der TU bereit.

Der Harzer Tscherper, nunmehr zum 18. Mal von der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld und der Binding Brauerei veranstaltet, hat feste Rituale. Daß es nämlich dem Ehrengast vorbehalten ist, das Starkbier, den Carolus, dem Faß zu entlocken, daß dieser Ehrengast eine kurze Rede - gern auch humorvoll - halten muß, daß aber ansonsten das fröhliche Miteinander im Vordergrund steht, man also auf offizielle Regularien oder Etikette verzichtet.

Deftige Wurstspezialitäten bilden einen guten Untergrund für den Carolus, der wie Binding-Niederlassungsleiter Klaus-Dieter Schönemann anmerkte, in „Maßen“ genossen gut bekömmlich ist. Nun, warum er nicht umsonst „Carolus der Stärke“ genannt wird, das wurde am gestrigen Buß- und Betttag so manchem Carolus-Freund klar und wohl auch, daß das Maß eine relative Sache ist.

Dennoch ist die Zahl der Carolus-Anhänger keineswegs im Schwinden begriffen - im Gegenteil. So war es dann auch wieder eine große Gästeschar, die Bürgermeister Heribert Meier begrüßte. „Wir hätten, wenn es nach dem Bürgermeister gegangen wäre, leicht auch 500 Gäste einladen können“, erklärte dazu Klaus-Dieter Schönemann.

Er war sich allerdings nicht sicher, ob der Bürgermeister dabei nicht vielmehr die Zukunft des Glückauf-



Minister Dr. Peter Fischer schaffte es, ohne einen Tropfen zu verschenken, das Carolus-Faß anzuzapfen. *Fotos: Meier-Cortés*

Saales im Sinne hatte, denn die Gäste entrichteten in diesem Jahr einen Obolus, der für die Restaurierung dieses Saales bestimmt ist.

Fröhlich eingestimmt mit Harzer Liedern der Bergsänger und dem süffigen Carolus vernahm man schließlich von Minister Dr. Fischer die Gründe, warum ein Landespolitiker öfter in den Harz reisen sollte, vor allem in politisch nicht gerade fröhlichen Zeiten, die aufs Gemüt schlügen: „Vom Leinetal nach Clausthal-Zellerfeld geht's immer aufwärts, das tut gut.“ Das Motto des Landes Niedersachsen „Land mit Weitblick“ könne nur im Harz entstanden sein, und Politikern, denen man des öfteren mangelnden Weitblick vorwerfe, täten deshalb gut daran, hierher zu kommen. Was für den Harz zutrefte,

gelte auch für die Menschen. Harzer seien Menschen mit Weitblick, und, so frotzelte der Minister, dazu gehöre auch der Bürgermeister. Mit dem verbinde ihn nämlich die Zuneigung zu Japan und besonders Hiroshima. „Wenn man so weitreichende Beziehungen pflegt, ist das ein Zeichen für Weitblick,“ stellte der Minister fest und hatte dann - nach seiner Warnung, jetzt werde es ein bißchen politisch - die Lacher mit seiner Schlußpointe auf seiner Seite. Einen Menschen mit Weitblick habe er nämlich im CDU-Schattenkabinett Wulff vermißt, sagte der Minister. Warum habe Meier sich nicht beworben? Die Antwort gab Fischer selbst: „Weil Heribert Meier ein Mensch mit Weitblick ist und weiß, wie im März die Wahlen ausgehen!“ *HaBe*

Zählergemeinschaft nun doch für 20 Pfennige mehr bei Abwassergebühren

## Auf ersten Beschlußvorschlag eingeschwenkt

**ST. ANDREASBERG.** Auf 10 Pfennige pro Kubikmeter Trinkwasser wollte die Zählergemeinschaft im Rat die Erhöhung der Abwassergebühren im Gebiet der Stammgemeinde vor einer Woche beschränken. In der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses am Dienstag dieser Woche ging sie über den neuen Verwaltungsvorschlag hinaus: 20 Pfennige mehr sind ihr neues Limit. Die CDU-Gemeinschaftsfraktion will nach wie vor am Nein zur Gebührenerhöhung festhalten.

Ein Schockerlebnis vom Vortag führte Bürgermeister Hans Bahn als Ursache für die Kanal-Kehrtwende an. Mit ihr ist die Zählergemeinschaft SPD/FDP/ABL nun genau dort angelangt, wo die Verwaltung ursprünglich war. Bei einer Tagung des Abwasserverbandes Bad Lauterberg sei deutlich geworden, welchen entscheidenden Einfluß auf die Gebührenhöhe das Eindringen von Fremdwasser in die Schmutzwasserkanalisation haben, erklärte Bahn. Um beim Anschluß an

das Klärwerk Scharzfeld voraussichtlich 1995 „gut gerüstet“ zu sein, müßten im Haushalt 1994 die Mittel für erforderliche Sanierungsarbeiten am Kanalnetz eingestellt werden. „Wir wollen unsere Bürger so wenig wie möglich belasten“, stellte Bahn fest, „aber eine deckende Gebühr jetzt ist sinnvoller, als nachher mindestens eine Verdoppelung der Gebühren in Kauf zu nehmen und erst dann noch das Kanalnetz zu sanieren.“

Im Bemühen um Zustimmung zumindest der Zählergemeinschaft hatte die Verwaltung Ansätze des ersten Gebührenhaushalts-Entwurfs gekürzt. So machte sie - freilich nur rechnerisch - die Beschränkung auf Anhebung um 15 Pfennige möglich. Nun aber stellte Horst Hörseljou für die Zählergemeinschaft mit Sorgen fest, daß nur noch 18 300 anstelle der bisherigen 26 000 DM für „Sanierung Kanalnetz“ vorgesehen wurden: „Dann würden wir also ein gewisses Defizit in Kauf nehmen müssen“, war sein Fazit. Nach Schätzung von Stadtdirektor Hans-Joachim Grog-

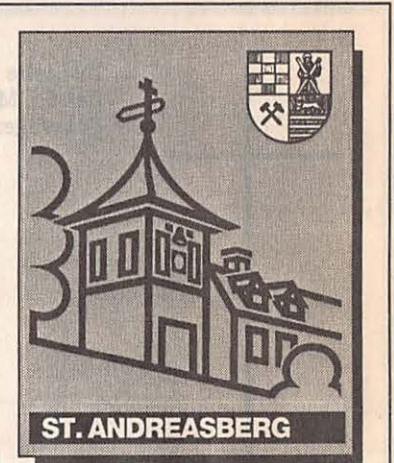
renz werden für den Kanalabschnitt zwischen Sägewerk und alter St. Andreasberger Kläranlage 20 000 ausreichen - allerdings allein für die Untersuchung des Kanals, der dort die Eigenschaft einer Drainage habe. Erst dann werde über das Verfahren der Sanierung zu entscheiden sein. Unter diesem Eindruck versicherte der Sprecher der Zählergemeinschaft Bereitschaft zur Erhöhung um 20 Pfennige, wie sie die Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen hatte.

„Wir sind natürlich ganz anderer Meinung“, erklärte Ausschußvorsitzender Karl-Heinz Plosteiner für die CDU-Zählergemeinschaft. Das Festhalten am Nein zur Gebührenerhöhung begründete er auch mit dem Hinweis, dieser Rat habe keine Schuld am Anschluß an den Abwasserverband Bad Lauterberg. Die CDU sehe den Haushalt 1994 als Ganzes an und werde nach einer Klausurtagung noch Vorschläge zur Sanierung des Etats einbringen.

Hans Bahn verwies demgegenüber auf die Forderung der Aufsichtsbe-

hörde, Gebührenhaushalte auszugleichen. „Sie schonen den Bürger nur verbal“, warf er der CDU-Gemeinschaftsfraktion vor, „die Sanierung des Kanalnetzes muß durchgezogen werden, alles andere ist nur politisches Verkaufen.“

Die erste Beschlußvorlage der Verwaltung war als „behandelt“ an den Rat verwiesen worden. Die neue Vorlage passierte den Fachausschuß nun mit der Stimmenmehrheit der Zählergemeinschaft in modifizierter Form: Abwasser soll ab 1. Januar 1994 im Gebiet der Stammgemeinde 2,50 DM pro verbrauchtem Kubikmeter Frischwasser (bisher 2,30 DM) kosten, der Ansatz für die Kanalsanierung kann so wieder aufgestockt werden. Und stärker als bisher geplant soll die Neuberechnung in den Ortsteilen beim Verbraucher zu Buche schlagen: Im Ortsteil Sonnenberg führt eine Erhöhung um 30 Pfennige zu 3,40 DM, in Oderbrück soll die Abwassergebühr nicht um 20 Pfennige, sondern sogar um 1,30 DM auf 6,30 DM angehoben werden. te-



## Erhöhte Abwasserabgabe lebhaft kritisiert

# Verärgerung im Finanz

ST. ANDREASBERG. Als unverstänlich bezeichnete es Werner Grübmeier in der Sitzung des Finanzausschusses, daß St. Andreasberg noch zur Abwasserabgabe herangezogen werde. Ein Blick in den Entwurf des Haushaltsplanes 1993 zeigt, daß die Abwasserabgabe, zu bezeichnen auch als Strafgebühr für nicht erfüllte Auflagen bei der Klärung der Abwässer, im kommenden Jahr voraussichtlich noch einmal ansteigen wird.

Mit knapp 12 000 DM wurde die Bergstadt 1991 zur Abwasserabgabe herangezogen, 44 800 DM sind für das laufende Haushaltsjahr angesetzt, und auf 52 000 DM schätzte Stadtkämmerer Siegfried Käßner die erwartete Ausgabe für 1993. Nicht nur Werner Grübmeier sah diese Position im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im Abwasserverband Bad Lauterberg und dem Neubau des Klärwerkes in Scharzfeld: „Die Heranziehung wäre gerechtfertigt, wenn wir verzögert hätten“, meinte Grübmeier. St. Andreasberg sei jedoch nicht verantwortlich für die Verzögerung der Fertigstellung.

In welchem Umfang die Abgabe relevant wird für die Abwassergebühren, steht allerdings noch nicht fest. Der Stadtkämmerer verwies auf die gesetzliche Möglichkeit der Erstattung, wenn der Anschluß von St. Andreasberg an das Klärwerk in Scharzfeld 1993 erfolgt. Erstattungsfähig sei der im Zeitraum der letzten drei Jahre bezahlte Betrag, stellte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz fest. In der Verbandsversammlung sei deshalb der Antrag gestellt worden, daß der Bau der Anschlußleitung vorgezogen werde und der Anschluß der Bergstadt noch 1993 erfolgt. Auch wegen der Gefahr, daß die Baupreise „davongaloppieren“, müsse die Bergstadt an einem höheren Bautempo interessiert sein.

Im Auge behalten muß die Bergstadt darüber hinaus das eigene Kanalnetz. Nach Abwassermengen werden vom Abwasserverband die Kosten für die Klärung abgerechnet. Je mehr Fremdwasser in die Kanäle eindringt, desto höher wird der Anteil der Bergstadt. Bedenken gab es deshalb von Herbert Schlieff gegen den Ansatz von nur 16 000 DM für „Sanierung Kanal-

# Alles kehrt

Von Kurt Tempes

Der Prophet im eigenen Land gilt nichts, der Künstler im Ort wird übersehen, und das im Ort gebräute Bier ist sowieso eine Plärre. Diese Einstellung trifft also auch den St. Andreasberger Stadtkämmerer. Schon bei der Haushaltsberatung 1992 hatte er gewarnt, daß ein Verzicht auf eine Erhöhung der Kanalgebühren nur mit dem Verzicht auf notwendige Kanalnetz-Sanierungen zu erkaufen sei. Und eben weil diese Sanierung nun besonders dringend ist, hatte er dafür 26 000 DM vorgesehen. Dann hatte er den Betrag wieder gekürzt, weil es die Zählgemeinschaft wollte. Aber weil der Bürgermeister inzwischen zum Abwasserverband gefahren war, gelten die Warnungen des Stadtkämmerers nun endlich doch.

Im Grunde nichts Neues hat der Bürgermeister in Bad Lauterberg erfahren, auch die deftige Erhöhung der Abwassergebühren in Bad Lauterberg um 95 Pfennige auf 4,70 DM war schon in der letzten Sitzung bekannt geworden. Nun aber weiß die Zählgemeinschaft tatsächlich, daß das Abwasserrohr bis zur künftigen Übergabestation alte Kläranlage dicht sein muß, damit die Bergstadt - spricht: der Bürger - künftig nicht für die Reinigung von Wasser bezahlt, das gar nicht gereinigt zu werden braucht.

„100 Prozent Fremdwasser sind normal“, warnte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz allerdings vor zu hohen Erwartungen. Wie dem auch sei, die exterritoriale Belehrung führte bei der Zählgemeinschaft zum Lernerfolg. Die CDU-Gemeinschaftsfraktion hatte ihn zwar schon signalisiert aber ganz einfach Weghören bei der Forderung der Kommunalaufsicht, den Gebührenhaushalt auszugleichen. Da wird die Erinnerung an die Einführung der Fremdenverkehrsabgabe vor rund fünf Jahren wach: So leicht wie damals der SPD/FDP die Ablehnung der Abgabe fiel, die ja im Rat doch nicht durchsetzbar war, kann heute die CDU-Gemeinschaftsfraktion als Minderheit im Rat über die Forderung der Aufsichtsbehörde hinwegsehen.

Ganz endgültig schien aber am Dienstag das Nein der CDU zur Gebührenerhöhung in der Stammgemeinde nicht mehr. Die Anhebung steht schließlich auch in dem „Gesamtzusammenhang mit dem Haushalt“, über den die Gemeinschaftsfraktion noch in Klausur gehen will. Sicher rechnet die CDU mal nach, wie es um die Schonung des Bürgers steht: Eine Erhöhung um 20 Pfennige bedeutet etwa 13 DM mehr - pro Bürger, im ganzen Jahr. Und: mit 2,50 DM bleibt St. Andreasberg an der untersten Grenze der

Der Rohbau steht: Finanzminister kam zum Richtfest für das C

## Millionenprojekt die Krone aufgesetzt

**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** Richtfest feierte jetzt das Clausthale Umwelttechnik-Institut (Cutec). Im Beisein von zahlreichen Gästen aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft wurde die Richtkrone auf den Rohbau des 45 Mio.-DM-Projekts gesetzt. Niedersachsens Finanzminister Hinrich Swieter ließ es sich nicht nehmen, zu diesem feierlichen Anlaß persönlich in den Oberharz zu kommen.

Das Institutsgebäude, das in knapp einem Jahr fertiggestellt sein soll, hat eine Nutzfläche von 4300 Quadratmetern. Es gliedert sich in einen Mittelteil, in dem unter anderem die Verwaltung untergebracht ist, und zwei Laborflügel. Hinzu kommen mehrere Versuchshallen.

Auf einer Oberharzer Wiese werde ein Forschungsinstitut geschaffen, das seinesgleichen in der Bundesrepublik suche, freute sich der Geschäftsführer des Cutec-Institutes, Prof. Dr. Kurt Leschonski, in seiner Begrü-

ßungsrede. Die Landesregierung habe dem Oberharz ein neues attraktives Betätigungsfeld gegeben, meinte er mit Blick auf den Finanzier des Projektes. Das Unternehmen Cutec, eine 100prozentige Landesgesellschaft, wird nämlich aus Strukturhilfemitteln bezahlt.

Daß das Projekt angesichts der hohen Investitionskosten überhaupt zustande gekommen ist, sei letztlich der Beharrlichkeit Prof. Leschonskis zu verdanken, stellte Finanzminister Swieter das Engagement des Cutec-Geschäftsführers heraus. Zwölf Jahre lang habe dieser dicke Bretter geholt, bis 1990 der erste sichtbare Erfolg, nämlich die Gründung des Cutec-Institutes, unter Dach und Fach gewesen sei. Ohne die Überzeugungskraft Prof. Leschonskis und dessen unermüdlichen Einsatz wäre das Projekt gescheitert, war sich Swieter sicher.

Mit dem Richtfest feiere man mehr als einen fertiggestellten Rohbau, fuhr



Richtfest im Nebel: Vom Boden aus wa aufzogen, nur als schemenhafte Gestalt

der Minister in seiner Rede fort. Man feiere zugleich auch die Realisierung einer wissenschaftlichen und einer umweltpolitischen Idee.

Die Cutec ist als außeruniversitäre Forschungseinrichtung in erster Linie auf dem Gebiet der Umweltforschung und der Umwelttechnik aktiv. Die Fachabteilungen des Institutes werden von Hochschullehrern der Tech-



Den Blick nach oben gerichtet, verfolgten Prof. Dr. Kurt Leschonski, der stellvertretende Landrat Werner Grübmeyer, Finanzminister Hinrich Swieter, Bürgermeister Heribert Meier, der Landtagsabgeordnete Peter Kopischke und Oberkreisdirektor Dr. Axel Saipa (vorne von links) das Geschehen auf dem Rohbau.

Fotos: Kirmse

Rohbau steht: Finanzminister kam zum Richtfest für das Cutec-Gebäude

## Millionenprojekt Krone aufgesetzt

**AL-ZELLERFELD.** feierte jetzt das Clausthale Umwelttechnik-Institut (Cutec). Im Rahmen zahlreicher Gäste aus Politik und Wissenschaft wurde die Richtkrone auf den Rohbau des 100-DM-Projekts gesetzt. Der Finanzminister Hinrich Swieter ließ es sich nicht nehmen, den feierlichen Anlaß persönlich dem Oberharz zu kommen.

Das Gebäude, das in knapp zwei Jahren fertiggestellt sein soll, hat eine Fläche von 4300 Quadratmetern und gliedert sich in einen Mittelteil, der unter anderem die untergebracht ist, und zwei Seitenflügel. Hinzu kommen zwei Versuchshallen.

Auf der Oberharzer Wiese wurde das Umweltinstitut geschaffen, nachdem zuvor in der Bundesrepublik die Freude über die Geschäftstätigkeit des Cutec-Institutes, Prof. Dr. Kurt Leschonski, in seiner Begrü-

ßungsrede. Die Landesregierung habe dem Oberharz ein neues attraktives Betätigungsfeld gegeben, meinte er mit Blick auf den Finanzier des Projektes. Das Unternehmen Cutec, eine 100prozentige Landesgesellschaft, wird nämlich aus Strukturhilfsmitteln bezahlt.

Daß das Projekt angesichts der hohen Investitionskosten überhaupt zustande gekommen ist, sei letztlich der Beharrlichkeit Prof. Leschonskis zu verdanken, stellte Finanzminister Swieter das Engagement des Cutec-Geschäftsführers heraus. Zwölf Jahre lang habe dieser dicke Bretter gehackt, bis 1990 der erste sichtbare Erfolg, nämlich die Gründung des Cutec-Institutes, unter Dach und Fach gewesen sei. Ohne die Überzeugungskraft Prof. Leschonskis und dessen unermüdlichen Einsatz wäre das Projekt gescheitert, war sich Swieter sicher.

Mit dem Richtfest feiere man mehr als einen fertiggestellten Rohbau, fuhr



**Richtfest im Nebel: Vom Boden aus waren die Handwerker, die die Richtkrone aufzogen, nur als schemenhafte Gestalten zu erkennen.**

der Minister in seiner Rede fort. Man feiere zugleich auch die Realisierung einer wissenschaftlichen und einer umweltpolitischen Idee.

Die Cutec ist als außeruniversitäre Forschungseinrichtung in erster Linie auf dem Gebiet der Umweltforschung und der Umwelttechnik aktiv. Die Fachabteilungen des Institutes werden von Hochschullehrern der Tech-

nischen Universität (TU) Clausthal betreut.

„Der Umweltschutzmarkt ist neben dem Informations- und Kommunikationsmarkt der wohl wichtigste und zukunftsreichste Markt“, sah der niedersächsische Finanzchef das Geld sinnvoll investiert.

Insbesondere mittelständische Betriebe, die sich keine eigene Abteilung für Forschung und Entwicklung leisten könnten, fänden im Clausthale Umwelttechnik-Institut einen Partner, meinte Swieter. Cutec sei in der Lage, den Technologietransfer für den Mittelstand zu leisten. Außerdem zeigte sich der Minister überzeugt davon, daß sich im Umfeld weitere Firmen ansiedeln und neue Arbeitsplätze im Oberharz schaffen werden.

Der Rektor der TU Clausthal, Prof. Dr. Claus Marx, freute sich darüber, wie zügig das Gebäude gewachsen sei. Prof. Leschonski bezeichnete er „als geistigen Lenker, treibende Kraft und Seele des Unternehmens“.

Clausthal-Zellerfelds Bürgermeister Heribert Meier stellte Prof. Leschonski als den „unermüdlichen Motor“ des Cutec-Institutes heraus. Er mahnte jedoch auch, die Folgekosten möglichst gering zu halten. Zu diesem Zwecke müßten viele Forschungsaufträge aus der Industrie eingeholt werden. Meier sprach in diesem Zusammenhang die Hoffnung aus, daß die Bergstadt bald den Ruf genieße, eines der Zentren für Umweltforschung in der Bundesrepublik zu sein.



**Nach oben gerichtet, verfolgten Prof. Dr. Kurt Leschonski, der stellvertretende Landrat Werner Grübmeier, Minister Hinrich Swieter, Bürgermeister Heribert Meier, der Landtagsabgeordnete Peter Kopischke und der Rektor Dr. Axel Saipa (vorne von links) das Geschehen auf dem Rohbau.**

Fotos: Kirmse

rk

## OBERHARZ



Einige Stühle blieben leer. Der Neujahrsempfang des CDU-Stadtverbandes stieß auf weniger Resonanz, als sich die Organisatoren wohl erhofft hatten. Die Anwesenden jedoch führten intensive Gespräche. *Foto: Siebeneicher*

CDU-Neujahrsempfang: Wenig Resonanz, aber:

# Partei sieht Zukunft optimistisch

ST. ANDREASBERG. Lag es am schönen Wetter oder war es ein Zeichen für die allgemeine pessimistische Grundeinstellung zum Staat und allem, was damit zu tun hat? Jedenfalls fand der Neujahrsempfang, zu dem der CDU-Stadtverband St. Andreasberg die bergstädtischen Vereine eingeladen hatte, nicht die Resonanz, die sich die Gastgeber erhofft hatten.

Der Stadtverbandsvorsitzende Hartmut Humm gab in seiner Begrüßung zu, daß „Neujahrsempfang“ möglicherweise ein zu großes Wort für dieses Treffen sei. Er versicherte aber, daß sich dahinter ehrlich gemeinter

Dank und Anerkennung für alle ehrenamtlich Tätigen verberge.

Dem vergangenen Jahr stellte Humm keine guten Noten aus. Vieles sei Stückwerk geblieben, zu vieles nicht so recht vorangekommen. Auch in der Bergstadt sei so etwas wie Staats- oder Parteienverdrossenheit deutlich spürbar. Die Bereitschaft, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen, habe nicht zugenommen.

In der Gründung neuer Parteien sah Humm allerdings kein Heilmittel. Eine Zersplitterung der Parteienlandschaft verhindere oder verzögere im Gegenteil das notwendige Handeln.

Von besonderer Bedeutung aber sei

der Kampf aller gegen den Rechtsradikalismus. Diese Auseinandersetzung müsse das Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger sein. „Veränderungen im Kopf“ und „Mut zur Zukunft“ forderte der Stadtverbandsvorsitzende deshalb von seinen Mitbürgern.

Keinen Anlaß, Trübsal zu blasen, sah der Landtagsabgeordnete Jürgen Dorka. Auch und gerade nicht im Angesicht der bevorstehenden Wahlen in Niedersachsen. Rotgrün habe im Lande versagt, meinte der Abgeordnete. Die CDU bereite sich deshalb darauf vor, die großen, noch anstehenden Aufgaben zu meistern. -cher



# Niedersächsischer Städtetag

- Verband kreisfreier und kreisangehöriger Städte und Gemeinden -  
Marktstraße 45 · 30159 Hannover

Hannover, den 18. Januar 1994  
Az.: /III - 004 - 04/2  
940118FA

**An  
die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder  
sowie die Ständigen Gäste des Schul- und Kulturausschusses**

Beig. Grübmeyer, St. Andreasberg  
(Vorsitzender)

SGBgm. Bienert, SG Oberharz

StR. Böhlmann, Hannover

StD. Springfield, Goslar

StD. Burchard, Celle

Bgm. Schwarting, Lüchow

StD. Erfmann, Brake

RH. Ihsen, Syke

StD. Habrock, Friesoythe

stellv.Bgm. Dr. Herting, Burgdorf

RH. Dr. Hinrichs, Buxtehude

StR'in Dr. Fiedler, Stade

StR. Kummer, Göttingen

StD. Bußmann, Bad Bentheim

StR. Lukat, Uelzen

StR. Bruns, Nordhorn

StD. Mackenberg, Osterh.-Scharmbeck

StD. Hons, Springe

Bgm. Schmidt, Esens

Beig. Janssen, Emden

StR. Dr. Seeber, Oldenburg

1. Bgm. Lenz, Braunschweig

StR. Sliwka, Osnabrück

StR. Slawski, Hameln

Beig. Stöhr, Aurich

Dez.'in Jansen-Eschner, Barsinghausen

Beig. Teysen, Hildesheim

StD. Kaufmann, Bad Bevensen

Bgm. Tölle, Northeim

RH. Dasenbrok, Wilhelmshaven

Beig. Wallraff, MdL, Garbsen

Bgm. Dr. Birker, Helmstedt

## Ständige Gäste

RH. Horstmeyer, Nordhorn

GD. Rendigs, Stuhr

OBgm. Struck, Salzgitter

StD. Dr. Toetzke, Alfeld

**60. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 25.01.1994 in Hannover**  
*Unsere Einladung vom 04.01.1994*

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu **TOP 3** der bevorstehenden Sitzung des Schul- und Kulturausschusses habe ich Ihnen aufgrund einer heutigen Information des zuständigen Abteilungsleiters des MK mitzuteilen, daß der Entwurf einer Änderungsverordnung des MK zur Schulentwicklungsplanung aufgrund einer Entscheidung der Spitze des Hauses in Kenntnis der geplanten Beratungen des Nieders. Städtetages **nicht** bis zum 25.01.1994 für das Anhörungsverfahren freigegeben werden kann, da offenbar noch Änderungen vorgenommen werden sollen. Auch ein Vertreter des MK wird in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses des NST nicht zur Verfügung stehen.


Anstelle des TOP "Entwurf einer Änderungsverordnung zur Schulentwicklungsplanung" soll nunmehr aus aktuellem Anlaß der

**TOP 3a Empfehlungen zur Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen mit Rechnern und Programmen für den Unterricht**

behandelt werden. Dazu ist ergänzend ein Vorbericht beigefügt.

Wir wünschen eine gute Anreise am 25.01.1994.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung



(Goldmann)

**Anlage**

## NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG

**Marktstraße 45  
3000 Hannover 1  
Telefon: (0511) 36 89 40**

<p>Der Niedersächsische Städtetag ist ein kommunaler Spitzenverband. Er ist Landesverband des Deutschen Städtetages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Dem Niedersächsischen Städtetag gehören 145 Mitglieder mit rd. 4,6 Mio. Einwohnern an:</p> <p>10 kreisfreie Städte (einschließlich Göttingen)</p> <p>7 große selbständige Städte</p> <p>34 selbständige Städte</p> <p>82 kreisangehörige Städte</p> <p>5 Gemeinden</p> <p>7 Samtgemeinden</p> <p>Außerordentliche Mitglieder sind auch der Kommunalverband Großraum Hannover und der Zweckverband Großraum Braunschweig.</p> <p>Der Niedersächsische Städtetag hat die Aufgabe, seine Mitglieder durch Beratung und Vermittlung des Erfahrungsaustausches in ihrer Arbeit zu fördern, die gemeinsamen Belange wahrzunehmen und gegenüber Landtag und Landesregierung zu vertreten.</p> <p>Als Verbandszeitschrift wird monatlich eine Zeitschrift herausgegeben (monatliche Regelaufgabe 5.000 Exemplare).</p> <p>Der Niedersächsische Städtetag arbeitet mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund, der in erster Linie die Gemeinden zu seinen Mitgliedern zählt, und dem Niedersächsischen Landkreistag in der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zusammen.</p>	<p>Der <b>Schul- und Kulturausschuß</b> ist einer von sieben Fachausschüssen im Niedersächsischen Städtetag.</p> <p>Der Schul- und Kulturausschuß bereitet auf seinen Arbeitsgebieten die Beschlüsse des Präsidiums vor.</p> <p>Dem Ausschuß gehören folgende Mitglieder an:</p> <p>Beig. Grübmer, St. Andreasberg (Vors.) StR. Böhlmann, Hannover StD. Burchard, Celle StD. Erfmann, Brake StD. Habrock, Friesoythe RH. Dr. Hinrichs, Buxtehude StR. Kummer, Göttingen StR. Lukat, Uelzen StD. Mackenberg, Osterh.-Scharmbeck Bgm. Schmidt, Esens StR. Dr. Seeber, Oldenburg StR. Sliwka, Osnabrück Beig. Stöhr, Aurich Beig. Teyssen, Hildesheim Bgm. Tölle, Northeim Beig. Wallraff, MdL, Garbsen</p> <p>Ständige Gäste:</p> <p>RH. Horstmeyer, Nordhorn GD. Rendigs, Stuhr OBgm Struck, Salzgitter StD. Dr. Toetzke, Alfeld</p> <p>Den Schul- und Kulturausschuß betreut seitens der Geschäftsstelle Beigeordneter Rüdiger Goldmann.</p>
--	--

**Nieders. Städtetag**  
Marktstr. 45  
30159 HANNOVER

940103FF

**Tagesordnung für die 60. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 25.01.1994 in Hannover**

- 1. Eröffnung und Begrüßung**
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die 59. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 28.10.1993 in Hildesheim**
- 3. Empfehlungen zur Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen mit Rechnern und Programmen für den Unterricht**
- 4. Entwurf einer Verordnung über sonderpädagogischen Förderbedarf**
- 5. Erfahrungsaustausch aus der Sicht des Schulträgers**
  - 5.1 Erfahrungen mit Kleinen Grundschulen**
  - 5.2 Erfahrungen mit Integrationsklassen**
  - 5.3 Erfahrungen mit der Vollen Halbtagschule**
- 6. Überlassung von Schulräumen für Orchester und Spielmannszüge zu Probezwecken**  
(Schreiben des Niedersächsischen Turnerbundes vom 29.11.1993)
- 7. Budgetierung von Haushaltsmitteln für Schulen nach § 111 NSchG n.F.**
- 8. Gewalt und Schule**
- Anfragen und Mitteilungen**

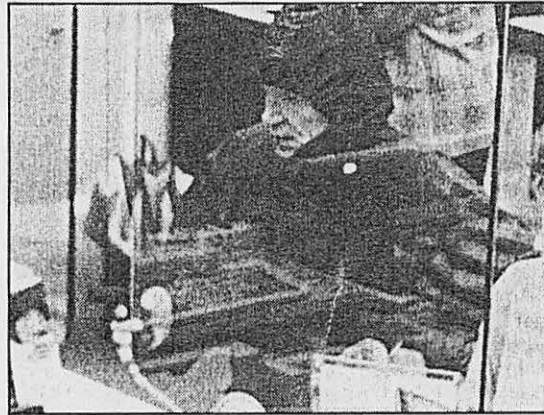
## ● Bankraub – wieder mit Rad

LAATZEN. Bei einem Überfall auf eine Geschäftsstelle der Kreissparkasse erbeutete gestern ein maskierter Räuber rund 30 000 Mark.

Der Mann – etwa 30 bis 40 Jahre alt, 1,75 Meter groß, blaue Regenjacke mit Kapuze – betrat um kurz nach zehn Uhr die Filiale in Alt-Laatzen in der Hildesheimer Straße. Einer Bankkundin drückte er von hinten eine Pistole in den Rücken und rief dann: „Überfall, das Geld her.“ Eine Angestellte raffte die Scheine zusammen, der Räuber verstaute seine Beute in einer Plastiktüte. Dann lief der Mann aus dem Gebäude und fuhr mit einem

dunklen, alten Herrenfahrrad in Richtung Kreuzweg davon. Eine Polizeifahndung mit mehreren Streifenwagen und einem Hubschrauber blieb erfolglos.

Erst einen Tag vorher hatte ein Räuber auf dem Engelbosteler Damm 10 000 Mark bei einem Banküberfall erbeutet. Auch er entkam mit dem Fahrrad. Ob es sich um denselben Täter handelt, konnte die Kripo gestern noch nicht sagen. Das Geldinstitut in Laatzen ist vor acht Monaten schon Mal überfallen worden. Damals erbeutete ein Kapuzenmann mit dunkelblauer Jacke rund 10 000 Mark.



So fotografierte die Automatikcamera den Räuber

## Schlemmen in und um Hannover



Mit dem Varta-Führer unterwegs

HANNOVER. Wer schlemmen möchte, sollte wissen wo. Damit Sie keine bösen Überraschungen erleben, testen NP und Redaktion des Varta-Führers Restaurants in und um Hannover – immer donnerstags unsere große Restaurantserie.

Morgen gibt es einen Tip aus einem Stadtteil Hannovers.



## Wulff w Regieru Verschlep der Expc

HANNOVER. Der CI kandidat für die niede Landtagwahl, Christ hat der rot-grünen Reg der Stadt Hannover c geworfen, sie würden tionellen Planungen fi 2000 verschleppen. ( bezeichnete er die V lung als „einzigartige Niedersachsen“. Das l dadurch „Zentrum freundlicher Produkte duktionsverfahren“ w sammen mit dem CI tagsabgeordneten Fri ger legte Wulff eine Expo-Dokumentation

Die Planungen für di ter dem Motto „Men Technik“ sind ins Stock Die Bundesregierung keine Entscheidung Expo-BetreiberGesells Strittig ist die Frage der der-Gesellschaft. Wt dazu: „Die Bremser sit Bonn sondern in Hanc sterpräsident Gerhard (SPD) sei nicht einmal b sen, mit ihm über die Ex chen. Der CDU-Hoffr

Ausschuß des Städtebundes legt in Hannover alarmierende Untersuchung vor

# Mehr Gewalt in den Schulen Auch Mädchen schlagen jetzt zu

VON KARL-RICHARD WÜRGER

HANNOVER. „Die Brutalität des Miteinanders und die Gewalt untereinander hat zugenommen. Das ist nicht zu bestreiten.“ Das stellte gestern der Vorsitzende des Schulausschusses des Deutschen Städtebundes, Werner Grübmeyer, in einem Gespräch mit der NEUEN PRESSE fest. Anlaß dafür war die Tagung des Kommunalen Spitzenverbandes in Hannover. Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein Thema von großer Brisanz: Gewalt in der Schule. Dazu hat der Ausschuß ein Fachpapier erarbeitet, in das die Erfahrungen eingeflossen sind, die in den Kommunen gemacht wurden.

Dabei wird festgestellt, daß die Gewalt innerhalb und außerhalb der Schule zunimmt. Auffällig dabei: Agressivität ist heute nicht mehr nur gegen Sachen gerichtet, sondern zunehmend auch gegen Mitschüler.

Die zusammengefaßten Einschätzungen der Schulträger: die Reizschwelle ist niedriger, es geht verrohter zu als früher, hartes und brutales Zuschlagen ist häufiger.

Wie sehr die Zeiten sich geändert haben, wird klar, wenn man zusammenfaßt, was in Hannover und anderswo läuft: Mädchen werden geschlagen, Mädchen schlagen selber zu. Im Bericht des Ausschusses heißt es:

„Der Ehrenkodex von früher gilt nicht mehr“.

Und noch etwas steht drin, was wichtig ist: „Schule wird erneut anders. Der Staat ist in der Pflicht.“ Der Schulausschuß als Teil dieses Staates hat deshalb seine Hausaufgaben gemacht – und Vorschläge erarbeitet, die die Schulen entlasten sollen. So spricht er sich:

- für vertretbare Klassengrößen,
- für die Durchbrechung des 45minütigen Unterrichtstaktes,
- für vermehrte Elterngespräche und
- für Ganztagsbetreuung aus.

Gleichzeitig wünscht man sich eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit schulbezoge-

nen Beratungsdiensten, insbesondere mit dem Schulpsychologischen Dienst.

Runde Tische werden angedacht – dezentral und auch stadtteilbezogen. Das Problem dabei benennt Grübmeyer: „Man muß nur aufpassen, daß das keine Quasselbuden werden...“

Das wichtigste vielleicht: der Schulausschuß des Städtetages spricht sich für eine Vernetzung städtischer Dienststellen aus. Es gilt die Feststellung: „Mit einer administrativen Vernetzung können überhaupt weichere Formen der Gestaltung und der Einflußnahme Hand in Hand gehen.“

Ein Provisorium wird platt gemacht

Ohrfeige in

# aden verursacht hätte früher einschreiten müssen

n Bekann-  
lich bereit  
en Kanini-  
ere abzu-  
echte Wie-  
, so vers-  
dnungsamt  
mieterin für  
t aktiv, als  
le den Zu-  
gerte, teilt  
schwerden  
nach nicht

schen außerdem behauptet, daß weder Reinigungs- noch Sanierungsarbeiten in der Wohnung notwendig seien. Edith R., die inzwischen von der Pflugschaftsstelle psychologisch betreut wird, werde „die Wohnung selbst in Ordnung bringen“, teilte der Anwalt mit. Die Urheber des Streites zwischen Hausverwaltung, Mieterin und Ordnungsamt sitzen übrigens weiterhin im Tierheim Krähenwinkel. Die mehr als 100 Zwergkaninchen erfreuen sich bester Gesundheit und warten darauf, bald eine neue Unterkunft zu finden – allerdings nicht alle gemeinsam, sondern höchstens paarweise oder in ganz kleinen Gruppen.

alterin hat  
rin inzwi-

## g nicht vor Ende März



b-Killer“  
n Hanno-  
profitie-  
mit der  
mweltbe-

Daß die Weltausstellung in Hannover und Baustellen zusammengehören, zeigt jetzt der Förderverein Expo 2000. Hoch oben am Rohbau des Treppenhauses für ein Hotel des neuen Podbi-Parkes auf dem

## Ausschuß des Städtetages:

# Gewalt an Schulen nimmt zu

Die „brutale Gewalt“ hat in Hannovers Schulen zugenommen. Dies hat gestern Werner Grüb Meyer, Vorsitzender des Schul- und Kulturausschusses des Niedersächsischen Städtetages, erklärt. Festzustellen sei vor allem zunehmender Vandalismus und eine größere Härte bei körperlichen Auseinandersetzungen. Dennoch, sagte Grüb Meyer, solle man nicht so tun, als ob dies ausschließlich in der Schule geschehe. „Gewalt ist ein gesellschaftliches Phänomen.“

Um das Problem zumindest schulisch in den Griff zu bekommen, verabschiedete der Ausschuß des Niedersächsischen Städtetages bei seiner gestrigen Tagung in Hannover eine Reihe von Empfehlungen. Vorgeschlagen wurden unter anderem zusätzliche Beratungsdienste, ein „humaneres Lernumfeld“, eine engere Zusammenarbeit zwischen den Schul- und Jugendämtern und Runde Tische, an denen Vertreter des Staates, der Stadt, der Schule, aber insbesondere Schülerinnen und Schüler sitzen sollten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt der kommunalen Schul- und Kulturpolitiker war die bessere Ausstattung der allgemeinbildenen Schulen mit Computern. Empfohlen wurden Klassen mit höchstens 24 Schülern, wobei sich zwei Schüler im Idealfall einen Rechner teilen sollen. Dieser Vorschlag, erklärte Rüdiger Goldmann, Referent des Städtetages, sei als „Orientierungshilfe“ zu verstehen und „soll keine neue Beschaffungswelle auslösen“. Die Schulen und Schulträger müßten angesichts leerer öffentlicher Kassen selbst prüfen, was umsetzbar sei.

Die ersten Erfahrungen mit sogenannten „vollen Halbtagschulen“ seien dagegen äußerst positiv, betonte Grüb Meyer. Die Eltern hätten das Angebot, bei dem Kinder von 8 bis 13 Uhr in der Schule unterrichtet und betreut werden, gut angenommen. Auch in Hannover gibt es nach Auskunft von Harald Böhlmann bereits fünf Grund- und eine Sonderschule, die nach diesem Prinzip geführt werden. Finanziell, sagte der hannoversche Schuldezernent, „ist dies kein Problem“. Die nötigen Ausstattungskosten betragen im Durchschnitt nur 10 000 bis 20 000 Mark. Schwieriger sei in diesem Zusammenhang die notwendige „Lehrerversorgung“. Doch für zusätzliche Stunden sei die Landesregierung zuständig.

eco

Radenhon geht



# Niedersächsischer Städtetag

- Verband kreisfreier und kreisangehöriger Städte und Gemeinden -  
Marktstraße 45 · 30159 Hannover

Hannover, den 4. Februar 1994  
Az.: 3.1/III - 004 - 04/2  
940205SA

**An  
die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder  
sowie die Ständigen Gäste des Schul- und Kulturausschusses**

Beig.	Grübmeyer, St. Andreasberg (Vorsitzender)	SGBgm.	Bienert, SG Oberharz
StR.	Dr. Seeber, Oldenburg (Stellvertretender Vorsitzender)	1. Bgm.	Lenz, Braunschweig
StR.	Böhlmann, Hannover	StD.	Springfeld, Goslar
StD.	Burchard, Celle	Bgm.	Schwarting, Lüchow
StD.	Erfmann, Brake	RH.	Ihsen, Syke
StD.	Habrock, Friesoythe	stellv.Bgm.	Dr. Herting, Burgdorf
RH.	Dr. Hinrichs, Buxtehude	StR'in	Dr. Fiedler, Stade
StR.	Kummer, Göttingen	StD.	Bußmann, Bad Bentheim
StR.	Lukat, Uelzen	StR.	Bruns, Nordhorn
StD.	Mackenber, Osterh.-Scharmbeck	StD.	Hons, Springe
Bgm.	Schmidt, Esens	Beig.	Janssen, Emden
StR.	Sliwka, Osnabrück	StR.	Slawski, Hameln
Beig.	Stöhr, Aurich	Dez.'in	Jansen-Eschner, Barsinghausen
Beig.	Teyssen, Hildesheim	StD.	Kaufmann, Bad Bevensen
Bgm.	Tölle, Northeim	RH.	Dasenbrok, Wilhelmshaven
Beig.	Wallraff, MdL, Garbsen	Bgm.	Dr. Birker, Helmstedt

## Ständige Gäste

RH. Horstmeyer, Nordhorn  
GD. Rendigs, Stuhr  
OBgm. Struck, Salzgitter  
StD. Dr. Toetzke, Alfeld

Marathonsitzung: Nach viereinhalb Stunden den Haushalt beschlossen

## Bergstadt bleibt auf Zuweisungen angewiesen

**ST. ANDREASBERG.** Ein Hauch von zaghafter Annäherung zwischen der Zählgemeinschaft aus ABL, SPD und FDP und der CDU-Gemeinschaftsfraktion schwebte gegen Ende der viereinhalbstündigen Marathon-Ratssitzung am Donnerstag über der St. Andreasberger Kommunalpolitik. Zu einer Gemeinsamkeit reichte es aber nicht. Bei der Abstimmung über den Haushalt herrschte noch das Mehrheitsverhältnis von 7:6 Stimmen.

Die Protagonisten der bisherigen politischen Gegnerschaft, Horst Hörseljau und Werner Grübmeier, schlugen äußerst sachliche Töne an. Die Auseinandersetzungen der Vergangenheit hätten die sieben Individualisten der Zählgemeinschaft zusammengebracht, markierte Hörseljau nicht nur nebenbei seine Position. „Uns wird jetzt niemand mehr auseinanderbrechen“, sprach er seine Überzeugung aus.

„Denken Sie nicht, daß wir immer einer Meinung sind“, kennzeichnete Grübmeier die Lage in seiner Frakti-

on. Man habe sich oft genug zusammengerauft, um schließlich nach außen Einigkeit zu demonstrieren.

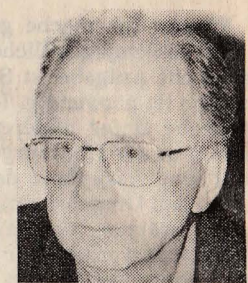
Der von Stadtkämmerer Siegfried Kübner vorgestellte Haushalt für 1994 enthält Einnahmen von 6,4 Mio DM. Ihnen stehen Ausgaben von 8,1 Mio DM gegenüber. Rund 1,7 Mio DM sind nicht gedeckt. Kübner erläuterte die Bemühungen, die Etatlücke so klein wie möglich zu halten.

Man habe selbst entscheiden und sich das Haushaltsvolumen nicht „von oben“ vorschreiben lassen wollen, erklärte Horst Hörseljau dazu. „Wir müssen Herr im eigenen Hause bleiben.“ Die Zählgemeinschaft hätte zwar in vielen Bereichen gern mehr erreicht, akzeptiere aber die derzeit nicht überschreitbaren Grenzen.

Die Stadt müsse auch in Zeiten der Rezession weiterentwickelt werden, fuhr er fort. Dazu benötige man Konzeptionen und Strategien für den Kurbereich, die Weiterführung der Stadtsanierung und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der in der Bergstadt ansässigen Betriebe. „Wir müs-



Werner Grübmeier



Horst Hörseljau

sen gegenüber dem Ostharz konkurrenzfähig bleiben.“

Seine Freude über Investitionen für zukunftssträchtige Einrichtungen drückte Werner Grübmeier aus. So sei seine Fraktion glücklich über neue Wohnungen und einen Hotelneubau. Die Erzwäsche solle „größtes Nationalpark-Informationszentrum im Westharz“ werden.

Der Vorsitzende der CDU-Gemeinschaftsfraktion formulierte weitere Wünsche an den Haushalt kommenden Jahre: Ein Alten- und Pflegeheim, die Nutzung des Museumsgaipels, sanitäre Anlagen auf dem Samson

und weitere Entschuldung. Der Haushalt der Bergstadt enthält fast nur Pflichtaufgaben. Lediglich 15 000 DM (0,2 Prozent) sind nach den Worten des Kämmers für freiwillige Leistungen an die Vereine reserviert. Ein Etatausgleich ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

St. Andreasberg wird auch in Zukunft auf Bedarfszuweisungen angewiesen sein. Umso bemerkenswerter seien Investitionsschwerpunkte wie die Sanierung der Stützmauer am Schwalbenherd, die Stadtsanierung und der Bau eines Geräteraumes für die Gückauf-Schule. P.W.

### Nur noch bis Mai im Amt

**ST. ANDREASBERG.** Nur noch bis Mai will Hans Bahn das Amt des Bürgermeisters ausüben. Das erklärte er vor dem Rat. Diese Entscheidung sei endgültig.

Aus seiner Begründung war deutlich Enttäuschung zu spüren. Mehrfach bedauerte er, daß es ihm trotz großer Anstrengung nicht gelungen sei, den Rat in ein ruhiges Fahrwasser zu führen.

Schon vor Eintritt in die Tagesord-

### Lanze für das Ehrenamt gebrochen

**ST. ANDREASBERG.** Er stifte zuerst Unruhe, um anschließend alles „auf pastorale Art“ wieder zurückzunehmen. Diesen Vorwurf richtete Lilli Kasteinecke an Bürgermeister Hans Bahn.

Sie bezog sich damit insbesondere auf Fragen nach den finanziellen Grundlagen der Vereinsarbeit. Diese hätten nicht nur Vorstand und Mitglieder des

Rat setzt Sperrvermerke im Kurhaushalt, aber:

## Auf Kurgeschäftsführer soll nicht verzichtet werden

**ST. ANDREASBERG.** Drei „Eckwerte“ formulierte Gabriela Koblitz als Ausschuß-Berichterstatteerin für den Wirtschaftsplan der städtischen Kur- und Badeverwaltung, der in der Ratssitzung am Donnerstag mit Mehrheit genehmigt wurde. Diese Grundsätze sollen „für einen vernünftigen

mittel den reibungslosen Verwaltungsablauf jedoch nicht behindern. Schwerpunkte sind die Gästeunterhaltung und die Werbekosten. „Wir erwarten, daß uns eine Konzeption vorgelegt wird“, sprach die Ratsfrau die Vorstellungen der Zählgemeinschaft aus.

Auseinandersetzungen der Vergangenheit hätten die sieben Individualisten der Zählgemeinschaft zusammengebracht, markierte Hörseljau nicht nur nebenbei seine Position. „Uns wird jetzt niemand mehr auseinanderbrechen“, sprach er seine Überzeugung aus.

„Denken Sie nicht, daß wir immer einer Meinung sind“, kennzeichnete Grübmeier die Lage in seiner Frakti-

## Nur noch bis Mai im Amt

ST. ANDREASBERG. Nur noch bis Mai will Hans Bahn das Amt des Bürgermeisters ausüben. Das erklärte er vor dem Rat. Diese Entscheidung sei endgültig.

Aus seiner Begründung war deutlich Enttäuschung zu spüren. Mehrfach bedauerte er, daß es ihm trotz großer Anstrengung nicht gelungen sei, den Rat in ein ruhiges Fahrwasser zu führen.

Schon vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Bahn die in der GZ am Donnerstag erschienene Kritik der CDU-Gemeinschaftsfraktion an der verspäteten Haushaltsberatung auf sich persönlich bezogen. Er empfinde



Hans Bahn

den Beitrag als „Anschuldigung“, die ihn „zutiefst“ treffe.

Dabei war er bislang von Übereinstimmung unter den Ratsfraktionen ausgegangen. Die Haushaltsberatungen seien mit Rücksicht auf die intensive Vorbereitung und Urlaubsabwesenheiten auf den Jahresbeginn gelegt worden.

Werner Grübmeier, sonst in der politischen Auseinandersetzung nicht zimperlich, versuchte zu vermitteln. „Niemand spricht Ihnen das Bemühen ab, sich für die Stadt einzusetzen“, wandte er sich an Bahn. P.W.

zwar in vielen Bereichen gern mehr erreicht, akzeptiere aber die derzeit nicht überschreitbaren Grenzen.

Die Stadt müsse auch in Zeiten der Rezession weiterentwickelt werden, fuhr er fort. Dazu benötige man Konzeptionen und Strategien für den Kurbereich, die Weiterführung der Stadtsanierung und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der in der Bergstadt ansässigen Betriebe. „Wir müs-

## Lanze für das Ehrenamt gebrochen

ST. ANDREASBERG. Er stifte zuerst Unruhe, um anschließend alles „auf pastorale Art“ wieder zurückzunehmen. Diesen Vorwurf richtete Lilli Kasteinecke an Bürgermeister Hans Bahn.

Sie bezog sich damit insbesondere auf Fragen nach den finanziellen Grundlagen der Vereinsarbeit. Diese hätten nicht nur Vorstand und Mitglieder des Tennisvereins verunsichert. Man dürfe den Vereinen nicht die Existenzgrundlage entziehen.

„Unredliche Argumentation“ konkretisierte Albert Kehr auf den Angriff seiner Ratskollegin. Dem Verein sei letzten Endes „keine Mark“ weggenommen worden. Man sei jedoch verpflichtet, sich Einsparungsgedanken zu machen. Davon könne kein Bereich ausgenommen werden.

Eine Lanze für das ehrenamtliche Bürger-Engagement brach Uwe Sonntag in diesem Zusammenhang. Die Haushaltsdefizite wären noch wesentlich höher, wenn St. Andreasberg nicht über ein „unerhörtes Maß“ an Bereitschaft zu ehrenamtlicher Arbeit verfügte. Dieses Kapital dürfe nicht verspielt werden.

Ausgangspunkt für Sonntags Einlassung war ein inzwischen zurückgezogener Antrag des Rats Herrn Walter Rehkopf, der zum Ziel hatte, sich von allen über 65jährigen Mitarbeitern zu trennen. „Dann gäbe es hier keine Wanderführer mehr“, wandte Sonntag ein. P.W.

sei seine Fraktion glücklich über neue Wohnungen und einen Hotelneubau. Die Erzwäsche solle „größtes Nationalpark-Informationszentrum im Westharz“ werden.

Der Vorsitzende der CDU-Gemeinschaftsfraktion formulierte weitere Wünsche an den Haushalt kommenden Jahre: Ein Alten- und Pflegeheim, die Nutzung des Museumsgaipels, sanitäre Anlagen auf dem Samson

Rat setzt Sperrvermerke im Kurhaushalt, aber:

## Auf Kurgeschäftsführer soll nicht verzichtet werden

ST. ANDREASBERG. Drei „Eckwerte“ formulierte Gabriela Koblitz als Ausschuß-Berichterstatin für den Wirtschaftsplan der städtischen Kur- und Badeverwaltung, der in der Ratsitzung am Donnerstag mit Mehrheit genehmigt wurde. Diese Grundsätze sollen „für einen vernünftigen Zeitraum“ Bestand haben.

Der Jahresverlust wird in diesem Bereich mit einem Betrag von 759 000 DM angegeben. Gehälter und Löhne machen fast die Hälfte der Gesamtausgaben aus. So lagen Spargedanken sehr nahe.

Mit den Stimmen der Zählgemeinschaft wurde deshalb erstmals ein „kw-Vermerk“ (künftig wegfallend) bei der Position des Kurgeschäftsführers angebracht. Diese Entscheidung dürfe jedoch nicht falsch verstanden werden, mahnte Frau Koblitz. Es werde sich zeigen, daß „wir auf diese Position nicht verzichten können“, sagte sie.

Allerdings wolle man sich bei der Stellen-Neubesetzung Zeit lassen und damit Personalkosten einsparen. Ein derartiges Verfahren sei anderswo gängige Praxis. Zugleich ergebe sich dabei die Gelegenheit, gegebenenfalls eine Neuordnung von Aufgaben vorzunehmen. In diesem Zusammenhang könnte z.B. über eine Privatisierung oder die Gründung einer gesonderten Kurbetriebsgesellschaft nachgedacht werden.

Zweiter „Eckwert“ sind nach den Worten von Gariela Koblitz mehrere Sperrvermerke, die wegen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Finanz-

Etatausgleich ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

St. Andreasberg wird auch in Zukunft auf Bedarfszuweisungen angewiesen sein. Umso bemerkenswerter seien Investitionsschwerpunkte wie die Sanierung der Stützmauer am Schwalbenherd, die Stadtsanierung und der Bau eines Geräteraumes für die Gückauf-Schule. P.W.

mittel den reibungslosen Verwaltungsablauf jedoch nicht behindern. Schwerpunkte sind die Gästeunterhaltung und die Werbekosten. „Wir erwarten, daß uns eine Konzeption vorgelegt wird“, sprach die Ratsfrau die Vorstellungen der Zählgemeinschaft aus.

Schließlich soll es in St. Andreasberg künftig einen „Kurkartenkontrollleur“ geben. Von der Tätigkeit, die durch vorhandene Mitarbeiter geleistet werden soll, werden Mehreinnahmen von bis zu 40 000 DM pro Jahr erwartet.

Die CDU-Gemeinschaftsfraktion mochte sich damit überhaupt nicht anfreunden. Man sei gegen Sperrvermerke, sagte Karl-Heinz Brockschmidt. Die Kurverwaltung müsse wissen, wieviel Geld sie ausgeben könne, das Veranstaltungsangebot dürfe nicht eingeschränkt werden. Brockschmidt regte dagegen an, die Ferienkataloge künftig nicht mehr kostenlos abzugeben.

Kritisch merkte der Rats Herr darüber hinaus an, daß sich St. Andreasberg nicht ausreichend um die für Einzelhandel und Gastronomie wichtigen Tagestouristen kümmere. So fehlten z. B. Bus-Parkbuchten in der Ortsdurchfahrt.

Eine zusätzliche Einnahmequelle vermutete Brockschmidt bei der Betreuung von Wohnmobiliten. Diese seien bereit, für die Inanspruchnahme von städtischen Einrichtungen auch einen finanziellen Obulus zu entrichten. Seine provokative Frage: „Sind wir zu dumm zum Kassieren?“ P.W.

Prof. Rolf Wernstedt MdL Niedersächsischer  
Kultusminister

11.02.1994

Herrn  
Werner Grübmeier  
Stellvertretender Landrat  
Quellenweg 9

37444 St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

aus Anlaß des Bundesfinales 1994 im Skilanglauf des Bundeswettbewerbs der Schulen "Jugend trainiert für Olympia" bitte ich Sie zu einem Empfang

*am Donnerstag, dem 03. März 1994, um 21.00 Uhr,  
in das Hotel Glockenberg in St. Andreasberg.*

Vor dem Empfang findet um 18.30 Uhr die Abschlußveranstaltung mit Siegerehrung im Kurhaus von St. Andreasberg statt.

Ich würde mich freuen, wenn ich Sie bei beiden Veranstaltungen begrüßen könnte.

Für eine kurze Nachricht auf beiliegender Karte wäre ich dankbar.

Gleichzeitig darf ich Ihnen einen Abdruck der offiziellen Einladung zum Bundesfinale im Skilanglauf 1994 mit einem Zeitplan der Wettkämpfe übersenden. Die Träger und Ausrichter des Bundeswettbewerbs würden es begrüßen, wenn Ihnen der Besuch der Veranstaltungen möglich wäre.

Mit freundlichen Grüßen

rl  
Rolf Wernstedt

Mit der Lehr- und Lehrmittelversorgung unzufrieden

## Für eigenständige Orientierungsstufe

ST. ANDREASBERG. Unzufriedenheiten unter Eltern stehen im Hintergrund eines brisanten Beschlusses der CDU-Gemeinschaftsfraktion, der die Ratsebene noch nicht erreicht hat: Die Außenstelle St. Andreasberg der Orientierungsstufe Braunlage soll aus Braunlage herausgelöst und als eigenständige Orientierungsstufe der Grundschule von St. Andreasberg angegliedert werden.

„Viele Mütter und Väter haben sich in letzter Zeit an Frau Kasteinecke und an mich mit zwei Klagen gewandt: Die Lehrerversorgung ist unzureichend, und nach Auffassung der Eltern ist die Schule grundsätzlich benachteiligt, auch in bezug auf die Ausstattung mit Lehr- und

Lernmitteln“. Nach dem Eindruck von Werner Grübmeier, dem Vorsitzenden der CDU-Gemeinschaftsfraktion, kommt unterschwelliger Langzeitärger unter vielen Eltern nun geballt an die Oberfläche.

Die unzureichende Lehrerversorgung ermögliche es nicht, Krankheiten von Lehrern im Unterricht abzufedern, stellt Grübmeier fest. „Das erbost die Eltern umso mehr, weil die Unterrichtsversorgung in Braunlage überdurchschnittlich ist. Der Anlaß, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, ist aktuell: Eine Lehrerin ist langfristig erkrankt, und der Ausfall einer weiteren Lehrkraft sei der Schulleitung in Braunlage zuvor rechtzeitig bekanntgegeben worden. „Das aber“,

so Grübmeier, „führte nicht zu einer rechtzeitigen Vorsorge zur Stabilisierung der Lehrerversorgung“.

Benachteiligt sähen sich die Eltern bezüglich der Lehr- und Lernmittel zum Beispiel bei der Bereitstellung von Computern. „Die CDU-Fraktion wird diesen Antrag stellen, weil alle langfristigen Bemühungen letztlich zu keinem Erfolg geführt haben“, erklärt der CDU-Gemeinschaftsfraktionsvorsitzende. „Aus dem Bauch heraus“ gebe es - nicht nur - unter den Eltern den Verdacht, daß hinter einer Schlechterstellung der Orientierungsstufen-Außenstelle St. Andreasberg System steckt: „Das Gefühl, daß sie ausgehungert werden soll“.

te-

26. 2. 1994

CDU-Fraktion:

### „Sonnenberger“ gehören zu St. Andreasberg

ST. ANDREASBERG. Bemühungen, den Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg zur Verlegung seines Sitzes von Braunschweig nach St. Andreasberg zu veranlassen, setzt die CDU-Gemeinschaftsfraktion jetzt offiziell in Gang. Einen Antrag auf Umzug der Verwaltung in das Internationale Haus Sonnenberg soll die Stadtverwaltung stellen,

Auch 50 Jahre nach der Gründung des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg hat der Generalsekretär noch seinen Sitz in Braunschweig. Auch die Buchhaltung arbeite mit einer ganzen Reihe von Mitarbeitern in der Stadt Braunschweig, die ursprünglich an der Finanzierung des Arbeitskreises in starkem Maß beteiligt gewesen sei, stellt CDU-Gemeinschaftsfraktionsvorsitzender Werner Grübmeier fest. Inzwischen habe sich nicht nur die Finanzierung des Arbeitskreises geändert, sondern auch aus organisatorischen Gründen sei ein Umzug nach St. Andreasberg sachgerecht. Grübmeier verweist dazu auf das Umwelt-Engagement in der Arbeit des Internationalen Hauses Sonnenberg, auf die mögliche Einsparung von Fahrtkosten und bessere Zusammenarbeit von Pädagogik und Verwaltung durch kurze Wege.

Die Sitzverlegung würde für die Bergstadt auch einen Gewinn von Arbeitsplätzen bedeuten. Vorgespräche habe er im Kuratorium des Sonnenberg-Arbeitskreises bereits geführt, erklärt Werner Grübmeier abschließend.

te-

ST. ANDREASBERG

### Für selbständige Orientierungsstufe

Eine eigenständige Orientierungsstufe St. Andreasberg fordert die CDU-Gemeinschaftsfraktion. In Abhängigkeit von Braunlage sei sie benachteiligt.

Rat bestätigte Hans-Joachim Grogorenz einstimmig für zwölf Jahre im Amt

## Zuhörerbeifall für die Stadtdirektor-Wahl

**ST. ANDREASBERG.** In diesem besonderen Fall sei gegen Beifallsbekundungen aus der Zuhörerschaft nichts einzuwenden, versicherte Bürgermeister Hans Bahn. Mit Applaus für die demonstrative Einmütigkeit des Rates und mit Applaus für Hans-Joachim Grogorenz quittierten die rund 30 Zuhörer in der öffentlichen Ratssitzung am Dienstag die Bestätigung des St. Andreasberger Verwaltungs-Chefs im Amt.

Den Verzicht auf die Ausschreibung der Stadtdirektor-Stelle hatte der Rat zunächst zu beschließen. Die dafür erforderliche Genehmigung, berichtete stellvertretender Stadtdirektor Siegfried Käßner, sei von der Aufsichtsbehörde tags zuvor übermittelt worden.

Fünf Jahre der Zusammenarbeit faßte Horst Hörselejau für die Zählgemeinschaft mit der Feststellung „wir wissen, wen wir vor uns haben“ zusammen. Das Engagement des Stadtdirektors für die Bergstadt stand vor allem für die Feststellung, es sei richtig, auf die Ausschreibung der Stelle zu verzichten.

Für die CDU-Gemeinschaftsfraktion erinnerte Werner Grübmer daran, daß auf Vorschlag der CDU schon bei der Wahl im Jahre 1988 auf die Ausschreibung verzichtet worden war. „Heute sehen wir, es ist keine verkehrte Entscheidung gewesen“, betonte Grübmer mit dem Hinweis darauf, daß die zweite Amtszeit auf zwölf Jahre festgelegt sei.

Die Urkunde, die Bürgermeister Hans Bahn nach der einstimmigen Wahl an Hans-Joachim Grogorenz überreichte, ist über die Bestätigung im Amt hinaus eine Würdigung seiner Arbeit. „Mit der erneuten Übertragung des Amtes des Hauptverwaltungsbeamten spricht Ihnen der Rat der Bergstadt St. Andreasberg sein besonderes Vertrauen aus. Zugleich dankt er Ihnen für stete Einsatzbereitschaft und hervorragendes Wirken zum Wohle unseres Gemeinwesens“, wird in der Urkunde festgestellt.

Am 31. August 2006 endet die mit dieser Wahl festgelegte Amtszeit von Hans-Joachim Grogorenz, der allerdings bereits am 31. Oktober 2005 das Alter für den „Regelruhestand“ erreicht. „Der Beifall tut gut“, versicherte er.



Zwischen Blumen und Gratulanten aus dem Rat: Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz (Dritter von rechts) und Ehefrau Heide. Foto: Tempes

cherte er. Die Einmütigkeit der Wahl nahm er als Zeichen, daß der Rat die Zügel fest in der Hand habe, wenn es um Schicksalsfragen der Bergstadt gehe. Daß er Schwierigkeiten noch nicht ausgeräumt sieht, machte der Stadtdirektor allerdings auch deutlich: „Wir müssen lernen, wieder besser miteinander umzugehen“, da-

mit gesagt werden könne, daß die Arbeit Spaß mache Spaß, sagte Grogorenz.

Glückwünsche und Blumen gab es auch für Ehefrau Heide Grogorenz, und nach Sitzungsende war der Stadtdirektor schließlich auch von den Zuhörern als Gratulanten umringt.

## Grogorenz „von Überlastung befreit“

ST. ANDREASBERG. Nicht durch den Hauptverwaltungsbeamten, sondern durch den Rat der Bergstadt wird St. Andreasberg im Nationalpark-Beirat vertreten sein. Gegen die Stimmen der CDU-Gemeinschaftsfraktion kippte damit die ABL/SPD/FDP-Ratsmehrheit den Beschlußvorschlag der Verwaltung.

Als „nicht verhandelbar“ bezeichnete Volker Thale für die Zählgemeinschaft den Verwaltungsvorschlag, in dem als Vertreter der stellvertretende Stadtdirektor Siegfried Käßner benannt worden war. Gewählt wurde mit den Stimmen der Zählgemeinschaft bei jeweils einer Enthaltung für die Wahlperiode von fünf Jahren Bürgermeister Hans Bahn, als Stellvertreter Albert Kehr.

Zuvor kam es allerdings zu einem verbalen Schlagabtausch, der den Bürgermeister vorübergehend zu verstärkter Stimmentfaltung am Rednerpult veranlaßte. Auch Volker Thales Hinweis, daß der Beirat keine stimmberechtigte Funktion im National-

park ausübe, änderte nichts an der CDU-Einschätzung der Gemeinschaftsfraktion: Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz habe durch seine Vorarbeit wesentliche Spuren in der Nationalpark-Verordnung hinterlassen, er verfüge einfach über die größere Sachkompetenz und sei deshalb in den Beirat zu wählen, erklärte Uwe Sonntag. Dem amtierenden Bürgermeister warf er demgegenüber vor, gegen den Nationalpark aufzutreten zu sein.

Dessen in einer Versammlung abgegebene Erklärung, dieser Nationalpark sei „gestohlene Natur“ zog Sonntag als Beweis dafür heran. Auch sie aber, betonte Hans Bahn, sei nicht im Zusammenhang mit der Ausweisung des Nationalparks, sondern ausschließlich mit dessen Größe zu verstehen. Er bestätigte die Verdienste des Stadtdirektors, erinnerte aber auch an eigene 14 Jahre Naturschutz-Tätigkeit. Die Beschlußvorlage der Zählgemeinschaft begründete Bahn mit der Feststellung, daß die

Nationalpark-Arbeit nicht noch zusätzlich „mit der Verwaltungsschiene verkoppelt“ werden sollte.

Von einem „bißchen mehr Demokratie im Nationalpark“ sprach in diesem Zusammenhang Ulrich Wemheuer. Wenn schon von Demokratie die Rede sei, meinte dazu Werner Grübmeier, dann sei darauf zu verweisen, daß in anderen Harzorten Beiratsmitglieder und Stellvertreter jeweils aus den beiden stärksten Fraktionen benannt worden seien.

Hans Bahn versicherte, er wolle in Abstimmung mit dem Stadtdirektor und dem Rat im Beirat das vertreten, was aus Sicht der Bergstadt sinnvoll sei. Und Horst Hörseljau hatte schließlich noch eine andere Begründung für die Entscheidung der Mehrheit parat: „Wir möchten Sie bis zu Ihrer Pensionierung in unseren Diensten und nicht zusammenklappen sehen“, deutete er Sorgen an, der Stadtdirektor könnte auf Dauer durch die zusätzliche Aufgabe überlastet sein. te-

### Zuwendung für die „Erzwäsche“

ST. ANDREASBERG. Eine Zuwendung von 40 000 DM hat die Niedersächsische Sparkassenorganisation der Bergstadt angekündigt. Der Betrag sei als St. Andreasberger Beitrag für den Ausbau der ehemaligen „Erzwäsche“ zu einem Nationalpark-Informationszentrum gewährt worden, teilte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in der Sitzung des Rates mit. Als „relativ sicher“ bezeichnete er die Gewährung von 450 000 DM durch die Harzwasserwerke für das Projekt, das auf 1,35 Mio. DM veranschlagt ist.

Zuwendungen kündigte der Stadtdirektor außerdem für die Erneuerung des Kunstrades in der Grube Samson an. 28 000 DM werden nach seinem Bericht von der Reddersen-Stiftung bereitgestellt, mit weiteren 22 000 DM könne von der Niedersachsen-Stiftung gerechnet werden.

Vorläufiges Nutzungskonzept schließlich doch einstimmig beschlossen

## Die „Kulturscheune“ wird nicht verpachtet

**ST. ANDREASBERG.** Einen Schritt weiterkommen ist der Rat der Bergstadt im schwierigen Unterfangen, für die Nutzung der „Kulturscheune“ ein verbindliches Konzept zu entwickeln. Immerhin ein vorläufiges Nutzungskonzept liegt jetzt vor.

Nichtöffentlich war die gemeinsame Sitzung von Kurausschuß und Jugend- und Kulturausschuß unter Hinzuziehung mit der Sache befaßter Bürger, in der eine Woche zuvor erneut versucht worden war, für die Nutzung den Rahmen abzustecken. In der Ratssitzung war das kein Hindergrund, munter selbst über dabei gefallene markante Äußerungen zu plaudern.

Nur auf Rats-Äußerungen stützen kann sich die Berichterstattung, der Entwurf zur vorläufigen Nutzung liegt der Redaktion nicht vor. Auf die Vorläufigkeit verwies Uwe Sonntag, als er für die CDU-Gemeinschaftsfraktion den Verzicht auf die Aufnahme von Markttagen in die Nutzungsordnung forderte. Dafür sollten nach Auffassung der Fraktion erst die rechtlichen Grundlagen geklärt werden.

Die Markttagge blieben trotzdem Dreh- und Angelpunkt der Diskussion. Anna Barth hatte sich in der nichtöffentlichen Ausschußsitzung offenbar auf Märkte afrikanischen Coleurs bei der Empfehlung bezogen, durch Marktbesucher und Künstler im Neben- und Miteinander in der Rathausscheune ein lebensfrohes Marktgeschehen aufzuziehen. Albert Kehr machte in der Ratssitzung deutlich, daß die Reaktion von Gabriela Koblitz auf diesen Vorschlag in

der Zählgemeinschaft keine ungeteilte Zustimmung fand. Der Begriff „Firlefanze“ sei lediglich als Kontrast zu ihrer Auffassung zu verstehen, erklärte Gabriela Koblitz: Es gehe darum, dem Geschehen in der Kulturscheune einen für Besucher unverwechselbaren Gütesiegel aufzudrücken.

Die offene Frage der Genehmigung bezeichnete die CDU-Gemeinschafts-

fraktion als grundsätzlichen Anlaß dafür, daß neben der Ausklammerung von Markttagen auch die gastronomische Nutzung nicht im vorläufigen Nutzungsrahmen zu verankern sei. Falls Gastronomie aufgenommen werde, sei sie an das Kurhaus „anzuhängen“, betonte Sonntag. Bei der Einbeziehung von Markttagen bestehe die Sorge einer zusätzlichen Konkurrenz für kleine Einzelhandelsge-

schäfte. Dies könne letztlich nicht im Interesse liegen. Werner Grübmeier verwies zusätzlich darauf, daß ohnehin zunächst erst eine Marktwordnung entwickelt werden müßte. Dafür empfahl er eine weitere geschlossene Sitzung, jetzt dagegen gehe es Aktivitäten, mit denen sofort begonnen werden könne.

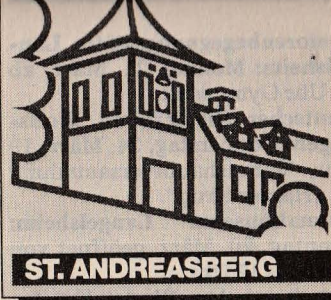
Es geht auch um kostendeckende Aktivitäten, wie Volker Thale feststellte. Die Deckung der laufenden Kosten, nicht der Investitionskosten, durch die Veranstaltungen erhob er nachdrücklich zu seiner Forderung. Werner Grübmeier bestätigte zwar, daß über die Kostendeckung noch zu sprechen sei, empfahl aber schon jetzt Kompromißfähigkeit. Ausnahmen seien immer zu machen, es gehe darum, daß Bürger zur Lebendigkeit des Ortes beitragen können.

Kompromißfähigkeit zeigte schließlich die CDU-Gemeinschaftsfraktion beim Beschluß: Mit ihren Stimmen wurden auch die Markttagge in das vorläufige Nutzungskonzept einbezogen. Damit war der Beschlußantrag der Zählgemeinschaft genehmigt, der über die Markttagge hinaus Veranstaltungen mit Bezug auf Heimat und Geschichte, Brauchtum und Handwerk sowie die Nutzung als Künstlerwerkstatt und als Offenes Atelier enthält. Insgesamt bleibt die Einrichtung in Händen der Stadt, eine Verpachtung soll nicht erfolgen.

Welcher Ausschuß des Rates zuständig wird für die Kulturscheune, soll sich erst aus den weiteren Gesprächen ergeben. Über die Einberufung einer weiteren nichtöffentlichen Sitzung bestand offensichtlich stillschweigender Konsens. te-



**Voll im jetzt genehmigten vorläufigen Nutzungsrahmen lag der Weihnachtsmarkt (unser Bild). Wie Markttagge anderen Stils in den Griff zu kriegen und attraktiv zu machen sind, blieb in der Ratssitzung noch offen.** Foto: Tempes



Änderung der Geschäftsordnung des Rates ohne Reibungsverluste verabschiedet

## Die Bürger kommen wieder früher zu Wort

**ST. ANDREASBERG.** Im wesentlichen zu seiner alten Geschäftsordnung zurückgekehrt ist der Rat der Bergstadt. Bemerkenswert sachlich und spannungsfrei verlief die Diskussion um die Regelungen, deren Änderung zu Beginn der Wahlperiode den Rat nachhaltig in zwei Lager gespalten hatte.

Wann Sitzungen stattfinden, was Ratsmitglieder bei Sitzungen tun dürfen und unterlassen müssen, regelt die Geschäftsordnung auf der Grundlage der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO). Davon betroffen sind zuhörende Bürger im Grunde nur, soweit Diskussionen uferlos zu werden drohen. Ein Punkt aber ist für sie wichtig: Die Bürgerfragestunde.

Jeweils an das Sitzungsende wurde sie mit der Geschäftsordnung verlegt, die nach den letzten Kommunalwahlen mit der Mehrheit der CDU-Gemeinschaftsfraktion in Kraft trat. Mit der Mehrheit der Zählgemeinschaft ABL/SPD/FDP wird nun zur Sit-

zungsunterbrechung für eine Bürgerfragestunde nach etwa eineinhalbstündiger Sitzungsdauer zurückgekehrt.

Bedenken dagegen aus der Sitzungspraxis heraus begründete Werner Grübmeier mit dem Hinweis, Zuhörer könnten dadurch in Tagesordnungspunkte hineindiskutieren und so Einfluß auf eine Beschlußlage ausüben. Nach langer Diskussion habe auch der Kreistag zu dieser Lösung gefunden - er setzt die Bürgerfragestunde an den Sitzungsbeginn -, stellte Grübmeier fest, der sich im übrigen auf die NGO berief.

Unwidersprochen blieb aber schließlich der Hinweis von Volker Thale, daß die NGO die Bürgerfragestunde offensichtlich doch nicht ausschließlich am Anfang oder Ende einer Sitzung fordere, sondern auch zwischendurch erlaubt. Die Zählgemeinschaft sah so den „Gordischen Knoten“ zugunsten der Zuhörer-Geduld durchtrennt, mit ihren Stimmen wurde der §6 beschlossen.

Noch geändert wurde auf Vorschlag der CDU-Gemeinschaftsfraktion eine Ersatzlösung für den Fall, daß eine Sitzung nicht am Dienstag oder Donnerstag stattfinden kann. Abweichungen sind in Ausnahmefällen aber nur möglich, wenn die Mehrheit des Rates bzw. des Ausschusses einverstanden ist. Und Sitzungsbeginn ist grundsätzlich 18 Uhr. Einig war sich der Rat auch, daß an Freitagen keine Sitzungen einberufen werden.

Das Rederecht der Ratsmitglieder, das zu Beginn der Wahlperiode beschnitten worden war, wurde nun ohne Widerstand der CDU-Gemeinschaftsfraktion wieder ausgeweitet. Nur einen redaktionellen Fehler entdeckte Werner Grübmeier in der Formulierung, die eine mehrmalige Wortmeldung zu einem Tagesordnungspunkt ermöglichen soll („bei Widerspruch entscheidet der Rat“), und auch die starre Beschränkung der Ratsmitglieder-Redezeit auf 10 Minuten wird durch ein „sollte“ gelockert. Einstimmig wurden die entsprechen-

den Beschlüsse gefaßt, „es geht wieder ratsfreundlich, ohne Stoppuhr“, merkte Horst Hörseljau an.

„Ratsfreundlich“ wurde gegen die CDU-Stimmen auch die Information in Angelegenheiten beschlossen, die dem Datenschutz unterliegen. Mit ihrer Forderung, solche Informationen nur den Mitgliedern zuständiger Ausschüsse zuzuleiten, kam die CDU nicht durch. In den Fraktionen würden sie ohnehin beraten, merkte Albert Kehr an. Und weiterhin können in Ausschüssen auch Fragen behandelt werden, die nicht zuvor schriftlich vorgelegt wurden.

Eine Rückkehr aber gab es zu einer Protokollführung, die sich auf die wesentlichen Inhalte beschränkt und dadurch - so hofft der Rat - „innerhalb von drei Wochen“ vorliegen kann. Werner Grübmeiers Befürchtung, „daß sich der einzelne nicht mehr wiederfindet“, verursachte bei der Zählgemeinschaft keine Bedenken gegen diese Erleichterung der Schriftführer-Tätigkeit. te-

Reichsbund-Ortsverband mit stabiler Mitgliederzahl und positiver Bilanz

## Vorstandswahlen sind bis zum Herbst vertagt

**ST. ANDREASBERG.** Unter dem Eindruck eines überaus positiven Fazits für 1993 stand die Jahreshauptversammlung des Reichsbund-Ortsverbandes St. Andreasberg. Es wurde nur von einem Problem getrübt: Die anstehenden Vorstandswahlen mußten auf den Herbst vertagt werden, weil sich für die mit Rücktrittsgedanken spielenden Herbert Schlif und Hans Schrader keine Nachfolger finden ließen.

Überraschend viele Mitglieder konnte Vorsitzender Herbert Schlif zu der Versammlung im Hotel Glockenberg begrüßen. In seinem Rückblick wertete er es als überaus positiv, daß der Mitgliederstand gehalten werden konnte. Das, so Schlif, sei insbesondere dem Bemühen von Anni Dietrich zu verdanken. Als Höhepunkt des vergangenen Jahres bezeichnete er das von Werner Grübmer organisierte Konzert des Polzeiorchesters Niedersachsen im Kurhaus. Schlif verwies auf zahlreiche Vorstandssitzungen, auf sieben Busfahrten und die intensive persönliche Betreuung der Mitglieder mit einer Reihe von Unterstützungsleistungen. Als besonderen Aktivposten des Ortsverbandes bezeichnete der Vorsitzende die Frauengruppe mit Ursula

Hartmann als „nimmermüdem Motor“.

Kassenwart Hans Schrader gab einen detaillierten Einblick in seine Arbeit, er berichtete von einem gesunden Kassenbestand. Werner Grübmer übermittelte der Versammlung die Grüße des Kreisvorstandes. Vor allem auch der sehr sorgfältige Umgang des Stadtverbandes St. Andreasberg mit den Finanzen werde im

Kreisverband sehr hoch geschätzt, betonte Grübmer. Er appellierte an die Versammlung zu noch stärkerer Bereitschaft zur Mitarbeit und wünschte dem Ortsverband, daß es im Herbst gelingen wird, für die freiwerdenden Ämter im Vorstand geeignete Nachfolger zu finden.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden Herbert Schlif nahm Werner Grübmer die Ehrung langjähriger Mit-

glieder vor. Geehrt wurde in Abwesenheit für 40 Jahre Hermann Dreese. Für 25jährige Mitgliedschaft erhielt Heinz Gropengießer Ehrennadel und Urkunde. 10 Jahre dabei sind Anni Dietrich, Ursula Hartmann, Elsbeth Schulze und Dieter Schmidtkunz.

Kreisgeschäftsführer Hartwig Jürgens gab zum Schluß einige Informationen zur Krankenversicherung und zum Bundesversorgungsgesetz. cher



Die langjährigen Mitglieder mit Werner Grübmer (links) und Herbert Schlif (rechts).

Foto: Siebeneicher

## Von der Ehrenbürgerschaft bis zum Ehrenbrief

# Satzung für bergstädtischen Dank

**ST. ANDREASBERG.** Was bisher vom Stadtdirektor locker gehandhabt werden konnte, wurde vom Rat der Bergstadt nun in einer Satzung festgelegt. Dank und Anerkennung der Bergstadt für Verdienste wird künftig in fünf Stufen ausgesprochen.

Als Entwurf lag dem Rat auch ein Vorschlag der CDU-Gemeinschaftsfraktion vor, einmütig beraten und einstimmig beschlossen wurde dann aber der Verwaltungsentwurf einer „Satzung über die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Bergstadt St. Andreasberg“. Grundsätzlich handelt es sich dabei um die offizielle Anerkennung von Verdiensten um das Gemeinwohl oder das Ansehen der Bergstadt auf der Grundlage der Niedersächsischen Gemeindeordnung.

Höchste Auszeichnung ist das Ehrenbürgerrecht, das an Persönlichkeiten verliehen werden kann, die sich „außergewöhnliche Verdienste erworben und sich um das Wohl der Bergstadt St. Andreasberg verdient gemacht haben“. Die Verleihung - und auch die Entziehung - des

Ehrenbürgerrechts richtet sich nach den bestehenden Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung.

Eine Sonderstellung nimmt die „Ehrenbezeichnung“ ein, sie ist Ratsmitgliedern und ehrenamtlichen Kräften vorbehalten. Nach mindestens 20jähriger Ratszugehörigkeit und nach dem Ausscheiden aus dem Ehrenamt wird die Ehrenbezeichnung Ehrenratsherr bzw. Ehrenratsfrau ohne weitere Kann-Bestimmung verliehen. Dazu gibt es künftig offiziell den Ehrenbürgermeister und - so ist es jedenfalls dem Satzungstext zu entnehmen - beispielsweise auch den Ehrenwanderführer.

Für „hervorragende Dienste“ im Bereich der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Arbeit wird der Goldene Ehrenring verliehen, für „besondere Verdienste“ auf den gleichen Gebieten der Wappenteller. Der Name des Geehrten wird in den Ehrenring einschließlich des Wappens der Bergstadt eingraviert und in den Wappenteller eingepreßt. Beide Ehrenzeichen werden zum vererbaren

Eigentum des Geehrten und dürfen nicht veräußert werden.

Die Ehrung mit dem Wappenteller kann im übrigen auch Ratsmitgliedern nach mindestens 15jähriger Ratszugehörigkeit zuteil werden. Die Zeit, in der ein Ratsmitglied vorübergehend ausgeschieden war, bleibt dabei außer Betracht.

Der Ehrenbrief schließlich ist für die Verleihung an Persönlichkeiten vorgesehen, „die sich auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, des Sports, des Sozialwesens, der Wirtschaft oder des Gemeindelebens um das Wohl der Bergstadt St. Andreasberg verdient gemacht haben“.

Vorschlagsberechtigt für Ehrungen sind die Ratsfraktionen, der Bürgermeister und der Stadtdirektor, die Entscheidung fällt der Rat der Bergstadt. Dies mit einfacher Mehrheit. Dagegen ist für einen Widerruf der Ehrung wegen „unwürdigen Verhaltens“ bzw. „wenn sich der Beliehene durch sein späteres Verhalten der Auszeichnung als unwürdig erweist“, eine Zweidrittel-Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder erforderlich. te-

Festakt im „Lindenhof“: 40 Jahre Kreisschützenverband Goslar

## Sechs Schützenvereine legten den Grundstein

Mit einem Festakt im Rahmen der Kreisdelegiertentagung wurde am Sonntag das 40jährige Bestehen des Kreisschützenverbandes Goslar gefeiert. Gastredner und der Vorsitzende des Kreisschützenverbandes (KSV), Horst Vieregge, erinnerten an die Ereignisse vor 40 Jahren.

Die Dachorganisation von 36 Gesellschaften im Landkreis war von 34 Mitgliedern der Schützenvereine Dörnten, Immenrode, Liebenburg, Oker, Vienenburg und Goslar gegründet worden. Die heutigen Vorsitzenden dieser ersten übergeordneten Schützenvereine wurden am Sonntagvormittag im großen Saal des „Lindenhof“ den 171 Delegierten und prominenten Gästen vorgestellt.

Stellvertretender Landrat Werner Grübmeier: „Es geht heute nicht mehr um den Schutz der Bürger,

sondern um sportlichen Wettkampf.“ Für die Stadt Goslar ergänzte Armin Kalbe: „Daneben ist die Pflege der Tradition und des Brauchtums ein wichtiger Punkt im Vereinsleben der Schützen.“ Er versprach die volle Unterstützung der Stadt bei der Organisation des Niedersächsischen Schützentages Mitte April in Goslar. Ähnlich äußerten sich Günter Rosenberg für den Kreissportbund und der Vizepräsident des Niedersächsischen Sportschützenverbandes (NSSV), Peter Overbeck.

In Anwesenheit der Kreisschützenvögte der Kreisverbände Wernigerode, Südharz, Wolfenbüttel, Göttingen und des Oberharzer Schützenbundes ehrte Horst Vieregge verdiente Mitglieder aus den angeschlossenen Gesellschaften. Sportliche Erfolge im Bogenschießen erzielten Andre Bornheimer und Melanie Töpfer, die Lan-



Erinnerung an vergangene Zeiten: In einer Uniform der Goslarer Jäger von 1866 machte Heinz Kulke aus Jerstedt beim Kreisvorstand Meldung.

desmeisterin (Bogen Fita im Freien) wurde. Rudolf Matschke wurde mit neuem Rekord gleichfalls mit im Perkussionsgewehr Landesmeister.

Zur erfolgreichen Mannschaft im Perkussionsrevolver zählen weiterhin Gerhard Klapproth, Horst Sturm und Rolf Weidauer.

Ehrennadeln des KSV und des NSSV erhielten langjährige Mitglieder, „die sich um das Schützenwesen verdient gemacht haben“. KSV in Gold: Erika Hartung, Peter Koschwitz, Günter Löffler, Thomas Stuhlpfarrer. Ehrennadel des NSSV in Bronze: Rudolf Matschke, Peter Knocke. In Silber: Eberhard Hammes. In Gold: Rainer Rust. Mit der kleinen goldenen Ehrennadel des Deutschen Schützenbundes wurde Kreisdamenleiterin Elsbeth Westphal (SV Astfeld) ausgezeichnet. Günter Rosenberg als Vorsitzender des Kreissportbundes Goslar zeichnete mit der Ehrennadel Hans-Jürgen Warkner für 13 Jahre Ehrenarbeit als Schatzmeister der Schützengesellschaft Harlingerode und für die Öffentlichkeitsarbeit im Kreisschützenverband aus. rkn.



Mit Ehrennadeln des Kreisverbandes und Niedersächsischen Sportschützenverbandes wurden langjährige Mitglieder des Kreisschützenverbandes Goslar ausgezeichnet. Fotos: Warkner

## info-info-info-info

### Friedhofskapelle in neuem - alten Glanz

Von nun an werden die Beerdigungen und Trauerfeiern nach vier Jahren Bauzeit wieder endgültig von unserer wirklich schönen Friedhofskapelle aus stattfinden. Das Gottesackerkirchlein ist jetzt ein Kleinod, das seinesgleichen im gesamten Oberharz sucht.

Bitte, schauen Sie, wenn Sie über den Friedhof gehen, sich doch einmal die gelungene Innenrestaurierung an.

Der Termin der feierlichen Wiedereinweihung der Kapelle wird noch bekanntgegeben.

Ihnen allen, die Sie jahrelang für die Instandsetzungsarbeiten der Friedhofskapelle Ihren freiwilligen Kirchenbeitrag entrichtet haben, der Bergstadt St. Andreasberg und dem Bonifatiuswerk Paderborn für die Mitfinanzierung durch Vermittlung von Herrn Prälat Willi Stoffers/Hildesheim danken wir sehr herzlich. Unser ganz besonderer Dank aber gilt Herrn Werner Grübmer, der uns eine sehr hohe finanzielle Unterstützung seitens der Niedersächsischen Klosterkammer und der Toto-Lotto-Gesellschaft vermittelte.

Michael Henkeik

Matthi-Bote / März 1994

23.5.1994

## Forstliche Dienststelle bleibt in St. Andreasberg

ST. ANDREASBERG. Die im Zusammenhang mit dem Nationalpark beschlossene Auflösung des Forstamtsbereichs Andreasberg bedeutet nicht, daß für das Forstamtsgebäude in St. Andreasberg die Funktion als forstliche Dienststelle verloren geht. In Hannover bestehe Einigkeit darüber, daß im Forstamt Andreasberg die Abteilung 2, zuständig für den Waldumbau, ihren Sitz haben soll, erklärt Werner Grübmeier als Vorsitzender der CDU-Gemeinschaftsfraktion.

Im Zusammenhang damit stellt Grübmeier fest, daß die Meldung, das Nationalparkamt für Öffentlichkeits-

arbeit komme nach Braunlage, unrichtig sei. Grübmeier beruft sich auf Informationen aus Landwirtschafts- und Umweltministerium in Hannover, denen zufolge der Funktionsbeamte für Waldschäden, der bisher seine Aufgabe im Forstamt Riefensbeek wahrnimmt, in dieser Funktion nach Braunlage versetzt werden soll.

Ob diese Dienststelle in die Nationalparkverwaltung integriert werde, stehe noch nicht fest. Die Nationalparkverwaltung erachte dies für notwendig, die Forstverwaltung sehe es jedoch anders, erklärt Grübmeier. Die Entscheidung stehe noch aus. te-

Stadtdirektor: Freiwillige Feuerwehr verfügt über beruhigende Personalstärke

# Pro Mann 235 Stunden Dienst geleistet

**ST. ANDREASBERG.** Stadtbrandmeister Klaus Meyer und seine Männer der Freiwilligen Feuerwehr St. Andreasberg sind Menschen der Tat und nicht der vielen Worte. Das zeigte sich erneut bei der Jahreshauptversammlung im Café des Panoramabades am vergangenen Freitag.

Innerhalb von knapp 30 Minuten war die Rückschau auf 1993 erledigt – und davon nahm die Protokollverlesung die meiste Zeit in Anspruch. Dabei war es durchaus kein ereignisarmes Jahr. Das machten die Berichte des Kommandos, insbesondere der des Stadtbrandmeisters, deutlich.

96 Tage war die Wehr im Einsatz, hatte Klaus Meyer errechnet. 45 Dienststaben galten allein der Aus- und Fortbildung. Dazu kamen die Mitarbeit bei nahezu allen größeren St. Andreasberger Anlässen, offizielle Abordnungen bei überörtlichen Ereignissen, das eigene Hoffest, eine Drei-Tage-Fahrt nach Schleswig-Holstein zur Kameradschaftspflege sowie Erkundungsausflüge auch unter der Erde. Ganz nebenbei wurde von den Männern der Wehr auch noch der eigene Schulungsraum „auf Vordermann gebracht“.

Der Stadtbrandmeister berichtete von insgesamt 25 Alarmierungen, davon zwölf Brandeinsätzen und 13 Hilfeleistungen. Bei den Brandeinsätzen gab es drei Fehllarmer, eine Brandstiftung, eine Verpuffung, einen Waldbrand, einen Schwelbrand und einen Pkw-Brand. Selbst der den Männern der Wehr schon bestens bekannte Brand eines bestimmten Papierkorbes fehlte nicht. Den härtesten Einsatz hatte die Wehr bei dem Brand des Wohn- und Geschäftshauses der Volksbank in der Dr.-Willi-Bergmann-Straße. Dabei wurden die Männer um Stadtbrandmeister Klaus Meyer über viele Stunden regelrecht in Atem gehalten.

Hilfeleistungen gab es, weil ein Keller unter Wasser stand, Benzin- und Öllachen auf den Straßen abgebunden werden mußten, ein Kanal und eine Trinkwasserleitung zu spü-

len waren. Auch von der Kriminalpolizei war die Wehr zwecks Spurensicherung angefordert worden, und selbst die Straßenreinigung nach dem Kuhaustrieb blieb ihr nicht erspart. Darüberhinaus berichtete Klaus Meyer über die Teilnahme von Feuerwehrmännern an vielen Lehrgängen.

Unter dem Strich kam der Stadtbrandmeister auf die stolze Leistung von 235 Stunden pro Feuerwehrmann. Die Zeit für die Ausbildung und die Renovierung des eigenen Unterrichtsraumes war in dieser Stundenzahl nicht eingerechnet.

Mit Dank betonte Klaus Meyer, daß 1993 überwiegend mit den Beiträgen der fördernden Mitglieder wieder eine Reihe von Ausrüstungsgegenständen beschafft werden konnte. 35 aktive und 180 fördernde Mitglieder hatte

die Wehr zum Jahresende, Klaus Meyer freute sich, daß die Wehr bei der Versammlung nahezu komplett zur Stelle war. „Wir sind stolz auf die Leistungen im vergangenen Jahr“, resümierte er, sein Dank galt Mitgliedern, Bergwacht, Rat und Verwaltung der Bergstadt.

Kassenwart Jörg Klapproth berichtete zwar, daß die Wehr finanziell gut über die Runden gekommen sei, aber auf der Tagesordnung stand auch die Neufestsetzung der Mitgliedsbeiträge. Ein Thema, an das sich der Stadtbrandmeister so vorsichtig herantastete, daß ein Juckepunkt vermutet werden konnte. Es gab jedoch weder Kritik noch eine Gegenstimme, der Jahresbeitrag wurde von 12 auf 20 DM angehoben.

Vor dem Hintergrund dieser Bereit-

schaft, für eine Leistung zum Wohl der Allgemeinheit auch noch Beiträge zu zahlen, sprach Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz der Wehr Dank und Anerkennung aus. Sie habe nicht zuletzt auch bewiesen, daß die Ausrüstung bei ihr in besten Händen sei. Grogorenz bezeichnete die Freiwillige Feuerwehr als eine der wichtigsten Institutionen der Bergstadt, ohne die so gut wie nichts gehe. Und als erfreulich wertete er es auch, daß es wieder gelungen sei, eine beruhigende Personalstärke zu halten.

Der stellvertretende Landrat Werner Grübmeier versicherte, daß die St. Andreasberger Wehr im Landkreis einen guten Ruf genieße, weil sie auch über den Ort hinaus immer zur Verfügung stehe. Dafür gelte es Dank zu sagen.



Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz (rechts) brachte Dank und Anerkennung der Bergstadt für Ausbildungsstand und Einsatzbereitschaft zum Ausdruck.

Foto: Siebeneicher

# OBERHARZ

## Freiwillige Feuerwehr verfügt über beruhigende Personalstärke In 235 Stunden Dienst geleistet

**Stadtbrand-  
i seine Män-  
uerwehr St.  
hen der Tat  
e. Das zeigte  
reshauptver-  
anoramaba-  
ag.**

30 Minuten  
1993 erledigt –  
otokollverle-  
n Anspruch.  
ein ereignis-  
die Berichte  
ndere der des  
lich.

im Einsatz,  
rechnet. 45  
ein der Aus-  
kamen die  
len größeren  
sen, offizielle  
örtlichen Er-  
hoffest, eine  
Schleswig-  
schaftspflege  
ge auch un-  
enbei wurde  
hr auch noch  
im „auf Vor-

er berichtete  
armierungen,  
tzen und 13  
Brandeinsät-  
alarme, eine  
uffung, einen  
elbrand und  
ost der den  
hon bestens  
bestimmten  
t. Den härte-  
wehr bei dem  
eschäftshau-  
er Dr.-Willi-  
i wurden die  
neister Klaus  
en regelrecht

es, weil ein  
and, Benzin-  
traßen abge-  
1, ein Kanal  
tung zu spü-

len waren. Auch von der Kriminalpolizei war die Wehr zwecks Spurensicherung angefordert worden, und selbst die Straßenreinigung nach dem Kuhaustrieb blieb ihr nicht erspart. Darüberhinaus berichtete Klaus Meyer über die Teilnahme von Feuerwehrmännern an vielen Lehrgängen.

Unter dem Strich kam der Stadtbrandmeister auf die stolze Leistung von 235 Stunden pro Feuerwehrmann. Die Zeit für die Ausbildung und die Renovierung des eigenen Unterrichtsraumes war in dieser Stundenzahl nicht eingerechnet.

Mit Dank betonte Klaus Meyer, daß 1993 überwiegend mit den Beiträgen der fördernden Mitglieder wieder eine Reihe von Ausrüstungsgegenständen beschafft werden konnte. 35 aktive und 180 fördernde Mitglieder hatte

die Wehr zum Jahresende, Klaus Meyer freute sich, daß die Wehr bei der Versammlung nahezu komplett zur Stelle war. „Wir sind stolz auf die Leistungen im vergangenen Jahr“, resümierte er, sein Dank galt Mitgliedern, Bergwacht, Rat und Verwaltung der Bergstadt.

Kassenwart Jörg Klapproth berichtete zwar, daß die Wehr finanziell gut über die Runden gekommen sei, aber auf der Tagesordnung stand auch die Neufestsetzung der Mitgliedsbeiträge. Ein Thema, an das sich der Stadtbrandmeister so vorsichtig herantastete, daß ein Juckepunkt vermutet werden konnte. Es gab jedoch weder Kritik noch eine Gegenstimme, der Jahresbeitrag wurde von 12 auf 20 DM angehoben.

Vor dem Hintergrund dieser Bereit-

schaft, für eine Leistung zum Wohl der Allgemeinheit auch noch Beiträge zu zahlen, sprach Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz der Wehr Dank und Anerkennung aus. Sie habe nicht zuletzt auch bewiesen, daß die Ausrüstung bei ihr in besten Händen sei. Grogorenz bezeichnete die Freiwillige Feuerwehr als eine der wichtigsten Institutionen der Bergstadt, ohne die so gut wie nichts gehe. Und als erfreulich wertete er es auch, daß es wieder gelungen sei, eine beruhigende Personalstärke zu halten.

Der stellvertretende Landrat Werner Grübmeier versicherte, daß die St. Andreasberger Wehr im Landkreis einen guten Ruf genieße, weil sie auch über den Ort hinaus immer zur Verfügung stehe. Dafür gelte es Dank zu sagen.

cher



Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz (rechts) brachte Dank und Anerkennung der Bergstadt für Ausbildungsstand und Einsatzbereitschaft zum Ausdruck.  
Foto: Siebeneicher

Jahreshauptversammlung der Reichsbund-Ortsgruppe Altenau

## Keinen neuen Vorstand gefunden

ALTENAU. Von den etwa 200 Mitgliedern des Reichsbundes Altenau fand zur Jahreshauptversammlung nur knapp ein Drittel den Weg ins „Deutsche Haus“. Der Vorsitzende Joseph Pichler bedauerte die schwache Beteiligung.

Der Vorsitzende des Reichsbund-Kreisverbandes Oberharz, Werner Grübmeier, meinte, daß der Ortsverein Altenau zu den Perlen der Reichsbundfamilien gehöre. Er würdigte besonders die Arbeit des Vorsitzenden Joseph Pichler, der nunmehr seit 48 Jahren die Geschicke des Reichsbundes in Altenau leitet, und der 2. Vorsitzenden Gertrud Witt, die trotz schwerer Krankheit immer noch zur Verfügung gestanden hatte.

Der Kreisvorsitzende hatte die ehrenvolle Aufgabe, Gertrud Witt für 40 Jahre ehrenamtliche Arbeit für den Ortsverein auszuzeichnen. Er überreichte die Urkunde und das Wappenschild des Reichsbundes.

Joseph Pichler und auch Gertrud Witt stellten sich allerdings aus Alters- beziehungsweise Krankheitsgründen nicht mehr zur Wiederwahl.

Kassenwart Rudi Guttmann sowie Schriftführerin Irene Joß wurden einstimmig wiedergewählt. Nur der erste und zweite Vorsitz waren nicht neu zu besetzen. Die Kandidaten, die von der Versammlung vorgeschlagen wurden, lehnten alle ab.

Daraufhin ergriff noch einmal der Kreisvorsitzende das Wort: „Jupp, Du



Joseph Pichler (r.) und Gertrud Witt, die vom Kreisvorsitzenden Werner Grübmeier für 40jährige ehrenamtliche Arbeit im Reichsbund ausgezeichnet wurde, kandidierten nicht wieder für den Vorstand. Foto: Cronjäger

bist ein Pionier gewesen. Seit Gründung des Ortsvereins vor 48 Jahren bist Du Vorsitzender. Mit 79 Jahren zählst Du ja nun auch nicht mehr zu den Jüngsten, aber ich möchte Dich doch fragen, ob Du in zwei Jahren das Jubiläum des Ortsvereins als Vorsitzender erleben möchtest!“

Aber gerade wegen der auf ihn

zukommenden Arbeit in Sachen Jubiläum lehnte Pichler mit Hinweis auf sein hohes Alter ab. Auch die Bemühungen, Gertrud Witt noch einmal zu aktivieren, schlugen fehl.

Daraufhin beschloß die Versammlung, eine außerordentliche Mitgliederversammlung für den Spätsommer einzuberufen.



Jubiläumskonzert in »St. Andreas«: »Ohrenschmaus« von Chor ...



... und Bornhäuser Flötenensemble.

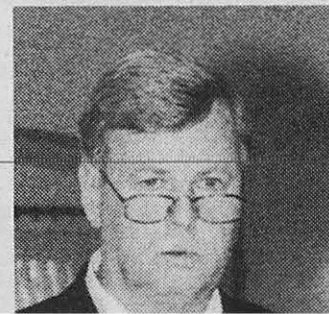
**Am 150. »Geburtstag« des Gemischten Chores »Eintracht« Seesen Verdienste gewürdigt:**

## »Die intensive Pflege des Liedgutes hat den Chor zu einer festen kulturellen Größe werden lassen«

**Brillantes Jubiläumskonzert in »St. Andreas« und Ehrungen im feierlichen Rahmen**

Seesen. (kno) »Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder«: Jürgen Ebert, 1. Stellvertretender Bürgermeister der Stadt Seesen, sprach's und brachte damit genau das zum Ausdruck, was am vergangenen Wochenende ein großes Jubiläum in der Vorharzstadt auszeichnete, nämlich Fröhlichkeit, Harmonie und Geselligkeit. Der Gemischte Chor »Eintracht« von 1844 Seesen feierte seinen 150. »Geburtstag« und die Repräsentanten des Landkreises, der Stadt und nicht zuletzt zahlreiche Bürgerinnen und Bürger feierten mit. Der 1. Vorsitzende des Vereins, Helmut

Kompenhans, hatte bereits im Vorfeld von einer »eher bescheidenen« Festivität gesprochen. Doch bei aller Bescheidenheit: Was der älteste Gesangsverein im Landkreis Goslar an seinem »Jubeltag« auf die Beine gestellt hatte, erwies sich dem Anlaß mehr als würdig: ein brillantes Jubiläumskonzert in der St.-Andreas-Kirche, ein ebensolches Freundschaftssingen in der Aula des Schulzentrums, und – im Rahmen eines Empfangs im Seesener »Ratskeller« – nicht wenige lobende Worte über die Bewahrung der Tradition und die Pflege des Chorgesangs »in guten wie in schweren Zeiten«.



Seine Grüße und Glückwünsche und die des Landkreises übermittelte dann Werner Grübmeier. Er zeigte sich zum einen beeindruckt von den Darbietungen des Chores im Rahmen des Jubiläumskonzertes; zum anderen wußte er das Engagement der aktiven Sängerinnen und Sänger zu würdigen und wünschte dem Verein noch viele weitere Jahre erfolgreicher Arbeit. Dem konnte sich Jürgen Ebert nur anschließen, und fügte hinzu: »Gesang bedeutet einen Beitrag zur kulturellen Pflege und zur Förderung der Geselligkeit. Mit der Erfüllung einer hohen ideellen Aufgabe ist der Gemischte Chor Eintracht damit Mitgestalter des kulturellen Lebens in der Stadt und der engeren

Nicht ohne Grund hatten sich die Aktiven des Gemischten Chores »Eintracht« die St.-Andreas-Kirche als Schauplatz für ihr Geburtstags-Konzert am Samstagnachmittag ausgewählt. Eine Akustik, wie sie für musikalische Anlässe, insbesondere für den Chorgesang, nicht besser sein könnte, sowie die einladende Atmosphäre des Gotteshauses ließen das Jubiläumskonzert denn auch zu einem wahren »Leckerbissen« werden.

Nun, wer die Wahl hat, hat bekanntlich auch die Qual. Chorleiterin Claudia May ließ die Gäste eingangs wissen, daß man zugunsten eines kompakten und abwechslungsreichen Konzertes ein paar Lieder aus dem Programm habe streichen müssen. Die Auswahl, die man daher also traf, stieß auf eine große Resonanz bei den Konzertbesuchern, die dem Chor und als weitere Mitwirkende den Akteuren des (erweiterten) Bornhäuser Blockflötenquartetts viel Beifall zollten.

Zu Beginn wurde zunächst der Musikanten-Kanon intoniert, bevor auch Vorsitzender Helmut Kompenhans die Gäste

»durch das Jahr« brachten die »Kehlkopfkrobaten« dann Lieder wie »Es geht eine helle Flöte« oder »An hellen Tagen« zu Gehör. Und da man nun schon einmal in der St.-Andreas-Kirche beisammen war, erklangen natürlich auch geistliche Töne; darunter beispielsweise das Stück »Meine Hoffnung und meine Freude« aus Taizé. Schwung in das Konzert brachten die »Geburtstagskinder« schließlich unter dem Programm-Punkt »Geselliges«, und viele der Besucher dürften im Stillen so bekannte Lieder wie »Drei schöne Dinge fein« und »Tanzen und Springen«

mitgesungen haben. Soviel also zu den meisterlichen Gesangsdarbietungen der »Eintracht«-Aktiven. Aufgelockert wurde das Konzert durch einen Wechsel von Gesang und Instrumentalstücken. Einen »Ohrenschmaus« bot dabei wie gesagt das Bornhäuser Flötenensemble. Aus dem Repertoire wurden einerseits Auszüge aus Werken so bekannter Komponisten wie Wolfgang Amadeus Mozart und Johann Sebastian Bach gespielt, andererseits wurden musikalische Akzente auch aus diesem Jahrhundert gesetzt.

Damit war der erste Festtag nun aber keinesfalls »gelaufen«. Ganz im Gegenteil: Anschließend ging nämlich im Seesener »Ratskeller« ein Empfang über die Bühne, zu dem der 1. Vorsitzende, Helmut Kompenhans, unter anderem den Stellvertretenden Landrat, Werner Grübmeier, den 1. Stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Seesen, Jürgen Ebert, Stadtdirektor Hans Torino und Stellvertreter Christoph Görtler sowie Kulturamtsleiter Axel Henniges willkommen

### Jürgen Ebert: »Feste Größe im kulturellen Leben der Stadt«.

in aller Kürze nochmals die bewegte Geschichte des Chores Revue passieren. Er erinnerte daran, daß der Verein viele Höhen und Tiefen durchlebte, daß er im Jahr 1952 durch die Gründung einer Frauengruppe erheblichen Auftrieb erhielt und daß ihm 1957 die »Zelter-Plakette« für Verdienste um die Pflege der Chormusik verliehen wurde. Helmut Kompenhans: »Hauptaugenmerk muß auf den Sängernachwuchs gelegt werden, um auch künftig eine erfolgreiche Vereinsarbeit leisten

## Ehrungen und Geselligkeit

Bevor man nun zum geselligen Teil des Abends übergang, standen noch einige Ehrungen auf dem Programm. Mit Wappenrolle, Ehrenurkunde und Goldenem Vereinsabzeichen wurden Karl und Lisa Bruns, Alfred Krist, Ursula Kompenhans, Lotte Seehafer, Roland Stübiger, Roswitha Günther und Ursula Wurziger für eine über 40jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Für besondere Verdienste wurden ferner Jutta und Gerhard Lampe geehrt, und auch Helmut Kompenhans selbst konnte eine Ehrenurkunde entgegennehmen. Ins rechte Licht gerückt, und zwar mehr als nur einmal, wurde ferner Chorleiterin Claudia May. Sie, so hieß es, vermittele dem Chor heute dynamisch und mit jugendlichem Elan ihr Können und fördere damit den Aufwärtstrend des Vereins.

Mehr über die zweite große Jubiläumsveranstaltung am gestrigen Sonntag, das Freundschaftssingen in der Aula des

150 Jahre



»Eintracht«

1944



Handwritten notes and stamps on the right edge of the page, including a date stamp '1. 8. 1980' and various illegible markings.

150 Jahre Gemischter Chor »Eintracht« von 1844 Seesen:

## Konzert, Empfang und Freundschaftssingen – Es wurde gesungen und gefeiert



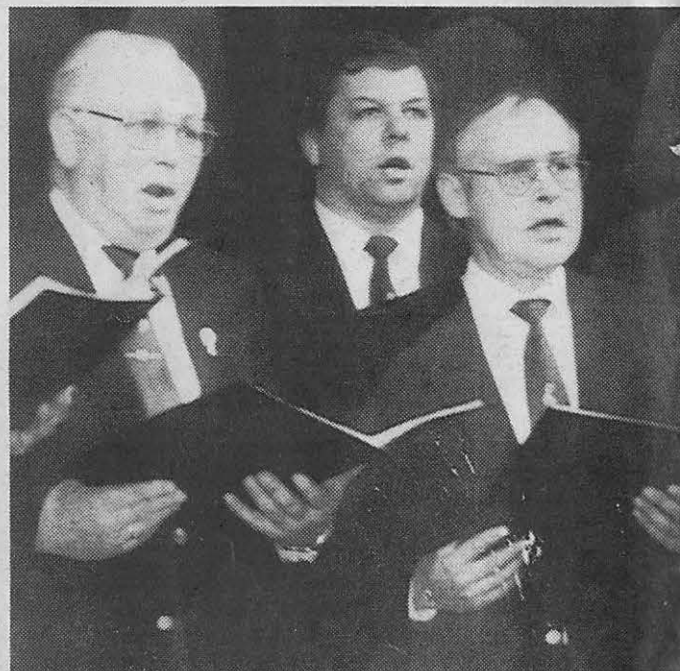
Empfang im »Ratskeller«: Werner Grüb Meyer (links), Helmut Kompenhans

Seesen. (kno) Ein brillantes Jubiläumskonzert in »St.-Andreas«, Worte des Lobes und des Dankes im Rahmen eines Empfangs und ein gelungenes Freundschaftssingen in der Aula des Schulzentrums: Der Gemischte Chor »Eintracht« von 1844 Seesen feierte am vergangenen Wochenende seinen 150. »Geburtstag«, und viele Bürgerinnen und Bürger feier-



ten mit. Nachdem man den Gästen zunächst einen »Ohrenschmaus par excellence« kredenzte hatte, rückten die Repräsentanten des Landkreises und der Stadt Seesen die Verdienste des Chores ins rechte Licht, würdigten sie das Engagement, daß man in den Reihen des Vereins zur Pflege des Liedgutes an den Tag lege.

Mehr über die Jubiläums-Festivitäten auf Seite 4.



Am Sonntag in der Aula: Freundschaftssingen der Chöre.

Fotos: Knoblich

Die psychosoziale Beratung für Krebskranke und Angehörige im ZEF: Heute Terminabende unter Telefon (053 81) 1064 und 1065.

#### Beilagen!

Unsere heutige Ausgabe enthält, mit Ausnahme der Postreklamestücke, Prospekte der Real-, Goslar, und der Fa. Hel Krause, bei.

## Beobachter

Regionaler Tageszeitung Rhüdenener Tageblatt

Verleger: Verlag Seesener Beobachter GmbH  
Verlagsleiter: Bruno Wolter

Redaktion: Dr. Wolfgang Mauersberg, Lokalredaktion: Hans-Joachim Poerschke, (verantwortlich) Dienstschluß, Telefon (05381) 2011, Gerd Jung, (81) 2865. Anzeigen: Bruno Wolter, H. Hofmann H & Co. KG, 38723 Seesen, Lautenthaler Str. 3, 38723 Seesen, Postfach 1252, Telefon (05381) 1025, 1027, Fax (05381) 5755. Druck: Heinrich Rüttger GmbH & Co. KG. Bei Nichtlieferung durch höhere Gewalt und Arbeitskampf keine Entschädigung. Unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Briefe werden ohne Gewähr. Rücksendungen nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Seesen. Erscheinungsweise: werktäglich monatlich. Bezugspreis durch Träger DM 19,00, durch Postbezug DM 21,00 (inkl. Zustell- und Versandkosten - 7% MwSt.). Anzeigenpreise: siehe Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 1993. - Regelmäßige wöchentliche Beilage: Programm.

### ASN

Anzeigenring Südniedersachsen  
Verbandschaft niedersächsischer Zeitungsverleger  
Täglich über 140000 verbreitete Auflage

Willkommen nied. Im Rahmen eines musikalischen Reigens

VON 1844

heißten konnte, um nur einige zu nennen. Kompenhans ließ dann

zu können und die Pflege des Liedguts zu sichern.



Ehrungen für besondere Verdienste und langjährige Mitgliedschaften im Chor

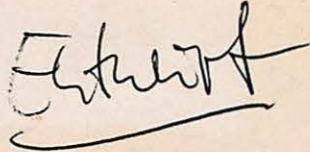
Fotos: Knoblich

## Kreiselterrat tagt bei BBS Goslar/Seesen in d

### »Pilotprojekt« zur »AsbestEX« Planung im M

Seesen. (G.J.) Auch der Kreiselterrat im Landkreis Goslar wird sich mit der in Seesen geplanten Asbest-Aufbereitungsanlage befassen. Und zwar im Rahmen einer öffentlichen Sitzung, die am Mittwoch, 20. April, um 19.30 Uhr in den Berufsbildenden Schulen in Goslar (Bornhardtstraße 14) stattfindet. Neben den Informationen, die in Sachen »AsbestEX« gegeben werden sollen, befaßt sich das Gremium vor allem mit der BBS Goslar/Seesen, die von Oberstudiendirektor Anders vorgestellt wird. Dabei geht der »Hausherr« nicht nur auf alle Abschlüsse ein, die derzeit an »seiner« Schule angeboten

Bezirksregierung Braunschweig  
- Dezernat 04 -



ind. B.  
im intensive  
Unterstützung,  
H. F. W.

Nationalparkverwaltung Harz, 37444 St. Andreasberg

Niedersächsisches Kultusministerium  
Schiffgraben 12

30159 Hannover

Az.: 04.22248

05582/1328

Fax-Nr. 8625

**Betr.:** Einrichtung eines Regionalen Umweltbildungszentrums  
im Nationalpark Harz

**Bezug:** Erörterung in der Nationalparkverwaltung Harz am 10.5.1994  
mit Frau Dr. Schrembs, Herrn Dr. Reißmann (MK) und  
Frau Geschwendtner (Bez.Reg. BS)

Am 01.01.1994 trat die von der niedersächsischen Landesregierung seit vier Jahren vorbereitete Verordnung über den Nationalpark Harz in Kraft. Die Verwaltung des Nationalparks Harz ressortiert als Dez. 04 bei der Bezirksregierung Braunschweig. Gegenwärtig ist dieses Dezernat damit beschäftigt, die Verwaltung aufzubauen.

Zu den wesentlichen Aufgaben der Nationalparke gehört auch international die Umweltbildung. Diese auch im VO-Text betonte Pflicht ist gerade im Harz von außerordentlicher Bedeutung. Als einziger zentral gelegener Nationalpark in Deutschland und als nördlichstes deutsches Mittelgebirge war und ist der Harz aufgrund seiner geographischen Exposition, seiner landschaftlichen Schönheit und seiner charakteristischen naturräumlichen Ausstattung eines der bedeutendste Fremdenverkehrsgebiete Mitteleuropas. Im Verbandsbereich des Harzer Verkehrsverbandes werden rd. 20 Mio. Gästeübernachtungen verzeichnet. Ebenfalls sehr bedeutend ist der Tagestourismus; jährlich ist mit ca. 10 Mio. Ausflüglern allein im Nationalpark Harz zu rechnen.

Durch diese Zahlen wird belegt, daß mit einer zielgruppenorientierten Informations- und Bildungsarbeit des Harzer Nationalparks eine breite Öffentlichkeit erreicht werden kann. Hier liegt eine große Chance und Verpflichtung zugleich, welche die bestehenden Schutzgebiete bisher kaum nutzen konnten.

Der Nationalpark Harz ist aufgrund seiner zentralen Lage, seiner äußerst vielfältigen Naturlausstattung und seiner im internationalen Maßstab sehr hohen Besucherfrequenz besonders prädestiniert und entsprechend verpflichtet, die Grundkonzeption der Nationalparke im Hinblick auf den Schutz der natürlichen Eigendynamik sowie auf die darauf aufbauende Umweltbildung konsequent zu realisieren und zu vermitteln.

Die grundsätzliche Forderung, in Nationalparks "Natur Natur sein zu lassen" und menschliche Nutzungen mittelfristig auf ein Mindestmaß zu reduzieren, trägt einen für ganz Europa innovativen Charakter in sich und begründet neuartige Perspektiven und Strategien des Umganges mit der Natur. Das Nationalparkkonzept ist damit wie kein zweites in der Lage, den notwendigen Umgang mit den natürlichen Prozessen in einer objektbezogenen Umweltbildung vor Ort Kindern und Jugendlichen, aber auch Lehrkräften aufzubereiten und darzustellen. Bereits heute bitten Schulklassen aus dem ganzen Land Niedersachsen um Vorträge, Exkursionen und andere Veranstaltungen im Nationalpark in einer Frequenz, die mit vorhandenem Personal in keiner Weise befriedigt werden kann.

Auch die Umweltbildung im Nationalpark Harz trägt insofern innovativen Charakter, als hier in einzigartiger Weise fächerübergreifend und interdisziplinär neueste wissenschaftliche Erkenntnisse ohne Zeitverzug in die schulische Praxis umgesetzt werden können. Dieses Vorhaben trägt somit Modellcharakter für das Land Niedersachsen.

Bedauerlicherweise ist der Dezernatsleiter in der schwierigen Situation, daß ihm für die wichtige Aufgabe "Umweltbildung" außer einem Sachgebietsleiter und einer Försterin z. Zt. praktisch noch keine Stellen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund ist er darauf angewiesen, daß ihn die anderen Landesbehörden und -dienststellen bei dieser für das Land Niedersachsen wichtigen Aufgabe unterstützen.

Ich möchte daher dringend gleich in der Anfangsphase darum bitten, für die Umweltbildung im Nationalpark Harz im Rahmen des Programmes "Regionale Umweltbildungszentren" ein RUZ im Harz in St. Andreasberg einzurichten.

Dieses RUZ sollte jedoch nicht nur ein weiterer Mosaikstein im Netz der Umweltbildungseinrichtungen in Niedersachsen sein, sondern speziell auch dazu dienen, vorhandene Strukturen zu aktivieren und hier im Harz am landesweit einzigartigen Objekt "Nationalpark Harz" zu schulen. Mit etwa 20 Schullandheimen, einem Lehrerfortbildungsheim und zahlreichen Bildungseinrichtungen in der Nationalparkregion sind hierfür optimale Bedingungen gegeben. In St. Andreasberg speziell kommt dazu die Nähe zum Internationalen Haus Sonnenberg sowie zur Erzwäsche, die zu einem auf Bundesebene einmaligen Lehrprojekt "Geschichte - Denkmalschutz - Naturschutz" entwickelt wird. Das große Gebäude des Forstamtes Andreasberg ist im Erdgeschoß als Umweltbildungszentrale vorgesehen, von der aus eine äußerst breite Palette angeboten werden kann.

Meine Forderung ist es, daß mindestens 2 Lehrkräfte voll an das Dezernat 04 (Nationalpark Harz) der Bezirksregierung Braunschweig abgeordnet werden. Diese Abordnung sollte nach meinen Vorstellungen vergleichbar der Abordnung von schulfachlichen Lehrern an die Gymnasien erfolgen. Mit einer nur 12-stündigen Teilzeitabordnung von Lehrkräften, wie es in den anderen RUZ geschieht, ist hier im Harz bei der hohen Nachfrage nach Umweltbildung das Bildungsziel nicht zu erreichen.

Sinnvoll wäre die Abordnung von Lehrkräften aus dem Primar- und SekI -/SekII - Bereich, um altersgemäß differenzierte pädagogische Konzepte und Angebote zu entwickeln.

Um die Vorbereitungen zügig beginnen zu können, was ich im Landesinteresse möglichst noch für die Zeit nach den großen Ferien plane, ist ein zeitnaher Start des RUZ sehr wichtig.

Allgemeine Aufgabe der beiden Lehrkräfte im Nationalpark Harz sollte es sein u. a. am Objekt "Nationalpark Harz" und den "Umweltbildungsmedien" Wald, Fließwasser / Wasser, Bergwiesen, Luft, Boden, Verkehr, naturschonender Fremdenverkehr u. a. nicht nur Schüler, sondern auch Lehrer aller Schulen, z. B. im Rahmen von regionalen Lehrerfortbildungsveranstaltungen, zu schulen. Auf diese Weise ist eine intensive Zusammenarbeit mit den neuen, regionalisierten schulischen Strukturen in Niedersachsen zu erreichen, um die knappe Ressource "Personal" optimal einzusetzen.

Im einzelnen haben die Lehrkräfte, die an den Nationalpark Harz abgeordnet werden sollen, folgende Aufgabenfelder:

- Koordinierung aller vorhandenen Umweltbildungsaktivitäten im Bereich des Nationalparks Harz
- Entwicklung und Umsetzung eines Umweltbildungsangebotes
  - a) für verschiedene schulische Zielgruppen
  - b) für unterschiedliche Themen am Objekt "Nationalpark Harz" unter Berücksichtigung der Leitlinien der Umweltbildung; Einbindung der verschiedenen wissenschaftlichen Forschungsprojekte; Zusammenarbeit mit den neuen regionalisierten Strukturen
- Unterstützung von Schulen bei der Einbindung des Harzaufenthaltes in ein langfristig bestehendes schuleigenes Umweltbildungskonzept
- Pädagogische Aufbereitung verschiedener Renaturierungsprojekte und Umsetzung in Form von Kooperationsprojekten mit schulischen Lerngruppen
- Entwicklung von Lehrerfortbildungsangeboten, um Kompetenz, Kooperationsfähigkeit und Eigeninitiative bei der Durchführung naturschutzpädagogischer Projekte bei Lehrkräften und Lehramtsanwärtern in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Studien- und Ausbildungsseminaren zu entwickeln und zu fördern
- Entwicklung von pädagogischen Materialien.

Ziel ist insbesondere die Entwicklung und Förderung von Kompetenz, Kooperationsfähigkeit und Eigeninitiative im Hinblick auf naturschutzpädagogische Projekte bei Lehrern, aber auch schon bei Lehramtsanwärtern durch Zusammenarbeit mit Hochschulen und Seminaren. Die Abordnungen sollten zunächst für etwa 5 Jahre (entsprechend der Regelung im Nationalpark Bayerischer Wald) erfolgen.

Bedingt durch die äußerst große Standortvielfalt und Höhendifferenzierung bietet der Harz allerbeste Voraussetzungen, vorbildliche und nachahmenswerte Renaturierungsbeispiele (z. B. Fließgewässerrenaturierung, Mosaik-Zyklus-Dynamik bestimmter Ökosysteme, Vernetzungsstrategien gegenüber bisherigen Verinselungen usw.) als neue Naturschutzstrategie pädagogisch aufzubereiten und in Form von Kooperationsprojekten mit schulischen Lerngruppen praktisch umzusetzen.

Das von den Lehrkräften erarbeitete pädagogische Material für die Umweltbildung im Nationalpark Harz wird, wie wir bereits jetzt anhand der Nachfrage spüren, von großem Interesse für viele Schulen in Niedersachsen sein.

Im Sinne des § 2 NSchG kann auf diese Weise die Umweltbildung im Nationalpark Harz in das schuleigene Umweltbildungskonzept möglichst vieler niedersächsischer Schulen integriert, ein nachhaltiger Bildungseffekt erreicht und das Projekt langfristig in Lehrinhalten verankert werden.

Die Leitlinien der niedersächsischen Umweltbildung (vergl. die neuen "Empfehlungen zur Umweltbildung") sollen somit am Beispiel der Umweltbildungsziele des Nationalparks Harz am hiesigen Objekt exemplarisch umgesetzt werden.

Nur ergänzend wird darauf hingewiesen, daß über weitere gegenwärtig zu entwickelnde Strategien ein Multiplikatorsystem entwickelt wird, das in Sachen "allgemeine und außerschulische Umweltbildung" spätestens in 3 Jahren die Durchführung von mindestens 2.000 Bildungsveranstaltungen / Jahr gewährleisten soll. Die beiden angeforderten Lehrer sind also "nur" Teil eines sich gegenseitig ergänzenden Schulungssystems, dem eine schnelle Akzeptanz schon in der Anfangsphase des Nationalparks vorhergesagt werden kann und muß. Es ist daran gedacht, das im Harz zu entwickelnde Umweltbildungskonzept auch anlässlich der Expo 2000 "Mensch - Natur - Technik" vorzustellen.

Aufgrund der Eilbedürftigkeit meines Anliegens bitte ich um möglichst schnelle Bearbeitung dieser Anforderung, um eine Abordnung der Lehrkräfte tatsächlich bereits zum neuen Schuljahr zu ermöglichen.

Rücktritt von Bürgermeister Hans Bahn mit polemischer Auseinandersetzung

## Wahl von Albert Kehr erfolgte einstimmig

**ST. ANDREASBERG.** Erwartungsgemäß wählte der Rat der Bergstadt in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag Albert Kehr als neuen Bürgermeister. Bemerkenswert: Es gab zwar sechs Enthaltungen, aber die Wahl erfolgte mit sieben Ja-Stimmen einstimmig. Trotz dieses Signals zur einmütigen Arbeit für die Bergstadt war der Ehrenamts-Wechsel mit einer weitgehend polemischen Auseinandersetzung verbunden.

Auf zweieinhalb Jahre Amtszeit „freiwillig begrenzt“ hatte Hans Bahn seine Amtszeit. In seiner Abschiedsrede sprach er von einem geteilten Echo auf die Einlösung seines Versprechens: Auch positive Stimmen seien zu hören darüber, daß ein Bürgermeister „nicht an seinem Stuhl klebt und erwartet, bis man ihn mit Gewalt davon entfernen muß“. Es war ein Bezug zu 30 Jahren Amtszeit seines Vorgängers Werner Grübmeier, die Hans Bahn in Zusammenhang brachte mit Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit des Rates als Folge einer rustrierten CDU-Gemeinschaftsfraktion und mit Schwierigkeiten, mit der Verwaltung zu einer akzeptablen Zusammenarbeit zu finden.

### Vereine „abgeschirmt“

In den Vereinen sei seine Arbeit vorurteilsfrei anerkannt worden, freute sich Bahn, der es als eine wichtige Aufgabe ansah, das Vereinsleben „vor den unseligen Streitereien des Rates abzuschirmen“. Er hob dazu seinen „zuletzt gezeigten Einsatz für die Gleichbehandlung aller Vereine“ hervor. Der CDU-Gemeinschaftsfraktion lastete Bahn jedoch die „völlige



**Händedruck mit strahlenden Gesichtern im Zeichen der Freude über positive Signale für gute Zusammenarbeit im Rat: Werner Grübmeier (links) gratuliert dem neuen Bürgermeister Albert Kehr. Im Hintergrund von links Volker Thale, Walter Rehkopf, Ex-Bürgermeister Hans Bahn und Horst Hörseljau.**

Foto: Tempes

germeisters benannt, auf Antrag von Karl-Heinz Brockschmidt kam es zu einer geheimen Abstimmung.

Mit Werner Grübmeier habe Hans Bahn einen großen Schatten gehabt, stellte Stadtdirektor Hans-Joachim

gemacht hätte, einen anderen Aspekt im Amtswechsel zur Sprache. Umso mehr danke er Hans Bahn für die Einlösung seines Versprechens. Kehr nahm die einstimmige Wahl als positives Zeichen im Rat. Als seine Zielset-

Kehr offiziell die Annahme des Bürgermeister-Amtes. Mit der Amtsannahme verbunden war die Neubesetzung des Verwaltungsausschusses, aus dem Hans Bahn wegen der insgesamt nur drei zur Verfügung



Übergangung" des Bürgermeisters bei der Einweihung des gesteinskundlichen Lehrpfades Jordanshöhe durch den Geschichtsvereins-Vorsitzenden Uwe Sonntag an.

Der Bürgermeister bot damit Ansatzpunkte für einen Disput, der letztlich zu eskalieren drohte. Anerkennung für die Arbeit von Hans Bahn gab es aus der Zählgemeinschaft, in hitziger Atmosphäre beendete Volker Thale schließlich die Auseinandersetzung. Albert Kehr wurde als einziger Kandidat für das Amt des Ratsvorsitzenden und Bür-

Grogorenz nach dem Wahlgang rest. Er wisse, wie sehr sich Hans Bahn in sein Amt hineingelegt habe und wünsche sich mit Albert Kehr eine vorbehaltlose Zusammenarbeit. Seine Hoffnung setzte Grogorenz auf Geschlossenheit im Rat zum Wohl der Bergstadt, die Verwaltung biete dazu ihre Hand.

#### **Amt lieb gewonnen**

Der neu gewählte Bürgermeister brachte mit seiner Feststellung, daß Hans Bahn sein Amt lieb gewonnen habe und vielleicht gern noch weiter-

zungenannte er eine loyale Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Versuch, die großen Gräben zwischen den Fraktionen zuzuschütten, ohne die Konturen zu verwischen. „Da sind noch Sachen auf den Weg zu bringen, die uns in der Entwicklung des Ortes weiterbringen werden“, umriß Bürgermeister Albert Kehr die Aufgaben des Rates für den Rest der Legislaturperiode.

#### **VA neu besetzt**

Erst nach einem Hinweis von Karl-Heinz Brockschmidt erklärte Albert

steinenden Sitze zwangsiaung ausscheiden mußte. Neu besetzt ist der VA mit Albert Kehr als Bürgermeister und Volker Thale als stellvertretenden Bürgermeister – damit sind die zwei der Zählgemeinschaft zufallenden Sitze besetzt. Den dritten Sitz im Verwaltungsausschuß behält für die CDU-Gemeinschaftsfraktion Herbert Schlieff.

Persönliche Vertreter im VA sind für Albert Kehr Hans Bahn, für Volker Thale Gabriela Koblitz und für Herbert Schlieff Werner Grübmeier.

te-

Vorstand des CDU-Stadtverbandes begab sich auf Besichtigungstour

## Europarelevante Objekte besucht

ST. ANDREASBERG. Eigentlich war ein Kontakt mit dem Europakandidaten Dr. Faust geplant. Weil der aber kurzfristig wegen Krankheit ausfiel, begab sich der Vorstand des CDU-Stadtverbandes am Mittwoch allein auf eine Besichtigungstour von europarelevanten Einrichtungen in St. Andreasberg.

„Wir haben hier viel zu bieten“, sagte Ex-Bürgermeister Werner Grübmeier. „Das hätten wir unserem Parteifreund aus Bad Harzburg

gern gezeigt.“ Aber auch insbesondere für die neu in den Vorstand gewählten CDU-Mitglieder war der Tag höchst informativ. Vorsitzender Hartmut Humm: „Wir wollen uns alle ständig auf dem letzten Stand der Entwicklung halten.“

Den Auftakt bildete ein Gespräch bei Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz. Ihm folgten Besuche im Museum, der Erzwäsche und bei der Verwaltung des Nationalparks. „Demnächst“, so kündigte Grüb-

meyer an, „werden wir auch das Internationale Haus Sonnenberg besuchen.“

Der CDU-Vorstand war erst Ende Mai gewählt worden. Ihm gehören Katharina Bernicke als stellvertretende Vorsitzende und Otfried Rohr als Beisitzer neu an. Neben der Information stand am Mittwoch als erstes eine erfreuliche Pflicht auf dem Programm. Man gratulierte Werner Grübmeier zum 68. Geburtstag. P.W.

Sonnabend, 4. Juni 1994



Besuchten europarelevante Einrichtungen in St. Andreasberg: Die Mitglieder des CDU-Stadtverbandes Hans-Dieter Lambert, Hartmut Humm, Katharina Bernicke, Werner Grübmeier, Willi Ullrich, Gerhard Klapproth und Wolfgang Hoffmann. Foto: Weiss

CDU-Gemeinschaftsfraktion

St. Andreasberg, 12.06.94

An den  
Bürgermeister der  
Bergstadt St. Andreasberg

Eintragung vom  
14. 6. 1994  
G.D.

Antrag nach § 8 der Geschäftsordnung  
hier: Ehrungen

XII/323

Sehr geehrter Herr Kehr,

die CDU-GF ist der Ansicht, den Bürger der Stadt, der Jahrzehnte für Einzelne und das Gemeinwesen St. Andreasberg ehrenamtlich und uneigennützig tätig war und ist, in gebührender Form zu ehren.

Schon im Frühsommer 1986 war die Frage angesprochen worden, Herrn Werner Grübmeier die Ehrenbürgerschaft der Bergstadt anzutragen.

Wegen des bevorstehenden kommunalen Wahlkampfes und der darum nicht zu erwartenden "Einmütigkeit" wurde diese Frage nicht ausdiskutiert.

Wir sind davon ausgegangen, daß der letzte Wechsel im Amt des Bürgermeisters für die längst fällige Ehrung genutzt worden wäre, zumal die Ehrenordnung für einen solchen ungewöhnlichen Fall sogar Varianten vorsieht.

Da die ZG als Mehrheitsgruppierung diese Gelegenheit verstreichen ließ, schlägt nunmehr die CDU-GF die entsprechende Ehrung vor.

Sollte es aus formellen Gründen notwendig sein, bitten wir, diesen Antrag als Eilantrag im Sinne der Geschäftsordnung zu betrachten.

Stellv. Fraktionsvorsitzender

CDU-Vorstand besichtigte künftige Nationalpark-Informationsstelle Bergbau

## Hoffnung auf grünes Licht für die Erzwäsche

**ST. ANDREASBERG.** Das Thema „Mensch-Natur-Technik“ kann in St. Andreasberg im Zusammenhang mit dem Nationalpark schon fest etabliert sein, wenn es als Motto der Expo 2000 in Hannover umgesetzt wird: Optimistisch äußerte sich Werner Grübmeier zum Umbau der „Erzwäsche“, als der CDU-Vorstand in dieser Woche die künftige Nationalparkinformationsstelle Bergbau besichtigte.

Nach Auffassung des CDU-Fraktionsvorsitzenden wäre für Sanierung und Ausbau der historischen Erzwäsche in Hannover schon grünes Licht gegeben worden, „wenn im Rat nicht die Frage nach der Unterhaltung gestellt worden wäre“. Mit der Diskussion darüber ist nach seiner Ansicht die Kuh am Schwanz aufgezümt worden. Nun aber sieht Grübmeier gute Chancen, daß die Haushaltssperre in Hannover für dieses Projekt aufgehoben wird: „Wir gehen davon aus, daß bei Zustimmung im Rat das Haus in acht bis zehn Wochen gekauft werden kann.“

Mit 1,45 Mio. DM sei das Projekt veranschlagt. 500 000 DM stehen nach Feststellung von Werner Grübmeier im Niedersächsischen Umweltministerium bereit, 100 000 DM als Denkmalschutzmittel beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur, 450 000 DM bei den Harzwasserwerken und 350 000 DM bei der Bundesstiftung Umwelt. Mit 50 000 DM an Eigenmitteln sei die Bergstadt gefordert – es

bestehe Aussicht, daß ein Teil davon aus anderen Quellen aufgebracht werden könne, betonte Grübmeier.

Bis zum Jahr 1521 reicht die Geschichte der Erzwäsche im Zusammenhang mit der Förderung in der Grube Catharina Neufang zurück, 1910 endete der Bergbau und damit auch die Erzaufbereitung. Als Vertreter des jetzigen Hausherrn führte Wilhelm Ullrich, ehemaliger Betriebsleiter der Firma Alwin Sprenger, den CDU-Vorstand durch die Räume: Bis vor 20 Jahren war die ehemalige Erzwäsche Produktionsstätte des St. Andreasberger Unternehmens. Im Obergeschoß sei der „Sonnen-Bau“ angesiedelt gewesen, im Parterre der Werkzeugbau und die Stanzerei, berichtete Ullrich. Seitdem die Produktion völlig in den Wäschegrund verlegt sei, diene die Erzwäsche als Lagerhaus.

Statisch ist das Haus in Ordnung, und auch das Dach ist wieder dicht. Darauf schienenen sich bei der Besichtigung der Räume allerdings die positiven Aspekte zu beschränken. Da jedoch ohnedies im Zusammenhang mit neuen Raumaufteilungen Umbauarbeiten geplant sind, ist der weitere Bauzustand nicht von erheblicher Bedeutung. Im Untergeschoß sollen Ausstellungsflächen, Audio-Visions- und Vortragssaal sowie Toilettenanlagen Platz finden, im Obergeschoß soll es weitere Ausstellungsflächen sowie Räume für Ausstellungs Vorbereitung, Büro, Bücherei und Archiv



Wilhelm Ullrich, Sprenger-Betriebsleiter im Ruhestand, erläuterte die Pläne für den Umbau der Erzwäsche.  
Foto: Tempes

geben, erläuterte Wilhelm Ullrich. Schwierig war es angesichts des Gebäudezustandes sicher für alle Teilnehmer an der Besichtigung, sich die Zeichnungen des Architekturbüros als Realität vorzustellen.

Vor einer Räumung der Erzwäsche müsse die Firma Sprenger erst noch neuen Lagerraum schaffen, hat Dr. Helmut Tiefenau gegenüber der GZ erklärt. Entsprechende Baumaßnahmen des Unternehmens stehen mit dem Kaufpreis der Erzwäsche im

Zusammenhang. Noch stapeln sich im Erdgeschoß die Kisten, und auch das Obergeschoß ist nicht leergeräumt – aber vielleicht nicht mehr lange. Werner Grübmeier zeigte sich optimistisch, daß das Projekt Nationalpark Harz unter der neuen SPD-Landesregierung unveränderte Priorität genießt: „Wir gehen davon aus, daß wichtige landespolitische Vorhaben trotz aller finanziellen Schwierigkeiten umgesetzt werden – ich glaube, daß die Erzwäsche dazugehört.“ te-

# Niedersächsischer Städtetag

Nachrichten für kreisfreie und kreisangehörige Städte, Gemeinden und Samtgemeinden



liebt hatte, und fand  
he vor und manch  
und Nachdenklic  
währsmann, den ic  
fragte, sagte: „Ac  
gerade recht. Heut  
Festival veranstalte  
Das war ein aufger  
der, der es wollte,  
chen in die Hand g  
Plakette oder gar e  
denen stand: „Wir  
nehmer“. Informa  
überreichliches S  
sie an. Schals und  
sogar Luftballons m  
schriften wurden in  
überall tönte es „Ne  
den Schriften, die r  
tragen konnte, ach  
les, daß ich es gar  
vermag.

Manches davon ha  
gehört. Aber die da  
ren, schienen das  
wissen. Als ich zu  
erwiderten sie: „Wi  
nen Sie nicht? Das  
haben. Schließlich  
alle!“

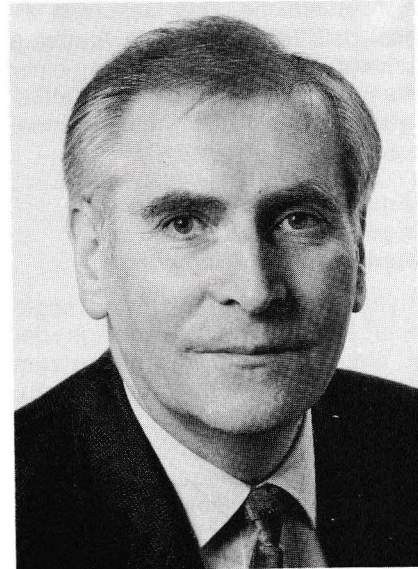
Ein Stand war da r  
Werdet Mitglied in  
nal-New-Public-Ma  
ment“. Das muß  
sein; denn es sch  
che ein, ohne nach  
Beitrag zu fragen.  
heißungsvoll. Man  
Ringelreigen und

production,  
ment.“

meine Ver  
auch mein  
, da meinte  
sten, die ha  
alles in der  
auszumer  
nd fügte hin  
was wie ein  
achmann für  
alyse hat es  
nennt sich  
) Es befällt  
ch viele, und  
h davor. Wo  
r weiß?

sehr traurig  
on dannen,  
hlichkeit zu

wieder in das  
meinen Ge  
ge. Der lach  
dann doch  
nige pensio  
noch zusam  
ch an einer  
r all die Din  
en. Aber sie  
der fest. Un  
ir in der Zwi  
bekommen.  
ießliche und  
nd wir sind  
chnungsw  
ft, recht gut  
urde ich wie-



## Ganztagsschulen und Schulen mit Ganztagsbetreuung

Die vom Kultusminister für möglich gehaltene freiwillige Beteiligung der Schulträger an den Kosten für pädagogische Mitarbeiter an kleineren Ganztagsschulen mußte die kommunale Seite vor dem Hintergrund der drastisch verschlechterten Finanzlage der Kommunen eindeutig verneinen. Die kommunalen Spitzenverbände wiesen darauf hin, daß sie bereits im Rahmen der Anhörung zu dem Erlaßentwurf über die Arbeit in der öffentlichen Ganztagsschule 1993 zum Ausdruck gebracht haben, daß die Kommunen nicht einspringen könnten, anstelle des Landes das sozialpädagogische Betreuungspersonal zu stellen. Daran habe sich nichts geändert. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zeigten sich jedoch grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber der Erprobung von Modellen der Zusammenarbeit zwischen Ganztagsbetreuung und Hort. Das Garbsener Modellprojekt zur Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Ganztagsbetreuung wurde als interessant angesehen.

Für den Niedersächsischen Städtetag wies Beigeordneter Grübmeier auf die Problematik hin, daß in Einzelfällen in ausgesprochenen Problemgebieten Ganztagsbetreuungsprojekte am Widerstand von Lehrerkollegien gescheitert seien, da bei Ablehnung durch die Lehrkräfte mit der Erarbeitung des erforderlichen pädagogischen Konzeptes nicht gerechnet werden könne und das Antragsrecht des Schulträgers allein

## Kommunale Spitzenverbände bei Kultusminister Prof. Wernstedt

Kultusminister **Prof. Rolf Wernstedt**, MdL, empfing am 27. Juni 1994 die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zum diesjährigen Spitzengespräch. Auf seiten des Kultusministeriums nahmen auch Staatssekretärin **Renate Jürgens-Pieper** und sämtliche Abteilungsleiter des MK teil. Der Niedersächsische Städtetag war durch Beigeordneten **Werner Grübmeier**, St. Andreasberg, Hauptgeschäftsführer **Dr. Eckehart Peil**

sowie die Beigeordneten **Rüdeger Goldmann** und **Paul Krause** vertreten.

Eingangs erklärte der Minister, daß ihm sehr daran gelegen sei, seitens des Landes im Verhältnis zu den Kommunen die finanziellen Möglichkeiten zu wahren. Er äußerte sich zufrieden über das verabschiedete Niedersächsische Schulgesetz. Ziel könne es jetzt nicht sein, erneute Änderungen des Schulgesetzes an-

30. 7. 1994

CDU-Stadtverband setzt seine Besichtigungstour fort

## Mehr Gäste für den Herbst erwartet

ST. ANDREASBERG. Unter dem Motto Informationen sammeln, Verständnis gewinnen, Bürgernähe praktizieren, besucht die CDU St. Andreasberg zur Zeit einheimische Institutionen, nimmt Einblick in Produktionsstätten und informiert sich über Vorhaben der Bergstadt.

Nachdem man vor einigen Wochen schon einmal Gast des Stadtdirektors war, hatte man nunmehr die Möglichkeit, die städtische Kurverwaltung zu besuchen, um sich über die Aufgaben und Arbeitsbedingungen in diesem für St. Andreasberg so wichtigen Verwaltungsbereich zu informieren. Rainer Schlamelcher, stellte sich freundlicherweise den vielen Fragen und Anregungen der Teilnehmer. So bestätigte er, daß die Anzahl der Übernachtungen im Bereich der Privatvermieter und Ferienwohnungsbesitzer zurückgegangen sei, zerstreute aber mit einem Hinweis auf die Statistik die Zweifel an den gestiegenen Gesamtübernachtungszahlen.

Die Verantwortlichen in der CDU machten indes deutlich, daß die jetzige Situation auch von den viel zu spät durchgeführten Werbemaßnahmen der Kurverwaltung abhängig sei, was wiederum auf eine krasse Fehlentscheidung der Mehrheitsfraktion im Rat zurückzuführen sei. Durch einen Sperrvermerk im Haushalt der Kurverwaltung wurde es versäumt, Werbung für die Sommersaison zu betreiben. Das kurzfristig, wenige Wochen vor Saisonbeginn, für diesen Zweck dann doch noch zur Verfügung gestellte Geld war nach Ansicht des CDU-Vorstandes verschwendetes Kapital.



Rainer Schlamelcher stand den Besuchern vom CDU-Stadtverband als Gesprächspartner der Kurverwaltung zur Verfügung. Ausführlich antwortete er auf die gezielten Fragen der Kommunalpolitiker.

Der Leiter der Kurverwaltung ließ anklagen, daß man nach der Aufhebung des Sperrvermerks immerhin die Hoffnung habe, mit den nun zur Verfügung stehenden Mitteln neue Impulse für die bevorstehende Herbst- und Wintersaison zu setzen. Vor allem aber erwarte man, daß sich die Einrichtung des Nationalparks Harz positiv für St. Andreasberg und seine Vermieter auswirke.

Nach einem Rundgang durch die Arbeitsräume der Verwaltung hatte der CDU-Vorstand noch die Möglichkeit, sich in die „Geheimnisse“ des mit viel Vorschußlorbeeren bedachten neuen computergesteuerten Informations- und Reservierungssystems einweisen zu lassen.

Den Abschluß des umfangreichen Besuchsprogramms bildete die Grube Samson, wo man sich erneut mit der Problematik der öffentlichen Toiletten auseinandersetzte, einer Problematik, die, wie sich der CDU-Vorsitzende Hartmut Humm erinnerte, vor Jahren schon fast einmal aus der Welt geschafft schien. Um der jetzigen beschämenden Situation ein Ende zu bereiten, versprach der CDU-Stadtverband, sich zusammen mit der Ratsfraktion für eine schnelle Lösung einzusetzen, damit die Anziehungskraft der Grube Samson als Kulturdenkmal erhalten bleibt und der TSC von einer Situation befreit wird, die seit Jahren ein Ärgernis ist.



Niedersächsisches  
Umweltministerium  
Pressereferat

16.8.94

Datum

Nummer

## Presseinformation

An die Redaktionen

### EINLADUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Nationalparkverwaltung Harz wurde in den zurückliegenden Monaten eingerichtet. Dies nehmen wir zum Anlaß, das Team der Nationalparkverwaltung und das renovierte Verwaltungsgebäude, das zugleich auch Anlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger ist, offiziell vorzustellen. Zur

#### **Einweihungsfeier**

**mit der Niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn**

**am Donnerstag, den 25. August 1994**

**im Haus der Nationalparkverwaltung Harz in St. Andreasberg/Oderhaus**

laden wir Sie herzlich ein. Den Ablauf entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Programm.

Mit freundlichen Grüßen

*Evo. Maria Rexing*

Hinweis für die Anreise: Oderhaus liegt an der B 27 zwischen Braunlage und Bad Lauterberg.

P R O G R A M M

der Einweihungsfeier der Nationalpark-  
verwaltung Harz am 25.08.1994  
(Oderhaus, St. Andreasberg)

10.00 Uhr

Musikalische Einstimmung

Grußwort des Regierungsvizepräsidenten  
Dr. Schnöckel

Grußwort des stellvertr. Landrates  
Grübmeier

Rede der Nieders. Umweltministerin Griefahn

Rede des Staatssekretärs im Nieders. Mini-  
sterium für Ernährung, Landwirtschaft und  
Forsten, Bartels

Rede des Nationalparkleiters Dr. Barth und  
Vorstellung der Nationalpark-Mitarbeiter

11.00 Uhr

Einweihung der Nationalparkverwaltung Harz,  
Fototermin und Hausrundgang

Anschl. Fahrt mit dem gasbetriebenen Bus  
zur Waldgaststätte "Rinderstall"

12.00 Uhr

Rustikaler Imbiß im "Rinderstall"

Ende gegen 13.00 Uhr



# SILS + P Harzer schließen Frieden mit dem Nationalpark

Monika Griefahn eröffnet den Sitz der Verwaltung im Odertal / Einstige Gegner feiern mit

ck. St. Andreasberg  
Hochnebel hängt in den Bäumen. Alles trieft vor Nässe. Ähnlich mystisch mag das Wetter gewesen sein, als am 22. September 1783 schon einmal ein Minister im Odertal war: Der Mann hieß Goethe und hat literarische Spuren im Harz hinterlassen. Am Donnerstag kam eine Frau im Ministeramt: Monika Griefahn. Als „sichtbares Zeichen des Gestaltungswillens der Landesregierung“, so formulierte es ausgerechnet ein CDU-Politiker, eröffnete die Umweltministerin den Sitz der Nationalparkverwaltung im Oderhaus zwischen Braunlage und St. Andreasberg.

Die unerwartete Anerkennung kam von Werner Grübmeier, stellvertretender Landrat von Goslar und von vielen nur „Mister St. Andreasberg“ genannt. Er bezeichnet die von der rot-grünen Koalition in Kraft gesetzte Nationalparkverordnung zwar immer noch als „ordre du mufti“, läßt aber keinen Zweifel, daß die Harzer damit inzwischen ihren Frieden geschlossen haben. Als erste Stadt nennt sich St. Andreasberg bereits Nationalparkgemeinde. Die Region erwarte, sagt Grübmeier, daß der Nationalpark einen An Schub für naturgerechten Tourismus bewirke. Verstummt sind auch die erklärten

Gegner der Verordnung. Viele einstige Kritiker feierten mit, als Nationalparkleiter Wolf-Eberhard Barth seine Mitarbeiter nun offiziell am Arbeitsplatz begrüßte.

Rund 100 Beschäftigte hat das Dezernat der Bezirksregierung Braunschweig, davon 65 Waldarbeiter, 25 Verwaltungsleute und derzeit noch sieben Nationalparkhüter, im Volksmund Ranger genannt. „Sie sind keine Sheriffs, sondern Helfer der Touristen“, verspricht Barth.

„Die Nationalparkleitung“, klärt die Ministerin die auf Holzbänken versammelten Gäste auf, „hat nicht nur einen traumhaften Arbeitsplatz im Odertal, sondern auch rechtlich eine Sonderstellung erhalten.“ Nur so sei ein Höchstmaß an Eigenständigkeit zu erreichen gewesen. Wörtlich muß aber deshalb der historische Schriftzug über der Tür des denkmalgeschützten Gebäudes nicht genommen werden: Königliche Oberförsterei. Seit gestern prangt darunter ein Schild mit einem roten Niedersachsenroß. Die Ministerin schraubte es eigenhändig an.

Eigenarbeit steckt auch im Gebäude selbst. Seit dem Frühjahr werkten die Waldarbeiter und Forstleute, um ihr Haus rechtzeitig vor dem 1. Oktober fertigzustellen. An jenem Tag soll im Forstamt St. Andreasberg auch ein Zentrum für die Öffentlichkeitsarbeit des Nationalparks eingerichtet werden. Am 1. Oktober nämlich tritt die Umorganisation der kompletten Forstamt-Struktur im Harz in Kraft.

Eng, sagte Monika Griefahn, sei die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Andreasberg, der das Informationshaus in der ehemaligen Erzwäsche unterstellt wird. Harzbesucher sollen hier alles Wissenswerte über Pflanzen und Tiere der Region erfahren – vielleicht auch über Luchse. Zoologische Nachhilfe gab gestern die Ministerin noch einmal persönlich: „Luchse sind keine Pumas“, sagte sie. „Der Luchs gehört hierher. Und wenn wir uns für seine Auswilderung entscheiden, dann mit Ihnen, nicht gegen Sie“, versprach sie den Oberharzern.



Ein geschmackvolles Geschenk muß sein: Ministerin Monika Griefahn und Nationalpark-Leiter Wolf-Eberhard Barth vor dem Oderhaus.

Aufn.: Jürgen Gückel

# Hannoversche Allgemeine ZEITUNG

HEUTE MIT  
REISE &  
URLAUB

Postanschrift: 30148 Hannover  
Telefon (05 11) Verlag und Redaktion 5180,  
Anzeigen 5155, Vertrieb 185 85 oder 12 12 00

HANNOVERSCHER ANZEIGER GEGRÜNDET 1893

Nr. 199 - 34. Woche - Preis 1,40 DM  
Freitag, 28. August 1994

Freitag, 28.08.1994

## Harzer schließen Frieden mit dem Nationalpark

Monika Griefahn eröffnet den Sitz der Verwaltung im Odertal / Einstige Gegner feiern mit

ck. St. Andreasberg  
Hochnebel hängt in den Bäumen. Alles trieft vor Nässe. Ähnlich mystisch mag das Wetter gewesen sein, als am 22. September 1783 schon einmal ein Minister im Odertal war: Der Mann hieß Goethe und hat literarische Spuren im Harz hinterlassen. Am Donnerstag kam eine Frau im Ministeramt: Monika Griefahn. Als „sichtbares Zeichen des Gestaltungswillens der Landesregierung“, so formulierte es ausgerechnet ein CDU-Politiker, eröffnete die Umweltministerin den Sitz der Nationalparkverwaltung im Oderhaus zwischen Braunlage und St. Andreasberg.

Die unerwartete Anerkennung kam von Werner Grübmeier, stellvertretender Landrat von Goslar und von vielen nur „Mister St. Andreasberg“ genannt. Er bezeichnet die von der rot-grünen Koalition in Kraft gesetzte Nationalparkverordnung zwar immer noch als „ordre du mufti“, läßt aber keinen Zweifel, daß die Harzer damit inzwischen ihren Frieden geschlossen haben. Als erste Stadt nennt sich St. Andreasberg bereits Nationalparkgemeinde. Die Region erwarte, sagt Grübmeier, daß der Nationalpark einen Anstoß für naturgerechten Tourismus bewirke. Verstummt sind auch die erklärten

Gegner der Verordnung. Viele einstige Kritiker feierten mit, als Nationalparkleiter Wolf-Eberhard Barth seine Mitarbeiter nun offiziell am Arbeitsplatz begrüßte.

Rund 100 Beschäftigte hat das Dezernat der Bezirksregierung Braunschweig, davon 65 Waldarbeiter, 25 Verwaltungsleute und derzeit noch sieben Nationalparkhüter, im Volksmund Ranger genannt. „Sie sind keine Sheriffs, sondern Helfer der Touristen“, verspricht Barth.

„Die Nationalparkleitung“, klärt die Ministerin die auf Holzbänken versammelten Gäste auf, „hat nicht nur einen traumhaften Arbeitsplatz im Odertal, sondern auch rechtlich eine Sonderstellung erhalten.“ Nur so sei ein Höchstmaß an Eigenständigkeit zu erreichen gewesen. Wörtlich muß aber deshalb der historische Schriftzug über der Tür des denkmalgeschützten Gebäudes nicht genommen werden: Königliche Oberförsterei. Seit gestern prangt darunter ein Schild mit einem roten Niedersachsenroß. Die Ministerin schraubte es eigenhändig an.

Eigenarbeit steckt auch im Gebäude selbst. Seit dem Frühjahr werkten die Waldarbeiter und Forstleute, um ihr Haus rechtzeitig vor dem 1. Oktober fertigzustellen. An jenem Tag soll im Forstamt St. Andreasberg auch ein Zentrum für die Öffentlichkeitsarbeit des Nationalparks eingerichtet werden. Am 1. Oktober nämlich tritt die Umorganisation der kompletten Forstamt-Struktur im Harz in Kraft.

Eng, sagte Monika Griefahn, sei die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Andreasberg, der das Informationshaus in der ehemaligen Erzwäsche unterstellt wird. Harzbesucher sollen hier alles Wissenswerte über Pflanzen und Tiere der Region erfahren – vielleicht auch über Luchse. Zoologische Nachhilfe gab gestern die Ministerin noch einmal persönlich: „Luchse sind keine Pumas“, sagte sie. „Der Luchs gehört hierher. Und wenn wir uns für seine Auswilderung entscheiden, dann mit Ihnen, nicht gegen Sie“, versprach sie den Oberharzern.



Ein geschmackvolles Geschenk muß sein: Ministerin Monika Griefahn und Nationalpark-Leiter Wolf-Eberhard Barth vor dem Oderhaus.  
Aufn.: Jürgen Gückel

Grußwort des stellvertretenden Landrats Grübmeier  
zum Trebnitzer Heimattreffen 1994 in Goslar / Kaiserpfalz  
Feierstunde am 4.09.1994

Liebe Trebnitzer Heimatfreunde!

Sie treffen sich in diesen Tagen zum 26. Mal hier in der alten Kaiserstadt Goslar.

Die Patenschaft des Landkreises Goslar für den Landkreis Trebnitz besteht inzwischen seit 43 Jahren.

Es ist mir deshalb eine besondere Freude, Ihnen heute die Grüße des Kreistages des Landkreises Goslar und der Herrn Oberkreisdirektors Dr. Saipa überbringen zu können.

Auch in diesem Jahr hat es der Landkreis Goslar als Ihr Patenschaftskreis wieder gern übernommen, das 26. Trebnitzer Heimattreffen mit zu gestalten.

Trotz aller Sparmaßnahmen, die auch in diesem Bereich nicht zu umgehen waren, ist es dem Landkreis Goslar auch weiterhin ein Bedürfnis, die regelmäßig stattfindenden Treffen mit Rat und Tat zu unterstützen, zu fördern und somit zu einem guten Verlauf beizutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren,!

Es ist schön zu sehen, dass wieder so viele Trebnitzer Heimatfreunde den Weg nach Goslar gefunden haben. Dies zeigt doch einmal mehr, wie verbunden Sie Ihrer Heimat geblieben sind.

Die Erinnerung daran bleibt lebendig, nichts ist vergessen, auch wenn Sie in den alten Bundesländern ein neues Zuhause gefunden haben.

In Ihren Herzen bleiben Sie Schlesier, Trebnitzer. Es ist gut zu verstehen, dass diese Heimatliebe auch nach so vielen Jahren der Vertreibung weiter Bestand hat.

Die enge Verbundenheit der Trebnitzer untereinander trägt vielleicht ein wenig dazu bei, den Verlust der früheren Heimat

Fortsetzung Grußwort zum Trebnitzer Heimattreffen 1994 in Goslar / Kaiserpfalz

... etwas leichter zu tragen. Viele von Ihnen haben auch jetzt noch Kontakt zu denen, die heute im damaligen Landkreis Trebnitz leben. Diese Beziehungen sind beispielhaft. Sie beweisen damit, dass Sie zur Verständigung der Menschen untereinander beitragen. Eine solche grenz-übergreifende Verbundenheit, trotz aller historischen und politischen Veränderungen, ordnet sich auch ein in die europäische Betrachtungsweise der Bevölkerungsverschiebungen seit dem 2. Weltkrieg.

Die deutsche Einheit seit Oktober 1990, die in Bezug auf die Vertreibungsgebiete keine Veränderung bringen konnte – wie wir alle aus der Betrachtung des weltpolitischen Prozesses der Jahre '89 und '90 in Deutschland wissen -, erlegt uns neue Lasten auf, die andere europäische Länder nie kennen gelernt haben.

Zum einen bleibt die historisch, politisch und emotional zu lösende Aufgabe der Wiederherstellung der echten inneren Vereinigung, zum anderen bleibt es auf Jahre unsere gemeinsame Aufgabe, die finanziellen Voraussetzungen für den Aufschwung Ost zu schaffen.

Dadurch sind den neuen Bundesländern und ihren Kommunen – und damit auch dem Landkreis Goslar – besondere Opfer auferlegt worden, die wir zwar gerne bringen, die aber auch spürbar sind.

Eine gemeinsame nationale Anstrengung ist notwendig, die Zusammenhalt und Solidarität voraussetzt.

Zusammenhalt und Menschlichkeit für Sie, meine Damen und Herren, eben keine Leerformel. Menschlichkeit am Exemplum ist doch auch die schon 1950 in der Charta der Heimatvertriebenen abgegebene Erklärung: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.“

Es wäre schön, wenn dies beispielhaft sein könnte für eine weltweite freiheitliche Entwicklung.

Und Zusammenhalt? Das Treffen heute und – so hat man mir erzählt -, dass Viele von Ihnen auch nach diesem Treffen wieder nach Trebnitz fahren. Ich weiß, dass Sie dort Menschen begegnen, die dankbar sind für Ihre Treue und Ihr Verständnis. In Trebnitz werden Sie Erinnerungen an die Stätten Ihrer Kindheit und an die schlesische Kultur auffrischen, vielleicht neue Freundschaften knüpfen oder alte Beziehungen vertiefen.

Meine Damen, meine Herren!

Für das diesjährige Trebnitzer Heimattreffen wünsche ich Ihnen einen angenehmen Verlauf, danke Ihnen für Ihr Kommen und erbitte eine glückhafte Rückkehr in Ihre neuen Heimatorte.

Glück auf!

GZ, 05.09.94

Festrede beim 26. Trebnitzer Heimattreffen sorgte gestern für Unruhe

## Vom „Reich zwischen Aachen und Memel“

GOSLAR. Mit erheblicher Unruhe fand gestern in der Kaiserpfalz die Feierstunde zum 26. Trebnitzer Heimattreffen statt. Anlaß war die Festrede von Dr. Jörg Bilke. „Soll Ostdeutschland vergessen werden?“ hatte der Chefredakteur der Bonner „Kulturpolitischen Korrespondenz“ programmatisch gefragt.

Eineinhalb Stunden lang suchte Bilke, der für die vom Bundesinnenminister finanzierte Stiftung Ostdeutscher Kulturrat tätig ist, zu begründen, daß unter „Ostdeutschland“ das einstige Ostpreußen, Schlesien und Pommern zu verstehen seien. Als Beleg stellte er „Jahrhunderte“ deutscher Geschichte in diesen Gebieten „wenigen Jahren“ polnischer und russischer Geschichte gegenüber.

Unter anderem beschwor Bilke das einstige „deutsche Reich zwischen Aachen und Memel“ als historische Legitimation, warf Graf Krockows Reisebüchern „Propolnismus“ vor und verglich die Situation der Kurden in der Türkei mit derjenigen Deutschstämmiger im Vorwende-Polen.

Neue Perspektiven der Patenschaft, die der Landkreis Goslar 1951 für den einstigen schlesischen Kreis Trebnitz übernommen hat, skizzierte hingegen die Vorsitzende der Bundesheimat-



Fototermin vorab: Dr. Jörg Bilke, Bundesvorsitzende Ilse Majunke, Oberkreisdirektor Dr. Axel Salpa, stellv. Landrat Werner Grübmeier (v. li.). Foto: Schenk

gruppe Trebnitz, Ilse Majunke: Die Kontakte zu den Menschen im heutigen Trzebnica auszubauen, könne Inhalt der Patenschaft werden, zumal im sich einenden Europa. Dem Landkreis Goslar dankte Ilse Majunke für 43 Jahre Hilfe: „Wir möchten auch

1996 wieder hier sein.“ Erster stellvertretender Landrat Werner Grübmeier signalisierte – vor der Bilke-Rede – entsprechende Bereitschaft des Landkreises. Das Junior-Kammerorchester der Kreismusikschule unter Horst Zell umrahmte den Festakt. chs

### KOMMENTAR

## Widerspruch

Von Christiane Schlüter

Ob es nur die Überlänge oder auch der Inhalt der Rede war, mit der Dr. Jörg Bilke – ein gebürtiger Franke – gestern beim Trebnitzer Heimattreffen für Unruhe sorgte, bleibt angesichts mehrfachen Zwischenappales offen. Die Bundesvorsitzende Ilse Majunke freilich äußerte sich nach der Rede entsetzt über deren Tendenz, die in krassem Widerspruch zu ihren eigenen Gedanken einer inner-europäischen Annäherung an Polen stand.

Was von dem wirren Flickenteppich der Bilkeschen Argumentation letztlich bleibt, ist der Eindruck von Unversöhnlichkeit und von politisch gefährlicher Provinzialität. Wenn der Landkreis Goslar seine Patengeschenke für die Heimatgruppe Trebnitz ganz einsparen wollte, hätte er seit gestern wahrhaftig Grund genug dazu.

G R U S S W O R T

des stellvertretenden Landrats Grüb Meyer  
zum Trebnitzer Heimattreffen 1994 in Goslar  
(Feierstunde am 04.09.94 um 10.30 Uhr in der Kaiserpfalz)

Liebe Trebnitzer Heimatfreunde!

Sie treffen sich in diesen Tagen zum 26. Mal hier in der alten Kaiserstadt Goslar. Die Patenschaft des Landkreises Goslar für den Landkreis Trebnitz besteht inzwischen seit 43 Jahren. Es ist mir deshalb eine besondere Freude, Ihnen heute die Grüße des Kreistages des Landkreises Goslar und des Herrn Oberkreisdirektors Dr. Saipa überbringen zu können.

Auch in diesem Jahr hat es der Landkreis Goslar als Ihr Patenschaftskreis wieder gern übernommen, das 26. Trebnitzer Heimattreffen mit zu gestalten. Trotz aller Sparmaßnahmen, die auch in diesem Bereich nicht zu umgehen waren, ist es dem Landkreis Goslar auch weiterhin ein Bedürfnis, die regelmäßig stattfindenden Treffen mit Rat und Tat zu unterstützen, ~~und~~ zu fördern und somit zu einem <sup>guten</sup> angenehmen Verlauf beizutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist schön zu sehen, daß wieder so viele Trebnitzer Heimatfreunde den Weg nach Goslar gefunden haben. Dies zeigt doch einmal mehr, wie verbunden Sie Ihrer Heimat geblieben sind. Die Erinnerung <sup>darau</sup> ~~an Ihre Heimat~~ bleibt lebendig, <sup>auch wenn Sie in den alten Bundesländern ein neues</sup> nichts ist vergessen, <sup>wenn Sie auch hier ein zweites</sup> Zuhause gefunden haben. In Ihren Herzen bleiben Sie Schlesier, Trebnitzer. Es ist <sup>gut zu verstehen</sup> erfreulich, daß diese Heimatliebe auch nach so vielen Jahren der Vertreibung weiter Bestand hat. Die enge Verbundenheit der Trebnitzer, <sup>untereinander</sup> ~~wie sie heute noch ist~~, trägt vielleicht ein wenig dazu bei, den <sup>früheren</sup> ~~schmerzlichen~~ Verlust der geliebten Heimat

etwas leichter zu tragen. Viele von Ihnen haben auch jetzt noch Kontakt zu denen, die heute ~~in Ihren ehemaligen Heimatorten~~ <sup>im damaligen Landkreis Trebnitz</sup> leben. Diese Beziehungen sind

beispielhaft, Sie beweisen damit, daß Sie zur Verständigung der Menschen untereinander beitragen. ~~Dies ist nicht zu unterschätzen in unserer heutigen~~ <sup>Eine solche grenzübergreifende Verbundenheit, trotz</sup> ~~aller historischen und politischen Veränderungen, ordnet sich auch eine, schnelllebigen Zeit, eine Zeit, die für uns alle nicht einfach ist.~~ <sup>in die europäische Betrachtungsweise der Bevölkerungsver-</sup> ~~schiebungen seit dem 2. Weltkrieg~~

29

~~Manche sind äußerst betroffen von Sparmaßnahmen, die uns alle zwingen, etwas "kürzer zu treten". Wir sehen viel Leid und Ungerechtigkeiten in der Welt. Trotzdem vertraue ich darauf, daß wir alle diese Zeit überwinden werden, viel wichtiger noch ist es aber, besonders jetzt zusammenzuhalten und die Menschlichkeit nicht zu verlieren.~~

Menschlichkeit am Exempel ist doch auch ~~Hierzu tragen Sie, liebe Trebnitzer, doch immer wieder bei. Ich erinnere an die schon 1950 in der Charta der Heimatvertriebenen abgegebene Erklärung: "Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung". Es wäre schön, wenn dies beispielhaft sein könnte für eine weltweite freiheitliche Entwicklung.~~

Und

~~Zusammenhalt? Das Treffen heute und - so hat man mit erfüllt!~~  
Viele von Ihnen werden auch nach diesem Treffen wieder nach Trebnitz fahren.

~~Und~~ ich weiß, daß Sie dort Menschen begegnen, die dankbar sind für Ihre Treue und Ihr Verständnis. In Trebnitz werden Sie Erinnerungen an die Stätten Ihrer Kindheit und an die schlesische Kultur auffrischen, vielleicht neue Freundschaften knüpfen oder alte Beziehungen vertiefen.

Meine Damen, meine Herren!

Für das diesjährige Trebnitzer Heimattreffen wünsche ich Ihnen einen angenehmen Verlauf. ~~und~~ danke Ihnen allen für Ihr Kommen <sup>und erbitte eine</sup> glückhaft Rückkehr in ihre neuen Heimorte.

Gleich auf!

Die deutsche Einheit seit Oktober 1990, die in Bezug auf die Vertreibungsgebiete keine Veränderung bringen konnte - wie wir alle aus der Betrachtung des weltpolitischen Prozesses der Jahre 89 + 90 in Deutschland wissen -, erlegt uns neue Lasten auf, die andere europäischen Länder nie kennen gelernt haben.

Zum einen bleibt die historisch, politisch und emotional zu lösende Aufgabe der Wiederherstellung der echten inneren Vereinigung, zum anderen bleibt es auf Jahre unsere gemeinsame Aufgabe, die finanziellen Voraussetzungen für den Aufschwung Ost zu schaffen.

Dadurch sind den neuen Bundesländern und ihren Kommunen - und damit auch dem Landkreis Goslar - besondere Opfer auferlegt worden, die wir zwar gerne bringen, die aber auch spürbar sind.

Eine gemeinsame nationale Ausbreitung ist notwendig, die Zusammenhalt und Solidarität voraussetzt.

Zusammenhalt und Menschlichkeit für Sie meine Damen u. Herren eben keine Leerformel.

## Freie Bahn für sachliche und emotionsfreie Arbeit

Von Kurt Tempes

ST. ANDREASBERG. Vor allem durch das ungebrochene ehrenamtliche Wirken vieler Bürger werde eine Stagnation in der Bergstadt kaschiert, die letztlich die gesamte Zählgemeinschaft im Rat zu verantworten habe. Ohne sich auf Vorwürfe der Mehrheitsfraktion im Rat (GZ vom 6. August) direkt zu beziehen, faßt Werner Grübmeier mit dieser Feststellung die kommunalpolitische Situation der Bergstadt zusammen.

Die „Halbzeit“ der laufenden Kommunalwahlperiode war nun auch für die CDU-Gemeinschaftsfraktion Anlaß für eine Zwischenbilanz der Ratsarbeit. Nach ihrer Auffassung stützt sich die Kaschierung der Stagnation auf zwei weitere Säulen: Auf eine gut funktionierende Verwaltung, „obwohl alles getan wird, um sie zu demontieren“, und auf die Ausführung und Fortführung von Projekten, die von der CDU in Gang gebracht wurden.

Entwicklungen und die Realisierung von Projekten würden eher behindert, wirft Fraktionsvorsitzender Werner Grübmeier der Zählgemeinschaft ABL/FDP/SPD vor. So sei der von allen gewollte Hotelbau „Andreasheim“ durch Einwendungen und Erschwernisse verzögert worden, ebenso durch alternative Lösungsvorschläge der Bau der Toiletten auf dem Samson.

Zur Stadtsanierung – „auch von uns in die Wege geleitet“ – betont Grübmeier die gesetzliche Vorgabe, volkswirtschaftliche Aufgaben wie Maueranierung und „Lückenschluß Schützenstraße“ zu realisieren, ebenso aber auch private Vorhaben zu unterstützen. „Von 9 Millionen fehlen noch 3,6. Mit ihnen können private Vorhaben gefördert werden – 40 bis 50 gibt es noch“.

Ebenfalls verzögert worden sei die Nutzung der Rathausscheune. „Was

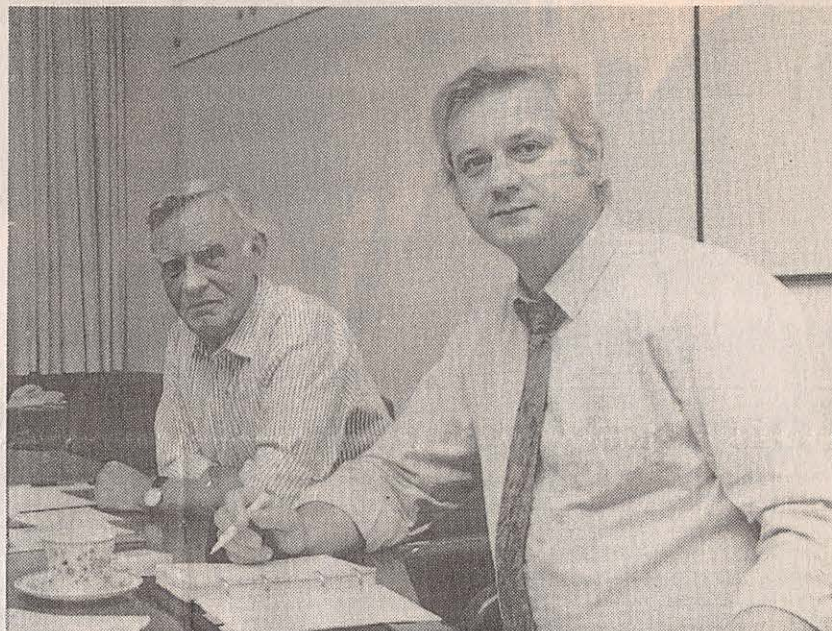
wir wollten, herrscht jetzt dort, das künstlerische Ambiente begeistert“ betonte Lilli Kasteinecke. Und: „Die dort fortgesetzten Aktivitäten für die Beschaffung von Spielplatz-Geräten sind überparteilich zu sehen.“

Zu ökologischen Fragen nahm Uwe Sonntag Stellung. Nach dem Vorhaben „Naturschutzgebiet Bergwiesen“ habe die CDU auch den Nationalpark vorbehaltlos unterstützt, während in der Zählgemeinschaft noch von gestohlener Natur die Rede gewesen sei, erklärte er. Der Nationalpark stelle für die Bergstadt auch eine wirtschaftliche Perspektive dar. Im übrigen seien auch Ankauf und Einrichtung der Erzwäsche zu einem Nationalpark-Informationszentrum von der CDU in Gang gebracht worden.

Folge eines Strukturwandels ist nach Herberst Schlieff die Entwicklung bei der Vermietung privater Gästebetten. Während Privatvermietern Investitionen kaum möglich gewesen seien, habe sich der Trend zur Ferienwohnung verstärkt. Ergebnis sei eine Verlagerung, die zwar für Vermieter, aber im Effekt nicht für die Bergstadt einen Verlust bedeute. Auch zur Stärkung des gewerblichen Potentials seien im übrigen dringend mehr Hotelbetten erforderlich.

In Fremdenverkehrsangelegenheiten verwies Karl-Heinz Brockschmidt auf die Notwendigkeit, sich verstärkt um den Gast zu bemühen. Ohne einen verantwortliche Kurgeschäftsführer sei nicht auszukommen, merkte er zum K.W.- („Kann wegfallen“-) Vermerk für die Geschäftsführer-Stelle an, über den die Zählgemeinschaft immer noch nachdenke. Er erinnerte im übrigen auf seinen Einsatz für einen Wohnmobilplatz. Es gehe um die Eindämmung des wilden Parkens, vor allem aber darum, ein Gästepotential nicht auszuklammern.

In einer aktuellen Zielsetzung sieht Karl-Heinz Plosteiner Einigkeit im Rat. Die Gemeinschaftsfraktion stimme mit Albert Kehr überein, daß alle



Hoffnung auf bessere Zusammenarbeit im Rat: Fraktionsvorsitzender Werner Grübmeier (links) und Stellvertreter Karl-Heinz Plosteiner. Foto: Tempes

Anstrengungen zu unternehmen seien, eine Heimstatt für ältere Bürger zu schaffen. „Das muß noch in dieser Wahlperiode erledigt werden“. Ein Gutachten für rund 4 000 DM zur Feststellung der gegebenen Möglichkeiten sei dazu allerdings nicht erforderlich, schränkte Werner Grübmeier ein: „Wir haben zugestimmt, weil wir uns nicht den Vorwurf machen lassen wollten, wir blockierten dieses Projekt“. Im übrigen: Auch den Wohnbau an der Rolle habe die CDU angeschoben.

Zwei weitere Ziele der CDU liegen auf kulturellem Gebiet: Die Komplettierung des Samson zu einem attraktiven Museum, für die Pläne „in der Schublade“ liegen, und organisatorische Änderungen in der Glückauf-Schule. Sie sollen sich nun jedoch auf die Sicherung gleicher Anfangs- und Endzeiten für Grundschule und Orientierungsstufe beschränken. Wunsch bleibe darüber hinaus, daß alle Lehrkräfte von St. Andreasberg aus eingesetzt werden können.

Als einziges verwirklichtes Projekt aus den Wahlprogrammen der Mehrheits-Fraktionsgemeinschaft betrach-

tet Werner Grübmeier die „Bürgerbuslinie“ – allerdings nicht als Erfolg der Zählgemeinschaft, sondern des Rats Herrn Walter Rehkopf. Dessen hartnäckigem Einsatz und der starken Unterstützung des Stadtdirektors sei die Verwirklichung zuzuschreiben. Inzwischen seien von der CDU Gespräche mit dem Ziel geführt worden, eine Busverbindung zu den Schwerpunkten des Schienenverkehrs herzustellen.

In der Ratsarbeit vermittele die Zählgemeinschaft insgesamt den Eindruck einer Selbstverwirklichungsgruppe, meint Grübmeier. Davon sei allerdings die SPD-Fraktion ausgenommen, die sich eher immer wieder für die Herbeiführung von Mehrheitsbeschlüssen mißbrauchen lasse. Bisher seien alle Angebote der Gemeinschaftsfraktion zur Zusammenarbeit auf taube Ohren gestoßen. Auch Uwe Sonntag drückte dazu die Hoffnung aus, daß nach dem Übergang des Ratsvorsitzes auf Albert Kehr nun im Rat eine „sachlichere und emotionsfreiere Atmosphäre für partnerschaftliche Zusammenarbeit zum Nutzen der Bürger“ möglich werde.



Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienstopfer  
Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V.

Sitz Bonn

**Landesverband Niedersachsen**

Landesgeschäftsstelle  
Geschäftsführung

Az.: I - be/bü  
Ihr Gesprächspartner:  
Herr Beerbom  
Telefon: 0511-70148-37  
Telefax: 0511-70148-70

Hannover, 06.10.94

Reichsbund, Landesverband Nds., Herschelstr. 31, 30159 Hannover

Herrn  
Werner Grübmeier  
Quellenweg 9

37444 St. Andreasberg

Sehr geehrter Kamerad Grübmeier,

zu Ihrer Wiederwahl zum 1. Kreisvorsitzenden des Kreisverbandes Oberharz möchten wir Ihnen im Namen unseres Landesvorsitzenden, Kamerad Claus Klein, sowie der Geschäftsführung herzlichste Glückwünsche aussprechen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Kameradinnen und Kameraden des Kreisvorstandes alles Gute und für die Zukunft eine glückliche Hand bei der Ausübung Ihres Amtes zum Wohle der Organisation und ihrer Mitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

Beerbom  
Landesgeschäftsführer

„Jetzt Lösungsvorschläge für die 3. und 4. Generation erarbeiten“

## Reichsbund-Kreisvorstand ergänzt

SCHULENBERG. Über 100 Delegierte und Gastdelegierte aus den Ortsverbänden nahmen am Sonnabend im Gemeinschaftshaus von Schulenberg an der Kreistagung teil, die der Kreisverband Oberharz des „Reichsbundes“ alle vier Jahre veranstaltet. Im Mittelpunkt standen Vorträge und Diskussion über die soziale Sicherung.

Mit Horst Wendland aus dem Landesvorstand des Reichsbundes, dem Direktor der LVA Braunschweig, Prof. Dr. Maier, und den Vertretern zweier privater Versicherungen stellten sich den Delegierten kompetente Referenten und Gesprächspartner. Horst Wendland faßte in einem sozialpolitischen Referat die Ziele des Reichsbundes zusammen, während sich Prof. Dr. Maier mit dem Thema soziale Sicherung aus gesellschaftspolitischer Sicht befaßte. „Die soziale Uhr kommt nicht nach“ stellte er im Zusammenhang mit ständig wachsender Ausbildungszeit und längerer Lebensdauer fest. Vor allem aus dieser Sicht heraus hätten alle Sozialpartner die Pflicht, über die Gegenwart hinauszuschauen.

Der Referent faßte die von der Gesamtproblematik losgelösten Vorschläge von Parteien und einzelnen Politikern zu einer Horrorliste zusammen und stellte fest, daß die Renten bis zum Jahr 2012 aus dem Beitragsaufkommen gesichert seien. Die Politiker forderte er dazu auf, Lösungsvorschläge über diesen Zeitraum hinaus für die 3. und 4. Generation zu erarbeiten. Mit einem Einblick in wirtschaftliche und wirtschaftspoliti-



Der Kern des Reichsbund-Kreisvorstandes mit dem neu gewählten 2. Vorsitzenden Hartwig Jürgens, 1. Vorsitzendem Werner Grübmeier, Kassierer Werner Bauer und seinem Stellvertreter Rudolf Guttman. Foto: Tempes

sche Zusammenhänge unterstrich Prof. Dr. Maier die Gefahr, daß sonst eine Eskalation der Altersarmut drohe.

Die Berichte von Kreisverbandsvorsitzendem Werner Grübmeier und Geschäftsführer Hartwig Jürgens gaben Aufschluß über die Arbeit des Kreisverbandes. Von 56 Einsprüchen gegen Versorgungs- und Unfallversicherungsbescheide seien bislang 38 von Erfolg begleitet, elf seien zurückgewiesen worden, stellte Jürgens fest.

Mit einer einzigen Veränderung ging der Vorstand aus der Neuwahl hervor. Neu gewählt als 2. Vorsitzender wurde Geschäftsführer Hartwig

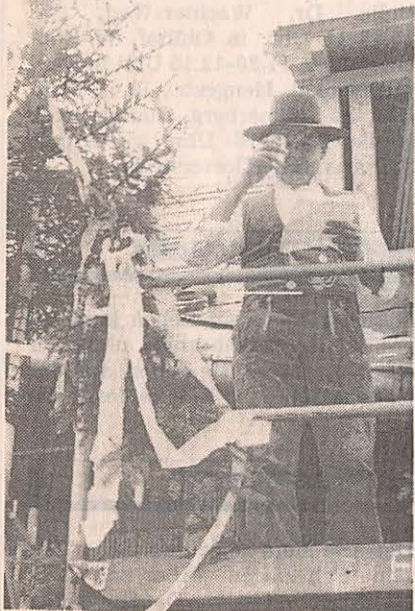
Jürgens, der bisher als Schriftführer fungierte. Die Schriftführung übernimmt die bisherige Stellvertreterin in dieser Position, Liselotte Hosse. Als Beisitzerin ausgeschieden ist Doris Barschkies vom Ortsverband Sieber. Als Revisor schied Richard Preiß aus, neu gewählt wurden Jutta Zettler aus Bad Grund und Horst Cronjäger aus Lautenthal.

Von den Ortsverbands-Delegierten gewählt wurden auch die Delegierten für den Landesverbandstag 1995 in Stade: 1. Kreisverbandsvorsitzender Werner Grübmeier/ Stellvertreter Herbert Schlieff und Hartwig Jürgens/ Stellvertreter Gerhard Fischer. te-

Bad Gandersheimer Wohnbaugesellschaft feierte Richtfest für 14-Familien-Wohnhaus

## In der Bergstadt „die Not des Wohnens gewendet“

ST. ANDREASBERG. Nach dem Dank an die Bauherrnschaft, daß sie in der Bergstadt „mit Großmut die Not des Wohnens gewendet hat“, warf Zimmermannspolier Horst Stange das geleerte Glas zu den Festgästen herunter. Auch der eiskalte Regen störte sie nicht in der Freude über das Ereignis: Richtfest für das 14-Familien-Wohnhaus an der Rolle wurde am Mittwoch gefeiert.



Nicht mehr auf den Dachstuhl hinauf mußte Polier Stange. Das Dach ist inzwischen bereits dichtgemacht.

Den 1. Mai 1955 kündigte der Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Kleinsiedlungsgesellschaft Bad Gandersheim Bernhard Köbe als voraussichtlichen Bezugstermin für das Gebäude an, das im sozialen Wohnungsbau entsteht. Für den Bezug einer Wohnung sei deshalb ein Wohnberechtigungsschein erforderlich, der vom Landkreis Goslar auf das Einkommen bescheinigt werde. In Zusammenarbeit mit der Bergstadt sollen die Wohnungen nach Dringlichkeit vergeben werden.

Der in zwei versetzte Blöcke gegliederte Baukörper an der Abzweigung der Rolle von der Clauthaler Straße ist entsprechend der umliegenden Bebauung zweigeschoßig, aber die Hanglage machte es möglich, daß an der Giebelseite auch im Untergeschoß noch zwei Wohnungen mit je 57 Quadratmeter ausgewiesen werden konnten. Damit entstehen 14 Wohnungen zwischen 49 und 110 Quadratmeter Größe, zwei davon mit ebenerdigen Zugang für Rollstuhlfahrer. Vom Dachgeschoß abgesehen sind alle Wohnungen mit einer Loggia ausgestattet,

Auf 3,23 Mio. DM werden die Gesamtkosten des Vorhabens einschließlich Grunderwerb, Baunebenkosten und Außenanlagen beziffert, „ohne das Schärflin der Bergstadt wäre es gar nicht möglich gewesen“, betonte Geschäftsführer Bernhard Köbe. Dank der Förderung auch des Landkreises wird der Mietpreis bei



Beim Richtfest von links Bernhard Köbe, Bauausschußvorsitzender Werner Grübmeier, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Baugesellschaft Horst Brennecke, Bürgermeister Albert Kehr, Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz und Stadtkämmerer Siegfried Küßner. Fotos: Tempes

9 DM liegen. Die Wohnungen sind zwar noch nicht vergeben, aber Bernhard Köbe geht davon aus, daß der Bedarf groß ist. Schon jetzt sei „angedacht“, das laufende Projekt um einen weiteren Block mit sechs Wohnungen zu ergänzen. Die Grund-

stücksgröße erlaube diese zusätzliche Bebauung. Sie hängt allerdings nach Feststellung des Geschäftsführers der Bad Gandersheimer Wohnungsbau- und Kleinsiedlungsgesellschaft vor allem von den Finanzierungsmöglichkeiten ab. te-

**Wehrbereichsverwaltung II**  
**V - Az 24-07-01**

**30173 Hannover, 11.10.1994**  
**Hans-Böckler-Allee 16**  
**Telefon: 0511/284-0**  
**Durchwahl: 284-4500**

**Herrn**  
**Werner Grübmeier**  
**Quellenweg 9**

**37444 St. Andreasberg**

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

am 20. Juli 1994 ist das Gesetz zur Neuordnung des Erfassungs- und Musterungsverfahrens in Kraft getreten. Danach werden ab sofort die Aufgaben des Musterungsausschusses dem Kreiswehrrersatzamt und die Aufgaben der Musterungskammer der Wehrbereichsverwaltung übertragen.

Da die bisher von der Musterungskammer - und als deren Beisitzer auch von Ihnen - ausgeübte Tätigkeit nunmehr nach dem Willen des Gesetzgebers von einem Widerspruchsbearbeiter der Wehrbereichsverwaltung durchgeführt wird, entbinde ich Sie von den Ihnen mit Ihrer Bestellung zum Beisitzer übertragenen Pflichten.

Mit der von Ihnen ausgeübten verantwortungsvollen Tätigkeit eines Beisitzers in der Musterungskammer haben Sie sich um das Gemeinwesen verdient gemacht. Hierfür und für die gute Zusammenarbeit spreche ich Ihnen im Namen des Bundesministers der Verteidigung meine Anerkennung und meinen Dank aus.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



**P a u e r**  
Abteilungspräsident

## Liebe Trebnitzer aus Stadt und Land

»Der Tag danach« – er ist nicht immer gerade der angenehmste. Sei es der erste Tag wieder nach einer langen Urlaubsreise, oder nach einer unangenehmen Auseinandersetzung, oder nach dem schönen 26. Kreis Trebnitzer Heimattreffen vom 2.-4. September in Goslar.

Goslar – grau und regnerisch. Die Säle im Hotel »Der Achtermann« leer und verlassen. Im Foyer noch eine gewisse Unordnung Die Bilder und Fotos, Erinnerungen an unsere Heimat kamen von den Wänden wieder in ihre Kartons. Die Blumen aus dem Sektkübel waren aber schon verschwunden. Ein vollbesetzter Bus war unterwegs nach Duderstadt, in der Hoffnung einen schönen »Tag danach« zu erleben.

Die Gedanken – bestimmt werden sie nicht nur am ersten Tag danach an die Stätten der schönen Begegnungen zurück-

kehren. Immer wieder, noch lange und gern werden wir uns an so vieles erinnern. An Menschen, die einen weiten Weg zurückgelegt haben, um Freunde aus der Heimat zu treffen. An Gesichter, die man vor 50 Jahren das letzte Mal sah, aber auch an Begegnungen mit lieben Menschen, die immer und immer wieder dabei sind.

»Die Zeit vergeht ohne Zutun der Menschen«.

Mit den Worten, die bei der Kranzniederlegung am Mahnmahl der Vertriebenen gesprochen worden sind, grüße ich Sie über alle Grenzen hinaus sehr herzlich, wünsche Ihnen alles, alles Gute und noch einen schönen, goldnen Oktober.

In heimatlicher Verbundenheit  
Margot Bartsch

## Unser 26. Heimattreffen in Goslar

Eins – zwei – drei! im Sauseschritt läuft die Zeit, wir laufen mit.

An dieser Erfahrung, die »Julchen« bei Wilhelm Busch machte, kommen wir nicht vorbei. Zum sechsundzwanzigsten Mal war zum Trebnitzer Heimattreffen in der Kaiserstadt Goslar eingeladen worden und denen, die der Einladung gefolgt sind, sah man an, daß die Zeit nicht spurlos an ihnen vorbeigegangen ist. Kein Wunder, denn die zum Zeitpunkt der Vertreibung Zwanzigjährigen sind inzwischen siebzig usw. Die Gekommenen verlebten besinnliche Stunden, Stunden der Erinnerung und des Wiedersehens, die keiner missen möchte. Das Erinnern an die Heimat ist lebendig wie eh und je und wird gewiß noch einige weitere Jahrzehnte überdauern. »Weißt Du noch?« »Kannst Du Dich noch erinnern?« »Hat man eigentlich wieder etwas von diesem oder jenem gehört?« Das waren oft gestellte Fragen, die für reichlichen Gesprächsstoff sorgten. Auch Gespräche über inzwischen stattgefundene Besuche in unserer Heimat, die mit vielen gemachten Aufnahmen unterstrichen wurden, waren vielfach zu hören. Und dabei ist es vollständig unwichtig, ob sich die Politiker über die Frage eingig werden: »Wo ist denn nun eigentlich Ostdeutschland?« Schlesien ist unserer Heimat und wird es bleiben. Auch wenn wir unseren Lebensabend nicht in Schlesien verleben dürfen.

Offizieller Beginn des Heimattreffens war die Heimatgruppenleiterbesprechung am Freitag-Nachmittag unter Vorsitz unserer Bundesvorsitzenden Ilse Majunke. Nach ihrem Dank an die Heimatgruppenleiter für die von ihnen geleistete Arbeit, traten besonders zwei Punkte in der Besprechung hervor. Zuerst ging es um den Verbleib unserer Heimatkartei, an der seit dem Tode von Frau von Kessel kaum noch etwas gemacht worden ist. Es wurde empfohlen, sie der Zentralkartei, die sich

jetzt in Bamberg befindet, zu übergeben, doch muß zuvor festgestellt werden, ob diese Lösung sinnvoll wäre und ob sie überhaupt besteht. Frau Ilse Majunke wird sich dieser Angelegenheit (nach ihrer Rückkehr aus Trebnitz) annehmen.

Der zweite allgemein interessierende Punkt war wieder einmal die Heimatstube in Goslar. Frau Majunke konnte berichten, daß unsere Heimatstube im »Haus Schlesien« eine wirkliche Werbung für Trebnitz geworden ist. Die Arbeiten in Goslar dagegen stocken. Bisher wurden die erforderlichen Arbeiten von Gliedern der Heimatgruppe Goslar mit Unterstützung von Frau Ilse Majunke und Frau Margot Bartsch bewältigt. Die meisten von ihnen sind inzwischen alt geworden und kaum noch in der Lage, sich im bisherigen Umfang einzusetzen. Drei Vitrinen mit den



*Hinweisschild zum diesjährigen Trebnitzer Heimattreffen im Tagungszentrum Goslar, Hotel Achtermann*

wesentlichsten Ausstellungsstücken können werktäglich im Kreishaus besichtigt werden. Leider hat die Unterstützung des Gedankens »Heimatstube« in der letzten Zeit nachgelassen. Aber gerne werden weitere Ausstellungsstücke entgegen genommen, die dann an die Kreisverwaltung des Landkreises Goslar gesandt werden müßten und von dort an die Bundesheimatgruppe Trebnitz weitergeleitet würden. Sowohl materielle als auch finanzielle Unterstützung des »Heimatstuben«-Gedankens ist wünschenswert.

Inzwischen begann nun – wie schon gewohnt – im Vorraum des Hotels »Der Achtermann« die Registrierung der Besucher aus nah und fern. Die grünweißen Festabzeichen, die bei der Registrierung ausgegeben wurden, konnten bald im Straßenbild von Goslar immer häufiger gesehen werden. Gegen 19.00 Uhr fand sich in einem Nebensaal des Hotels eine Zuhörerschaft ein, die sich an einer Dichterlesung von Frau Barbara Suchner erfreute. Daran schloß ein Dia-Vortrag über Trebnitz, den der Heimatgruppenleiter



*Kranzniederlegung am Mahnmahl der Vertriebenen beim 26. Heimattreffen der Trebnitzer in Goslar (Foto: Bartsch Margot)*

Die größte Harzer Zeitung

HARZER TAGEBLATT

Region Goslar-Wernigerode



# Goslarische Zeitung

Über  
120.000  
Leser

MITTWOCH, 12. OKTOBER 1994

UNABHÄNGIG ÜBERPARTEILICH

NR. 238/211. JAHRGANG 1,20 DM

Goslarische Zeitung

NORDHARZ



VIENENBURG



Letzte Arbeiten an dem Gedenkstein. Foto: Wittenberg

Ausstellungseröffnung

## Gedenkstein für Fritz Laube

VIENENBURG. Zum Gedenken an den Tier- und Landschaftsmaler Fritz Laube, der mehr als vier Jahrzehnte in Vienburg lebte und dessen Todestag sich am 26. Oktober zum ersten Mal jährt, errichtete sein Freundeskreis oberhalb des Klostergutes Wöltingerode am Harlyrand einen Gedenkstein. Der annähernd drei Tonnen schwere mächtige Granitblock aus dem Okertal steht unmittelbar am Eingang zum Bärenthal und am Beginn des Weges „Zwischen Wald und Weizen“.

Mitarbeiter eines Steinmetzbetriebes meißelten den Schriftzug ein und brachten das von der Kulturpreisträgerin des Deutschen Jagdschutzverbandes, Anna Barth, geschaffene Bronze-Relief Fritz Laubes auf. Dieser Gedenkstein soll am Samstag, 22. Oktober, 14 Uhr, mit Grußworten seitens des Landkreises Goslar und der Gedenkredes des Jagd- und Tiermalers Rudolf Michalski eingeweiht werden. Unter der Schirmherrschaft der Stadt Vienburg steht dazu eine Gemäldeausstellung, die anschließend um 15.30 Uhr im Kaisersaal des Historischen Bahnhofs von Bürgermeister Willy Dürkop eröffnet wird. Die Ausstellung wird einen Einblick in das vielseitige Schaffen des Künstlers Fritz Laube geben. Dr. Wolf-Eberhard Barth, Leiter des Nationalparks Harz, hält zur Eröffnung einen Vortrag über das Thema „Fritz Laube - ein Tier- und Landschaftsmaler aus Liebe zur Natur“. Geöffnet ist die Ausstellung am Samstag, 22. Oktober, von 16.30 bis 18.30 Uhr, und am Sonntag, 23. Oktober, von 11 bis 18.30 Uhr. Wi.







# extra wochenblatt

Donnerstag, 27. Oktober 1994 · Nr. 43 · 18. Jahrgang · Pressehaus Goslar (05321) Anzeigen 333-111 · Redaktion 333-233 · Vertrieb 333-444

## Gedenkstein für den Maler Fritz Laube **Im Mittelpunkt des Werkes stand immer die Natur**

Eine Kulisse wie im Bilderbuch: Mehr als 150 Personen hatten sich im Waldwinkel am Südrand des Harly oberhalb des ehemaligen Klosters Wöltingerode eingefunden, um der Einweihung eines Gedenksteines für den Tier- und Landschaftsmaler Fritz Laube beizuwohnen.

Einem Menschen, der sich in seinem ganzen Wesen der Natur stellte, mitten in der Natur ein Denkmal zu setzen, bezeichnete stellvertretender Landrat Werner Grübmeier als eine faszinierende Idee. Im Namen des Landkreises dankte er all denen, die an diesem Werk mitgewirkt haben. Fritz Laube habe uns ein Vermächtnis hinterlassen, fuhr Grübmeier fort, mit seinem Bekenntnis des Schönheitswertes, der ästhetischen, objektiven Darstellung und damit gleichzeitig der Unantastbarkeit der Natur, mit der Schönheit des Tieres in seiner Umwelt. Damit lege Fritz Laube uns allen die Verpflichtung auf, diesen Lebensraum zu schützen und an seiner Renaturierung mitzuwirken, betonte Grübmeier. „Wir Harzer sind dankbar, daß er mit seiner überregionalen Bedeutung in unserer Region gelebt, gewirkt und Zeichen gesetzt hat“, ergänzte er und übermittelte die Grüße des Kreistages und der Verwaltung.

### **Großer Einsatz**

Die Rede zur Einweihung des Gedenksteines hielt der zum Freundeskreis zählende Jagd- und Tiermaler Rudolf Michalski (Berlin), der zunächst des Initiators Günther Mackensen, der im August dieses Jahres plötzlich verstarb, gedachte. Es war die Idee von Günther Mackensen, seinem Freund Fritz Laube einen Gedenkstein setzen zu lassen und bis zu seinem Tode habe er mit großem Einsatz an der Verwirklichung dieses Planes gearbeitet. Auch die von Mackensen



**Zur Einweihung des Gedenksteins sprach der Berliner Tier- und Landschaftsmaler Rudi Michalski.**  
Foto: Wittenberg

schon vorbereitete Rede wurde den Versammelten kundgetan. Angesichts des inzwischen enthüllten Gedenksteines – eines Findlings aus Diorit, einem Granitstein, wie er nur im Okerflußbett zwischen Vienenburg und Oker gefunden wird – mit dem Kopfprofil des Künstlers, modelliert von Anna Barth, Kulturpreisträgerin des Deutschen Jagdschutzverbandes, wolle man sich freuen an den Werken, die uns Fritz Laube hinterlassen hat, betonte Rudolf Michalski. Der Künstler war wie seine Werke, ehrlich, natürlich und ohne Extravaganzen.

Und wer einmal Gelegenheit hatte, in dem immer offenen und gastfreundlichen Haus Laube in

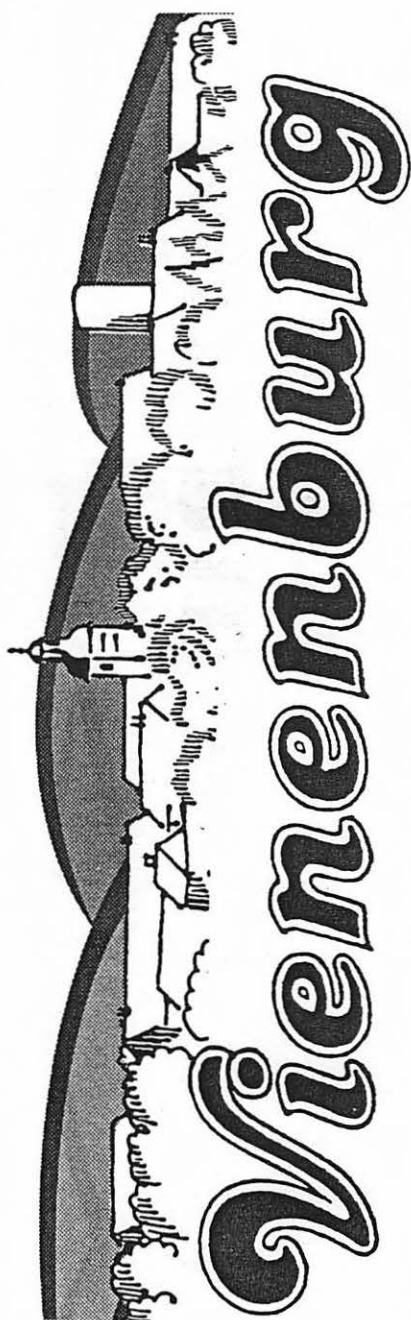
der Osterwiecker Straße in Vienenburg Gast gewesen zu sein, der werde diese Begegnung nie vergessen. Zu seinem Freundeskreis, fuhr Michalski fort, gehört insbesondere ein kleiner Kreis von Malern und Bildhauern, die alljährlich im Harzer Raum mit ihm im Rahmen der Trophäenschau des Rotwildringes Harz ausstellen durften. „Für uns wird Fritz Laube sowohl in künstlerischer Hinsicht, als auch vor allem als Mensch stets ein Vorbild bleiben“, schloß Rudolf Michalski seine Laudatio.

Mit Jagdsignalen, die Fritz Laube besonders liebte, und dem abschließenden Halali ließen die Bläser die Feierstunde ausklingen. Wi.



# extra wochenblatt

Donnerstag, 27. Oktober 1994 · Nr. 43 · 18. Jahrgang · Pressehaus Goslar ☎ (05321) Anzeigen 333-111 · Redaktion 333-233 · Vertrieb 333-444



*Jagdhornklänge gab es anlässlich der Ausstellungseröffnung im Kaisersaal des Historischen Bahnhofs.*

## Ausstellung mit Werken Fritz Laubes

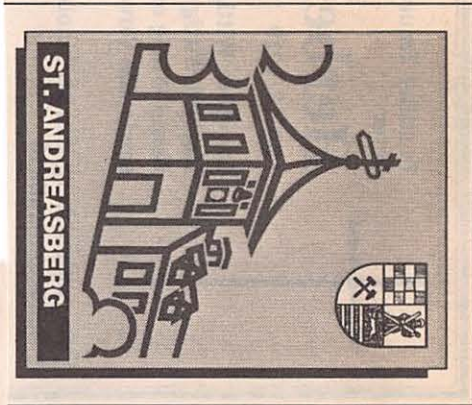
# Vielseitiges Gesamtwerk

Unter der Schirmherrschaft der Stadt Vienenburg stand eine Gemäldeausstellung im Kaisersaal des Historischen Bahnhofs, die einen Einblick in das vielseitige Schaffen des Tier- und Landschaftsmalers Fritz Laube vermittelte.

„Die Kunst ist keine Dienerin der Menge“, begann Bürgermeister Willy Dürkop in seiner Begrüßungsansprache. Dieses Wort August von Platens lasse uns Leben und Werk unseres großen Künstlers Fritz Laube verstehen. Dürkop zeichnete das Lebensbild des Künstlers in kurzen Zügen nach und hob dessen menschliche Größe und unvergängliche Kunst hervor, die mit uns und den Generationen nach ihm weiterleben würden. Immer wieder Neues, Geheimnisvolles sei in den Werken von Fritz Laube zu entdecken, seine Kunst sei nicht vergänglich, sondern zeit- und alterlos, und aus seinen Werken spreche die tiefe Verbundenheit

mit der Natur, mit der Landschaft seiner Heimat, stellte Willy Dürkop fest. Die Tiere, die Berge und Täler, Wege, Bäche, jeder Baum, jedes Blatt seien für ihn die Seiten eines immer aufgeschlagenen Buches gewesen, und weil er den Dingen bis auf den Grund nachging, seien es unendlich viele Seiten gewesen, fuhr Dürkop fort.

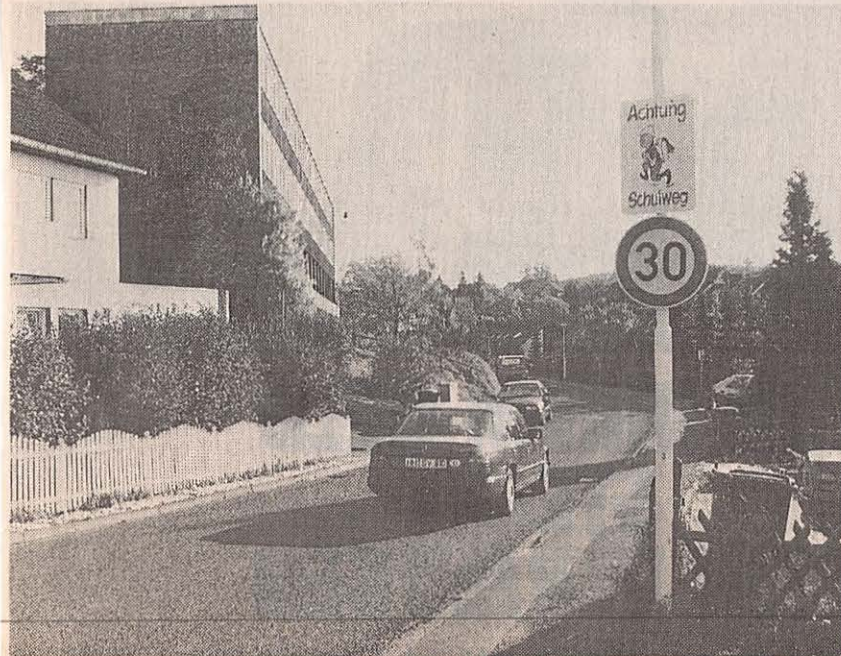
Eine große Überraschung für die Familie Laube und den Freundeskreis: Der Bürgermeister lüftete das Geheimnis der letzten Ratssitzung. Nach dem Beschluß des Rates wird die Erschließungsstraße (von der Heilerstraße nördlich der Bahnlinie bis zur Einmündung in die B 241) die Bezeichnung „Fritz-Laube-Straße“ tragen. Einen eindringlichen Vortrag hielt anschließend der Leiter des Nationalparks Harz, Dr. Wolf-Eberhard Barth, unter dem Thema: „Fritz Laube – ein Tier- und Landschaftsmaler aus Liebe zur Natur“. *Wi.*



# OBERHARZ

Werner Grübmeier: Maßnahmen gegen „die mit den heruntergelassenen Visieren“

## Noch keine Ausweitung von „30 km/h“



Nur für den Bereich der Schule gilt bisher „Tempo 30“.

Foto: Tempes

ST. ANDREASBERG. Ausschußvorsitzender Werner Grübmeier ließ keinen Zweifel daran, daß ihm „die mit den heruntergelassenen Visieren“ ein Dorn im Auge sind. Grundsätzlich meinte er die ordnungsgemäß behelmteten Motorradfahrer. Zwar ist jetzt auch der St. Andrasberger Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz unter die Motorradfreaks gegangen, aber dem wurde Fehlverhalten nicht unterstellt: Im Bauausschuß ging es um rücksichtslose Kraftfahrer.

Über die Chancen, in der Bergstadt mehr als die bisher nur wenigen 100 Meter „30-km-Zone“ durchzusetzen, berichtete Bauamtsleiter Fred Trawny im Ergebnis der letzten Verkehrsschau. Im „Neubaugebiet“ ist demnach eine solche Zone nicht durchsetzbar: Als nicht notwendig sei sie erachtet worden, da dort bereits das Vorfahrtrecht „rechts vor links“ zu besonderer Vorsicht zwingt, erklärte der Bauamtsleiter. Insgesamt sei die Strecke zwischen Clausthaler Straße

und Grundstraße ohnedies als zu lang für eine solche Verkehrsbeschränkung erachtet worden, in Betracht zu ziehen sei sie in Verbindung mit Umbaumaßnahmen allenfalls im oberen Bereich.

Für die Schützenstraße habe bei der Verkehrsschau Einigkeit bestanden, daß zunächst der Endausbau mit dem Verkehrsknoten Obere Grundstraße abzuwarten sei, berichtete Fred Trawny. Trotzdem bat der Ausschußvorsitzende, schon jetzt zu prüfen, ob für die Schützenstraße bei Ausnahme des Anliegerverkehrs ein Durchfahrtsverbot für Motorräder angeordnet werden könne. Im Auge hatte er dabei erklärtermaßen Motorradfahrer, die in großen Gruppen Harzausflüge unternehmen. „Die schauen nicht, sondern fahren stur geradeaus“, beurteilte Werner Grübmeier das Gefährdungspotential der behelmteten Ritter der Landstraße.

Ohne weitere Diskussion nahm der Bauausschuß das Ergebnis der Verkehrsschau zur Kenntnis. te-

22. 10. 94

Nun doch Folgekosten für Nationalpark-Informationszentrum Bergbau

# Alte Erzwäsche wurde Streitobjekt

ST. ANDREASBERG. Nur zur Berichterstattung und Weiterleitung an den Kurausschuß vorgesehen war in der Ratssitzung am Donnerstag der Punkt „Alte Erzwäsche“. Die Mitteilung des Stadtdirektors, daß die Bergstadt bei Einrichtung des Nationalpark-Informationszentrums Bergbau nicht ohne Folgekosten davonkomme, machte das historische Gebäude jedoch überraschend zum Streitobjekt.

Mit Mehrheit hatte der Rat beschlossen, daß die Bergstadt durch den Betrieb des Informationszentrums nicht durch Folgekosten belastet werden dürfe. Das Land fordere jedoch eine Beteiligung „in erträglichem Rahmen“, teilte Hans-Joachim Grogorenz mit, 20 Prozent nannte er als „allgemein üblich“ bei Nationalparkeinrichtungen. Sein Vorschlag für die weiteren Verhandlungen lautete auf Bereitstellung von jährlich 5 000 aus dem Fonds für Innere Werbung der Kurverwaltung sowie Anrechnung der Sach- und Personalleistungen, darunter Winterdienst, Straßenreinigung und Betreuungsarbeit im Rahmen der Trägerschaft, die die Bergstadt für die Einrichtung übernehmen soll.

Widerspruch meldete die FDP-

Fraktion an. Auf 50 000 bis 80 000 DM schraubte Horst Hörseljaу seine Schätzung der auf die Bergstadt zukommenden Unterhaltungskosten hoch. Er verband damit die Frage, ob angesichts der Bedarfszuweisungssituation ein solcher Beschluß überhaupt gefaßt werden dürfe. Hans Bahn rechnete die Kosten mit dem Nutzen auf. Die Einrichtung werde mehr Tagesbesucher, aber kein Mehr an Übernachtungen zur Folge haben, erklärte er und malte für die Zukunft schwarz: Die Stadt könne vor die Wahl gestellt werden, aus Kostengründen eine Einrichtung zu schließen – „das Hallenbad oder das Kurhaus“ als Folge davon, daß das Informationszentrum Alte Erzwäsche nicht geschlossen werden könne. „Dann“, meinte Bahn, „sollten wir lieber auf diese Einrichtung verzichten“.

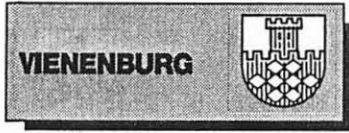
Werner Grübmeуer sah damit für die CDU-Gemeinschaftsfraktion das „Ja“ einer großen Mehrheit des Rates für das Informationszentrum in Frage gestellt. „Wir waren stolz darauf“, erinnerte er die FDP-Fraktion daran, daß der Bergstadt eine in der Bundesrepublik einmalige Nationalpark-Einrichtung angeboten sei. Er bat darum, dem Stadtdirek-

tor die Möglichkeit zu geben, bei aller Fragwürdigkeit von Details mit diesen Vorschlägen in die nächste Verhandlungsrunde zu gehen.

Nur auf eine Rückfrage beschränkte sich Volker Thale, für die gesamte ABL-Fraktion konnte die Feststellung von Gabriela Koblitз gelten: „Wenn wir uns jetzt vor neuen Forderungen sehen, müssen wir uns ihnen stellen. Aber wir müssen wissen, wie hoch sie sind“.

Den Anteil der Bergstadt an den Investitionskosten für Erwerb der alten Erzwäsche und deren Einrichtung, die insgesamt bei 1,45 Mio. DM liegen sollen, bezifferte der Stadtdirektor auf 10 000 DM. Der Kaufvertrag mit der Firma Sprenger könne nach Abschluß der Verhandlungen über die laufenden Kosten geschlossen werden, kündigte er an.

Ein Antrag der CDU-Gemeinschaftsfraktion, den Stadtdirektor mit den weiteren Verhandlungen „in alleiniger Regie“ zu beauftragen, wurde mit den (zu diesem Zeitpunkt noch) sieben Stimmen der Zählgemeinschaft abgelehnt. Mit Mehrheit der Zählgemeinschaft bei Enthaltung von Horst Hörseljaу genehmigt wurde die Verwaltungsvorlage: Sie geht in den Kurausschuß. te-



Stadt würdigte Leben und Werk des Tier- und Landschaftsmalers

## Eine Straße wird nach Fritz Laube benannt

**VIENENBURG.** Zu Ehren des vor einem Jahr gestorbenen Landschaftsmalers Fritz Laube wird eine Straße in Viernburg künftig seinen Namen tragen. Mit dieser Überraschung wartete Bürgermeister Willy Dürkop während der Feier zum ersten Todestag des Künstlers auf.

Die Erschließungsstraße von der Heilerstraße nördlich der Bahnlinie bis zur Einmündung in die B 241 wird „Fritz-Laube-Straße“ genannt. Damit würdigt die Stadt das künstlerische Schaffen und den Menschen Fritz Laube, dem die Harlstadt über vier Jahrzehnte zur zweiten Heimat geworden war. Eine Gemäldeausstellung im Kaisersaal des Historischen Bahnhofes unter der Schirmherrschaft der Stadt vermittelte einen Einblick in das Schaffen des Tier- und Landschaftsmalers. Der Kaisersaal konnte den Freundeskreis kaum fassen, so daß auch in den Vorräumen drangvolle Enge herrschte.

„Die Kunst ist keine Dienerin der Menge“, begann der Bürgermeister. Dieses Wort August von Platens beschreibe Leben und Werk Fritz Laubes. Dürkop zeichnete das Leben des Künstlers in kurzen Zügen nach und hob dessen menschliche Größe

und Kunst hervor. Die Vereinfachung in seinen Werken sei wie ein Abwerfen von Ballast, sie wolle den Betrachter auf das wesentliche, auf die Landschaft, auf die Kreatur hinführen, betonte der Bürgermeister.

Einen überzeugenden Vortrag hielt anschließend der Leiter des Nationalparks Harz, Dr. Wolf-Eberhard Barth, unter dem Thema: „Fritz Laube – ein Tier- und Landschaftsmaler aus Liebe zur Natur“. Dieses Thema gebe ihm die Möglichkeit, nicht nur den Menschen und seine Kunst zu beleuchten, sondern eine Brücke zur aktuellen Situation um den Nationalpark zu schlagen. Die Verbindung der Malerei, wie Laube sie verstanden und praktiziert habe, sei viel enger mit der Grundphilosophie der Nationalparks verbunden, als manche bei oberflächlicher Beurteilung glaubten: „Die Wurzeln und ebenso die Ziele ähneln sich sehr“, sagte Barth.

Laube habe es verstanden, mit seinen Bildern auch bei Naturfremden Begeisterung und Verständnis für die Natur zu wecken und stand damit zentral in der heute so wichtigen Aufgabe der Umweltschutzbemühungen. Nach eingehender Beleuchtung der Naturparkphilosophie kehrte Barth in seiner Rede zu Laube zurück.



Eine Straße wird nach Fritz Laube benannt. Symbolisch überreichte Bürgermeister Willy Dürkop der Ehefrau das Straßenschild. Foto: Wittenberg

Er sei ein Mahner und empfindsamer Ökologe gewesen, der es verstanden habe, mit Staffel und Leinwand für das zu werben, um dessen Erhalt heute gekämpft werden müsse, versicherte Dr. Barth.

Zum Schluß zitierte er Albert Schweitzer: „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will.“ Dieses Wort passe genauso gut zu Fritz Laube und zu dem, was alle Menschen täglich leiten sollte. Wi.

# BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

S 1904 A

Verlag und Redaktion ☎ 3 90 00

Anzeigenannahme ☎ 33 33 22  
Kundendienst Vertrieb ☎ 39 00-5 55

MITTWOCH, 26. OKTOBER 1994

UNABHÄNGIG - NICHT PARTEIGEBUNDEN

NR. 250 / 49. JAHRGANG 1,30 DM

Mittwoch, 26. Oktober 1994

FEUILLETON

Seite 27

Freunde setzten dem Tier- und Jagdmaler Fritz Laube ein Denkmal im Harly

## Kunst als Verpflichtung zum Naturschutz

Freunde haben dem Tier- und Jagdmaler Fritz Laube, der vor einem Jahr im Alter von 79 Jahren in Bad Harzburg starb, ein Denkmal gesetzt: Ein Findling aus der Oker erinnert oberhalb des ehemaligen Klosters Wöltingerode am Südrand des Harlys, eines Höhenzugs bei Vienenburg, an den Künstler, der sich als „Schilderer und Weitergeber von Erlebtem“ verstand, der sich der Natur und den Wildtieren verschrieben hatte.

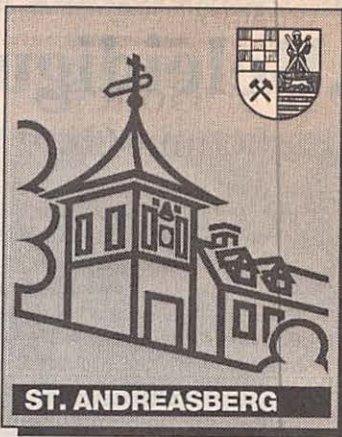
Rudolf Michalski, Jagd- und Tiermaler aus Berlin, gedachte während einer Feierstunde im Harly seines toten Freundes. Fritz Laube „war wie seine Werke – ehrlich, natürlich und ohne Extravaganzen. Und wer einmal Gelegenheit hatte, in dem immer offenen und gastfreundlichen Haus in der Osterwiecker Straße in Vienenburg zu Gast gewesen zu sein, der wird diese Begegnung nie vergessen“. Und Goslar stellvertretender Landrat Werner Grübmeyer versicherte, „wir Harz-

sind dankbar, daß er in unserer Region gelebt, gewirkt und Zeichen gesetzt hat“. Das Vermächtnis Fritz Laubes sei die Verpflichtung, die Natur zu schützen.

Einen Einblick in das Schaffen Fritz Laubes vermittelten seine Bilder, die am ersten Todestag Laubes im Kaisersaal des historischen Bahnhofs in Vienenburg zu sehen waren. Der Leiter des Nationalparks Harz, Wolf-Eberhard Barth, würdigte Fritz Laube als einen Künstler, dessen Werk den Betrachter für die Natur und für den Naturschutz begeistere. Er sei ein unermüdlicher Mahner gewesen, ein aus Naturliebe Bittender, ein empfindsamer Ökologe, der es verstanden habe, mit Staffelei und Leinwand, mit Pinsel und Weitblick für das zu werben, um dessen Erhalt heute gekämpft werden müsse. Barth zeichnete Fritz Laube als einen Mann von großer Bescheidenheit, Zurückhaltung und Warmherzigkeit.



An den Tier- und Jagdmaler Fritz Laube erinnert dieser Gedenkstein im Harly. Das Bronzerelief schuf Anna Barth, Kulturpreisträgerin des Deutschen Jagdschutzverbands.  
Foto: Edith Wittenberg



## Straßenschmutz- und Laubfresser

ST. ANDREASBERG. Nicht nur das Interesse an sauberen Straßen war der Grund für starke Ratspräsenz bei der Vorstellung eines neuen Straßenreinigungsgerätes anlässlich einer Sitzung des Bauausschusses zur Mittagszeit: Rund 190 000 DM sind schließlich kein Pappenstiel für die Bergstadt.

Soviel kostet der „SK 153 S“, der als Ersatz für ein 14 Jahre altes Kehrmaschinen-Zusatzgerät angeboten wird. Was sich als Bezeichnung für eine Staatskarosse liest, ist immerhin 50 km/h schnell, ungewöhnlich wendig und laut Herstellerangabe mit dem Blauen Umweltengel ausgerüstet. Der leistungsfähige Straßenschmutz- und Laubfresser in „Töpfer-Norm“ präsentierte sich bei der Probefahrt immerhin so leise, daß auch empfindliche Urlauber wahrscheinlich nicht um ihren Mittagschlaf gebracht werden.



Auf dem Stadtwerke-Parkplatz bewies der Staub- und Laubfresser auch, daß seine Arme geparkten Autos automatisch ausweichen. Foto: Tempes

## Tauziehen im Rat um Folgekosten für Nationalparkhaus Erzwäsche bei Bergstadt bietet geldwerte Leistung an

ST. ANDREASBERG. Schwieriger als die Verabschiedung eines Jahresetats war für den Rat der Bergstadt die Entscheidung über 20 000 DM oder 25 000 DM Selbstbeteiligung an den Folgen des Nationalparkhauses Erzwäsche. Sozusagen in dritter Lesung wurde der Stadtdirektor nun mit einer sibyllinischen Marge in die Endverhandlungen geschickt.

Nur um die Festlegung der Zuständigkeit des Kurausschusses war es eigentlich in der Ratssitzung vor einer Woche gegangen, aber bereits bei dieser Gelegenheit kam es zur konträren Diskussion zwischen FDP-Fraktion und Rest des Rates um den Bergstadtanteil an den Folgekosten, den der Rat ursprünglich abgelehnt hatte. Nach der Fortsetzung des Tauziehens im Kurausschuß wurde in der Ratssitzung am Donnerstag die letzte Verbalschlacht um die Forderung des Eigenanteils der Bergstadt geschlagen.

Hans Bahn vermutete hinter ihr ein troyanisches Pferd der Landesregie-

rung vor der Panzerschranktür des Stadtkämmerers. 5 000 DM aus dem 10 000 DM-Etat für „Innere Werbung“ waren für das Angebot an das Umweltministerium bereits herausgelöst, vor 0 Zuhörern ging es am Donnerstag nochmals um 15 000 (Verwaltungsvorlage) oder 20 000 DM (Vorschlag Gabriela Koblitz), die sich anstelle eines fixierten Geldbetrages als geldwerte Leistung der Bergstadt errechnen lassen: Straßenreinigung, Winterdienst, Kontrolle und Überwachung - Leistungen, die nach Verwaltungsfeststellung teils ohnehin zu erbringen wären und nicht kassenwirksam seien.

„Wir wollen das Haus haben“, bestätigte zwar auch Hans Bahn, aber die FDP-Fraktion blieb dabei, daß die Sachleistung irgendwie doch wieder in Geld umgerechnet werden könnte - mit der Folge, daß ein auf Dauer steigender Ansatz an die Substanz der Leistungsfähigkeit der Bergstadt gehen würde: Eine drohende Schließung des Hallenbades oder des Kurhauses malte auch Horst Hörseljaun an die

Wand, da St. Andreasberg bei gravierender Finanznot keine Handhabe für eine Schließung der Nationalparkeinrichtung haben werde.

Er habe den Eindruck, daß der Rat zum ersten Mal echte Wirtschaftsförderung betreibe, setzte dem Albert Kehr für die SPD-Fraktion entgegen. Er stellte fest, daß für die Firma Sprenger durch den Verkauf der Erzwäsche Investitionsmittel frei werden, die Arbeitsplätze sicherten. Seine Auffassung, daß es nun lediglich um nicht kassenwirksame Verrechnungseinheiten gehe, unterstützte Werner Grübmeier für die CDU-Gemeinschaftsfraktion. Grübmeier verglich St. Andreasbergs Angebot mit wesentlich größere Anstrengungen von Bad Harzburg, zu einem Nationalparkhaus zu kommen. Zudem verwies er auf Finanznot des Landes: St. Andreasberg habe unter den gegebenen Umständen die Chance, für ein Jahrzehnt oder mehr zur wichtigsten Nationalparkeinrichtung im Westharz zu kommen.

Albert Kehr gelang es, aus den

Überlegungen „weitestgehen“ zu liern, der un Aber für die schließlich die anzubieten, für Umweg zum durch Bedarfs müsse, stimmt Ratsmitglieder

Auch für die Koblitz, das R gesamt 25 000 sich keine Meh

Für seine V 1,45 Mio-DM- richtung der l nalparkhaus s hielt der Stadt Angebot, das n vorschlag der V Der Antrag v dem Land Nie 5 000 DM aus Leistung ohne und Pfennige den Stimmen Walter Rehkop

## OBERHARZ



Die Nebengebäude der Erzwäsche für einen größeren Parkplatz.

Foto: Tempes

### Stadtdirektor muß sich tummeln

ST. ANDREASBERG. Mit dem Beschluß des Rates sind die Weichen gestellt für Kauf und Einrichtung der ehemaligen Erzwäsche zum Nationalparkhaus. Die Bergstadt als künftiger Träger der Einrichtung werde sich tummeln müssen, die für dieses Jahr in Aussicht stehenden Landesmittel rechtzeitig auszugeben, erklärte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogrenz. Es galt für ihn selbst.

Vor dem Kurausschuß teilte Grogrenz mit, daß von der Bergstadt zusätzlich zum vorgelegten umfangreichen Gesamtkonzept Nationalparkhaus eine ergänzende Konzeption für Grundstücksbereinigung eingebracht worden sei. Sie sieht den Abbruch der Nebengebäude zugunsten eines größeren Parkplatzes vor. Zum Gebäude der Erzwäsche gehören nach Feststellung des Stadtdirektors 6 300 Quadratmeter Grundstücksfläche, davon 3 000 Quadratmeter auf der Ebene der Erzwäsche. Als „Reserve“ bezeichnete er die darüberliegende Hangfläche. te-

Bericht des scheidenden Rektors Prof. Dr. Claus Marx bei der Rektoratsübergabe

## „Die Stellensperre gleicht einer Vollbremsung“

**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** Im Rahmen einer akademischen Feier fand am Freitag in der Aula der Technischen Universität Clausthal die Rektoratsübergabe von Prof. Dr. Claus Marx an Prof. Dr. Jürgen Fuhrmann statt. Eingebettet in diesen Festakt waren die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Dipl.-Ing. Hubertus Daniels sowie die Verleihung der Karl-Schnabel-Gedenkmedaille an Dipl.-Ing. Wolfgang Schütze (Bericht folgt).



Der scheidende Rektor Prof. Dr. Claus Marx (l.) gab einen Bericht über die aktuelle Lage an der TU. Fotos: Meier-Cortés

## REICHSBUND

### Kreisverband Oberharz

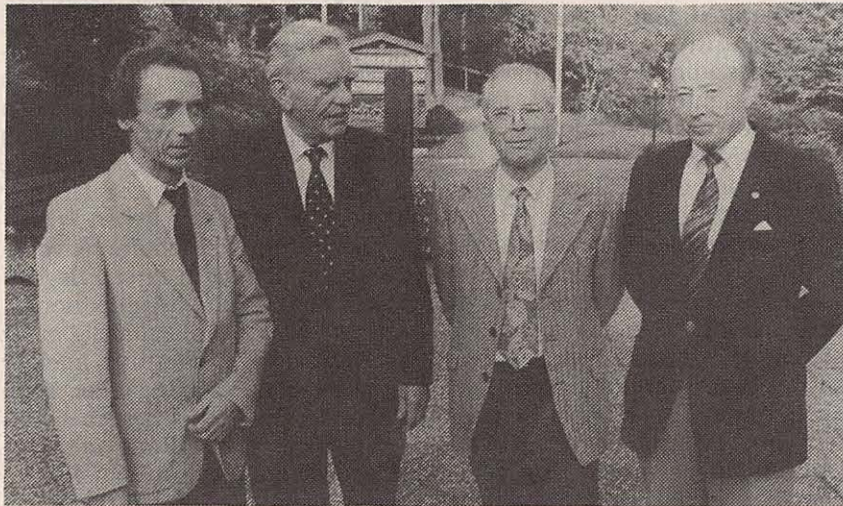
# Werner Grübmeier bestätigt

**Der Kreisverband Oberharz führte unter Beteiligung von 100 Delegierten im Gemeinschaftshaus von Schulenberg seine Kreisverbandstagung durch.**

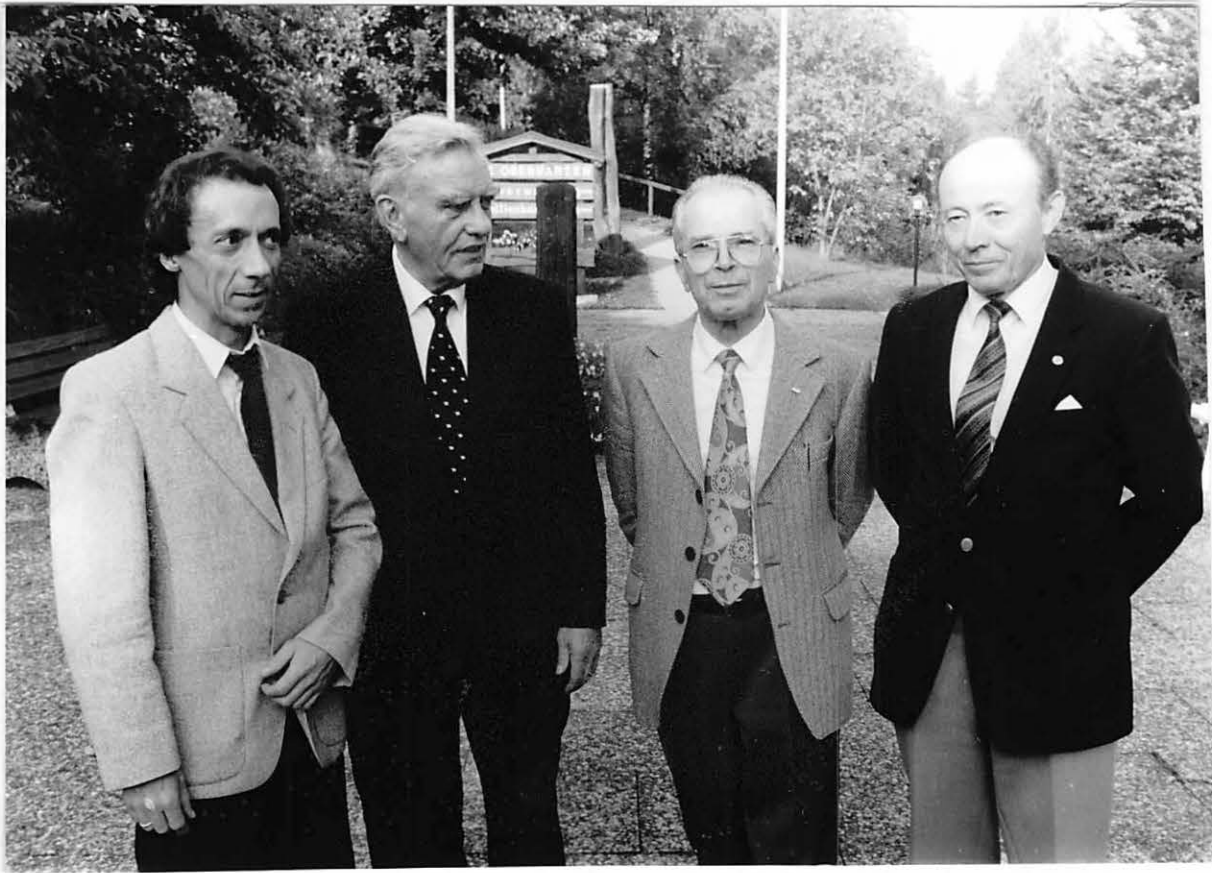
Als Referenten waren geladen: Prof. Dr. Maier, Erster Direktor der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, und Horst Wendland, Mitglied des Bundes- und Landesvorstandes. Werner Grübmeier, Vorsitzender des Kreisverbandes, und Hartwig Jürgens, Kreisgeschäftsführer, berichteten über die Tätigkeit des Kreisverbandes in der vergangenen Legislaturperiode.

Die Neuwahlen ergaben: Vors.:

Werner Grübmeier; 2. Vors.: Hartwig Jürgens; Kass.: Werner Bauer, Rudolf Guttman; Schriftf.: Lieselotte Hosse; Beis.Innen: Helga Cronjäger, Hertha Lattemann, Anneliese Stein, Klara Wolff, Arnold Bertram, Gerhard Fischer, Hermann Henze, Josef Pichler, Ingo Sandhagen, Herbert Schlieff, Walter Wenzel, Herbert Wolfgang; Rev.In: Jutta Zettier, Horst Cronjäger, Albert Gerig, Gerhard Scholz.



**Von links: Hartwig Jürgens, Werner Grübmeier, Werner Bauer und Rudolf Guttman.**



Fröhlichkeit, gutes Essen und Carolus beim 19. Harzer Schärper

## „tz“ kam als reicher Onkel aus Amerika

**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** Es mag andernorts traditionsreichere und bedeutendere Veranstaltungen geben, als den noch jungen Harzer Schärper, es gibt aber wohl kaum ein Ereignis, das so viele hochkarätige Gäste aufweist und trotzdem ein fröhliches und ungezwungenes Beisammensein garantiert.

Ehregast war beim 19. Harzer Schärper, der am Dienstag in der Turnhalle der Aula der TU Clausthal stattfand, Regierungspräsident Karl-Wilhelm Lange, und er fügte sich nicht nur mit gekonntem Carolus-Anstich würdig in die Reihe der Ehrengäste ein, sondern glänzte auch als Redner mit Bonmots und vor allem der Idee, wie die finanzschwachen Oberharzer wieder auf die Beine kommen. Indem nämlich im Oberharz der Weinbau wieder aktiviert wird, denn der, so berichtete es Lange, sei bereits im 16. Jahrhundert eingestellt worden. „Wahrscheinlich weil die Zuckerrübe erst 100 Jahre später eingeführt wurde“, wußte der RP auch den Grund, warum niemand diesen sauren Kretzer trinken wollte. Er hatte dann auch einen Probetropfen dieses Harzer Rebensaftes mitgebracht und nachdem Stadtdirektor Mönkemeyer gekonnt mit dem Korkenzieher hantiert hatte, durfte Bürgermeister Meier als erster probieren. „Der ist ja noch schlimmer als Carolus“, war Meiers knapper, ehrlicher Kommentar. Da war Mönkemeyer schon diplomatischer und bezeichnete den Tropfen als „echtes Nachtschattengewächs“.

Lange war sich der Bedeutung des Harzer Schärpers wohl bewußt und schlug vor, den 25. im Jahre 2000 als Oberharzer Beitrag zur Expo anzumelden. Und auch die Ehre, als



**Mit Hauruck aber auch Gefühl verhilft Stadtdirektor Wolfgang Mönkemeyer dem Harzer Rebensaft an die Luft.**

Grußwortredner fungieren zu dürfen, schätzte er richtig ein. „Hier aufzutreten, bedeutet in Niedersachsen so viel, als wenn man das Bundesverdienstkreuz erster Klasse erhielt.“

Nun war der Regierungspräsident nicht allein gekommen, sondern hatte eine ganze „Mannschaft“ wie Bürgermeister Heribert Meier in seiner Begrüßung anmerkte, mitgebracht, so auch den Mann, mit dem man sich, so Meier, gut stellen muß, Abteilungsdi-



**„Gekonnt!“ sind sich Bürgermeister Heribert Meier (rechts) und Binding-Niederlassungsleiter Klaus-Dieter Schönemann (Mitte) einig, als Regierungspräsident Karl-Wilhelm Lange das Faß mit dem Carolus ansticht.**

rektor Udo Willenbücher, „weil der nämlich auf dem Geld sitzt.“ Aus der großen Schar der Gäste seien die Freiburger erwähnt, die mit einer stattlichen Delegation in die Partnerstadt gekommen waren und einer, der zum Schärper dazugehört wie der Carolus, der ehemalige Oberkreisdirektor Erhardt Müller.

Klaus-Dieter Schönemann, Niederlassungsleiter der Binding-Brauerei, die mit der Bergstadt gemeinsam Gastgeber ist (einer lädt ein, der andere bezahlt) stellte den Carolus vor, verharmloste ein bißchen diesen „Wolf im Schafspelz“, dessen Gefährlichkeit so mancher unterschätzte und



Turnhalle der Aula der TU Clausthal stattfand, Regierungspräsident Karl-Wilhelm Lange, und er fügte sich nicht nur mit gekonntem Carolus-Anstich würdig in die Reihe der Ehren Gäste ein, sondern glänzte auch als Redner mit Bonmots und vor allem der Idee, wie die finanzschwachen Oberharzer wieder auf die Beine kommen. Indem nämlich im Oberharz der Weinbau wieder aktiviert wird, denn der, so berichtete es Lange, sei bereits im 16. Jahrhundert eingestellt worden. „Wahrscheinlich weil die Zuckerrübe erst 100 Jahre später eingeführt wurde“, wußte der RP auch den Grund, warum niemand diesen sauren Kretzer trinken wollte. Er hatte dann auch einen Probetropfen dieses Harzer Rebensaftes mitgebracht und nachdem Stadtdirektor Mönkemeyer gekonnt mit dem Korkezieher hantiert hatte, durfte Bürgermeister Meier als erster probieren. „Der ist ja noch schlimmer als Carolus“, war Meiers knapper, ehrlicher Kommentar. Da war Mönkemeyer schon diplomatischer und bezeichnete den Tropfen als „echtes Nachtschattengewächs“.

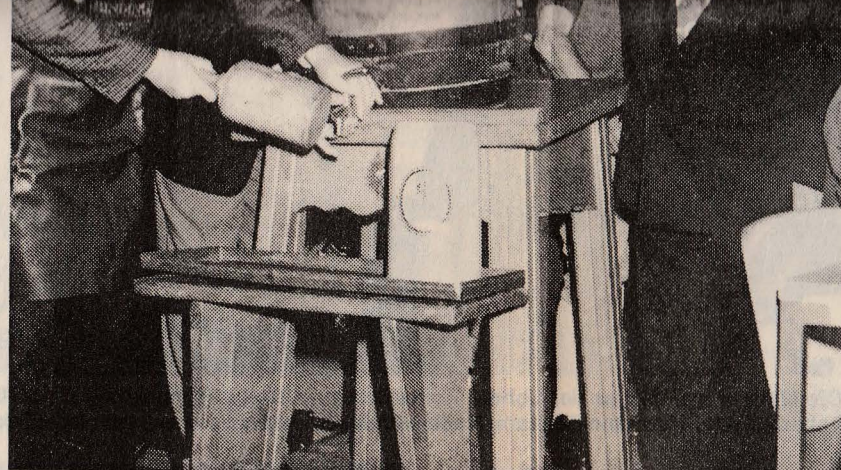
Lange war sich der Bedeutung des Harzer Schärpers wohl bewußt und schlug vor, den 25. im Jahre 2000 als Oberharzer Beitrag zur Expo anzumelden. Und auch die Ehre, als



**Mit Hauruck aber auch Gefühl verhilft Stadtdirektor Wolfgang Mönkemeyer dem Harzer Rebensaft an die Luft.**

Grußwortredner fungieren zu dürfen, schätzte er richtig ein. „Hier aufzutreten, bedeutet in Niedersachsen so viel, als wenn man das Bundesverdienstkreuz erster Klasse erhielt.“

Nun war der Regierungspräsident nicht allein gekommen, sondern hatte eine ganze „Mannschaft“ wie Bürgermeister Heribert Meier in seiner Begrüßung anmerkte, mitgebracht, so auch den Mann, mit dem man sich, so Meier, gut stellen muß, Abteilungsdi-



**„Gekonnt!“ sind sich Bürgermeister Heribert Meier (rechts) und Binding-Niederlassungsleiter Klaus-Dieter Schönemann (Mitte) einig, als Regierungspräsident Karl-Wilhelm Lange das Faß mit dem Carolus ansticht.**

rektor Udo Willenbücher, „weil der nämlich auf dem Geld sitzt.“ Aus der großen Schar der Gäste seien die Freiburger erwähnt, die mit einer stattlichen Delegation in die Partnerstadt gekommen waren und einer, der zum Schärper dazugehört wie der Carolus, der ehemalige Oberkreisdirektor Erhard Müller.

Klaus-Dieter Schönemann, Niederlassungsleiter der Binding-Brauerei, die mit der Bergstadt gemeinsam Gastgeber ist (einer lädt ein, der andere bezahlt) stellte den Carolus vor, verharmloste ein bißchen diesen „Wolf im Schafspelz“, dessen Gefährlichkeit so mancher unterschätzte und erst am gestrigen Bußtag begriff. Die Bergsänger sorgten für Musik, freundliche junge Damen und Herren für die Bedienung, kurzum, man unterhielt sich prächtig.

Ja und dann kam „tz“, alias Wolfgang Schütze. Er versteht es geschickt, gegen den Lärmpegel anzuschweigen, läßt den Eingeweihten, die wissen, daß jetzt der Höhepunkt des Schärpers kommt, Zeit, ihre Nachbarn am Ärmel zu zupfen und ihnen ein „Pssst!“ zuzuraunen. Erst dann, als es mucksmäuschenstill ist, legt „tz“ los. Diesmal kam er als „reicher Onkel aus Amerika“ hielt bravourös den Akzent durch und setzte gekonnt die Pointen, natürlich mit aktuellem Lokalbezug. „Diesmal hat er noch einen draufgesetzt“, war die Meinung bemooster Schärperhäupter. Das fand



**„tz“, alias Wolfgang Schütze, begeisterte als „uncle Samy“ aus Amerika.**

auch der Bürgermeister. Der sagte, „tz“ sei noch für viele Schärper gut, und das Versprechen Schönemanns, Schütze beim 20. Schärper, der nach dem Wunsch aller Beteiligten im dann sanierten Glückauf-Saal stattfinden soll, zum Schärper-Zeremonienmeister zu ernennen, erübrigt sich fast, denn de facto, das weiß jeder, ist er das schon längst. HaBe



**Der Carolus-Nachschub rollt.**

Fotos: Meier-Cortés

Hans-Georg Kaul  
Goslarsche Straße 7  
38667 Bad Harzburg  
☎ 053 22/2994

18.11.94

Sehr geehrter Herr Grübmeier,  
wir möchten uns bei Ihnen auf  
diesem Weg noch einmal ganz  
herzlich bedanken für Ihre offizielle  
und Ihre persönliche Unterstützung  
der Gedenkveranstaltung für  
Fritz Laube.

Wir haben uns sehr gefreut über Ihre  
Rede am Gedenkstein.

Bitte bitten Sie unseren Dank auch  
weiter an Herrn Homann.

Als kleines Dankeschön senden wir  
Ihnen hier einige Fotos und einige  
Presseartikel.

Mit herzlichen Grüßen  
von Agnes Laube, Uta Kaul  
und Hans-Georg Kaul

Walter Rehkopf bildete mit der CDU eine Zählverbindung

## Christdemokraten ließen die Muskeln spielen

**ST. ANDREASBERG.** Die Mehrheitsverhältnisse im Rat der Bergstadt haben sich geändert. Walter Rehkopf, bis zum 20. Oktober Mitglied der ABL-Fraktion, gab in der Sitzung am Donnerstagabend bekannt: „Ab sofort werde ich mit der CDU-Gemeinschaftsfraktion eine Zählverbindung eingehen. Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß ich Fraktionssprecher dieser Zählverbindung sein werde.“

Diese neugebildete CDU-Zählverbindung verfügt über sieben der 13 Sitze. Die anderen sechs Sitze teilt sich die Zählgemeinschaft von SPD, FDP und ABL, bestehend aus jeweils zwei Ratsmitgliedern.

Gestärkt durch ihre neue Mehrheit ließen die Christdemokraten gleich ihre Muskeln spielen. Gegen die vier Stimmen der Zählgemeinschaft, bei

der zwei Abgeordnete fehlten, setzte die CDU-Zählverbindung sich über den Appell von Bürgermeister Albert Kehr (SPD) und den Antrag der ABL-Ratsdame Gabriela Koblitz hinweg. Sie entschied, daß die Tagesordnungspunkte „Neubildung des Verwaltungsausschusses“, des „Kurausschusses“ und die „Feststellung der im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen“ behandelt wurden. Kehr zuvor: „Ich verspreche Ihnen als Bürgermeister, daß wir in der Übergangszeit in keinem Ausschuß gegen Sie stimmen werden.“

CDU-Gemeinschaftsfraktionsvorsitzender Werner Grübmeier sagte, er habe diesen Appell verstanden. Deshalb werde seine Fraktion (zu diesem Zeitpunkt hatte Walter Rehkopf, der sich gleich zu Beginn an den CDU-Tisch gesetzt hatte, seine Erklärung

noch nicht verlesen) noch keinen neuen stellvertretenden Bürgermeister wählen. Bis auf den Kurausschuß werde sie auch die Wahl der Mitglieder und Vorsitzenden der Ratsgremien zurückstellen.

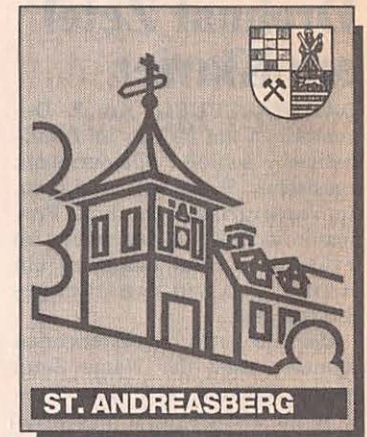
„Als stärkste Fraktion haben wir aber das Recht auf den ersten Zugriff bei den Ausschüssen“, betonte Grübmeier. Dies sei auch so, wenn die fehlenden Ratsherren Volker Thale und Horst Hörseljau anwesend gewesen wären.

Dem Verwaltungsausschuß gehören neben Bürgermeister Albert Kehr (SPD) künftig Werner Grübmeier (CDU) und Herbert Schlieff an. Walter Rehkopf (parteilos) und Karl-Heinz Plosteiner (CDU) werden Grübmeier und Schlieff vertreten. Der Vertreter Kehrs wurde noch nicht festgelegt.

In den Kurausschuß wählte der Rat

ebenfalls mit sieben Stimmen bei drei Gegenstimmen Karl-Heinz Brockschmidt (CDU) als Vorsitzenden sowie Walter Rehkopf und Herbert Schlieff als Mitglieder. Lilli Kasteinecke (CDU), Karl-Heinz Plosteiner und Uwe Sonntag (CDU) fungieren als Vertreter.

Für die Zählgemeinschaft saßen bislang Albert Kehr (SPD), Hans Bahn (FDP) und Gabriela Koblitz (ABL) sowie als Vertreter Ulrich Wemheuer (SPD), Horst Hörseljau (FDP) und Walter Rehkopf (bis zum 20. Oktober ABL) im Kurausschuß. Wer von ihnen das Gremium verläßt, teilte die Zählgemeinschaft noch nicht mit (siehe Artikel auf dieser Seite). Als Vertreter der Beschäftigten gehören auch künftig Kurgeschäfführer Rainer Schlamelcher und Birgit Krüger dem Kurausschuß an. me



## „Das ‚C‘ steht für Charakterlosigkeit“

ST. ANDREASBERG. Für Aufregung sorgte in der Ratssitzung am Donnerstagabend Ratsmitglied Hans Bahn (FDP). Er verließ nach der „Feststellung der Tagesordnung“ den Rat der Bergstadt und setzte sich zu den mehr als 30 Zuschauern. Dieser Tagesordnungspunkt sorgte für eine kontroverse Diskussion.

Was war geschehen? Die CDU-Gemeinschaftsfraktion und der bis dahin noch unabhängige Ratsherr Walter Rehkopf wollten trotz des Appells des Bürgermeisters Albert Kehr (SPD) und des Antrags von ABL-Ratsdame Gabriela Koblitz den Verwaltungs-

ausschuß und den Kurausschuß neu besetzen (siehe obenstehenden Artikel). Für Hans Bahn war dies ein „undemokratischer Vorgang“.

Er betonte, die Zählgemeinschaft aus SPD, FDP und ABL hatte sich wegen des Kuraufenthaltes von Horst Hörseljau (FDP) und des Urlaubs von Volker Thale (ABL) noch nicht verständigen können, wie sie auf den Austritt von Walter Rehkopf aus der Zählgemeinschaft und der ABL-Fraktion reagieren sollte. Außerdem sei es für ihn völlig neu, daß Walter Rehkopf jetzt mit der CDU eine Zählverbindung eingehen wolle.

„Christlich-demokratisch kann ich dieses Vorgehen nicht mehr nennen“, warf Bahn dem CDU-Gemeinschaftsfraktionsvorsitzenden Werner Grübmeyer vor. „Das ‚C‘ steht jetzt nur noch für Charakterlosigkeit“, betonte der FDP-Ratsherr. Er behalte sich auf alle Fälle vor, den Rechtsweg einzuschlagen, um diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Werner Grübmeyer konterte, er habe von Bahn zweierlei gelernt: „Er kann nicht zuhören und er beleidigt gerne.“ Jede Krise, sagte er weiter, habe ihre produktive Seite: „Wenn man ihr die Katastrophe nimmt.“ *me*

### CDU schmetterte die Anträge der ABL ab

ST. ANDREASBERG. Nicht im Kurausschuß besprochen werden die Anträge der ABL-Fraktion, die Ratsdame Gabriela Koblitz (ABL) in der Ratssitzung am Donnerstagabend stellte. Mit ihrer Mehrheit von sieben Stimmen schmetterten die sechs Mitglieder der CDU-Gemeinschaftsfraktion und Walter Rehkopf (zu diesem Zeitpunkt noch fraktionslos) die Anträge gegen die drei Stimmen der Zählgemeinschaft aus SPD, FDP und ABL ab. CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Grübmeyer über beide Anträge: „Sie sind nicht sachgerecht.“

Im ersten Antrag schreibt die ABL, daß sie einer Kurbeitrags-erhebung in der kurtaxfreien Zeit nur zustimme, wenn die Verwaltung ein Konzept ausarbeite. Daraus müsse hervorgehen, daß zu dieser Zeit Veranstaltungen stattfinden und öffentliche Einrichtungen geöffnet haben. Der zweite Antrag fordert eine Erhöhung der Kurtaxe. 30 Prozent der Mehreinnahmen sollten dann für den Ausbau des innerörtlichen Fahrdienstes verwendet werden.

Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz sagte, zumindest der zweite Antrag sei sachgerecht. „Er hat aber vermutlich keine Aussicht auf Erfolg, kann jedoch im Kurausschuß besprochen werden.“ Grübmeyer dazu: „Über eine Erhöhung der Kurtaxe kann man mit uns reden. Die Mehreinnahmen sollten aber zur Deckung des Kurhaushaltes dienen.“ *me*

### Zählgemeinschaft: Zukunft ungewiß

ST. ANDREASBERG. Die Zählgemeinschaft aus SPD, FDP und ABL droht auseinanderzubrechen. Bürgermeister Albert Kehr (SPD) und Hans Bahn (FDP) machten zumindest in der Ratssitzung am Donnerstagabend entsprechende Andeutungen. So benannte die Gemeinschaft keinen Vertreter für den Kurausschuß. „Wir wissen nicht, was wird“, sagte Kehr. „Wir konnten noch nicht miteinander reden.“ Er schloß nicht aus, daß sich die Gemeinschaft auflöse. *me*

## Der „aus dem Feuer gerissene“ Weihnachtsmarkt lockte viele Besucher an Festlich-fröhliches Treiben am Rathaus

ST. ANDREASBERG. Helle Begeisterung bei einer zeitweise fast erdrückend dichten Besucherschar löste am Wochenende der 11. St. Andreasberger Weihnachtsmarkt aus. Die geschlossene Platzsituation mit dem rustikalen Ambiente der Rathaus-scheune, das bunte Unterhaltungsprogramm und ein unglaublich dichtes Angebot weihnachtlich-kunsthandwerklicher Arbeiten boten eine Einstimmung auf das Fest, wie sie kaum ein anderer Weihnachtsmarkt zu bieten haben dürfte.

Dabei vibrierte noch die Luft über den Ständen angesichts der Aufregungen über denkbar ungünstige Startbedingungen, als die Veranstaltung am Sonnabend doch noch pünktlich eröffnet werden konnte. Den Motoren aus Aktionsgemeinschaft St. Andreasberger Gewerbetreibender und Kur- und Verkehrsverein war Erleichterung deutlich anzumerken. Dieter Schmidt nutzte die Gelegenheit, dem stellvertretenden Landrat Werner Grübmeier zu danken für die erfolgreichen Bemühungen, den Markt doch noch aus dem Feuer zu reißen. Auch Bürgermeister Albert Kehr hielt nicht mit Dank an seinen Ratskollegen zurück, betonte aber auch, daß der Landkreis Goslar unbürokratisches, sehr menschliches Verhalten gezeigt habe. Dadurch, so Kehr, sei hoffentlich größerer Schaden am ehrenamtlichen Engagement in der Bergstadt abgewendet worden. Dank stattete Kehr in diesem Zusammenhang auch den Verantwortlichen der beiden Vereinigungen, Dieter Schmidt und Felix Burkhard, für deren persönlichen Einsatz um den Weihnachtsmarkt ab.

Trotz der unfreundlichen Witterung war der Andrang an beiden Tagen geradezu sensationell. Durch die Rathaus-scheune schob sich ein nicht endenwollender Strom von Besuchern aus nah und fern, das vielfältige



Dichtes Gedränge herrschte am Rathaus und in der Rathaus-Scheune bis zum Schluß des Weihnachtsmarktes.

Angebot bescherte so manchem Gäbentisch die erhoffte Bereicherung. Auch in der Kaffeestube der evangel. Martini-Gemeinde herrschte zeitweise beängstigende Fülle, was der Behaglichkeit in diesem Raum aber keinen Abbruch tat. Schließlich waren die dienstbaren Geister froh, viel vom selbstgebackenen Kuchen und dem sonstigen Gebäck zugunsten der Altenarbeit in der Gemeinde verteilen zu können.

Trotz aller Geschäftigkeit blieb stets genügend Zeit und Interesse für

Musik und Folklore übrig, mit Beifall für die großen und kleinen Akteure wurde nicht gespart. Am Samstag eröffnete die St. Andreasberger Blaskapelle das Programm. Später bezauberte die Kindergruppe des Heimatbundes ihre Zuhörer, und schließlich sandten die Turmbläser aus der Blaskapelle vorweihnachtliche Grüße vom Rathaus-Balkon über den Weihnachtsmarkt.

Den Sonntag begrüßte die Kurrende der Singgemeinschaft. Danach musizierte der Flötenkreis der Martini-Ge-

meinde. Aus Osterhagen überbrachte das Schalmeien-Corps musikalische Grüße. Und auch der Weihnachtsmann war zur Stelle, er verteilte Beutelchen mit Süßigkeiten an die Kinder und geriet dabei etliche Male so arg in Bedrängnis, daß er um seine Ausstattung fürchten mußte.

Zufriedene Gesichter sah man bei allen Beteiligten, als am Sonntagabend die Stände abgeräumt wurden und der Besucherandrang versiegt – beim Finale war der Schreck vom Freitag fast vergessen. cher

Kreistag beschloß Satzungsänderung mit Mehrheit von SPD und GAW

## Abfallgebühren steigen um rund 29 Prozent

**Tiefer in die Tasche greifen müssen die Einwohner des Landkreises Goslar ab dem 1. Januar auch für die Entsorgung ihres Abfalls. Der Kreistag beschloß mit den Stimmen von SPD und GAW während seiner jüngsten Sitzung am vergangenen Montag eine Erhöhung der Müllgebühren um durchschnittlich rund 29 Prozent.**

Die Gebührenerhöhung betrifft die Entsorgung von Haus- und Geweremüll gleichermaßen. So müssen beispielsweise für die 80-Liter-Hausmülltonne anstatt 125,43 DM künftig 163,20 DM im Jahr bezahlt werden. Wer seinen Müll im Kofferraum zur Deponie bringt, muß ab Januar 18 DM berappen, anstatt bisher 4,50 DM.

Grund für die Gebührenerhöhung ist der drohende Müllnotstand im Landkreis. Die Deponie Bornhausen wird nach Schätzung der Kreisverwaltung Mitte nächsten Jahres verfüllt sein und dann geschlossen. Eine Nachfolgeanlage gibt es nicht. Das von der Verwaltung erarbeitete Abfallwirtschaftskonzept mit dem Müllheizkraftwerk (MHKW) Langelsheim und der Deponie im Heiligenholz in

Oker/Harlingerode konnte nicht verwirklicht werden. Der Müll aus dem Landkreis muß deshalb auf anderen Deponien entsorgt werden. Zu je einem Viertel soll dies auf den Hausmülldeponien der Landkreise Osterode und Wolfenbüttel sowie der Städte Braunschweig und Salzgitter geschehen. Einig ist sich der Landkreis aber bisher nur mit den Salzgit-teranern. Die Gebührensätze der „Fremddeponien“ sind höher und betragen zwischen 60 und 295 DM pro Tonne. Die Kreisverwaltung errechnete aus der zu erwartenden Müllmenge die neuen Müllgebühren.

### Suche nach den Ursachen

Als „Müllgebührenhammer“ bezeichnete Dr. Jürgen Lauterbach (FDP) die Erhöhung. Zusammen mit der CDU hatte seine Fraktion gegen die neue Abfallgebührensatzung gestimmt. Die FDP habe sich damals für das Müllheizkraftwerk (MHKW) in Langelsheim ausgesprochen, so Dr. Lauterbach, „jetzt fehlt uns die Verbrennung.“ Der CDU warf er vor, das MHKW erst „angeschoben“ und später abgelehnt zu haben.

Ein Skandal sei das zu lange Verfahren bei der Genehmigung der Deponie Heiligenholz, so der FDP-Mann. „Bezirks- und Landesregierung haben das Verfahren verschleppt“, machte sich auch Werner Grübmeier (CDU) Luft: „Es läuft sehr zäh, ist kaum durchschaubar und schwer nachzuvollziehen“. Der SPD-Kreistagsabgeordnete Sigmar Gabriel meinte, daß sich die Bezirksregierung für ihr Verhalten rechtfertigen solle.

Die schlechte Abfallbilanz machte Katja Engel (GAW) für den Müllnotstand verantwortlich. Die GAW habe schon immer Abfallberater gefordert, „jetzt hätten sie geholfen“.

Grübmeier sprach sich für seine Fraktion für eine thermische Müllbehandlung aus. Allerdings müsse der Kreistag die ständige Kontrolle über eine solche Anlage haben. „Die CDU möchte, daß der Landkreis eine Anlage baut“, sagte der CDU-Abgeordnete. Die Standortfrage sei dabei zweitrangig. „Die Vorgaben haben sich gewandelt, deshalb haben wir unsere Meinung zugunsten der Müllverbrennung geändert“, fügte sein Parteikollege Dr. Hubertus Köhler hinzu.

Auch beim Bau des MHKW hätten die Abfallgebühren erhöht werden müssen, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Brennecke und widersprach Dr. Lauterbach. Eine Gebührenerhöhung von 50 Prozent stünde ohnehin ins Haus, wenn die Deponie Heiligenholz eingerichtet sei, machte Brennecke deutlich. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Manfred Matschke wertete die Gebührenerhöhung auch als politische Entscheidung, „insbesondere dann, wenn der Müllnotstand hausgemacht ist.“

### Angriffe zurückgewiesen

„Das ihnen die Suppe nicht schmeckt, ist verständlich, aber die Situation muß bewältigt werden“, meinte der für die Abfallwirtschaft zuständige Dezernent Claus Jähner noch vor der Abstimmung. Er vermißte alternative Vorschläge aus den Reihen der Politiker. Im Nachhinein kritisierte er die allgemeinen Angriffe auf die Bezirksregierung: „Die Mitarbeiter sind alle sehr kompetent“, meinte Jähner, nur die Behördenstrukturen sorgten offenbar für Verzögerungen. rei

Werner Grübmeier und Walter Rehkopf zur Situation

## Zählverbinding fordert Rüge des Bürgermeisters

ST. ANDREASBERG. Die Überzeugung, daß für den Rest der Wahlperiode im Interesse der gesamten Bergstadt „Ruhe einkehrt“ im Rat, bekräftigte Werner Grübmeier im Anschluß an die Ratssitzung am Donnerstag vergangener Woche in einem Gespräch mit der Presse. Für eine künftig gute Zusammenarbeit beharre die CDU-Zählverbinding jedoch darauf, daß der Bürgermeister die nicht vollzogene Rüge gegen Hans Bahn vollziehe.

Offiziell gerügt wissen will die Zählverbinding (ZV) eine Äußerung von Hans Bahn in der Ratssitzung der vorausgegangenen Woche. „Er hat eine ganze Gruppe in ungewöhnlicher Form beleidigt“, stellte Werner Grübmeier fest, ohne den Inhalt erneut zur Sprache zu bringen.

Kern des Pressegesprächs war eine Stellungnahme zum Wechsel von Walter Rehkopf von Zählgemeinschaft/ABL zur CDU-Gemeinschaftsfraktion. Der Zerfall der Zählgemeinschaft, so Rehkopf, habe sich bereits lange abgezeichnet. Er selbst habe über längere Zeit hinweg den Fehler gemacht, „sich breitschlagen zu lassen“ und Beschlüsse mitgetragen zu haben, die er persönlich nicht habe vertreten können. „Wenn man Fehler gemacht hat und das erkennt, sollte man sie korrigieren dürfen“, stellt Rehkopf zu der von ihm in die Wege geleiteten neuen Konstellation im Rat fest. Er begründet seinen Schritt nicht zuletzt damit, daß innerhalb der Zählgemeinschaft „zum großen Teil“ an ihm vorbeigestimmt worden sei.

Sitzungen der Zählgemeinschaft seien im übrigen so oft im Widerspruch zu seinen beruflichen Verpflichtungen festgesetzt worden, daß er an ihnen überwiegend nicht habe teilnehmen können. Letzter Anlaß, mit der CDU eine Zählverbinding einzugehen, sei für ihn die Ablehnung der Zählgemeinschaft seines Parkuhren-Antrages gewesen.

Werner Grübmeier versichert zur Entwicklung, daß es bis zum Zeitpunkt des Austritts von Walter Rehkopf aus der ABL keine Gespräche zwischen ihm und der CDU-Gemeinschaftsfraktion gegeben habe, die als Beeinflussung zum Übertritt ausgelegt werden könnten. Nachträglich macht er fast ein Jahr zurückliegende Schwierigkeiten in der Zählgemeinschaft aus: Rehkopf wurde bei einer Ratssitzung als krank entschuldigt, wollte aber damals nach eigener Aussage lediglich einen Beschluß nicht mittragen. „Ein Unbehagen“ empfindet nachträglich Werner Grübmeier darüber, daß er selbst bei dieser Sitzung auf Forderung der Zählgemeinschaft die damaligen Mehrheitsverhältnisse im Rat durch Stimmverzicht hergestellt habe.

Für die weitere Arbeit im Rat folgt Werner Grübmeier im übrigen nicht der Auffassung von Bürgermeister Albert Kehr, daß es künftig „wechselnde Mehrheiten“ geben werde. Schon bisher sei das Abstimmungsverhalten nicht einheitlich gewesen. „Es wird keine Blockbildung mehr geben“, ist für Werner Grübmeier der entscheidende Punkt.

te-

30. 11. 94



Der Niedersächsische  
Ministerpräsident

CUTEC-Institut GmbH  
Herrn Prof. Dr.-Ing. Kurt Leschonski  
Berliner Str. 2

38668 Clausthal-Zellerfeld

Postfach 223  
Planckstraße 2  
3000 Hannover 1

Telefon  
(0511) 120-1  
Telex  
923 414-60 nld

16. 12.1994/Bo

Sehr geehrter Herr Prof. Leschonski,

Ihr Schreiben vom 23.09.1994 habe ich mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.

Ich möchte Ihnen zunächst versichern, daß das Clausthaler Umwelttechnik-Institut als ein mit besonders zukunftsorientierter Technologie befaßtes Institut einen besonderen Stellenwert im Wissenschaftsbereich hat. Deshalb hat sich das Kabinett seinerzeit auch für die Gründung von CUTEC und den jetzt kurz vor der Vollendung stehenden Neubau ausgesprochen.

Die Haushaltsjahre ab 1994 sind durch eine bisher nicht dagewesene, besonders schwierige Finanzlage geprägt. Es kumulieren die Einnahmeausfälle aus der erstmaligen vollen Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich mit Steuerausfällen aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation. Dieses führt zu restriktiven Bewirtschaftungs- und Veranschlagungsaufgaben im Landesbereich, die analog auch bei Zuwendungsempfängern, insbesondere im Bereich der institutionellen Förderung, berücksichtigt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar gewesen, bei dem weiteren Ausbau die Finanzierung zu strecken. Schon im Jahre 1996 werden der CUTEC GmbH jedoch rd. 5,9 Mio. DM zur Verfügung stehen. Dies bedeutet einen Mittelzuwachs gegenüber dem Nachtragshaushalt 1994 von rd. 2,2 Mio. DM, also eine Steigerung von rd. 58%. Wenn Sie gleichzeitig sehen, welchen Einschränkungen die Haushalte der Hochschulen unterworfen werden müssen, werden Sie erkennen, daß die Sondersituation von CUTEC gewürdigt wird.

Für die erhöhten Baunutzungskosten stehen 1995 nicht nur 280.000 DM, wie Sie schreiben, sondern 920.000 DM zur Verfügung, so daß die tatsächliche Belastung durch den Betrieb des Neubaus erst einmal abgewartet werden kann.

Einige für den Betrieb notwendige Stellen wird man interimistisch durch Umwidmung anderer Kostenstellen besetzten können.

Die angesprochene Aufnahme von Krediten für die Erstausrüstung stellt zwar ein Novum im Zuwendungsbereich dar, ist gleichwohl haushaltsrechtlich aber grundsätzlich möglich. Allerdings lassen die Angaben in Ihrem Schreiben keine abschließende Beurteilung zu. Ich rege an, hierzu mit detaillierten Angaben an das Ministerium für Wissenschaft und Kultur heranzutreten.

Der von Ihnen angesprochene Punkt einer möglichen Wegberufung von Prof. Scholz nach Rostock wurde - wie mir berichtet worden ist - bereits zwischen Ihnen, der Technischen Universität Clausthal und dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur erörtert. Durch den Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 23.05.1991 haben sich die alten Bundesländer aus gesamtstaatlicher Rücksichtnahme verpflichtet, bei Berufungen von Professoren an Hochschulen in den neuen Ländern keine Bleibeverhandlungen zu führen. Der Versuch, Prof. Scholz durch Hebung der z.Z. von ihm besetzten C 3-Stelle zu einer Ablehnung des Rufes nach Rostock zu bewegen, wäre mit diesem Beschluß nicht zu vereinbaren. Ich denke, daß Sie dafür Verständnis aufbringen können.

Ihrem Vorschlag, daß das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr durch ein qualifiziertes Mitglied im Aufsichtsrat vertreten sein möge, stehe ich durchaus aufgeschlossen gegenüber. Eine engere Zusammenarbeit der Ressorts halte ich für sehr wünschenswert. Die gegenseitige Aufsichtsratsbeteiligung kann diesem Ziel nur dienlich sein.

Mit freundlichen Grüßen

ho

Wolfgang

Andreasberger Bürger verließen nach und nach den Kurhaussaal

## Sitzung versank im Streit der Ratsmitglieder

**ST. ANDREASBERG.** Bis zum bitteren Ende harrete auf den Zuhörerbank nur der Leiter der Kurverwaltung, Rainer Schlamelcher, aus. Fast fünf Stunden tagten die Mitglieder des Rates der Bergstadt am Donnerstagabend. Die interessierten Bürger verließen jedoch so nach und nach die Sitzung.

Kein Wunder: Schien doch der Streit zwischen den Ratsdamen und -herren im Vordergrund zu stehen und nicht die sachliche Arbeit. Die Sitzung begann und endete mit einem gehörigen Schuß Polemik. Insbesondere die Ratsherren Werner Grübmeier (CDU) und Hans Bahn (FDP) beleidigten sich gegenseitig und erhoben schwere Vorwürfe gegeneinander.

### Auf Rüge verzichtet

Dabei sollte zunächst alles ganz anders werden. Bei seiner Begrüßung erinnerte Bürgermeister Albert Kehr (SPD) an die vorweihnachtliche Zeit der Besinnung. Er verzichtete deshalb darauf, dem Ratsherrn Bahn für seine Äußerung in der Sitzung vom 17. November eine Rüge zu erteilen, sagte der Ratsvorsitzende. Die Assoziierung des „C“ mit „charakterlos“ im Partei-

namen der CDU durch den FDP-Ratsherren wäre eigentlich rügenswert gewesen, meinte Kehr.

„Ich nehme diese vorweihnachtlichen Worte des Bürgermeisters auf“, sagte Grübmeier. „Durch diesen Vorwurf von Hans Bahn fühlen sich aber auch der Stadt- und Kreisverband der CDU beleidigt. Ich fordere Sie deshalb auf, Herr Bahn, sich zu entschuldigen.“ Der FDP-Ratsherr konterte: „Darüber kann ich doch nur lächeln. Sie haben charakterlos gehandelt, in dem Sie in der Sitzung am 17. November die Ausschüsse neu besetzten“, betonte Bahn.

### Bahn will nicht geduzt werden

Er wolle sich für seine Worte gegenüber der „CDU-Parteiorganisation“, entschuldigen, nicht aber bei der CDU-Zählverbindung. „Ich gehe sogar noch weiter. Alle Mitglieder der CDU-Zählverbindung, die mich bisher geduzt haben, fordere ich auf, dies in Zukunft zu unterlassen. Von solchen Menschen möchte ich nicht geduzt werden“, sagte Hans Bahn. „Das kann ja nicht sein. Ich finde das skandalös, wie hier miteinander umgegangen wird“, fand Grübmeier.

„Genau das wollte ich verhindern“,

betonte der Bürgermeister. Doch er konnte dem Zank und Streit kein Ende bereiten. Zum Schluß der stundenlangen Debatten schafften es die Kommunalpolitiker sogar, Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in diese Auseinandersetzungen hineinzuziehen.

Der Verwaltungschef sollte nach dem Willen der CDU-Zählverbindung St. Andreasberg im Beirat des Nationalparks vertreten. Bislang hatte Hans Bahn diese Position inne. Als Stellvertreter fungierte Bürgermeister Albert Kehr. Der Ratsvorsitzende sollte nach den Plänen der Zählverbindung durch den CDU-Ratsherrn Uwe Sonntag ersetzt werden.

### Stadtdirektor verzichtete

Doch Grogorenz verzichtete nach der Diskussion, in der er mehrmals angegriffen wurde, auf eine Kandidatur. „Ich wünsche dem Beiratsmitglied aber die Hintergrundinformationen, die ich habe.“ Die Wichtigkeit dieser Position zeige sich schon darin, so Grogorenz, daß der Bad Harzburger Stadtdirektor Horst Voigt den Vorsitz im Nationalpark-Beirat habe. „Ich bin enttäuscht, wie hier mit Unterstellungen gearbeitet wird. Das,

lieber Ulli, ist nicht mein Stil“, sagte der Stadtdirektor zum SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Wemheuer.

### Antrag zurückgezogen

Dieser hatte zuvor bekannt, über das Verhalten von Grogorenz ebenfalls enttäuscht zu sein. Der Verwaltungschef hätte noch die nächste Kommunalwahl abwarten können, um „diesen Beirats-Posten, auf den er schon von Anfang an ‚scharf‘ war, zu besetzen“, äußerte Wemheuer.

Nach Meinung von Gabriela Koblitz von der Andreasberger Bürgerliste (ABL) sei der Stadtdirektor zu überlastet, um im Nationalpark-Beirat zu sitzen. „Aus welcher Not heraus, wollen Sie aber den Posten von Hans Bahn neu besetzen“, hatte Frau Koblitz die Christdemokraten gefragt. Ihr ABL-Partner Volker Thale hatte sich angeschlossen und wollte wissen, ob sich Bahn im Nationalpark-Beirat irgendwelche Verfehlungen geleistet hätte.

Die CDU-Zählverbindung zog ihren Antrag auf eine Umbesetzung des Beirates zurück. Zuvor hatte Grübmeier die Aufstellung des Stadtdirektors verteidigt. „Wir wollten ein Organ in den Beirat wählen.“ me



Kontroverse Diskussion im Rat um die städtische Bibliothek im Kurhaus

## Grübmeyer: „FDP bringt Juwel in Mißkredit“

**ST. ANDREASBERG.** Heftig stritten sich die Ratsherren Werner Grübmeyer (CDU) und Hans Bahn (FDP) auch um die Nutzung der Bücherei. Der FDP-Politiker kritisierte in der Ratssitzung die „versteckte Lage“ der kulturellen Einrichtung.

Grübmeyer war daraufhin der Ansicht: „Die Stadtbücherei ist als Spielball liberaler Uneinsichtigkeit schlichtweg ungeeignet.“ Nach Ansicht von Hans Bahn werde die Bibliothek zu wenig genutzt. „Sie liegt in einem Dornröschenschlaf und die Kosten, zum Beispiel für das Personal, steigen ständig.“ Die Stadt

solle eine größere innere Werbung für diese Einrichtung starten. „Damit der Gast und auch der Einheimische erkennt, welches Schmuckstück sich dahinter verbirgt.“ Der FDP-Ratsherr schlug vor, daß die Bücher mit der Kurkarte kostenlos entliehen werden sollen.

„Nicht zum ersten Mal wird das Juwel Stadtbücherei durch unsachgemäße Äußerungen von FDP-Ratsherren in Mißkredit gebracht“, ärgerte sich Werner Grübmeyer. Der CDU-Fraktionsvorsitzende betonte, daß „ausgerechnet zwei Lehrer“ versuchten, mit fiskalischen Daten die letzte ständige kulturelle Bildungsstätte

auszuhöhlen. Er warf den Freidemokraten vor, die Bücherei wie eine kostenrechnende Einrichtung zu betrachten und alle kalkulatorischen Kosten zur Verwirrung der Bevölkerung aufzurechnen.

Die FDP habe kein Wort des Dankes für den ehrenamtlichen Büchereileiter und seine zwei Mitarbeiterinnen übrig. Die würden übrigens nur eine Aufwandsentschädigung von 200 DM pro Monat bekommen. „Und zwei Prozent davon ist wirklich eine geringe Lohnerhöhung“, versuchte der Christdemokrat den Vorwurf der steigenden Personalkosten zu entkräften.

Weiter kritisierte Grübmeyer, daß

die FDP ebenfalls nicht erwähnt habe, daß die Bibliothek Kindern und sozial schwächeren Andreasbergern die Chance ermögliche, aktuelle und teure Bücher, die sie selbst nicht kaufen könnten, zu lesen.

Die FDP hatte nach dem Angriff nicht mehr die Möglichkeit, sich zu verteidigen, weil Ratsherr Walter Rehkopf Schluß der Debatte zu diesem Thema beantragte. Die CDU-Mehrheit, mit der Rehkopf eine Gruppe bildet, und SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Wemheuer stimmten dem Antrag zu, so daß Bürgermeister Albert Kehr keine Äußerung zu diesem Thema mehr zulassen konnte. *me*

Rat der Bergstadt beschloß eine Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren

## Bürger müssen tiefer in die Tasche greifen

**ST. ANDREASBERG.** Nun ist es amtlich: Die Kanalbenutzungsgebühr beträgt ab 1. Januar 4,70 DM pro Kubikmeter Abwasser. Mit einer Gegenstimme beschlossen die Mitglieder des Rates in ihrer Sitzung am Donnerstag abend, den Kubikmeterpreis um 2,20 DM zu erhöhen.

Uneinig war sich nur die FDP. Während Hans Bahn stolz herausstellte, derjenige gewesen zu sein, der die Erhöhung auf 4,70 DM vorgeschlagen habe, ging seinem Fraktionskollegen Horst Hörseljau die Verteuerung zu weit. Er plädierte für einen geringeren Abwasserpreis und stimmte deshalb als einziger dagegen. Hörseljau: „Mich schockiert die Vorlage.“

Bahn wiederum kritisierte die Höhe der Personalkosten. „58 000 DM für einen Mitarbeiter, der die Übergabestelle kontrolliert und die Leitungen überprüft, erscheint mir doch ein bißchen viel.“ Karl-Heinz Plosteiner (CDU) stellte wiederum klar, daß nicht Hans Bahn, sondern Gabriela Koblitz (ABL) die Idee zu dieser weitergehenden Erhöhung gehabt habe. Wie berichtet, hatte die Verwaltung zunächst vorgeschlagen, einen Preis von 4,50 DM zu erheben.

Denn mit dem Anschluß an das Großklärwerk in Scharzfeld steigen die Kosten der Bergstadt für die Säuberung des Abwassers. Die lange Transportleitung in den Südharz muß unterhalten werden. Dieser Anschluß

war unbedingt erforderlich, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen, unterstrich Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz. Seiner Ansicht nach wäre die Erweiterung der Kläranlage in Silberhütte um die dritte Reinigungsstufe teurer gewesen.

Die Bergstadt ist jetzt Mitglied im Abwasserverband Großraum Bad Lauterberg. Deren Mitgliedsgemeinden zahlen bereits jetzt eine Gebühr in Höhe von 4,70 DM pro Kubikmeter Abwasser. Im Vergleich mit der Samtgemeinde Oberharz, wo der Preis für den Kubikmeter Abwasser 5,30 DM beträgt, stünde St. Andreasberg sogar noch recht gut dar, sagte er.

Laut Grogorenz sind auch die Personalkosten für die Abwasserent-

sorgung in St. Andreasberg richtig veranschlagt. Es gebe in der Stadt ein Trennsystem mit Hunderten von Schächten und Straßeneinläufen, die funktionieren müssen. Das Leitungssystem müsse außerdem variabel ergänzt werden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Grübmeier meinte, es sei leicht schockiert zu sein. „Die Kosten schockieren jeden“, sagte er zu Hörseljau. „Aber Ökologie gibt es nun einmal nicht zum Nulltarif.“ Und der Anschluß an die Großkläranlage in Scharzfeld sei für seine Partei die wirtschaftlichste Lösung. Für die ABL sagte Volker Thale, daß seine Fraktion nur mit Bauchschmerzen der Vorlage zustimmen würde. *me*

## CDU-Fraktion will im Rat parteiübergreifend arbeiten

ST. ANDREASBERG. Im Mittelpunkt der CDU-Jahreshauptversammlung stand zunächst die Ehrung von zwei Mitgliedern für 25jährige Mitgliedschaft in der Partei. Hartmut Humm würdigte die Verdienste von Werner Grübmer und Uwe Sonntag.

Nach der Ehrung gab der Stadtverbandsvorsitzende seinen Bericht über die Aktivitäten des Stadtverbandes für das Jahr 1994. Er wies darauf hin, daß die Arbeit von Partei und Ratsfraktion künftig in der Öffentlichkeit besser

umgesetzt werden müßten. Von den Mitgliedern wurde dem Vorstand allerdings bestätigt, daß er in der zurückliegenden Zeit zum Wohle der Bürger sowie der Bergstadt St. Andreasberg gute und solide Arbeit geleistet hat. Neu gewählt wurden ein weiteres Mitglied in den Vorstand, drei Delegierte und drei Ersatzdelegierte für den Kreisparteitag.

Hartmut Humm wurde als Kandidat für die Kreisvorstandswahl nominiert. In seiner Eigenschaft als Fraktions-

vorsitzender berichtet Werner Grübmer über die Arbeit im Rat. Verdeutlicht wurde in dem Bericht, daß die Fraktion in dieser Wahlperiode die meisten tragfähigen Anträge eingebracht hat. Leider haben die anderen Fraktionen die Behandlung vieler Anträge boykottiert oder als Schauanträge abqualifiziert. Eine bestimmte Loyalität des Bürgermeisters Albert Kehr wird ebenfalls vermißt.

Als Beispiel wurde angeführt, daß Kehr bei Vorgesprächen in Sachfragen

Zustimmung signalisiert, dann aber in der Ratssitzung dagegen gestimmt hat. Verlassen könne man sich dagegen immer auf ein Wort von Ulrich Wemheuer.

In der Diskussion wurden künftige Vorhaben bzw. Veranstaltungen ins Auge gefaßt. Abschließend waren sich alle Anwesenden darüber einig, daß die Ratsfraktionen in Sachfragen vorwiegend parteiübergreifend für die Stadt wirken sollte. Die Bereitschaft hierzu ist gegeben. *bu*

Rat der Bergstadt verabschiedete den Haushalt 1995 mit vier Gegenstimmen

## Fehlbedarf von 1,8 Mio. DM belastet den Etat

**ST. ANDREASBERG.** Zumindest in einem Punkt waren sich die Ratsdamen und -herren in ihrer jüngsten Sitzung einig: Kämmerer Siegfried Küßner hat gute Arbeit geleistet und sämtliche Zahlen und Daten gut zusammengestellt. Über den Inhalt des städtischen Haushalts für das kommende Jahr herrschten allerdings unterschiedliche Auffassungen.

So stimmten denn die beiden FDP-Ratsherren sowie Gabriela Koblitz und Ulrich Thale von der Andreasberger Bürgerliste (ABL) gegen den Etatentwurf des Kämmerers. Bürgermeister Albert Kehr (SPD) enthielt sich seiner Stimme. Die CDU-Zählgemeinschaft und SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Wemheuer votierten für den Haushaltsentwurf.

Nicht fehlen durfte in der Debatte der schon fast traditionelle Streit zwischen der FDP und der CDU in St. Andreasberg. Besonders zum Schluß der Diskussion kamen die Wogen hoch, als Horst Hörselejau (FDP) nach einem längeren Vortrag von Werner Grübmeier (CDU) sagte, er habe etwas gegen die „Unwahrheiten“ von Grübmeier. Dieser wehrte sich, in dem er zurückgab: „Das ist eine Unverschämtheit.“

Der Haushalt weist im kommenden Jahr einen Fehlbedarf in Höhe von 1,8 Mio. DM auf. Wie gesetzlich vorgeschrieben, ist der Vermögenshaushalt ausgeglichen. Dies gelingt jedoch nur, weil die Bergstadt einen Kredit von 310 000 DM aufnimmt. Den Ausgaben von 1,5 Mio. DM stehen so Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Der Ver-

mögenshaushalt enthält wie bereits in den Vorjahren nur Investitionen, die durch Zuschüsse von Bund, Land oder anderen Institutionen finanziert werden.

Im Verwaltungshaushalt erreicht die Kommune Einnahmen von 6,5 Mio. DM. Sie gibt mit 8,3 Mio. DM voraussichtlich jedoch mehr aus, als sie einnimmt. Größte Ausgabestelle ist die Kreisumlage mit 1,5 Mio. DM. Sie wurde für das kommende Jahr wieder um rund 200 000 DM erhöht.

Für freiwillige Leistungen gibt die Bergstadt 1995 sehr wenig aus. Noch nicht einmal ein halbes Prozent des gesamten Verwaltungshaushalts wird für Zuschüsse an die Vereine oder den Bürgerbus gezahlt.

Auch das zeigt, wie sehr sich die Haushaltslage der Bergstadt ver-

schlechtert hat. Kommunalpolitiker aller Parteien lobten zwar das Haushaltskonsolidierungskonzept von St. Andreasberg, das laut Werner Grübmeier (CDU) keine „Gruselliste“ wie beim Landkreis Goslar sei, dennoch scheinen diese Sparaktionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein zu sein.

Der Verwaltungshaushalt aus diesem Jahr schließt vermutlich mit einem Fehlbedarf von 1,2 Mio. DM ab. Zuzüglich des zu erwartenden Minus von 1,8 Mio. DM im kommenden Jahr baut sich im Verwaltungshaushalt ein Loch von knapp 3 Mio. DM auf. Diese Finanzierungslücke kann laut Kämmerer nur durch höhere Bedarfszuweisungen abgedeckt werden. Doch ob das Land bei seiner ebenfalls desolaten Haushaltslage diese Mittel gewährt, scheint fraglich. *me*

Mit vier Gegenstimmen beschloß der Rat eine Erhöhung des Kurbeitrages

## Ab 1995 zahlt der Gast das ganze Jahr über

**ST. ANDREASBERG.** Kontroverse Diskussion um die Erhöhung der Kurtaxe: Nach einem verbalen Schlagabtausch setzten sich CDU und SPD durch und beschlossen gegen die vier Stimmen der FDP und Andreasberger Bürgerliste (ABL) eine Neufassung der Kurbeitragsatzung.

Schon ab 1. Januar zahlen die Urlauber in St. Andreasberg nach dieser kommunalen Rechtsgrundlage eine höhere Kurtaxe. Außerdem fällt die kurbeitragsfreie Zeit zwischen dem 1. November und dem 19. Dezember weg. Sie heißt jetzt Nebensaison. Zu dieser Zeit zahlen Einzelpersonen sowie die erste und zweite Person einer Familie eine Mark und die dritte und vierte Person derselben Familie 50 Pfennig, wenn sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder kein Geld verdient.

In der Hauptsaison zwischen dem 20. Dezember und dem 31. Oktober werden die Einzelpersonen sowie die erste und zweite Person einer Familie mit 2,50 DM (vorher 2,30 DM) zur Kurkasse gebeten. Die dritte und vierte Person derselben Familie müssen einen Obolus von 1,50 DM (vorher 1,30 DM) leisten. Jugendliche in Jugendherbergen, Schullandheimen, Zeltlagern oder Wanderhütten und deren Aufsichtspersonen zahlen künftig das ganze Jahr über täglich eine Mark Kurtaxe.

Seine Forderung nach attraktiveren Angeboten erhärtete der FDP-Rats Herr Hans Bahn. „Wir liegen bereits jetzt wirtschaftlich voll daneben.“ Seiner Ansicht nach ist es der falsche Weg, den Kurbeitrag zu erhöhen, um die Gäste nach St. Andreasberg zu locken.

„Wir sollten uns von anderen abheben.“ Dafür solle die Bergstadt ein Konzept erarbeiten, forderte er. „Hier

Stellenübersicht 1995  
der Städt. Kur- und Badeverwaltung St. And

	Vergütungsgruppe	Wirtschaftsjahr	Wirt
	Lohngruppe	1995	gep
Angestellte			
I. Verwaltung			
Kurgeschäftsführer	BAT IV a	1	
Kurverwaltung	BAT V c *)	1	
	BAT VII	3,5	
		5,5	

Die ABL möchte gerne den Rotstift ansetzen, um den Kurgeschäftsführer im Stellenplan ganz zu streichen. Die SPD forderte hingegen eine Neubesetzung des Amtes, während die CDU erst einmal abwarten will. Foto: Eggers

läuft doch alles nach dem alten Schema ab.“ Er denke beispielsweise an die Herausstellung der Kinderfreundlichkeit der Bergstadt. Zudem müsse die Kurkarte attraktiver werden. Dies könne auch durch Kleinigkeiten geschafft werden.

Das zur Zeit unbesetzte Amt des Kurgeschäftsführers brachte der ABL-Fraktionsvorsitzende Volker Thale in die Diskussion. Er ärgerte sich darüber, daß der Posten im neuen Stellenplan erscheine, obwohl vor einem Jahr dort ein KW-Vermerk

(KW = kann wegfallen) angebracht wurde. Aus diesem Grund hatte seine Fraktion durch Gabriela Koblitz zu Beginn der Sitzung den Antrag gestellt, die neue Kurbeitragsatzung erst nach dem Beschluß des Wirtschafts- und Finanzplanes der Kur- und Badeverwaltung zu beschließen. Doch die CDU-Mehrheit stimmte dieser Änderung der Tagesordnung nicht zu.

CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Grübmeier versicherte, daß das Amt des Kurgeschäftsführers 1995

nicht besetzt werde. „In den Stellenplan gehört dieser Posten aber hinein“, sagte der Christdemokrat. Vielleicht geschehe eine Besetzung des Amtes irgendwann auch durch die Beförderung des jetzigen Leiters der Kurverwaltung, Rainer Schlamelcher, orakelte er.

Die Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Wemheuer ging sogar noch weiter. Er sprach sich dafür aus, die Stelle des Kurgeschäftsführers im kommenden Jahr auszuschreiben. me